Montag, 12. März 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 61 - 11.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1900 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

US-Vorwahlen: Nachdem Senator Gary Hart in Wyoming den bisherigen Favoriten Walter Mondale im Kampf um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten ein viertes Mal geschlagen hat, fällt morgen eine wichtige Vorentscheidung. Gleich in neun US-Staaten finden Vorwahlen oder „Caucuses" statt. (S. 6)

Nahost: Israels Ministerpräsident Shamir lehnt den Vorschlag des Generalstabs ab, in Kürze weitere Truppen aus Libanon abzuziehen. (S. 7)

Aachener Klinikum: Der Bundesrechnungshof hat Bundesbildungsministerin Wilms unmißverständlich aufgefordert, Zahlungen an das Land Nordrhein-Westfalen für das Klinikum sofort einzustellen. (S. 5)

Démarche: Bei Bombenanschlägen in London und Manchester wurden 25 Personen verletzt. Die britische Regierung vermutet Libyen als Drahtzieher und warnte Tripolis vor einer Wiederholung der Attentatswelle von 1980, als in Westeuropa elf Khadhafi-Gegner ermordet wurden.

Berlin: Die Weigerung des FDP-Landesparteitags, den Spitzenpolitiker Oxfort zum Bundesparteitag zu schicken, offenbart gravierende Differenzen zwischen dem linken und rechten Parteiflügel. (S. 10)

Innerdeutsche Grenze: In der „DDR" wird nach Ansicht von CSU-Chef Strauß der Schießbefehl gegen Flüchtlinge „kaum mehr angewandt". In Radio Luxemburg äußerte er sich außerdem überzeugt, daß beseitigte Selbstschußanlagen an der Grenze nicht durch andere Systeme abgelöst würden. (S. 10)

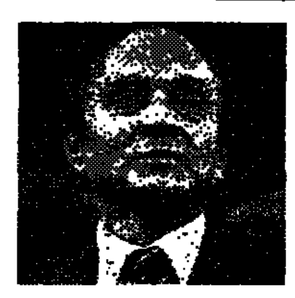
Gegen Mitterrand: 51 Prozent der Franzosen sind nach einer Umfrage mit dem Präsidenten unzufrieden, nur noch 32 Prozent unterstützen ihn.

Golfkrieg: Trotz schwerer Angriffe gelang es Irak am Wochenende nicht, das besetzte Ölgebiet um die Madschun-Inseln von Iran zurückzuerobern. Teheran hat nach US-Erkenntnissen weitere 750 000 Männer, Frauen und Kinder für den Krieg rekrutiert. (S. 6)

Moskau liefert: Verteidigungsminister Ustinow hat in Neu-Delhi Verträge über umfangreiche Waffenlieferungen abgeschlossen, darunter Kampfflugzeuge und ein Raketenabwehrsystem.

Heute: Beginn der Libanon-Konferenz in Lausanne. – Vierte Runde der Verhandlungen China-UdSSR in Moskau. – Frühjahrsvollversammlung der katholischen Bischöfe in Altötting. – Ministertreffen der vier am Airbus beteiligten Länder in Bonn.

ZITAT DES TAGES



» Ich habe den Eindruck, daß sobald der Knochen Stationierung abgenagt war, jetzt der Knochen 35-Stunden-Woche herausgeholt wurde «

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der auf der Handwerksmesse in München die Forderung der Gewerkschaften als Kampfansage an die Bonner Regierung bezeichnete
FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

BDI-Präsident: Der Mitinhaber des Pharmakonzerns E. Merck, Hans Joachim Langmann (59), soll Nachfolger des Ende 1984 aus dem Amt scheidenden Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie werden.

Krupp: Mit rund 370 Millionen DM wurde 1983 der bisher höchste Umsatz in der „DDR" erzielt.

Akademiker: Die Zahl arbeitsloser Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen stieg von 1975 bis 1982 um 252 Prozent auf 54 494, die der Fachhochschulabsolventen um 55 Prozent auf 23 108, ermittelte das Institut der deutschen Wirtschaft. (S. 11)

Blick nach Fernost: Mit einer hochkarätigen Präsenz auf der „Deutschen Leistungsschau Japan '84" vom 23. April bis 5. Mai in Tokio will Thyssen versuchen, auf den Märkten in Südostasien Boden zu gewinnen. ((S. 13)

KULTUR

Protest im Westen: In einem Telegramm an die polnische Regierung haben international bekannte Schriftsteller die Freilassung des inhaftierten regime-kritischen Autors Marek Nowakowski gefordert. Zu den Unterzeichnern gehören Heinrich Böll, Max Frisch, Günter Grass, Lew Kopelew und Siegfried Lenz.

da Vinci: Eine Ausstellung von 50 Studien Leonardo da Vincis zum Thema Natur und Landschaft aus dem Besitz des britischen Königshauses ist in der Hamburger Kunsthalle eröffnet worden. Das Haus war auf ausdrücklichen Wunsch Elizabeths II. mit der Ausstellung betreut worden. (S. 17)

SPORT

Fußball-Bundesliga: Erstmals seit dem 13. November ist der Hamburger SV wieder Tabellenführer (S. 14)

Motorsport: Weltmeister Hannu Mikkola (Finnland) gewann mit einem Audi-Quattro die Portugal-Rallye vor drei Lancia-Teams. (S. 16)

Olympischer Tag: In Berlin wurde eine Straße nach dem amerikanischen Athleten Jesse Owens benannt. Owens hatte 1936 vier Goldmedaillen gewonnen (S. 15)

Tischtennis: Der 38 Jahre alte Wilfried Lieck wurde für die Europameisterschaften nominiert. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Quer durch USA: Im Rollstuhl will der Niederländer Peter Werner zweimal mit eigener Kraft die USA durchqueren. Start ist am 2. April in Washington. Am 28. Juli will er zur Eröffnung der Olympiade in Los Angeles ins Stadion einrollen, anschließend geht's zurück zur Ostküste. (S. 18)

Titel erschwindelt: Vor falschen Ärzten hat die US-Gesundheitsbehörde gewarnt. Tausende angeblicher Doktoren werden verdächtigt, sich ihre Titel im Ausland gekauft zu haben. (S. 18)

Wetter: Im Osten trüb, im Westen heiter bis wolkig. 3 bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Stellt Kohl einen Zivilisten an die Spitze des MAD?

Im Gespräch ist BND-Vize Klusak / Selbstmord eines Abwehr-Offiziers

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Bundesregierung erwägt, einen Zivilisten zum Chef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) zu berufen. Nach vorliegenden Informationen aus Regierungskreisen „denkt" man im Bundeskanzleramt in diese Richtung. Die Entscheidung liege allerdings bei Bundeskanzler Helmut Kohl und Verteidigungsminister Manfred Wörner, hieß es. Zumindest bei Kohl sei die Tendenz zu erkennen, die Führung des MAD nicht mehr mit einem Brigadegeneral, sondern mit einem Zivilisten zu besetzen. Im Gespräch ist BND-Vizepräsident Norbert Klusak. Der stellvertretende Amtschef hingegen solle wie bisher ein Offizier bleiben. Im Bundeskanzleramt wird mit alsbaldigen Entscheidungen gerechnet.

Offenkundig will man dabei ein Paket schnüren. Neuer Staatssekretär auf der Hardthöhe soll, wie die WELT berichtete, der bisherige Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium, Günter Ermisch, werden. Ermisch würde die Aufgaben übernehmen, die der erkrankte und durch die Kießling-Affäre angeschlagene Staatssekretär Hiehle zu erfüllen hatte. Dazu gehört auch die Dienstaufsicht über den MAD. Als zukünftiger Chef des Abschirmdienstes wird immer wieder der jetzige Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), Norbert Klusak, genannt. Klusak war, ehe er zum BND überwechselte, beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln als Abteilungsleiter tätig. Es ist kein Geheimnis, daß es zwischen dem BND-Präsidenten Eberhard Blum und Klusak Spannungen gibt, die durch eine Versetzung des Vizepräsidenten gelöst werden könnten. Blum, so heißt es inzwischen im Bundeskanzleramt, könne mit einer Verlängerung seiner Amtszeit rechnen.

Muß mit Ablösung rechnen: MAD-Chef Behrendt FOTO: DPA

Der bisherige MAD-Chef, Brigadegeneral Behrendt, muß mit einer Ablösung rechnen. Er wird für Fehlleistungen in der Kießling-Affäre verantwortlich gemacht. Minister Wörner soll Behrendt als einen redlichen und bemühten Mann bezeichnet haben, der aber mit der Führung des Dienstes überfordert sei. Auf bevorstehende personelle Veränderungen deutet auch die Verlegung der ursprünglich am 22./23. März geplanten MAD-Kommandeurstagung hin. Sie wurde unter Hinweis auf die anhaltende Krankheit von General Behrendt abgesagt. Dabei wurde der Zeitraum, in dem Behrendt krank sei, bis zum 29. März bemessen. Daraus könnte man den Schluß ziehen, daß Behrendt bereits zum 1. April von seinem Posten abgelöst und dieser von einem neuen Mann übernommen wird. Die Führungskonferenz wurde nämlich jetzt auf den 24. April festgelegt. Erhebliche Aufregung hat im MAD der Selbstmord eines 53 Jahre alten Oberstleutnants ausgelöst, der im Süden der Bundesrepublik Deutschland für den Dienst eingesetzt war. Der Offizier hat sich Ende Februar erschossen und einen Abschiedsbrief hinterlassen, in dem er schwere Vorwürfe gegen den zuständigen MAD-Kommandeur, einen Obristen, erhebt.

‚Ost-Berlin bleibt bei Ausreisepraxis'

Strauß zitiert Honecker / Auch Graf Lambsdorff trifft den SED-Chef in Leipzig

hrk, Leipzig

SED-Generalsekretär Honecker hat seinem Gast Franz-Josef Strauß am Sonntag in Leipzig zu verstehen gegeben, daß die „DDR" an der gegenwärtigen „liberalen" Ausreisepraxis festhalten wolle. Der bayrische Ministerpräsident zitierte Honecker vor der Presse mit der Bemerkung, eine entsprechende Verordnung vom September 1983 habe „zu einer sehr großzügigen Handhabung und wesentlichen Zunahme auf täglich bis zu 100 Ausreisen" geführt. Strauß erklärte auf Fragen, es wäre „gegen den Geist der gegenseitigen Verständigung", wenn Ost-Berlin künftig wieder andere Maßstäbe anlege.

Er habe Honecker gesagt, so Strauß, die Bundesrepublik halte die Entwicklung auf diesem Gebiet für „sehr erfreulich". Andererseits kritisierte Strauß Stimmen in der Bundesrepublik, die der „DDR" vorhielten, mißliebige Bürger „abzuschieben": „Bisher haben wir beklagt, daß dies nicht geschieht. Jetzt können wir die „DDR" nicht schelten, wenn sie nun Antragstellern auch die Ausreise erlaubt", betonte Strauß.

Eine Senkung des Reisealters für „DDR"-Bürger und Schritte beim Mindestaustausch seien nicht besprochen worden: „Unser Wunsch ist bekannt, und niemand kann sich darauf berufen, daß wir dies nicht eindringlich genug vorgetragen hätten", sagte Strauß vor Journalisten.

Der Ministerpräsident antwortete mit einem knappen, aber bestimmten „Nein!", auf die Frage, ob Honecker neue Kreditwünsche der „DDR" vorgetragen habe. Der Vorsitzende wünsche jedoch eine weitere Ausdehnung des Handels mit der Bundesrepublik Deutschland, sagte Strauß. Zur Zeit baut Ost-Berlin die Inanspruchnahme des innerdeutschen Swings ab. Bei allen diesen Fragen wolle er jedoch, merkte Strauß mit einem Seitenhieb auf den zuständigen Ressortchef in Bonn an, „nicht meinem lieben Freund Graf Lambsdorff ins Handwerk pfuschen, der – durch mich beflügelt - noch heute abend und nicht erst morgen kommt, wie er es ursprünglich vorhatte".

Der bayrische Ministerpräsident äußerte seine „feste Überzeugung, um nicht ein stärkeres Wort zu gebrauchen", daß auch 1984 der Abbau der Selbstschußanlagen vom Typ SMS 70 an der innerdeutschen Grenze auf „DDR"-Gebiet weitergehen werde. Ob dies komplett noch in diesem Jahr geschehen werde, müsse „DDR"-Armeegeneral Hoffmann beantworten: „Der hat vier Sterne, ich hatte als Verteidigungsminister fünf."

Offenbar grenzte Honecker in der Unterredung seinen Reisetermin in die Bundesrepublik ein. Strauß sprach von der „zweiten Jahreshälfte, vielleicht dem vierten Quartal". Vermutlich liegt das Datum dann nach den offiziellen Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der „DDR" am 7. Oktober.

Honeckers Staatsgast war vom Gastgeber in dem Gästehaus des Ministerrats mit ungekünstelter Freundlichkeit empfangen worden: „Da ist er ja endlich", rief Honecker, als Strauß durch einen beiseite geschobenen Vorhang mit den Worten in den Empfangssalon des Gästehauses

▲ Fortsetzung Seite 10

Honecker-Besuch: Bonn ausgeklammert

Termin weiterhin offen / Trifft der Kanzler den SED-Chef in der Nähe von Trier?

MANFRED SCHELL, Bonn

SED-Generalsekretär Erich Honecker wird bei seinem möglicherweise noch in diesem Jahr stattfindenden Besuch in der Bundesrepublik Deutschland nicht nach Bonn kommen. Vielmehr sind Besuche Honeckers im Saarland – der SED-Chef stammt aus Wiebelskirchen – und in Trier vorgesehen. In der Nähe von Trier, so heißt es in Regierungskreisen, könnte dann auch die Begegnung mit Bundeskanzler Helmut Kohl stattfinden.

Der Kanzler denkt bei diesen statusrechtlichen Überlegungen offensichtlich auch an die Möglichkeit, selbst in absehbarer Zeit zu einem offiziellen Besuch in die „DDR" zu reisen, wie es seine Amtsvorgänger Willy Brandt (Erfurt) und Helmut Schmidt (Werbellinsee) getan haben. Schon aus statusrechtlichen Fragen wäre dabei ein Treffen mit der SED-Führung in Ost-Berlin nicht möglich. Deshalb wird auch bei dem anstehenden Besuch Honeckers Bonn ausgeklammert. Der Bundeskanzler hat bei seinem Treffen mit Honecker nach der Beisetzung des sowjetischen Parteichefs Andropow in Moskau das Interesse der Bundesregierung an dem Besuch des SED-Generalsekretärs bekräftigt. Über einen neuen Kredit für die „DDR" wurde dabei nicht gesprochen, hieß es in Regierungskreisen. Der Bundeskanzler hat bei diesem Gespräch, das sehr offen geführt worden sein soll, den Eindruck gewonnen, daß Honecker zu dem neuen Parteichef Tschernenko ein ungleich besseres Verhältnis habe als zu Andropow. Für eine internationale Klimaverbesserung, die auch den Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland beschleunigen würde, wäre aus der Sicht der Bundesregierung ein Gipfeltreffen zwischen Tschernenko und Präsident Reagan nützlich. Bundeskanzler Kohl ist von seinem Besuch in Washington mit der Meinung zurückgekehrt, das Interesse Reagans an einer solchen Begegnung habe zugenommen. Hilfreich könnte auch ein „Einstieg" der beiden Großmächte bei den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen sein, denen Kohl ähnlich hohen „psychologischen" Rang einräumt wie den Verhandlungen über Rüstungskontrollmaßnahmen im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen. Kohl und Honecker haben in Moskau, zumindest was die Atmosphäre betraf, keine Schwierigkeiten miteinander gehabt. Als Honecker das Gespräch mit einer vorkonzipierten Erklärung verlesen wollte, unterbrach ihn der Kanzler, der meinte, man solle die Zeit besser für ein spontanes Gespräch nutzen.

● Fortsetzung Seite 10

Haig: Neue NATO-Strategie nicht nötig

Ehemaliger Oberbefehlshaber ruft Westeuropa und USA zu noch engerer Kooperation auf

CAY GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Der ehemalige amerikanische Außenminister und NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig hat allen eine Absage erteilt, die eine neue Gesamtstrategie für die Atlantische Allianz fordern und in gegenseitigen Schuldzuweisungen nach Gründen für wachsendes Unbehagen diesseits und jenseits des Atlantik suchen. Statt dessen forderte Haig in Brüssel Westeuropa und Amerika auf, enger als je zuvor zusammenzuarbeiten, auf gemeinsamen Erfolgen aufzubauen und die gegenseitige Abhängigkeit nicht aus den Augen zu verlieren. „Abschreckung zur Friedenserhaltung läßt sich nicht durch das Herbeireden neuer Konzepte erzielen, die nur kompensieren sollen, was wir an militärisch Notwendigem nicht getan haben."

Haig sprach anläßlich einer Arbeitssitzung des New Yorker Hudson-Instituts, zu dessen Direktorium er gehört. Ohne deren Namen zu erwähnen, übte er indirekt heftige Kritik an seinem früheren Amtskollegen Henry Kissinger und an dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Beide hatten sich für eine Reform der Allianz ausgesprochen und eine eigenständigere Rolle Europas unterstützt. Haig machte deutlich, daß er von solchen Vorschlägen überhaupt nichts hält.

Von informierter Seite verlautete, Haigs Auftritt sei von ihm zuvor mit höchsten Stellen der Reagan-Administration abgestimmt worden.

Haig forderte die derzeit Regierenden auf, mit „Geduld, Verständnis und Überzeugung" die Fragen der jüngeren Menschen nach Wesen und Inhalt der westlichen Strategie zu beantworten. Es sei richtig, in Zeiten der Veränderungen, wenn eine Generation die andere ablöse, das Bestehende zu untersuchen. Er, Haig, plädiere aber dafür, dabei niemals vier Punkte aus den Augen zu verlieren:

Punkt eins: Der Dialog zwischen den USA und Europa muß auf der Basis der weit entwickelten Interdependenz beider Seiten geführt werden. Haig fragte: „Gibt es irgendein Problem, das einer von uns besser lösen könnte, wenn er das alleine macht? Das kann ich nicht sehen." Vorschläge, die zu Unilateralismus führten, wenn sie das nicht sogar zum Ziele hätten, könnten Europa und die Vereinigten Staaten jeweils nur schwächen.

Punkt zwei: Die NATO brauche nicht nur eine überzeugende Abschreckungstheorie. Sie brauche entsprechende militärische Fähigkeiten, um die Abschreckung glaubwürdig zu machen. Das Problem der militärischen Strategie der Allianz sei nicht etwa die mangelnde Logik der „flexiblen Reaktion", sondern vielmehr „unser kollektives Unvermögen", die

■ Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Begünstigung

ENNO v. LOEWENSTERN

Man versteht, daß die SPD angesichts der ostpolitischen Aktivität der Union etwas Besonderes sucht, um die Konkurrenz zu überholen. Aber das Besondere an Ehmkes Auftritt war seine Würdelosigkeit. Auf dem Boden des Unrechtsstaats auf Wunsch und im Interesse der Täter zu fordern, daß die dortigen Verbrechen nicht mehr festgehalten werden, übertrifft alle bisherigen Wandelgänge durch Annäherung.

Die Erfassungsstelle Salzgitter registriert Freiheitsberaubung, Folter, Mord. Auch an SPD-Genossen, übrigens. Die SPD ist immer vorn, wenn es gilt, Folter und Mord in El Salvador oder der Türkei zu verurteilen. Wenn es aber um unsere deutschen Landsleute geht, so hält sie die Ungeniertheit von Städtepartnerschaften und deren Delegationen für wichtiger. Sogar wenn es um die Verhütung von Verbrechen geht. Der CDU-Abgeordnete Sauer hat schon recht: Mancher Volksarmist mag sich überlegen, ob er nicht lieber danebenschießt, mancher Foltermeister in Bautzen mag zögern, weil sie wissen, daß ihre Taten im Westen aufgeschrieben werden könnten – und weil sie sehr wohl damit rechnen, daß die Wiedervereinigung früher kommen dürfte, als es manche in der SPD sich und anderen einzureden suchen. Ein verhinderter Mord aber, ein gequälter Häftling weniger wären allein schon den Etat dieser Behörde wert; wären wichtiger als alles Geraer Gerede und alle nicht auf Partnerschaftsreise gehenden Funktionäre.

In der Bundesrepublik gibt es zwei Erfassungsstellen: Salzgitter und Ludwigsburg. Letztere beschäftigt sich mit den nationalsozialistischen Verbrechen. Gerade aus den Reihen der SPD ist die deutsche Justiz kritisiert worden, weil sie angeblich viele NS-Verbrecher durch Verschleppung begünstigt habe. Die Justiz erwidert, daß viele Taten nach so langer Zeit schwer zu klären seien. Wie viel leichter wären sie zu klären, hätte man damals schon Akten darüber angelegt? Wieviele dieser Verbrechen wären nicht geschehen, wenn Hitlers Henkersknechte gewußt hätten, daß ihre Taten vermerkt würden zum „Aufbewahren für alle Zeit"? Ehmke und seinesgleichen reden zuviel mit Regimefunktionären. Sie sollten in Bautzen nachfragen, was die einfachen Leute drüben von einer Abschaffung der Erfassungsstelle Salzgitter halten.

Ehmke-Vorschlag als Kapitulation bezeichnet

dpa, Hamburg

Die „Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen zur Registrierung und Aufklärung von Gewaltakten an der Zonengrenze" ist in den Parteienstreit geraten. Die Behörde, die nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 eingerichtet wurde, hat ihren Sitz in Salzgitter.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der ost- und mitteldeutschen Vereinigung, Helmut Sauer (CDU), wies am Wochenende die Auffassung des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Horst Ehmke, zurück, der sich im Namen seiner Partei auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin erneut für die Auflösung der Behörde ausgesprochen hatte. Ehmke hatte nach einem Besuch einer SPD-Delegation bei der „DDR"-Volkskammer erklärt, diese Stelle sollte abgeschafft werden.

Der CDU-Politiker Sauer meinte, das Vorhaben der SPD bedeute eine Kapitulation vor den Menschenrechtsverletzungen der „DDR"-Organe. Nach Angaben des CDU-Abgeordneten sind in der Erfassungsstelle in Salzgitter seit 1961 rund 28 000 Willkürakte von „DDR"-Organen registriert worden. Darunter fallen Schußwaffengebrauch, Festnahmen, Mißhandlungen und Verurteilungen aus politischen Gründen.

Die durch eine Verfügung des niedersächsischen Justizministeriums vom 25. November 1961 gegründete Erfassungsstelle hatte im vergangenen Jahr die Zahl der Willkürakte der „DDR" mit fast 30 000 angegeben. Dabei seien 190 Menschen getötet worden.

Antisemitismus: Appell an alle Christen

DW. Worms

Mit einem Appell an alle Christen und christlichen Kirchen, „den Antisemitismus zu überwinden", ist gestern in Worms die Woche der Brüderlichkeit zur Aussöhnung zwischen Juden und Nichtjuden eröffnet worden. Die Feierstunde erinnerte zugleich an das 950. Jubiläum der ältesten Synagoge Deutschlands in Worms. Die Veranstaltung, die vom ZDF direkt übertragen wurde, stand unter dem Jahresthema „Jüdisches Erbe in Deutschland – Botschaft und Herausforderung".

Die Berliner Schriftstellerin Ingeborg Drewitz erinnerte in einem Festvortrag daran, daß „wir wieder von Antisemitismus sprechen müssen, dem dumpfen, unausrottbaren, ... dem Antisemitismus in der Umgangssprache, dem, der sich in Friedhofsschändungen und Schmierereien darstellt". Sie wandte sich zugleich gegen einen „unreflektierten Antizionismus, der allzu leicht in Antisemitismus umschlägt".

Die alljährlich verliehene Buber-Rosenzweig-Medaille ging diesmal an zwei Deutsche aus der „DDR".

Bei einer Feierstunde in Berlin wandte sich der ehemalige deutsche Botschafter in Israel, Klaus Schütz, gegen eine „Kollektivschuld" der Deutschen; er setzte sich aber für „kollektive Verantwortung gegenüber unserer Geschichte" ein. Schütz kritisierte nachdrücklich einen Waffenexport aus Deutschland nach Nahost und an „Israels Feinde". Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen forderte zu unbedingtem Eintreten für Recht und Toleranz auf.


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Parteisoldat

Von Heinz Barth

Ob sich die hochgespannten Erwartungen erfüllen können, die von der Berliner SPD mit der so gut wie feststehenden Installierung Hans Apels als sozialdemokratischem Spitzenkandidaten an der Spree verbunden werden, gehört zu den Fragen, die nicht vorschnell beantwortet werden sollten. Offenbar kam der Bonner Parteizentrale der Verzicht Harry Ristocks, der schon länger im Gerede war, weder so ungelegen noch so völlig überraschend, wie man sich zunächst den Anschein gab.

Der Einsatz Apels in Berlin, dem er sich als gehorsamer „Parteisoldat" fügt, ist Bestandteil einer auf weite Sicht angelegten Strategie. Denn die Entscheidung, einen der wenigen qualifizierten Politiker, die der nach der „Wende" personell erschöpfte SPD-Apparat zur Zeit noch anzubieten hat, in der alten Reichshauptstadt einzusetzen, deckt sich exakt mit der pessimistischen Prognose, die Willy Brandt kürzlich der Rückkehr seiner Partei an die Macht stellte. Auf dem Rückweg nach Bonn ist Berlin, wo übers Jahr gewählt wird, eine wichtige Zwischenstation.

Mit Gastspielen der von auswörts zugezogenen politischen Prominenz aber haben die Berliner, wie die Fälle Vogel und Weizsäcker zeigten, Erfahrungen gemacht, die sie in ihrem Mißtrauen gegen Zugvögel bestärkten. Hans Apel und mit ihm seine Partei würden einen für sie verhängnisvollen Fehler begehen, wenn sie nicht von vornherein klarstellten, daß sie diesen enttäuschenden Beispielen im Fall ihres Wahlsieges unter keinen Umständen folgten.

Noch liegt die CDU bei den Umfragen in Berlin an der Spitze. Sie hat mit Eberhard Diepgen einen Regierenden Bürgermeister, der mit Berlin verwachsen ist. Vor allem aber: Sie ist eine stabile Partei. Die SPD dagegen ist in Berlin wie überall gespalten; in Berlin kommt die große Zahl der Wehrdienst-Umgeher dazu, die dem Nachrüstungs-Befürworter Apel wegen seiner einstigen Gelöbnisfeiern wenig Sympathie entgegenbringen. In welche Lage kommt Apel, falls die Berliner SPD sich eines Tages für die Koalition mit der Alternativen Liste entscheidet? Da sind noch einige Fragen zu klären.

Der Papst sagt ab

Von Carl Gustaf Ströhm

Zum ersten Mal ist ein konkreter Reiseplan des Papstes gescheitert: in Zagreb gab Kardinal Franjo Kuharic bekannt, Johannes Paul II. werde nicht, wie geplant, im Juli zu den Feierlichkeiten „1 300 Jahre Christentum in Kroatien" nach Jugoslawien kommen.

Die Absage war vorauszusehen. Bereits seit einigen Monaten hatten gewisse „antiklerikale" Kreise der jugoslawischen KP gegen die Papst-Reise opponiert. Es gibt eben in Jugoslawien keine überragende, entscheidungsfähige Persönlichkeit mehr, die einen gordischen Knoten auf unkonventionelle Weise zu lösen und Intriganten zu disziplinieren vermag. Zwischen Belgrad, Zagreb und den übrigen Republik-Hauptstädten bewegte sich alles auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu – und der hieß: Besser ist es, wenn dieser menschenbewegende polnische Papst gar nicht erst kommt.

Sicher hätte Johannes Paul II. den katholischen Slowenen und Kroaten gewaltigen Auftrieb gegeben. Sicher wäre der Wallfahrtsort Marija Bistrica bei Zagreb Schauplatz einer Manifestation von Hunderttausenden geworden. Offenbar fühlte sich das Regime der Herausforderung nicht gewachsen. Hinzu kamen allerdings noch protokollarische Probleme.

Als Staatsoberhaupt des Vatikans wurde von Johannes Paul erwartet, einen Kranz am Grabe Titos niederzulegen. Ist das einem katholischen Oberhirten zuzumuten?

Als Oberhaupt der katholischen Kirche hätte er andererseits nicht die Zagreber Kathedrale betreten können, ohne das Grabmal des Kardinals Stepinac aufzusuchen. Stepinac aber gilt der KP als Staatsfeind und „Kriegsverbrecher".

Schließlich ist da auch noch das Problem der serbischen Orthodoxie: diese verlangte, der Papst solle im ehemaligen Ustascha-Konzentrationslager Jasenovac um Vergebung für die Taten oder Untaten der katholischen Kroaten gegenüber den orthodoxen Serben im Zweiten Weltkrieg bitten – was wiederum die katholische Kirche nicht akzeptiert. An einem gescheiterten Besuch wird somit die Komplexität und Brisanz jugoslawischer Nationalitätenprobleme sichtbar.

Papandreous Zirkusstück

Von Evangelos Antonaros

Der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou hat in den letzten Tagen ein äußerst gefährliches Spiel mit der Wahrheit und mit der Stabilität in der Südostflanke der NATO betrieben. Zunächst behauptete er, die Türken hätten auf ein griechisches Kriegsschiff geschossen. Keine vierundzwanzig Stunden später nahm er die bereits beschlossenen Gegenmaßnahmen zurück und bezeichnete die Erklärungen Ankaras als „befriedigend". Im Klartext bedeutet diese Kehrtwende, daß Papandreou überstürzt und verantwortungslos reagiert hatte. In den Augen der Weltöffentlichkeit hat er sich blamiert – wieder einmal.

Es mag sein, daß er wegen lückenhafter Informationen den Zwischenfall überschätzt hat. Das hieße, daß politische Dilettanten im Außenministerium in Athen sitzen. Andererseits ist es gut möglich, daß Papandreou den angeblichen Beschuß absichtlich als politische Trumpfkarte in die Debatte im US-Kongreß über die Militärhilfe an die Türkei und Griechenland einzusetzen versuchte, um eine Kürzung der Gelder für die Türkei zu erreichen. Eine dritte Möglichkeit ist, daß der Athener Sozialist die nichtexistierende Krise aus innenpolitischen Gründen auszunutzen versucht hat. Politische Unzufriedenheit greift in Griechenland um sich.

Welche Versionen man auch vorzieht, Papandreous Operettenstück hat der angeschlagenen Glaubwürdigkeit der griechischen Außenpolitik einen schweren Schaden zugefügt. Papandreous Verhalten hat Griechenlands Freunde vor den Kopf gestoßen. Amerikanische Politiker, unter ihnen Senator Kennedy, hatten, auf Papandreous Behauptungen gestützt, Ankara scharf kritisiert. In Zukunft müssen sie vorsichtiger sein.

Für die Griechen selbst stellt sich eine nicht minder wichtige Frage: Wie wird sich ein solcher Politiker im Fall einer tatsächlichen Krise verhalten, wenn er aus einer Lappalie, aus welchen Gründen auch immer, ein Weltereignis macht und die Nerven verliert? Beruhigend wirkt allein die Präsenz von Konstantin Karamanlis an der Staatsspitze, der auch diesmal Papandreou gebremst zu haben scheint.



Deutsche Flanke ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Zu hochtourig am Motor

Von Jens Hacker

Die Thesen des Berliner Wissenschaftssenators Kewenig verdienen besondere Beachtung, da sie die Grundlage für die deutschlandpolitischen Darlegungen bildeten, die der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen in seiner ersten Regierungserklärung vorgetragen hat. Kewenig, von Haus aus Staats- und Völkerrechtler, ist vornehmlich wegen seiner Überlegungen über „Berliner Bewegungsspielräume" kritisiert worden. Auch wenn er mit Recht feststellt, Berlin könne „keine eigene Berlin- oder Deutschland-Politik" machen und in Berlin müsse „zu dem in jedem Fall notwendigen Bundesdach die Vier-Mächte-Verantwortung" hinzukommen, muß Kewenig in einigen zentralen Punkten widersprochen werden. Er verkennt den Umfang der nach wie vor bestehenden besatzungsrechtlichen Befugnisse, die Position Berlins im Rahmen des innerdeutschen Vertragswerkes und die verfassungsrechtlichen Grenzen für die Außenbeziehungen der Bundesländer.

Nach Kewenigs Eindruck ist Berlin in Gefahr geraten, „als statusrechtlicher Zeigefinger lästig zu fallen ... Diese Fixierung auf ein juristisches 'roll back' hat, verbunden mit dem statusrechtlichen Zeigefinger, insgesamt dazu geführt, daß bei der Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen Berlin sich nicht als Motor, sondern als Bremse gerierte".

Die Gestaltung der innerdeutschen Beziehungen ist Sache des Bundes und nicht der Bundesländer und damit auch nicht Berlins. Daher kann Berlin weder die Funktion eines Motors noch die einer Bremse übernehmen. Kewenig läßt die von beiden Seiten beim Abschluß des Grundvertrags abgegebenen Erklärungen zu Berlin (West) außer acht. Danach besteht Einvernehmen, daß die Ausdehnung von Abkommen und Regelungen, die im Zusatzprotokoll zu Artikel 7 des Grundvertrags vorgesehen sind, in Übereinstimmung mit dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 auf Berlin (West) im jeweiligen Fall vereinbart werden kann. Außerdem legten beide Seiten fest, daß die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der „DDR" in Übereinstimmung mit dem Vier-Mächte-Abkommen die Interessen von Berlin (West) vertritt. Und wenn es in der Erklärung weiter heißt, Vereinbarungen zwischen der „DDR" und dem Senat bleiben unberührt, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die Sachbereiche, auf denen der Senat mit der „DDR" Abmachungen treffen kann, begrenzt sind. Daher hat der Senat bisher mit der „DDR" auch nur Vereinbarungen zur Ausführung und Ergänzung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin und technischen Inhalts geschlossen. Wie sehr die drei Westmächte darauf achten, daß der Senat dabei seine Kompetenzen nicht überschreitet und sich mit der „DDR" nur über technische Abmachungen verständigt, die Statusfragen nicht berühren, hat sich unlängst wieder beim Abschluß der S-Bahn-Verhandlungen gezeigt.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Grundvertrags-Urteil vom 31. Juli 1973 darauf hingewiesen, die in der Erklärung zum Grundvertrag vorgesehene Möglichkeit von Vereinbarungen zwischen der „DDR" und dem Senat von Berlin befreie „das Land Berlin nicht von der Beachtung der grundgesetzlichen Ordnung". Kewenig wertet Artikel 32 Abs. 3 Grundgesetz als eine Ebene der Beziehungen zwischen dem Senat von Berlin und der Regierung der „DDR", „auf der sich auch zwischen anderen Landesregierungen und dritten Staaten ... vertragliche und sonstige Beziehungen entwickeln" könnten. Diese Bestimmung der Verfassung legt fest: „Soweit die Länder für die Gesetzgebung zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung mit auswärtigen Staaten Verträge abschließen".

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Jens Hacker lehrt Politikwissenschaft und Völkerrecht an der Universität Regensburg FOTO: KLAUS MEHNER

Da die Pflege der Beziehung zu auswärtigen Staaten Sache des Bundes ist, sind den vertraglichen Beziehungen der Bundesländer zu dritten Staaten enge Grenzen gezogen; sie können vornehmlich im kulturellen Bereich aktiv werden. Über die kulturelle Zusammenarbeit mit der „DDR" Regierungsabkommen zu schließen, ist jedoch Sache des Bundes und nicht eines Bundeslandes. Dabei ist Berlin voll einzubeziehen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die „DDR" – so das Bundesverfassungsgericht – zu Deutschland gehört und im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht als Ausland angesehen werden kann. Wenn ein Bundesland auf Grund des Artikels 32 Grundgesetz mit der „DDR" einen Vertrag schließen möchte, könnte diese Bestimmung allenfalls entsprechend und nicht, wie Kewenig vorschlägt, direkt angewandt werden.

Schließlich verkennt Kewenig die berlinpolitischen Absichten der „DDR"-Führung, die seine Thesen mit Genugtuung registriert haben dürfte. Diese Absichten haben „DDR" und UdSSR in dem am 7. Oktober 1975 erneuerten Bündnispakt umrissen:

„In Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 werden die Hohen Vertragschließenden Seiten ihre Verbindungen zu West-Berlin ausgehend davon unterhalten und entwickeln, daß es kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und auch weiterhin nicht von ihr regiert wird".

Mit dieser Klausel, die auf zynische Weise das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin verfälscht, verfolgen Ost-Berlin und Moskau das Ziel, Berlin aus der staatsrechtlichen Bindung an den Bund zu lösen und völkerrechtlich zu verselbständigen. Dieser Tatsache muß sich der Senat von Berlin bewußt sein, wenn er dem freien Teil der Stadt eine Vordenkerrolle in der Deutschland-Politik zuschreiben möchte.

IM GESPRÄCH Bouchareissas

Kampf gegen die „Cathos"

Von August Graf Kageneck

Dieser Südfranzose mit dem unaussprechlichen Namen Michel Bouchareissas kann in die Geschichte eingehen als der Mann, der Frankreich am Ende des 20. Jahrhunderts einen um hundert Jahre verzögerten Kulturkampf bescherte. Er ist der Generalsekretär des CNAL, des „Nationalen Komitee für die Laien-Aktion". Bouchareissas ist also der Gegenspieler der katholischen Kirche und der von ihr unterhaltenen zehntausend privaten Schulen Frankreichs. Ein Gegenspieler, dessen Kampfbereitschaft und Schlagkraft von niemandem unterschätzt werden.



Will Frankreichs Privatschulen vernichten: Bouchareissas FOTO: DPA

Der Sohn eines Bauern aus dem Limousin, der von der Landflucht der dreißiger Jahre in das ungeliebte Dasein eines Fernfahrers verdrängt wurde und dies nie verwunden hat, kämpfte von frühester Jugend an in den Reihen der Sozialistischen Partei. Später trat er, Lehrer geworden, der linksextremen Lehrergewerkschaft bei, die ihn 1969, nach rabiaten Kämpfen gegen die „Pfaffenschule" und ihre Unterstützung durch den gaullistischen Staat, in den Pariser Vorstand holte. Hier fiel er durch antiklerikale Kampfschriften auf, geprägt von dem traditionell laizistischen, ein wenig anarchistischen, libertinistischen Klima seiner südwestfranzösischen Heimat. Damals hatten die katholischen Bischöfe unter dem Eindruck der Debré-Gesetze zur wirksameren Unterstützung der Privatschulen und ihrer „Assoziation" mit der öffentlichen Schule ihren Widerstand gegen letztere aufzugeben begonnen. Was Bouchareissas zu dem für ihn typisch formulierten Kommentar veranlaßte: „Erst jetzt haben die Pfaffen gemerkt, daß die Laienschule nicht die Schule des Teufels ist."

Diesen Ton hören seine Mitstreiter gern, und so wurde der Algerienkrieger und aktive Fußballspieler schließlich einstimmig zum Vorsitzenden des schon 1953 gegründeten Laien-Komitees gewählt, einer Armee, die im Augenblick noch Gewehr bei Fuß steht, aber jederzeit losschlagen könnte. Die „Cathos", wie man im antiklerikalen Jargon die andere Seite nennt, haben am 4. März in Versailles achthunderttausend Leute auf die Beine gebracht. Das „CNAL" müßte ebensoviel aufbringen können. Für diesen Fall aber haben die Anhänger der Privatschulen gedroht, zwei Millionen in Paris für das Grundrecht der freien Schulwahl defilieren zu lassen. Ob solcher Massenaufmarsch noch so friedlich verlaufen würde wie bisher, muß bezweifelt werden. Dann aber wäre der Schulkrieg da.

Die Regierung scheint ihn inzwischen ernsthaft zu befürchten. Sie sitzt zwischen zwei Stühlen und kann nicht zurück. Die Ratlosigkeit ergibt sich aus widersprüchlichen Erklärungen des Premier- und des Erziehungsministers über Termin und Inhalt der Gesetzesvorlage. Das Parlament tritt in zwei Wochen zusammen, und noch weiß niemand, ob der französische Schuldualismus aufrechterhalten werden soll oder nicht. Bouchareissas und seine Anhänger wollen ihn um jeden Preis beenden. Inzwischen hat der CNAL-Präsident die 102. Todesdrohung erhalten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Zu Hans Apel als künftigem Spitzenkandidaten der Berliner SPD meint die Zeitung:

Apel hat sich Bedenkzeit erbeten und zu einer Berufung nach Berlin offenherzig gesagt: „Mich zieht da nichts hin. Bestenfalls kann die Pflicht mich zwingen." ... Die hiesige SPD ist nach der Kapitulation Ristocks schlimm dran. Sie würde mit einem Apel, der nur mit einem Koffer nach Berlin kommt, wahrscheinlich besser fahren als mit einem Longolius, den viele mit einem römischen Legionär aus der Asterix-Szene verwechseln.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Zu der Ausreisewelle von „DDR"-Bürgern in die Bundesrepublik schreibt das Blatt:

Der Stacheldraht an der innerdeutschen Grenze dient heute dazu, dem SED-Regime die vollständige Ausschöpfung seiner menschlichen Reserven in der wirtschaftlichen Krise zu gewährleisten, unter Einbeziehung sogar derer, die nicht im Lande bleiben wollen. Das Abmessen mit dem Tropfenzähler sorgt dafür, daß die Preise stabil bleiben. Es muß erlaubt sein, an das Beschämende dieses Handels zu erinnern.

NEUE RUHR ZEITUNG

Die Essener Zeitung kommentiert die Leipziger Messe:

Wäre die Intensität des politischen Besucherstromes ein Maßstab für die Qualität der Beziehungen, die Welt müßte die geteilten Deutschen ob ihrer Problemlosigkeit im Umgang miteinander beneiden. Aber das Gegenteil von problemlos ist der Fall. Die Beziehungen waren noch vor 30 Jahren herausragend gut, gemessen am heutigen Zustand. Damals, im Sommer 1954, trafen sich in Leipzig über eine halbe Million Deutscher aller Länder zum Gesamtdeutschen Kirchentag. Einer der Festredner war Hermann Ehlers (CDU), Präsident des Deutschen Bundestages. Längst vergessen, aber es ist doch notwendig und könnte nützlich sein, an die relative deutsch-deutsche Normalität der 50er Jahre zu erinnern und damit die heutige Krampfsituation zu geißeln: Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen, Betonsperren, Wachtürme, schikanöse Kontrollen, Kopfgeld.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Den Stand der Auseinandersetzung zur 35-Stunden-Woche behandelt die Zeitung so:

Für die kommende Woche kündigte das IG-Metall-Vorstandsmitglied Janßen bundesweit Warnstreiks und Protestkundgebungen an. Diese schärfere Gangart kontrastiert merkwürdig zu den neuerdings auch nachdenklicheren Äußerungen gerade aus der federführenden IG Metall. Gewerkschaftschef Mayr versicherte, man wolle „keine Arbeitsplätze kaputtstreiken", sein Stellvertreter Steinkühler will sich von der bislang absoluten Forderung nach einer Wochenarbeitszeitkürzung um fünf Stunden schon mal eine halbe Stunde abhandeln lassen, und Kollege Janßen denkt über eine „zweistufige" Arbeitszeitverkürzung nach. Solche Überlegungen schaffen jedoch den eklatanten Widerspruch nicht aus der Welt, wonach mit weniger Arbeit zum gleichen Lohn so viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, um der Massenarbeitslosigkeit Herr zu werden. Jede Verteuerung der Arbeit bewirkt tendenziell eher das Gegenteil.

Das Mekka aus Beton und die unaufhaltsamen Metastasen

Trotz Kritik der Rechnungshöfe wachsen die Kosten des Aachener Großklinikums / Von Peter Jentsch

Jahrhundertelang galt Aachens Dom als Wahrzeichen der Kaiserstadt. Albrecht Dürer rühmte ihn 1520 aus Anlaß der Krönung Kaiser Karls V. wegen seiner „proportionierten Säulen mit ihren guten Capitälen von Porphit grün und rot und Gossenstein".

Heute besitzt die Kaiserstadt ein neues Wahrzeichen: ein Zwei-Milliarden-Grab, 257 Meter lang, 135 Meter breit mit sechseinhalbtausend Räumen, alle vollklimatisiert, die meisten ohne Tageslicht, verteilt auf acht Etagen. Diese werden überragt von zwei Dutzend je fünfzig Meter hohen (Versorgungs-)Türmen, bar jeder Proportion, und von Stahlröhren, Säulen gleich, aber nicht „von Porphit", sondern giftig gelb gestrichen.

Die Rede ist von Aachens Klinikum, dem „Mekka der Medizin", so der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau, das zu Beginn der sechziger Jahre in maßloser Fehleinschätzung des künftigen Versorgungsbedarfs geplant und von der Neuen Heimat in Beton gegossen wurde. Dieser Industriekomplex mit seinen 1600 Betten und 52 Operationssälen, der 4000 Menschen Arbeit garantiert (wobei die 500 Ärzte und 1000 Schwestern und Pfleger in der Minderheit sind gegenüber Verwaltungspersonal und Technikern), ist jetzt wieder ins Gerede gekommen.

Der Bundesrechnungshof hat die Bundesregierung aufgefordert, keine Zahlungen mehr für das vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gemeinsam finanzierte Großklinikum zu leisten. Die „unverantwortliche Kostenexpansion" dieses Projekts, dessen Kosten ursprünglich auf 500 Millionen Mark kalkuliert waren, heute aber bereits 1,7 Milliarden Mark erreicht haben, sei „zum großen Teil auf grobe Fehler, Verstöße und Versäumnisse bei der Planung, Durchführung und Leitung" des Klinikbaus zurückzuführen. Dabei seien alle vermeidbaren Mängel vom Land Nordrhein-Westfalen zu vertreten seien. Zudem hätten sich Bund und Land auf eine Kostenobergrenze von 1,2 Milliarden Mark verständigt. Die SPD-Landesregierung geht mittlerweile davon aus, daß die Endabrechnung für die „Concorde in Beton" bei 2,1 Milliarden Mark liegen wird.

Es wäre zu einfach, die Verdoppelung der Bauzeit (wenn das ausreicht, gebaut wird immer noch!) und die Vervierfachung der Kosten (Fachleute rechnen inzwischen mit 2,4 Milliarden) auf den Nenner zu bringen: Es war schon immer etwas teurer, mit der Neuen Heimat zu bauen. Vielmehr stellen sich die Fragen: Hat das Krankenhausfinanzierungssgesetz und sein duales Finanzierungssystem versagt? Ist das System der Kontrolle von Beamten (hier die zuständige Ministerialbürokratie) durch Beamte (des Bundesrechnungshofs) überhaupt wirksam?

In der sozialen Euphorie der großen Koalition wurde die Aachener Beton-Tat begonnen. „Klassenloses Krankenhaus", „Gesundheit für alle" – das waren die Schlagworte, die dazu führten, daß Aachen und mit ihm andere Großkliniken entstanden. In ihrem Sog gingen umliegende kleinere Krankenhäuser unter. Das wurde durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz noch gefördert, um Bettenüberkapazitäten abzubauen: Kliniken mit weniger als 200 Betten erhielten keine Zuschüsse mehr.

Das war ein Fehler. In den kleinen freigemeinnützigen Kliniken wurde ein Blinddarm ebensogut versorgt wie in den Mammutkrankenhäusern. Aber in diesen kleineren Häusern liegt heute der durchschnittliche Pflegesatz bei etwa 170 Mark. In Aachen liegen die Kosten pro Bett und Tag bei einer Bettenauslastung von 60 Prozent (und mehr erwarten selbst Optimisten nicht) bei weit über 1000 Mark. Dafür sieht es in manchen Krankenhäusern jammervoll schäbig aus – Aachen hat das Geld für Renovierungen abgezogen.

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz hat in einem weiteren Punkt versagt. Es sollte die Milliardendefizite durch seine zweigleisige Finanzierung (Investitionen durch den Staat, Pflegesatz durch die Kassen) abbauen helfen. Doch infolge der exorbitant gestiegenen Kosten (Beispiel Aachen) wurde dieses Ziel nicht erreicht. Heute besteht bei den Kliniken der Bundesrepublik ein Investitionsrückstand von 15 Milliarden Mark.

Schließlich zeigt das Beispiel Aachen, daß die Kontrolle der Bundes- und Landesrechnungshöfe anscheinend auch politisch nichts fruchtet. Weder wurden Verantwortliche wie etwa Aachens früherer Stadtkämmerer, Ex-Finanzminister Hans Wertz (SPD) – jetzt Präsident der Landeszentralbank –, der seiner Vaterstadt das Klinikum einbrockte, zur Verantwortung gezogen, noch will die Bundesregierung der Empfehlung des Bundesrechnungshofes folgen, sich aus der Finanzierung zurückzuziehen. Weitere 500 Millionen wurden bewilligt. Die Pleite geht weiter und wird noch pleiter.

Reagan – und das Dorf der kleinen Kartoffeln

Wenn US-Präsident Reagan Pfingsten die Republik Irland besucht, wird ein Tag der kleinen Gemeinde Ballyporeen gehören. Hier im „Dorf der kleinen Kartoffeln" stand die Wiege seiner Ahnen.

Von FRITZ WIRTH

Das Dorf liegt abseits des großen irischen Touristentrecks, zwischen Dublin und Cork und heißt Ballyporeen. Seine 300 Bürger werden leicht ärgerlich, wenn man sie bittet, ihren wohlklingenden Dorfnamen zu übersetzen. Ballyporeen heißt zu deutsch „Dorf der kleinen Kartoffeln". Über diesen prosaischen Namen vermag ihnen nur jenes auch in Irland geläufige Sprichwort Trost zu spenden, das etwas über das Intelligenzvolumen von Produzenten großer Kartoffeln aussagt.

In diesem Kartoffeldorf erschien vor gut drei Jahren, kurz nachdem Präsident Reagan ins Weiße Haus eingezogen war, ein Ahnenschnüffler der angesehenen Londoner Firma „Debrett's" und gab ihm über Nacht Weltruf. Er eröffnete den Bürgern von Ballyporeen, daß im Jahre 1829 einem Ehepaar ihres Dorfes namens Thomas und Margaret Reagan ein Sohn Michael geboren wurde; daß dieser Michael später in den Londoner Vorort Southwark umzog, dort im Jahre 1852 heiratete und daß einer seiner Söhne namens John später nach Amerika auswanderte. Der Enkel dieses John Reagan sei heute Präsident der Vereinigten Staaten.

Das Staunen und die Verblüffung über diese Enthüllung wandelte mit wachem, weitsichtigem merkantilen Sinn als erster der Pub-Besitzer John O'Farrell in sichtbare Signale neuer historischer Größe um. Er taufte seine Wirtschaft innerhalb von 24 Stunden in „Ronald Reagan Lounge" um. Inzwischen hat er das Verhältnis zum größten Sohn aus dem Dorf der kleinen Kartoffeln weiter intensiviert. Vier Mal hat er bereits an den Präsidenten aus Ballyporeen im Weißen Haus geschrieben und vier Mal auch persönliche Antwort erhalten. Um die Pfingsttage herum nun wird das Unerhörte geschehen, Ronald Reagan hat seinen Besuch in Ballyporeen angesagt.

Daß amerikanische Präsidenten Pilgerreisen auf der Fährte ihrer Ahnen nach Irland antreten, ist nichts Außergewöhnliches. John F. Kennedy kam in dieser Mission 1963 nach Irland, Richard Nixon im Jahre 1970 und Jimmy Carter acht Jahre später. Das hat nicht nur etwas mit Nostalgie und romantischem Ahnenkult zu tun. Der Weg zum Weißen Haus ist mit einer ganzen Allee irischer Präsidenten-Stammbäume bepflanzt. Denn es leben heute in den Vereinigten Staaten rund 20 Millionen Bürger, die ihre Herkunft von irischen Vorfahren ableiten. Da ist es bei einer Wahl von beträchtlichem Nutzen, irisches Blut in Präsidentenadern nachweisen zu können.

Zwar scheiterten Männer wie Monroe, Truman, Eisenhower und Johnson bei ihren Bemühungen, irische Urväter auszumachen; dennoch ist es unbestreitbar, daß Irland zum größten Exportland amerikanischer Präsidenten wurde. Die Liste dieser Männer beginnt mit Andrew Jackson, dem siebten amerikanischen Präsidenten von 1829 bis 1837, der auf einem Auswandererschiff auf dem Wege ins gelobte amerikanische Land geboren wurde. Die Familie des elften Präsidenten James Knox Polk (1845–49) kam aus dem irischen Coleraine. Das Haus der Vorfahren des 15. Präsidenten (1857–61) James Buchanan ist heute noch in der Nähe von Omagh zu besichtigen, und der Großvater des 17. Präsidenten (1865–69) Andrew Johnston, des Nachfolgers Abraham Lincolns, stammt aus dem gleichen Ballyclare, aus dem auch die Vorfahren Mark Twains kamen.

Die „irische" Präsidenten-Ahnenreihe setzt sich fort mit Ulysses Simpson Grant (18. Präsident), Chester Alan Arthur (21.), Grover Cleveland (22. und 24.), Benjamin Harrison (23.), William McKinley (25.), Theodore Roosevelt (26.) und Woodrow Wilson, dessen ferner Neffe William Wilson heute noch eine Farm in der Nähe von Strabene beackert, und dann natürlich mit den Kennedys, dem berühmtesten irisch-amerikanischen Clan.

Es ist nicht unbedingt Neid, der die Briten veranlaßt, mit einiger Sorge diese starke irische Dimension in der amerikanischen Politik zur Kenntnis zu nehmen. Sie sehen in der starken irischen Kolonie in den USA eine bedeutende Quelle des trotz aller „speziellen Beziehungen " zwischen Washington und London immer noch spürbaren Briten-Hasses.

Diese Feindseligkeit ist besonders an der amerikanischen Ostküste wach, wo die „St. Patrick's Day"-Paraden in dieser Woche in New York und in Boston die Feierlichkeiten in Dublin weit in den Schatten stellen werden. Zwar sind die amerikanischen Iren schon lange nicht mehr so eng landsmannschaftlich organisiert wie vor hundert Jahren, als der „Orden der Hibernians" in den Staaten 1,5 Millionen Mitglieder hatte. Heute gehören ihm nur noch 12 000 an.

Dennoch: Ein harter Kern dieser amerikanischen Iren hält den Zorn gegen die Briten wach. Sie neigen dazu, den Kampf der Terror-Organisation IRA gegen die Briten zu romantisieren und werden nicht müde, über die irische Hilfsorganisation „Noraid" der IRA finanzielle Hilfe zuteil werden zu lassen. Sie trinken grünes Bier am „St.-Patrick's-Tag" und sind böse genug, ihrem New Yorker Umzug einen von den Briten gesuchten ehemaligen Terroristen voranzustellen.

Abgesehen davon jedoch haben sich die Iren um Amerika verdient gemacht. Elijah Craig bescherte ihnen den Bourbon-Whiskey, Stephen Foster den Song „Oh Susanna", Harold Ross den „New Yorker" und Edgar Allen Poe phantastische Kurzgeschichten. Die Amerikaner wissen, was sie an den Iren haben, und seit kurzem wissen die 300 Bürger von Ballyporeen, was sie den Amerikanern verdanken.

Denn seit Präsident Reagan seinen Besuch angesagt hat, springt das sonst etwas abseits technologischer Revolutionen dahindämmernde Dorf der kleinen Kartoffeln jäh – bevor es zu spät ist – ins 20. Jahrhundert hinein. So erhält Ballyporeen, dessen 50 Telefone bisher noch durch eine Handkurbel Laut geben, in den nächsten Wochen eine hochmoderne Telefon-Vermittlung, die Direktgespräche mit dem Rest der Welt erlaubt.

Denn mit dem Präsidenten werden Anfang Juni 2000 Journalisten ins Dorf einfallen. Dieser Massenandrang hat den Bürger von Ballyporeen mit Schrecken einen Mißstand bewußt gemacht, der ihren weltweiten Ruf in Gefahr bringen könnte. So bauen sie denn im Augenblick an einer bisher nicht so unbedingt entbehrten öffentlichen Bedürfnisanstalt.

Für die 300 kleinen Kartoffelbürger läuft die Vermarktung der Reagan'schen Ahnenreise vorzüglich. Ballyporeen ist seit einigen Wochen eine Oase des Aufschwungs in der landesweiten irischen Tiefebene der Rezession. Die „Ronald Reagan Lounge" des John O'Farrell hat ihren Bierumsatz in diesem Jahr verdreifacht.

Doch den heißesten Boom entfachte die Frau des Gastwirtes, Mary O'Farrell. Sie verkauft seit einem Jahr Muttererde aus dem Heimatort der Reagans per Post an die Amerikaner. Für eine Mark fünfzig die Tüte. Die Zeit wird kommen, da niemand mehr Ballyporeen sagt und kleine Kartoffeln meint.



Geschäft und Historie: Der Pub in Ballyporeen erinnert an die Herkunft des amerikanischen Präsidenten FOTO: DPA



Zum Auftakt der 140. Modemesse „Igedo" in Düsseldorf eine Super-Show: Mannequins aus ganz Europa „tanzten" Mode. Mitten unter ihnen Designer Tristano Onofri. FOTOS: THOMAS BUJACK / ANDREAS VIEWEG

Düsseldorf macht den Modetrend

Zur Mode, da gehören auch Show, Stars und Spektakel. Seitdem man dies auch in Düsseldorf erkannt hat, mausert sich die bis dahin eher biedere „Igedo" zum Star unter europäischen Modemessen. Seit Sonntag ist das Schaufenster der Mode wieder geöffnet.

Von WILM HERLYN

Ein Magnet für Modemacher – nicht Paris, nicht Mailand, nicht New York, sondern in immer anziehenderem Maß Düsseldorf. Dort steht sechs Mal im Jahr alles im Zeichen der Mode – acht Mal sogar, zählt man die Internationale Schuhmesse GDS dazu. Dann besetzt ein buntes und auch exzentrisches Völkchen die Hotels, die Bars und Cafés, hetzt eine Modevorführung die nächste Trendschau, gibt es nur zwei Gesprächsthemen: „Wer hat wen wo mit wem gesehen" und „Was trägt ‚man' in der kommenden Saison".

Das war beileibe nicht immer so und hat sich erst in den vergangenen drei Jahren entwickelt: Von der reinen Ordermesse der Igedo zum Trendsetter. Denn hier entscheiden jetzt die Einkäufer, welche Mode ein halbes Jahr später in Europas Schaufenstern die Kunden anlockt. Hier wird jetzt vorgeführt, was ein halbes Jahr später in Boutiquen und im Fachhandel gekauft werden soll.

„Tragbare" Mode heißt das und verkaufbare. Nicht Haute Couture, die sich kaum jemand mehr leisten kann, nicht Unikate aus den Salons der Edel-Schneider, die ja auch nicht immer mehr das sind, was sie einst vorgaben zu sein: Nämlich spätestens seit Yves Saint-Laurent oder Jean de Catselbajac oder gar Armani in Kaufläden zu haben sind und sich deren Modelle kaum noch unterscheiden von denen anderer, unbekannter – Designer; es sei denn durch den Preis und das Bewußtsein der Trägerin, auf einem irgendwo mehr oder weniger versteckten Label einen berühmten eingestickten Namen zu wissen.

Hinter dem leicht auszusprechenden „Igedo – Internationale Modemesse" verbirgt sich ein umständlicher Titel: „Interessengemeinschaft für Damenoberbekleidung". Und genauso umständlich und schwer tat sich lange Zeit Düsseldorf – mit durchaus scheelem Blick auf die Münchner Konkurrenz, die „Modewoche".

Denn dort konnte die Mode swingen, im Umfeld der Schickeria von Film und Halbwelt, Möchtegern-Playboys und tatsächlicher Society, rührig genutzt durch die Münchner Modemesse-Manager. Die „heimliche Hauptstadt" im Süden schickte sich an, auch Nachfolgerin des legendären Berlin der zwanziger und dreißiger Jahre zu werden – gerade was Mode anbetrifft. Dazu gehörte auch die Einbindung von Presse, Funk und Fernsehen mitsamt publikumwirksamen rauschenden Preisverleihungen. Vordergründig schien München und Mode untrennbar verbunden zu sein.

Dabei wurde das harte Geschäft, die Orders, seit Kriegsende in Düsseldorf gemacht. Aber ohne Aufhebens, ohne Glamour und Glanz. Und darüber murrte die Branche, die ja auch von der Öffentlichkeit und der Show lebt, immer mehr. Gleichzeitig stellten Experten fest, daß sich das Orderverhalten gerade in den vergangenen fünf Jahren änderte: die Firmen boten mehrere Kollektionen an, stellten sich schneller auf die Markttrends ein und der Einzelhandel kaufte sozusagen „scheibchenweise", wollte „ein frisches Sortiment".

Die sechs Termine setzten sich durch

Igedo-Manager Manfred Kronen erkannte diesen Trend als erster und handelte schnell, wenn auch risikoreich: Er legte zwei zusätzliche Termine fest, zeitlich bewußt vor die Münchner Modewochen. Und allen Unkenrufen aus der Textilwirtschaft zum Trotz – „sechs Termine pro Jahr in Düsseldorf schaffen wir nie" – setzte sich Kronen mit seinen „Collections-Premieren" durch. Der Markt reagierte auf die Igedo-Termine. Der vor zwei Jahren eingeführte Frühtermin im Februar etablierte sich inzwischen nach Ansicht von Ausstellern und Handel erfolgreich als „Europa-Debut" der Herbst- und Wintermode. 25 165 Fach-Besucher – das sind 45,8 Prozent mehr als im vorigen Frühjahr – unterrichteten sich bei dieser ersten europäischen Mode-Messe des Jahres über die neuesten Trends und Tendenzen.

Dieser Erfolg schlägt auch auf die „etatmäßigen" vier Igedo-Messen, durch. Die 140. Igedo, die gestern eröffnet wurde, berichtet jetzt schon von Rekorden: Mehr als 2000 Aussteller aus der Bundesrepublik und aus 28 europäischen und überseeischen Ländern zeigen das weltweit größte Mode-Angebot für Herbst/Winter 1984/85. Die Hallen des Düsseldorfer Messegeländes sind ausgebucht (114 500 Quadratmeter), dazu kommt ein großes Zelt für den Designer-Nachwuchs.

Denn auch das hat Düsseldorf verstanden – neben den „etablierten Mode-Machern" diese Gruppe anzubinden und ihr gleichzeitig Gelegenheit zu geben, ihre unkonventionellen Kreationen zu zeigen. Zum ersten Mal ist „C. A. B." dabei – der Club der Mode Avantgarde Berlin, der sich in Anlehnung an die „Neuen Wilden" in der Malerei die „Neuen Jungen" nennt und mit grellen pink-gelben Plakaten wirbt.

Als Kronen vor zwei Jahren Düsseldorfer Punker eingeladen hatte zum Streitgespräch mit Modedesignern, hielt man das noch für eine Schnapsidee. Heute muß man erkennen, daß viele Einflüsse der „Punk-Mode" in zivilisierter Form die „große" Mode beeinflußt. Und als Kronen 1981 feststellte: „Uns genügt es eben nicht, daß die deutsche Damenoberbekleidungsindustrie der weltgrößte Bekleidungsexporteur ist", um zu begründen, warum die Igedo den deutschen Firmen helfen will, neue Absatzmärkte in den USA zu erschließen, stieß er ebenso auf Skepsis. Eine knappe Million Mark ließ er sich das Engagement kosten. Nun kann er für sich zumindest in Anspruch nehmen, das Bild der deutschen Mode in Amerika – bisher als kreuzbieder und brav eingestuft – gründlich verändert zu haben.

All das poliert auch das Image Düsseldorfs auf. So wunderte es schon niemanden mehr, als der ZDF-Sportreporter Rolf Töpperwien die Übertragung des Fußballspiels Bayern München gegen Fortuna Düsseldorf am 3. Februar einleitete mit „Düsseldorf, die Stadt der Mode und des Altbieres". Ein Symbol: die Fortunen gewannen gegen die Münchner mit 4:1.

Die Fachleute sind sich inzwischen längst einig, welcher Rang der Stadt am Rhein gebührt. Ingolf Doyé, Geschäftsführer von „Chiwitt", ein Haus des teuren und qualitätsbewußten Genres, befand kurz und bündig: „Die Igedo ist für uns die Messe schlechthin." Und selbst der Münchner Wolfgang Ley von der exquisiten Firma „Escada" bekennt: „In Düsseldorf wird die Musik gemacht. Wir würden ja gerne mehr für München tun, das einen einmaligen Sympathiewert hat – aber da geht's ja zu wie bei einem niederbayerischen Bezirksverein".

Qualität und Design vom Rhein

Geholfen hat der Igedo und Düsseldorf aber sicher auch das Flair, das inzwischen berühmte Designer, die sich am Rhein niederließen, umgibt: Beatrice Hympendahl genauso wie die Dependance der italienischen Top-Stylisten, das „Oberkassel I".

Ein Mode-Bonbon gab es schon am Samstagabend. In der Tonhalle präsentierte „Düsseldorfs Italiener", der Designer Tristano Onofri, eine Super-Show. Noch nie startete eine Igedo so spektakulär: 36 Mannequins aus ganz Europa „tanzten Mode zu den Schlagern der italienischen Popmusik-Stars Al Bano, Romina Power, Umberto Tozzi, Claudia Mori, Taco und Ivan Cattaneo, deren Hits in Deutschland schon Gassenhauer sind. Das italienische Fernsehen schnitt mit. „Da haben wir Deutsche lange gebraucht zu begreifen, daß Klappern zum Handwerk gehört", urteilt Wolfgang Ley. Manfred Kronen ergänzt: „Warum haben denn die Italiener und Franzosen solche Erfolge? Weil sie ihr anerkannt gutes Design mit großen Tamtam vermarkten. Aber Qualität und exzellentes Design können wir hierzulande allemal bieten. Und die Show dazu."

Budapest an Ausbau der Beziehungen interessiert

Bundestagspräsident Barzel bei Parteichef Kadar

C.G.STRÖHM, Budapest

„Herr Barzel, dürfen wir uns mit Ihnen fotografieren?", fragte in den malerischen Gassen von Szentendre ein sächsisch sprechende Frau den Bundestagspräsidenten. Rainer Barzel und die Bonner Abgeordneten, die zu politischen Gesprächen mit dem Parlament und der Führung der ungarischen Volksrepublik nach Budapest gekommen waren, sahen sich am letzten Tag ihres Aufenthaltes mit der gesamtdeutschen Frage auf ungarischem Boden konfrontiert. „Wir sind aus der 'DDR', vergessen Sie uns bitte nicht", sagte ein Tourist. Selbst Bonner Parlamentarier, deren Gesicht in der breiten bundesdeutschen Öffentlichkeit kaum bekannt ist, konnten sich von der Wirkung des West-Fernsehens jenseits der Mauer überzeugen: Sie wurden von „DDR"-Touristen mit Namen angesprochen – und Barzel bekam gar von einer mitteldeutschen Dame zu hören, sie bewundere seine Reden im Bundestag.

Höhepunkt der deutschen Parlamentarier-Reise war ein Gespräch zwischen Barzel und dem ungarischen Parteichef Janos Kadar im ZK-Gebäude der ungarischen KP unweit der Budapester Margarethenbrücke. Ein offensichtlich gut gelaunter Kadar empfing Barzel in seinem Arbeitszimmer. An der Wand ein großes Bild Lenins – und, was einigermaßen überraschend wirkte, ein eingerahmtes Foto von Leonid Breschnjew mit handschriftlicher Widmung: „Meinem lieben Freund Janos Kadar".

Ausgiebiges Gespräch

Unter den meist marxistischen Büchern, die in den Wandschränken des Parteichefs aufgestellt waren, fand sich ein für kommunistische Verhältnisse recht ungewöhnliches Werk – Karl August Wittfogels „Die orientalische Despotie" (eine Abrechnung mit Diktatur und Stalinismus).

Kadar soll seinem Bonner Gast gegenüber das starke ungarische Interesse an einem weiteren Ausbau der Beziehungen zur Bundesrepublik betont. Schon die Tatsache, daß sich der ungarische Parteichef unmittelbar nach Rückkehr von einer Jugoslawien-Reise Zeit für ein ausgiebiges Gespräch mit Barzel nahm, kann als Indiz gewertet werden. Ebenso erklärten auch der ungarische Außenminister Varkony und der stellvertretende Ministerpräsident Marjai – letzterer ist zuständig vor allem für Wirtschaftsfragen –, daß die Beziehungen zwischen Bonn und Budapest „trotz störender Faktoren der Weltpolitik" nicht belastet und für Ungarn sogar von größter Wichtigkeit seien.

Die deutsche Parlamentarier-Delegation, der neben dem Bundestagspräsidenten die Abgeordneten Hansheinz Hauser (CDU), Walter Althammer (CSU), Konrad Porzner (SPD) und Uwe Ronneburger (FDP) angehörten, betonte übereinstimmend, daß Bonn ein starkes Interesse an Zusammenarbeit mit allen Nachbarn, auch jenen im Osten, habe.

Rüstung begrenzen

Die kleinen und mittleren Mächte, so sagte Barzel, sollten ihren Einfluß für eine Beseitigung und nicht nur Begrenzung der Rüstung in Europa geltend machen. Den deutschen Gästen war natürlich klar, daß die Ungarn auf den Positionen des Warschauer Paktes verharren – vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik. Als die ungarische Seite die Nachrüstungsfrage ganz im sowjetischen Sinne anschnitt, antwortete der Sozialdemokrat Porzner mit dem Hinweis, man könne die Stationierung der westlichen Raketen nicht wie eine „Momentaufnahme" isoliert behandeln; man müsse die ganze Entwicklung der letzten Jahre (also auch sie SS-20) damit im Zusammenhang sehen. Die Ungarn fanden dann offenbar eine salvatorische Formel, die bei den Deutschen aufhorchen ließ: Die Wiederherstellung des Zustandes, wie er vor der Nachrüstung bestand, müsse Ziel, nicht aber Vorbedingung von Verhandlungen sein.

Unterhalb dieser „Bündnisschwelle" gibt es, wie von Bonner Seite verlautete, zwischen Bonn und Budapest keine nennenswerten Probleme. Die Bonner Abgeordneten zeigten sich beeindruckt, daß es demnächst auch in Ungarn Wahlen mit mehreren Kandidaten zum Parlament geben soll, ferner, daß es heute im kommunistischen Ungarn bereits 120 000 kleine Privatunternehmer gibt. Barzel stellte eine weitere Vertiefung der deutsch-ungarischen Kooperation sowie weitere Kontakte zwischen den beiden Parlamenten in Aussicht.

Heftiger Disput über Fortbestand der Nation

Kongreß der Grünen über die Deutschlandpolitik

Werner Kahl, Karlsruhe

Der Bonner TASS-Korrespondent sagte als erster kurzfristig ab; ihm schloß sich daraufhin der Korrespondent der SED-Zentralblattes „Neues Deutschland" an. Ohne Begründung lud sich schließlich Professor Herbert Bertsch, in Bonn wohlbekannter Direktor des Ostberliner SED-Institutes für Internationale Politik aus dem „Deutschlandpolitischen Kongreß" über die Fragen eines Friedensvertrages, Blockfreiheit und Neutralität für Deutschland der Grünen am Wochenende in Karlsruhe aus.

Entgegen der Ankündigung der Grünen, mit Politikern aus der UdSSR und der „DDR" über die Zukunft Deutschlands zu diskutieren, zogen es Moskau und Ost-Berlin offensichtlich vor, ihre derzeitigen Positionen bedeckt zu halten. Unter den buntgewürfelten kontrovers diskutierenden Grünen machte daraufhin ein Zitat die Runde, daß dem deutschlandpolitischen Sprecher der Grünen im Bundestag, Dirk Schneider, gewidmet war. „Sein Spitzname ist: Die Ständige Vertretung der DDR in Bonn", konnten die Delegierten im Schwarzwaldsaal in dem von Schneiders Apo-Weggenossen Coh-Bendit geführten Szenenblatt „Pflasterstrand" lesen.

Etwa auf SED-Linie

Der von der Westberliner Alternativen Liste (AL) in den Bundestag entsandte, in den sechziger Jahren aus der „DDR" in den Westen gekommene Abgeordnete, hatte vorab Thesen zur Deutschlandpolitik bekannt gewesen. Sie bewegten sich nach Meinung Andersdenkender etwa auf der SED-Linie: Immer wieder die „Friedensfrage stellen" (Schneider) erst danach die Frage von Einheit und Demokratie. Seine Vorstellung: „Eine neue europäische Friedensordnung" zu diskutieren anstatt die Revision der Jalta-Konferenz von 1945 auf die Tagesordnung zu setzen. Eine europäische Friedensordnung, wie sie von der Gruppe um Schneider gefordert wurde, schließt u.a. den Verzicht auf die Rückkehr zu den Grenzen von 1937 aus.

Heftige Diskussionen gab es in der „Arbeitsgruppe Politik" um das Fortbestehen Deutschlands als Nation. Der Ansicht von Grünen, die sich für die „Wiederbelebung eines gesamtdeutschen Nationalbewußtseins" einsetzten, stand der Krause-Vorschlag gegenüber, die Grünen sollten einen „Nationenbegriff" entwickeln, der der eigenständigen BRD-Identität bei der Masse der Bevölkerung Rechnung trägt.

Bei Gesprächen mit der SED-Führung sollten sich die Grünen jedoch vor Illusionen hüten, „als könnte ein Wohlverhalten unsererseits das innenpolitische Verhalten drüben beeinflussen", warnte die Grüne Maria Weber. Für die SED blieben die Grünen ein zeitweiser „Bündnispartner", weil sie gegen die Bundesregierung und gegen die US-Administration unter Präsident Reagan auftreten, „ohne die Strukturen der SED-Herrschaft in Frage zu stellen."

„Eine defensive Macht"

August Haußleiter, 79jähriger Seniorredner der Grünen, plädierte für Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Stalin-Note vom 10. März 1952. Im Fernbleiben östlicher Politiker auf dem Kongreß sah er gestern gegenüber der WELT die Bestätigung für unterschiedliche fraktionelle Auffassungen über den Deutschlandkurs in den kommenden Jahren in der Kreml-Führung. Den Bewohnern in der Bundesrepublik warf Haußleiter vor, sie hätten sich nach dem Krieg vor der Zahlung der Kriegsfolgekosten an die Sowjetunion gedrückt und nicht zuletzt deshalb Vorschläge aus Moskau über die Einheit Deutschlands abgelehnt. „Das steht heute nicht in den Schulbüchern im Westen".

Haußleiter und Schneider stellten die Sowjetunion als defensive Macht dar, die von der Furcht der Einkreisung besessen sei. Deshalb empfahl Haußleiter einen neutralen Gürtel von Schweden bis Indien. Jugendlichen Grünen, die statt des konzeptlosen „Geschichtsunterrichtes auf der Tagung neue Aktionen gegen die Raketenstationierung in der Bundesrepublik forderten, erwiderte er: „Wir können sie nicht raustragen, nein raustragen können wir die Raketen nicht". Der nächste Zeitpunkt, die Stationierung zu beseitigen, sei „vielleicht bei den Bundestagswahlen 1987" gekommen: „Wenn wir uns danach mit der SPD im Bundestag gestärkt wiedersehen und das System Kohls überwinden".



In Baden-Württemberg begann heiße Phase des Wahlkampfes

Der Ministerpräsident verweist selbstbewußt auf das Erreichte

XING-HU KUO, Stuttgart

Eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung war die riesige Hanns-Martin-Schleyer-Halle in Stuttgart am Samstag mittag schon proppenvoll. Mehr als 8000 Besucher waren in dieses neue Wahrzeichen der Landeshauptstadt gekommen. Diese Rekordzahl galt jedoch nicht einem sportlichen Spitzenereignis oder einem Rockkonzert. Die CDU Baden-Württembergs hatte zum Endspurt im Landtagswahlkampf geladen, denn schon am 25. März wird gewählt. Aus allen Landesteilen kamen die Besucher und Gäste, um die Spitzengarde der CDU live zu erleben: Grußworte von Fraktionschef Erwin Teufel und Stuttgarts OB Manfred Rommel. Hauptreferate von Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Lothar Späth sowie ein markiges Schlußwort von Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder.

Für die richtige Stimmung sorgten „ausgewogen" die besten Spielmanns- und Fanfarenzüge sowie Trachtenkapellen aus den vier Landesteilen Nord- und Südbaden, Nordwürttemberg sowie Württemberg-Hohenzollern. Auch sie verkörpern die Harmonie und Eintracht im 1952 neugegründeten Bundesland. Optimismus ist angebracht, so ihre musikalische Botschaft, vor allem natürlich unter der seit zwölf Jahren alleinregierenden CDU. Und so soll es auch bleiben, war das Motto aller Reden, die, von stürmischem Klatschen begleitet, von einer ungewöhnlichen Kampfstimmung kurz vor dem Ziel in der CDU dieses Landes unüberhörbar zeugten.

Späth, von seinen Amtsvorgängern Kurt-Georg Kiesinger und Hans Filbinger flankiert, wurde von allen Rednern bescheinigt, er habe ein großes „persönliches Verdienst" daran, daß das reiche Erbe dieses Landes „vermehrt" worden sei. In der Wirtschafts-, Sozial-, Familien- und Bildungspolitik habe dieses Land bundesweit eine beachtenswerte Stellung erworben.

Die Landespolitiker ihrerseits dankten Kohl und seiner Mannschaft in Bonn für die in anderthalb Jahren geleistete Arbeit. Fraktionschef Teufel: Jetzt sei die Bundesrepublik nach innen und außen „politisch berechenbar". Kohls Regierung habe auch die Schranken in Deutschland „durchlässiger" gemacht. Für die Landtagswahl bedeute die neue Regierung in Bonn „Rückenwind", so Teufel.

Vor der Wahl in Baden-Württemberg

Auch Späth versicherte, er stehe „ohne Wenn und Aber" zur neuen Bundesregierung. Deshalb möchte er „einen ganz persönlichen Dank" an den Bundeskanzler aussprechen. Ausführlich ging Späth auf seine Lieblingsthemen ein: „Während die Japaner und Amerikaner ihre Optik- und Computerindustrie auf den neuesten Stand entwickelten, haben wir alle diskutiert." In Baden-Württemberg habe man zuerst aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Unter großem Beifall verwies Späth auf die neuen ehrgeizigen Pläne der Stuttgarter Regierung im Bereich der Forschung, der neuen Technologien, die bundesweit „einsame Spitze" seien. Im Südwesten gebe es nicht nur die niedrigste Arbeitslosenquote und die höchste Eigentumsquote, sondern die Regierung habe Pädagogische Hochschulen zugunsten von Ingenieurwissenschaften geschlossen.

Späth rief die Deutschen auf: „Die Mentalität des Jammerns muß aufhören, die Stimmung muß sich in diesem Lande ändern." Der SPD warf er vor, „an allem meckern sie herum, aber eigene Ideen haben sie nicht." Ausführlich ging Späth auf die Umweltpolitik ein, lehnte Schwefelabgaben und Waldpfennig ab: „Der Dreck muß weg. Dem Wald ist es egal, ob der Dreck bezahlt ist oder nicht, der auf ihn herunterkommt."

Kohl, dem die vielen freundlichen Worte nach eigenen Angaben guttaten – „Ich stehe nicht unter Denkmalschutz" – betonte, jede Stimme für die CDU in Baden-Württemberg sei auch eine Unterstützung für die Bundesregierung. Es sei schon „komisch", wenn Willy Brandt im Lande herumreise und von einer „CDU-Arbeitslosigkeit" spreche, so Helmut Kohl. An guten Rezepten seitens Helmut Schmidt fehle es nicht, er frage sich nur, wieso der Ex-Kanzler diese Ideen nicht selber verwirklicht habe. Statt dessen habe die sozialliberale Regierung „Schulden ohne jede Rücksicht auf die Zukunft, zu Lasten der jungen Generation, die sich nicht wehren kann, gemacht". Im übrigen zeige das Los von Schmidt, der in der Nachrüstungsfrage nur drei Prozent der Parteitagsdelegierten der SPD für seine Politik bekam, „wie weit die deutschen Sozialdemokraten heruntergekommen sind".

Ein letzter Höhepunkt waren die Worte Mayer-Vorfelders, solange die CDU regiere, „werden keine Kommunisten in den Staatsdienst" kommen. Das gemeinsam gesungene Deutschlandlied beendete die Großkundgebung.

Vogels Parole: Versetzt Späth und seiner CDU einen Dämpfer

E.NITSCHKE, Mannheim

Landespolitische Themen spielten nur eine indirekte Rolle, als die SPD von Baden-Württemberg am Wochenende in Mannheim mit einem „außerordentlichen Parteitag" die Schlußrunde ihres Wahlkampfes für den Urnengang am 25. März eröffnete. Als Hauptredner gab Hans-Jochen Vogel, Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, die Parole aus: „Der CDU in Baden-Württemberg einen ordentlichen Dämpfer versetzen – und damit Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn treffen."

Ministerpräsident Lothar Späth, so Vogel, sei mitverantwortlich für die Spargesetze von Bonn und sei daher auch zuständig für die „Kürzungen beim Kindergeld, Wohngeld, beim BAföG oder der Sozialhilfe". Er sei „ein Mann ohne Eigenschaft und auch ohne Leidenschaft" und „man tritt ihm nicht zu nahe, wenn man sagt: der ist ein Hauch von Genscher innerhalb der CDU".

Abweichend vom Manuskript seiner Rede sagte Vogel zu Beginn seines Auftritts: „Die SPD wird gegen Rüstungsexporte zunehmend eine restriktive Politik betreiben. Wir können nicht zustimmen, daß Menschen des jüdischen Volkes wieder mit deutschen Waffen getötet werden."

An die Adresse von Bundeskanzler Kohl gewandt meinte Vogel, der Mann an der Spitze der Bundesregierung sei „unpräzise und verschwommen". Er lasse zu, daß sich Franz Josef Strauß als der „wirkliche Außenminister" zeige, und daß Graf Lambsdorff und Verteidigungsminister Wörner im Amt blieben. In diesem Zusammenhang kritisierte der SPD-Fraktionsvorsitzende des Bundestages auch die verschiedenartige Reaktion der Bundesregierung auf Straßenblockaden. Bei der „Friedensbewegung" werde die Straße geräumt, bei den Fernlastfahrern am Brenner lasse sich der bayerische Ministerpräsident sehen und wünsche ihnen alles Gute. Wörtlich meinte Vogel: „Dem allen, den gebrochenen Versprechen und der pathetischen Untätigkeit, der bedrückenden Mischung von Inkompetenz und Dickfelligkeit setzen wir unsere Konzepte entgegen."

In der Sicherheitspolitik kämpfe man „für eine Bündnisstrategie, die den Gedanken der Überlebenspartnerschaft bejaht und auf längere Frist an die Stelle der geltenden nuklearen Abschreckungsstrategie tritt". Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterstütze man das „Ringen der Gewerkschaften". Vogel legte sich hier nicht fest, ob er die Einführung der 35-Stunden-Woche für sinnvoll hält, sondern meinte: „Wir überlassen es den Gewerkschaften, wo sie jeweils den Schwerpunkt setzen. Für eine Verkürzung der Wochen- oder Lebensarbeitszeit sprechen alle Gründe der Vernunft." In der anläßlich des Parteitags verabschiedeten „Mannheimer Erklärung" zur Landtagswahl in Baden-Württemberg wurde zu dieser Diskussion der Union vorgeworfen, es gehe bei ihrem Kampf gegen die 35-Stunden-Woche „um dden abgekarteten politischen Versuch, eine empfindliche und dauerhafte Schwächung der gewerkschaften herbeizuführen".

Auch Parteichef Willy Brandt trat am Samstag in Mannheim als Wahlkämpfer auf, allerdings auf einer eigenen Veranstaltung, nachdem er zuvor am gleichen Tage schon in Friedrichshafen und Ulm gesprochen hatte. Es sei „ein starkes Stück", so Brandt, wenn die „Wendekoalition" von Bonn die höchste Arbeitslosenquote seit 1950 als Erfolg hinstelle. Zum Thema Arbeitszeitverkürzung meinte der SPD-Vorsitzende: „Reaktionäre und Konservative haben immer erklärt, daß der soziale Fortschritt zum Ruin führe."

Bei der Jagd nach Prozenten ist Genscher wieder ganz der alte

STEFAN HEYDECK, Bonn

„Meine Parole ist: Mehr Freiheit, weniger Staat, eine starke FDP." So dröhnt der Vorsitzende der Liberalen, Hans-Dietrich Genscher, jeden einzelnen Punkt mit einer energischen Handbewegung unterstreichend, in die Mikrophone. Dann schmettert er hinterher: „Und nicht vergessen: FDP wählen!" Applaus brandet auf. Genscher dankt strahlend und saust zum nächsten Auftritt. Wie in alten Zeiten ist er voll im Wahlkampfeinsatz. Diesmal in Baden-Württemberg, wo am 25. März ein neuer Landtag gewählt wird. Bei der „Jagd nach Prozenten" ist er wieder ganz der Alte. Nichts mehr von Unsicherheit oder Nervosität, die nach der „Bonner Wende" zeitweise bei ihm ausgemacht wurde. Kämpferisch und souverän wirbt er für die Beteiligung der FDP in der nächsten Landesregierung.

Fünf Termine zwischen 10 und 20 Uhr sind nichts ungewöhnliches. So stellte er sich früh in Stuttgart der Landespressekonferenz. Dann steht er in Leutkirch der Schwäbischen Zeitung Rede und Antwort. Richtig in Form kommt er anschließend bei seinen Kundgebungen. Dabei hindert ihn auch nicht eine schwere Erkältung, die ihm bei den gut 60minütigen Reden den Schweiß ins Gesicht treibt. Nicht zuletzt motivieren ihn die übervollen Säle. Ob in Biberach, Ravensburg oder Überlingen: Jedesmal sind in den Klein- und Mittelstädten zwischen 400 und 700 auf seinen Veranstaltungen. Genscher zufrieden: „Wir hatten schon weniger."

Er spricht überwiegend über Bundespolitik. Nach der Begrüßung des „verehrten politischen Gegners", der fehlt oder sich nicht zu erkennen gibt, präsentiert Genscher die bisherigen Erfolge der „Bonner Regierungskoalition aus Freien Demokraten und CDU". Kein Zufall, daß er dabei fast immer die CSU vergißt. Schwerpunkte setzt er auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Er belegt mit Prozenten, daß eine Wachstumssteigerung über die Prognosen hinaus aufgrund der „Bestätigung" der Koalition durch die Wähler am 6. März 1983 möglich wurde.

Seinen ersten echten Angriff startet er gegen die SPD und „Teile" des DGB: Deren Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wäre „Gift" für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft „gegen den Rest der Welt". Genscher räumt zwar - beinahe schon schuldbewußt - ein, daß die „Regierungsparteien eine ganze Reihe hochunpopulärer Maßnahmen" hätten beschließen müssen. Aber es müsse erreicht werden, daß die „Aufbaugeneration nach dem Zweiten Weltkrieg, die Rentnergeneration von heute" einen gesicherten Lebensabend erwarten könne.

Überhaupt: „Leistung muß sich wieder lohnen." Diese Forderung, mit der er eine „Entbürokratisierung" der staatlichen Hochschulen zugunsten von mehr Forschungsmöglichkeiten und die „Gründung von ein paar privaten Universitäten" verbindet, läßt beinahe Erinnerungen an frühere Wahlkampfaussagen von Bundeskanzler Helmut Kohl wachwerden.

Direkte Attacken gegen Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) reitet Genscher immer erst zum Schluß. Dieser solle nicht zum „Störenfried" werden. Genscher empfindet es als „schon merkwürdig", daß Späth die Bonner Koalition ausdrücklich lobe, dieses Vorbild jedoch für Stuttgart ablehne. Trotz seiner Kritik befürwortet Genscher, daß Späth Ministerpräsident bleiben soll. Zur allgemeinen Erheiterung weist er auf die jüngste „Erwägung" des CDU-Politikers hin, beim Verlust der absoluten Mehrheit dieses Amt aufzugeben. Diese Ankündigung habe der über 70jährige österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky wahrmachen müssen. Doch, so fügt er beinahe treuherzig hinzu: „Lothar Späth ist jünger. Der wird noch gebraucht und ist gut. Er wird aber noch besser, wenn die FDP mitregiert."

Berliner Linke gegen Apel als Spitzenkandidat

dpa/AP, Berlin

Etwa 100 Linke in der Berliner SPD haben sich am Wochenende gegen Hans Apel als neuen Spitzenkandidaten ausgesprochen und die Kandidatur des Berliner SPD-Politikers Alexander Longolius ausdrücklich begrüßt. Zugleich wurden in der gestern verbreiteten Presseerklärung „führender linker Funktionäre" die „hektischen Versuche einiger weniger in der Berliner SPD", der Partei Apel „aufzudrücken", scharf kritisiert. „Der Bedarf an abgehobenen Importlösungen für Berlin ist erschöpft", hieß es in ihrer Erklärung.

Bei der Mehrheit der Berliner Sozialdemokraten zeichnete sich dagegen am Wochenende eine breite Unterstützung für Apel als Nachfolger des zurückgetretenen Spitzenkandidaten der Partei für die kommenden Abgeordnetenhauswahlen, Harry Ristock, ab. Parteikreise erwarten eine deutliche Mehrheit in den Kreisverbänden. Der 52jährige ehemalige Bundesminister wird auch von der Parteispitze in Berlin favorisiert.

Howe: Kein Zerfall der NATO

AP, London

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe hat die westeuropäischen Staaten gegen die amerikanische Kritik verteidigt, sie vernachlässigten ihre militärische Verteidigung. Die amerikanischer Politiker sollten nicht den Fehler der Sowjets machen, die in den Medien gezeigten Friedensdemonstrationen und Blokkaden mit der Haltung der Mehrheit der Europäer zu verwechseln, sagte Howe. Ein wahres Maß der Volksmeinung seien die Wahlsiege der Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik und die Unterstützung der französischen Regierung für die Stationierung neuer US-Raketen. Howe machte seine Äußerungen in einem Beitrag zum Seminar „Die USA und Europa – Partner oder Rivalen?", das von seinem Ministerium veranstaltet wurde. In Washington kursierende Vorschläge, die Europäer mit einem Teilabzug der US-Truppen zur Erhöhung ihrer Rüstungsausgaben zu zwingen, könnten in Europa als Zeichen für den Zerfall der NATO gewertet werden.

Nun auch Nordhessen fest hinter Börner

SPD-Bezirksparteitag ohne kritisches Nachhaken

D. GURATZSCH, Kassel

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) kann einen wichtigen Etappensieg bei seinem Versuch verbuchen, seine Zusammenarbeit mit den Grünen auf eine sichere Mehrheit in der eigenen Partei zu gründen. Am Wochenende hat der SPD-Bezirk Nordhessen die Politik Börners auf einen Parteitag in Baunatal bei Kassel in vollem Umfang gebilligt. Von den hier besonders starken „rechten" Sozialdemokraten, unter denen Gewerkschaftsvertreter und Sprecher der Arbeiterschaft mehr den Ton angeben als im „linken" SPD-Bezirk Südhessen, kam nicht eine einzige kritische Rückfrage zu Börners Verhandlungen mit den Grünen und zu der besonders von der hessischen CDU und FDP befürchteten Gefährdung von Arbeitsplätzen durch ein rot-grünes Bündnis in Hessen.

In einem ausführlichen Grundsatzreferat erklärte Börner vor den mehr als 300 Delegierten, die Grünen hätten bei der Verabschiedung des Haushalts 1983 ihre „Tariffähigkeit" bewiesen. Es gebe „keinen Grund, die begonnene Zusammenarbeit mit ihnen abzubrechen".

Börner charakterisierte die Grünen als eine „im Kern bürgerliche Partei", die bei einigen politischen Problemen zu Bewertungen komme, die die SPD nicht teilen könne. Aber die Verhandlungen mit ihnen hätten in wichtigen Bereichen „Übereinstimmung für eine solide Politik" ergeben.

Hessen steht nicht für andere Modell

Nur zweimal setzte sich der hessische SPD-Chef mit Kritik aus den Reihen der eigenen Partei auseinander. Im Blick auf die Abgrenzung der nordrhein-westfälischen SPD gegenüber den Grünen sagte er: „Hessen habe nicht den Ehrgeiz, für andere Modell zu stehen." Gegen „Befürchtungen der nordhessischen Bauarbeiter", es werde zu einem Stopp aller Tiefbaumaßnahmen kommen, führte er an: An der Schnellbahnstrecke Kassel–Würzburg und an den nordhessischen Autobahnen werde weiter gebaut. Freilich „verlange" er eine „Umstrukturierung" der hessischen Bauindustrie, weg vom Neubau und hin zum Ausbau und Umbau. „Krokodilstränen" überschrumpfen die Kapazitäten, könne er nicht akzeptieren, sonst, so Börner, „wird auch mal öffentlich über Kartellabsprachen und anderen Dingen geredet".

Als Beispiel für neue Aufgaben des Tiefbaus nannte der Regierungschef den Bau von Kläranlagen. Die Förderung dieser kommunalen Aufgabe mit Haushaltsmitteln des Landes sei „die erste klare Entscheidung weg von vielen Straßenbauprojekten, die da noch auf der Landkarte verzeichnet sind". Allerdings müßten die Gemeinden mitziehen. Das Land Hessen sei kein Dukatenesel.

Am Ende wurde ein Tabu entschärft

An die Grünen richtete Börner die Warnung: „Wir lassen uns keine Ultimaten stellen." Er könne die Enttäuschung verstehen, daß die „Vision der Ideen" im Haushalt 84 nur unvollkommen umgesetzt sei. Aber auch die Sozialdemokraten hätten „schmerzhafte Kompromisse" machen müssen. Andererseits dürften die Grünen nicht vergessen, daß die Dinge wie das „Aktionsprogramme für Frauen" und die Unterstützung von Frauenhäusern nun einmal nur mit der SPD verabreden könnten. Der Grund für eine „Umwandlung des Denkens" sei in Hessen mit dem neuen Haushalt gelegt. Im übrigen könnten volkswirtschaftliche Prozesse nun einmal nur langsam umgesteuert werden.

Der Beifall auf Börners Rede war nicht überschwenglich, aber einhellig. Am Ende wurde sogar unter dem Eindruck der Rede ein nordhessisches Tabu der SPD entschärft: die Delegierten verzichteten darauf, eine „Ausnahmegenehmigung" für das von den Grünen als „Dreckschleuder" bekämpfte Kohlekraftwerk Borken bei Kassel zu verlangen. Statt dessen wurde die Landesregierung aufgefordert, alles für die „Umrüstung" dieser Anlage zu tun, damit von ihr „keine umweltschädigenden Wirkungen mehr ausgehen". Gleichzeitig solle sie für die Sicherung der betroffenen Arbeitsplätze sorgen.

Klagt der Bund jetzt gegen das Land Nordrhein-Westfalen?

Bundesrechnungshof fordert von Bonn: Kein Geld mehr für das Klinikum Aachen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der Bundesrechnungshof in Frankfurt hat die Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms unmißverständlich aufgefordert, Zahlungen an das Land Nordrhein-Westfalen für das Klinikum Aachen sofort einzustellen, bereits gezahlte Bundesgelder rückzufordern und weitere Rechnungen aus Düsseldorf abzuwehren. Darüber hinaus muß sich Frau Wilms innerhalb der kommenden zwei Wochen entschließen, ob die Bonner Regierung gegen Nordrhein-Westfalen klagen solle. Als Grundlage für diesen in der Geschichte der Bundesrepublik erstmaligen Fall dient nach Auffassung der Frankfurter Rechnungsprüfer der Artikel 104 a, Absatz 5 des Grundgesetzes, der die Klage des Bundes gegen ein Land zuläßt, wenn „dieses dem Bund einen Schaden zugefügt hat, indem es gegenüber dem Bund seine Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Verwaltung in grober Weise verletzt hat".

Dies ist der Tenor eines zwölfseitigen Gutachtens, das der Bundesrechnungshof Frau Wilms zustellen ließ und in Abschrift auch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wie dem Landesrechnungshof Düsseldorf zur Kenntnis gab. Darin heißt es weiter: „Ein nicht unerheblicher Teil der Mehrkosten ist durch Fehler entstanden, die das Land zu vertreten hat, wie z. B. Nichtbeachtung von Bauvorschriften und Mängel in der Planung, die zu Bauschäden führten." Gerügt wird auch, daß bisher immer noch nicht eine formelle Baukostenüberprüfung vorgenommen worden sei.

Nun ist die Rede von 2,4 Milliarden

Der Rechnungshof geht in seinem Gutachten immer noch von einem Bauvolumen von 1,7 Milliarden Mark aus. Inzwischen aber wurde schon von der Landesregierung offiziell ein Mehrbedarf von 300 Millionen Mark angemeldet. Aus der Haushaltsplanung des Landes geht aber hervor, daß bis zur Schlußabrechnung, die nach Ansicht von Experten nicht vor 1990 gestellt werden könne, mindestens weitere 100 Millionen Mark an Kosten entstehen. Zwar dementiert die Staatskanzlei die Behauptung, es läge eine Expertise vor, die sogar von einem Gesamtvolumen von 2,4 Milliarden Mark ausgeht, doch halten Fachleute die Summe für durchaus realistisch.

Angesetzt für das „Medizinikum", so der damalige Wissenschaftsminister Reimut Jochimsen – und er wollte es nicht als „Medizynikum" verstanden wissen – waren ursprünglich knapp mehr als 500 Millionen Mark. Geplant wurde es Anfang der sechziger Jahre in völliger Verkennung des Versorgungsbedarfs. Der Wissenschaftsrat empfahl dieses Krankenhaus-Monstrum als Jahrhundertwerk, das von der Neuen Heimat Städtebau in der Methode der Synchronplanung – gleichzeitig planen und bauen – fertiggestellt werden soll. 1973 entdeckte der damalige verantwortliche Wissenschaftsminister Johannes Rau, daß das Klinikum überdimensioniert war. Aber der Bau war schon zu weit fortgeschritten, als daß er noch hätte verkleinert werden können. Am Ende der vorgesehenen Bauzeit – 1975 – stellten Planer und Bauherrn fest, daß der erste Patient nicht vor 1982 einziehen werden könne und das Super-Projekt knapp eine Milliarde Mark kosten wird.

Aber schon 1980 mußte Nordrhein-Westfalen neuen Finanzbedarf anmelden. Es veranschlagte die Gesamtkosten auf 1,5 Milliarden Mark. Aber als man im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau im zuständigen Planungsausschuß des Bundes und der Länder noch stritt, wurde Nordrhein-Westfalen abermals vorstellig und setzten die Gesamtsumme um weitere 100 Millionen Mark höher an.

Die Kassen und Ärztlichen Vereinigungen veranschlagen eine Auslastung von weniger als 70 Prozent. Der Bundesrechnungshof gar hält eine Auslastung von nur 50 Prozent für möglich. Dies bedeutet, daß sich der tägliche Pflegesatz pro Krankenbett auf mehr als 1000 Mark summiert.

In einem neuerlichen Gutachten erinnern die Frankfurter Rechnungsprüfer jetzt, sie hätten schon vor 1982 die damalige Bundesregierung gewarnt, höhere Kosten als knapp eine Milliarde Mark nicht anzuerkennen, doch stieß die Ermahnung noch auf taube sozialliberale Ohren. Und auch der Wissenschaftsrat wurde bei der Regierung Rau vorstellig, um ihr 1982 eindeutig zu erklären, die inzwischen auf 1,6 Milliarden Mark veranschlagten Kosten dürften „auf keinen Fall" überschritten werden.

Ein Monitum für die Bildungsministerin

Einen wesentlichen steigernden Kostenfaktor sieht der Rechnungshof in dem Fehler, daß schon „vor Baubeginn bestehende grundlegende Bauvorschriften bei der Planung nicht beachtet worden" seien, „und weil erforderliche Baugenehmigungen nicht vor Baubeginn, sondern erst während der Baudurchführung eingeholt wurden, so daß Auflagen der Genehmigungsbehörden nur noch durch kostenspielige Änderungen erfüllt werden konnten".

Diesen gravierenden Nachteil der Synchronplanung der Neuen Heimat Stadtbau hatte auch der Parlamentarische Untersuchungsausschuß festgestellt: „Allein die Beseitigung von Schäden, die durch gravierende Planungsmängel verursacht wurden, hatte eine Bauzeitverzögerung von vier bis fünf Jahren zur Folge."

Vor allem deckt der Prüfungsbericht auch auf, daß die Regierungen in Bonn und Düsseldorf unter Helmut Schmidt und Johannes Rau sich schon 1981 auf die Teilung der Kosten geeinigt hatten, so daß die Finanzierungsempfehlungen des Wissenschaftsrates wohl erst nachträglich zur Legalisierung des Verfahrens formuliert wurden. Darum gab es aus Frankfurt nun auch ein Monitum für die Bundesbildungsministerin. Sie hätte unvorsichtig den 13. Rahmenplan ohne eingehende Prüfung freigegeben. Sie hätte nicht bemerkt, daß das Land ihr falsche Zahlen angegeben hatte.

Der jetzt zuständige Wissenschaftsminister in Düsseldorf, Rolf Krumsick, zeigte sich bisher erst einmal „aufs höchste überrascht". Er kennt das Schreiben des Bundesrechungshofes noch nicht.

Seite 2: Das Mekka aus Beton

Kohl: Über Grenzpfähle hinausschauen

KNA, Trier

Als einen „Dienst am Frieden" hat Bundeskanzler Helmut Kohl die kirchliche Entwicklungsarbeit bezeichnet. Das Bischöfliche Hilfswerk Misereor sei ein „herausragendes Beispiel des engagierten Einsatzes der Christen für Solidarität, Recht und Freiheit in der Welt", unterstrich Kohl gestern in Trier bei der Eröffnung der Fastenaktion Misereor. Daher hoffe er, so Kohl weiter, daß die Bürger auch in diesem Jahr das Hilfswerk großzügig unterstützen.

„Christsein 1984 heißt, über die Grenzpfähle des eigenen Landes hinauszuschauen", betonte der Kanzler und fügte hinzu, daß Misereor das Vertrauen der Spender verdiene, weil das Werk zu den „leistungsfähigsten privaten Entwicklungshilfeeinrichtungen auf internationaler Ebene" gehöre. „Not und Unrecht sind keine unveränderlichen Naturzustände", erklärte Kohl vor den rund 6500 auf dem Domplatz versammelten Menschen. Das Leitwort der Fastenaktion „Unser Verzicht – Leben für viele" treffe jeden einzelnen von uns und verlange unsere Solidarität.

Umweltschutz im Grundgesetz?

hey, Nürnberg

Bundesjustizminister Hans Engelhard hat sich für eine Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz ausgesprochen. Auf einer FDP-Veranstaltung in Nürnberg kündigte er am Wochenende an, er werde in Kürze konkrete Vorschläge zur verfassungsmäßigen Absicherung des Umweltschutzes vorlegen. Das sei vor allem zum Schutz des Lebens und der Gesundheit künftiger Generationen geboten.

Als eine Möglichkeit bezeichnete es der Minister, den Umweltschutz als „Staatszielbestimmung", also als Verfassungsnorm mit rechtlich bindender Wirkung in das Grundgesetz aufzunehmen.

DIE WELT (uspa 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Observer“: Irak produziert seit Jahren Nervengas

SAD/AFP/AP/dpa, **London/Bagdad**

Irak hat bereits vor Jahren eine geheime unterirdische chemische Fabrik zur Herstellung von Nervengas in der Wüste unweit von Akashat etwa 15 Kilometer östlich von Rutbah angelegt, berichtete gestern der britische „Observer“. In dieser Fabrik, die für mehr als hundert Millionen Mark mit Hilfe des Mailänder Chemie-Konzerns Montedison entstand, sollten ursprünglich „Pestizide“ produziert werden, deren chemische Substanzen jedoch mit denen von Nervengas praktisch identisch seien. Montedison hat der Zeitung zufolge dementiert, eine Nervengas-Fabrik in Irak errichtet zu haben. Jedoch habe der US-Geheimdienst die Existenz einer solchen Fabrik in der vergangenen Woche bestätigt.

Vom Schauplatz des Golf-Krieges berichtete gestern die iranische Presse, Irak habe bei den seit Dienstag vergangener Woche anhaltenden schweren Kämpfen erneut Giftgas eingesetzt. Am Freitag seien bei einem irakischen Gasangriff 400 Iraner verletzt worden. Den irakischen Truppen gelang es am Wochenende aber nicht, das Ölgebiet um die Madschnun-Inseln am südlichen Frontabschnitt zurückzuerobern. Teheran meldete, iranische Truppen hätten zwei Angriffe in der nördlich der Hafenstadt Basra gelegenen Region abgeschlagen.

Nach Angaben von Wiener Ärzten wurden an zwei in Wien behandelten iranischen Soldaten Spuren von Senfgas und einem als „gelber Regen“ bekannten Toxin stellt. In Stockholm starben am Wochenende drei iranische Soldaten an Verbrennungen, die vermutlich von Giftgas herrühren. In Bagdad sollen sich morgen die Außenminister der Arabischen Liga auf einer Sondersitzung ausschließlich mit dem Golf-Krieg befassen.

Terror-Anschläge in Großbritannien

AFP, **London**

London und Manchester waren am Wochenende Schauplätze einer Serie von Sprengstoffanschlägen. Dabei wurden in London am Samstag 23 Menschen verletzt, drei davon lebensgefährlich. In Manchester kam niemand zu Schaden. In London gingen die Sprengsätze in einem vornehmlich von Arabern besuchten Restaurant und in einem arabischen Zeitungsladen hoch. In Manchester explodierte am Sonntag morgen eine Autobombe in dem von zahlreichen Arabern bewohnten Stadtteil Whallaye.

Die Polizei geht davon aus, daß Konflikte zwischen Anhängern und Gegnern des libyschen Revolutionsführers Muammar Khadhafi zu den Anschlägen geführt haben. Anläßlich des siebten Jahrestages der Gründung der libyschen Volksrepublik war in London seit Tagen mit Zwischenfällen gerechnet worden. Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe hat den britischen Botschafter in Tripolis mit der Überbringung einer Protestnote beauftragt.

Paris attackiert spanische Fischer

rtr, **Paris**

Die französische Regierung hat spanischen Fischern Hunderte von Fischereischutzzonen-Verletzungen allein in den beiden ersten Monaten dieses Jahres vorgeworfen. Nach der Madrider Begegnung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Pierre Mauroy und dem spanischen Regierungschef Felipe Gonzalez veröffentlichte das Ministerpräsidentenamt in Paris eine Erklärung, in der es hieß, die französischen Behörden hätten im vergangenen Jahr 1195 solcher Zwischenfälle registriert.

Trotz wiederholter offizieller Proteste bei der Madrider Regierung häuften sich die Verstöße spanischer Fischer gegen die von Frankreich verteidigten Fischereirechte der Europäischen Gemeinschaft (EG), erklärte Mauroys Amt. Allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres seien Fischer 432mal widerrechtlich in französische Schutzzonen eingedrungen.

Erneut Vorstoß für Rudolf Heß

AP, **London**

Für die Freilassung des ehemaligen „Führerstellvertreters“ Rudolf Heß aus dem Kriegsverbrecher-Gefängnis in Berlin-Spandau hat sich der britische konservative Abgeordnete Cyril Townsend eingesetzt. Im Unterhaus sagte Townsend, die weitere Gefangenhaltung des 89jährigen sei „eine Schande für uns alle“.

Der Abgeordnete, der als junger Heeresoffizier einst zu den Bewachern von Heß gehört hat, meinte, die drei Westmächte sollten „das sowjetische Veto“ gegen eine Heß-Freilassung „nicht länger hinnehmen“. Ein solcher Verstoß gegen die Viermächteabmachung würde zwar „einen politischen Wirbel“ auslösen, der dem Londoner Außenministerium 24 Stunden lang zu schaffen mache, dann aber würde die Sache rasch vergessen.

Harts Vorwahl-Erfolg zeigt: Die Parteiloyalität zählt wenig

Sieg über Mondale auch in Wyoming / Morgen fällt Vorentscheidung in neun Staaten

TH. KIELINGER, **Washington**

Wie nicht anders zu erwarten, hat US-Senator Gary Hart (Colorado) jetzt auch die erste Delegierten-Vorauswahl in einem westlichen Bundesstaat – Wyoming – mit weitem Abstand vor seinem Verfolger Walter Mondale mit 61 zu 29 Prozent gewonnen.

Die Siege dieses politischen Siegfried nehmen allmählich die Färbung des Alltäglichen an. Aber man muß innehalten, um das Unglaubliche dieses Vorgangs nicht aus dem Auge zu verlieren. Der Mann, der nach nur einer Niederlage (in Iowa) die folgenden vier Vorwahlen und Delegierten-Caucuses (in New Hampshire, Maine, Vermont und Wyoming) glatt für sich entscheiden konnte, war noch vor drei Wochen so gut wie unbekannt. Keine Meinungsumfrage, die für Gary Hart mehr als drei Prozent Wählerreservoir ausfindig machen konnte.

Hypothek für TV-Spot

Man darf auch nicht vergessen, daß der Wahlkampf des Senators Mitte Februar wegen Geldmangels beinahe hätte eingestellt werden müssen. Die Banken in Washington weigerten sich, dem mit 600 000 Dollar verschuldeten Unternehmen noch einen weiteren Cent zu borgen. Hart aber war erpicht auf 45 000 Dollar, die er für einige Fernseh-Spots in Iowa und New Hampshire als letzte Rettung einsetzen wollte. Das Geld erhielt er schließlich in Form einer zweiten Hypothek auf sein Haus in Bethesd.

Selten hat sich der letzte Einsatz mit einer letzten Hypothek so glänzend ausgezahlt. Im Januar waren auf das Spendenkonto der Hart-Wahlkampfmaschine bescheidene 125 000 Dollar geflossen. Im Februar stieg der Pegel bereits auf 340 000 Dollar an – Iowa, am 20. 2., brachte das erste Tauwetter. In der ersten Märzwoche sind bereits 400 000 Dollar Spenden in der Hart-Zentrale eingegangen.

Diese plötzliche Spendenbereitschaft verrät, welche Erwartungen sich unter den Wählern an den neuen politischen Star knüpfen. Dem Geld ziehen die Gurus der politischen Meinung hinterher. Mondale gilt bereits als k. o. So geht Hart in die Vorwahl-Entscheidungen in neun Staaten als Favorit, geschoben von einer Massenpsychose, die die Analytiker noch beschäftigen wird.

Was alle Beobachter innerhalb und außerhalb Amerikas immer viel zu wenig in Rechnung stellen, ist die überwältigende Parteilosigkeit eines überwiegenden Teils der amerikanischen Wählerschaft. Selbst wer sich in den USA als „Demokrat“ oder „Republikane“ eintragen läßt, ist in weit weniger starkem Maße an ein festes Programm gebunden, als bei vergleichsweisen Parteiloyalitäten in anderen Demokratien. Im Gegenteil: Je mehr „das Establishment“ seine Präferenz für einen Kandidaten zu erkennen gibt – so wie das die traditionelle Interessenkoalition der Demokraten für Mondale tat – desto stärker scheint die Basis zu rebellieren.

So hat sich beispielsweise die frühe Unterstützung des Gewerkschaftsdachverbands AFL/CIO für Mondale nicht in tatsächlichen Stimmen ausgezahlt. Über die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder – und in den USA sind ohnehin nur etwa 20 Prozent der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert – gaben in Umfragen zu erkennen, daß sie sich durch die Entscheidung ihrer Bosse in der Freiheit ihrer Wahl beeinträchtigt fühlten: Sie wählten entsprechend gegen die Empfehlung der Verbandsspitzen.

Gary Hart kennt die durchgehende Fluidität der Parteiallianzen in seinem Land. „So bitte ich Euch“, lautet der Schlußsatz seiner Fernsehspots, „gebt Eure Stimme für eine Erklärung Eurer Unabhängigkeit. Wählt Gary Hart und die Zukunft.“ Bei den Demokraten spielt diese Unwägbarkeit der Parteiloyalität eine noch größere Rolle als bei den Republikanern, da seit Lyndon Johnsons Zeiten und der Niederlage in Vietnam ein unausgemachter Kampf um die Seele dieser tief zerstrittenen Partei tobt.

Zukunft als Zugkraft

Daher vermeidet es Hart, sich mit dem linken oder rechten Flügel zu identifizieren. Das könnte ihm nur unwillkommene Feindschaften einbringen. Er setzt statt dessen auf den Flügel, der in Amerika die meiste Zugkraft hat: die Zukunft. So verrät auch sein politisches Programm keine eindeutige ideologische Festlegung. In der Wirtschaft betont der Senator technologische Innovation und den Marktfaktor; außenpolitisch aber will er die USA aus dem militärischen Knäuel Zentralamerikas zurückziehen und auch – die Europäer und Japaner werden erschrecken – für die Sicherung der Ölroute durch den Golf keine amerikanischen Truppen aufs Spiel setzen.

Wie Franklin D. Roosevelt, wie John F. Kennedy oder Jimmy Carter vor ihm spielt auch Hart mit dem Generationenwechsel als seinem mächtigsten Bundesgenossen. „Jetzt sind wir an der Reihe“, sagt er in Anspielung an die „Führer von gestern“, Mondale und Reagan. Im Weißen Haus sind die ersten Warnleuchten angegangen. Hoffentlich erfaßt auch die Europäer eine weckende Unruhe.

Drei Grundsatzfragen Pekings stehen Normalisierung mit Moskau im Wege

Wirtschaftskontakte sollen aber vertieft werden / Heute gehen die Gespräche weiter

JOHNNY ERLING, **Bonn**

Mit einer 50 Mitglieder starken Gruppe stellt die Delegation aus der UdSSR bei der derzeit laufenden internationalen Ausstellung medizinischer Geräte in Peking nach den Japanern, den USA und der Bundesrepublik Deutschland die viertgrößte Delegation. Erstmals seit 27 Jahren ist Moskau damit wieder im chinesischen Messegeschäft präsent.

Die Reihenfolge ist bezeichnend für den steigenden Stellenwert der Wirtschaftskontakte in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen. Wenn sich heute die beiden stellvertretenden Außenminister beider Länder zu ihrer vierten Konsultationsrunde in Moskau treffen, wird der weitere Ausbau solcher bilateraler Fragen schnell abgehandelt werden können. Einem Durchbruch zu einer echten Normalisierung aber hält Peking nach wie vor seine drei bekannten prinzipiellen Forderungen nach einer Truppenreduzierung an der beiderseitigen Grenze unter Einschluß der Mongolei, den sowjetischen Abzug aus Afghanistan sowie der Aufkündigung der Unterstützung des Kreml für die vietnamesischen Besetzung Kambodschas entgegen.

Moskau aber sieht in den drei Problemkreisen keine bilateralen Fragen. Unmißverständlich hat der neue Parteichef Tschernenko diese schon von Andropow gegebene Antwort Anfang März wiederholt. Während Andropow diese entscheidende Absage noch in einen Katalog von Freundlichkeiten verpackte, druckte die Nachrichtenagentur Tass flankierend zur Rede Tschernenkos eine Note der Mongolei, wonach die sowjetischen Truppen auf ihren Wunsch im Lande seien und keine Bedrohung Chinas darstellen.

Die Rollen haben sich verkehrt. Seit dem Tode Andropows haben die Chinesen kaum eine Gelegenheit ausgelassen, ihren Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen zu unterstreichen. Vizepremier Wan Li kam zur Trauerfeier nach Moskau, Staatsrat Ji Pengfei äußerte sich optimistisch über einen möglichen Fortschritt auch in den drei Grundsatzfragen in der Moskauer Runde, Generalsekretär Hu zeigte sich erwartungsfreudig und schließlich meldete sich auch Deng Xiaoping zu Wort.

In einem Gespräch mit dem ehemaligen Sicherheitsberater von US-Präsident Carter, Zbigniew Brezinski Ende Februar in Peking betonte Deng die Bedeutung der drei Haupthindernisse, entschärfte dabei aber seine Aussage durch den Zusatz: „Dies soll unsere beiden Nachbarländer nicht davon abhalten die Beziehungen auf anderen Gebieten zu entwickeln.“

Die intensive Berichterstattung seit Jahresanfang über die Sowjetunion in der Öffentlichkeit, die von Wan Li vergangene Woche offiziell bestätigte Einladung an den sowjetischen Vizepremier Archipow zu Wirtschaftsverhandlungen im Mai nach Peking zu kommen, eine erfolgreiche Bilanz über den Wirtschaftsverkehr, der in diesem Jahr um 60 Prozent auf ein vereinbartes Volumen von 1,18 Milliarden Dollar steigen soll, tun ihr übriges. Peking will offenbar durch seine „Good Will“-Zeichen die in Moskau entstandene Befürchtung verwischen, daß die erfolgreiche Reise von Ministerpräsident Zhao Ziyang in die USA zu einer zu engen erneuten Bindung an den Westen geführt hat. Initiative und Gestaltung seiner Außenbeziehungen, so die Botschaft Chinas, werden in Peking formuliert.

Alles andere sei nun die Sache Moskaus. Pünktlich zum Beginn der vierten Runde machte das Parteiorgan „Volkszeitung“ am Wochenende deutlich, das die “vertrauensbildenden Maßnahmen“, über die die Sowjets zumindest in der ersten Grundsatzfrage vorsichtig Verhandlungsbereitschaft andeuteten, einen ganzen Katalog an Befürchtungen Chinas umfassen. Dem Vernehmen nach habe die Sowjetunion ein Drittel ihrer Streitkräfte in Fernost stationiert und ihre militärischen Operationen rings um China verstärkt.

König Hassan schlägt die islamischen Revolutionäre mit der Waffe Religion

Schrittweise in die Moderne / Unruhen in Marokko als Folge des „Ayatollah-Syndroms“

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Um die Expansion der von Iran ausgehenden islamische Revolution zu stoppen, hat König Hassan II. von Marokko jetzt eine Gegenoffensive eingeleitet. Aus sunnitischer Rechtgläubigkeit heraus tritt er den revolutionären Schiiten mit derselben Waffe entgegen, die Ayatollah Khomeini einsetzt – der des Religionskrieges. Als Emir al Muminim – Fürst aller Gläubigen – ernannte König Hassan einen Religionsminister mit der Aufgabe, den rechten islamischen Glauben (den der Sunniten) nicht nur in Marokko, sondern auch im islamischen Ausland zu vertiefen.

Nach einem Programm, das König Hassan als geistliches Oberhaupt seines Landes ausarbeitete, sind die marokkanischen Ulemas (offiziell eingesetzte Geistliche) angehalten, die kulturelle Entwicklung des Landes in Zukunft zu überwachen. Auf einer Arbeitstagung, zu der Hassan II. die führenden Ulemas einlud, sollen Koranschulen, Fernsehprogramme und die Auswahl ausländischer Filme im einzelnen besprochen werden. Gottesdienste und die islamische Auslegung des täglichen Geschehens werden in Zukunft einen weit größeren Raum im Fernsehprogramm einnehmen.

Wie in vergangenen Zeiten, so wird der König und Emir in Zukunft den Bau von Moscheen wieder selbst überwachen. Vorübergehend war dies den Gemeinden überlassen worden. Aber das führte zur Errichtung von heimlichen Moscheen (und Gemeinden), in denen die traditionelle Predigt von islamischen Fanatikern abgelöst wurde. Die „neuen“ Geistlichen aber predigten den Aufstand gegen das traditionelle Regime in Marokko. Sie und nicht die politische oder gewerkschaftliche Opposition waren die eigentlichen Urheber der jüngsten Unruhen in diesem Lande. Denn was in Libanon noch als direkter Einfluß der Schiiten aus Iran spürbar wird, das erwies sich im „Brotkrieg“ von Tunesien und bei den marokkanischen Unruhen als indirekte Folge des die islamichen Länder erfassenden „Ayatollah-Syndroms“.

Von den Schiiten in Iran und Revolutionären übernahm König Hassan die rigorose Arabisierung der Kultur- und Erziehungspolitik – allerdings in Anpassung an die sunnitische Lehre. Die französischen Nachrichtensendungen im Fernsehen werden gestrichen. König Hassan, der Araber, der Racine aus dem Gedächtnis zitiert, wird etwa zwei Dutzend französische Schulen in Marokko schließen und 800 französische Lehrer entlassen.

Basis des marokkanischen Gegenangriffs ist das islamische theokratische System, das der 55jährige Monarch, seit er vor 23 Jahren den Alawiten-Thron bestieg, nie in Frage stellte. Hassan erbte als 22. Herrscher der nunmehr 340 Jahre regierenden Alawiten-Dynastie, die sich direkt von Ali, dem Schwiegersohn des Propheten ableitet, die Würde des Emir. Als solcher übt er auch sein Königtum aus. Der arabische Königsbegriff „Malek“ geht dabei weit über den europäischen Königsstatus hinaus. Der Malek ist Inhaber „aller Macht“. Das ist wörtlich zu nehmen; die Macht erstreckt sich also nicht nur über ein bestimmtes Territorium, sondern auch über die dort wohnenden Menschen als eine Art Eigentum des Malek.

Auf der Basis dieser Tradition versuchte König Hassan das marokkanische Staatswesen der Moderne schrittweise anzupassen. Das heißt, ohne die traditionelle Plattform zu verlassen, führte er gewissermaßen auf einem Nebengeleis eine konstitutionelle Monarchie ein, deren Verfassung er in einem Referendum von der Nation bestätigen ließ. So gibt es in Marokko ein demokratisches System mit Parteien, Parlament, Kabinett.

Die Entscheidungen aber fällt der Malek selber, unterstützt von einem „Majzen“, eine Art Hofrat als zweitem persönlichem Kabinett. Mit Hilfe dieses Doppelsystems, an dem Hassan gegen eine wechselnde Opposition zäh festhält, glaubt er Tradition und Moderne gegeneinander abwägen zu können. (SAD)

Die Türkei will im Golf-Krieg vermitteln

Kurdenfrage als wichtigster Grund / Skepsis in Iran

E. ANTONAROS, **Athen**

Der türkische Außenminister Vahit Halefoglu hat letzte Woche eine Reihe von Gesprächen mit der iranischen Regierung in Teheran geführt. Vorausgegangen ist eine rege diplomatische Tätigkeit, die die Türkei im Zusammenhang mit dem irakisch-iranischen Konflikt entwickelt. Staatspräsident Kenan Evren hatte sich bereits vor einigen Wochen als Vermittler angeboten und seine Bereitschaft bekundet, „beide Hauptstädte zu besuchen, wenn beide Seiten damit einverstanden sind“.

Auf Evrens Vermittlungsangebot hat es bisher kein konkretes Echo gegeben. Es sind vor allem die Iraner, die auf die vorsichtig formulierten türkischen Initiativen skeptisch reagieren. Zwar pflegt Teheran den Dialog mit der Türkei und hat sich in den beiden letzten Jahren zum wichtigsten Handelspartner Ankaras entwickelt. Dennoch sind die Exponenten des Khomeini-Regimes aus zwei Gründen sehr mißtrauisch: Einmal vermuten die Iraner, daß die Türken im Auftrag Washingtons handeln und nichts aus eigener Initiative unternehmen. Zum anderen gilt Ankara als zu Irak-freundlich und ist daher in den Augen Teherans nicht unparteiisch genug.

Auf der Seite Iraks

Daß die Sympathien der meisten türkischen Spitzenpolitiker und der Öffentlichkeit in Anatolien weitgehend auf Iraks Seite liegen, wird in Ankara unter der Hand nicht bestritten. Die Beziehungen zu Bagdad sind nicht nur beständiger und stabiler als das Verhältnis der Türken zu Teheran. Zwischen der Türkei und Irak gibt es darüber hinaus eine Reihe wichtiger politischer, wirtschaftlicher und militärischer Abkommen. Die Kooperation ist fast perfekt. Die wichtigste Ölpipeline der Iraker verläuft durch türkisches Territorium und beschert Ankara beträchtliche Deviseneinnahmen. Ein geheimes Militärabkommen hat den Türken im Mai 1983 die Möglichkeit gegeben, zwei Elite-Brigaden mit Bagdads Zustimmung ins irakische Staatsgebiet gegen aufständische Kurden zu schicken, die nach Informationen des türkischen Geheimdienstes eine unabhängige Republik Kurdistan ausrufen wollten. Knapp 2000 „Banditen“ wurden festgenommen.

Die Befriedung dieses Grenzgebiets durch die türkische Armee wurde von Irak gutgeheißen, weil die irakischen Kurden seit der Verlegung aller irakischen Truppen an die Kriegsfront ihre Autonomie-Forderungen erneuert haben und praktisch unkontrollierbar geworden sind. Ebenfalls hat Bagdad Informationen, wonach Teheran die Kurden in Nordirak zum Aufstand gegen die irakische Zentralgewalt angestachelt haben soll. Die Mullahs hatten mit Empörung reagiert, als die Türken in irakisches Gebiet einmarschierten, weil sie diese Aktion als eine Parteinahme Ankaras zugunsten Iraks verstanden.

Blutige Zusammenstöße

Das Kurdenproblem ist einer der wichtigsten Gründe überhaupt, warum die Türkei eine rasche Beendigung des iranisch-irakischen Krieges wünscht: Seit Beginn des Konflikts, insbesondere aber im Laufe der letzten achtzehn Monate, sind die Kurden sowohl im irakischen wie auch im iranischen Grenzbereich zunehmend aufmüpfig geworden. Weil beide Länder keine Truppen mehr in den Siedlungsgebieten der Kurden stationieren können, sind die Kurden aktiv geworden. In Iran leben etwa vier, in Irak etwa 2,5 Millionen Kurden. Im östlichen Iran hat es sogar zahlreiche blutige Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Revolutionswächtern gegeben, die oft von den Aufständischen verjagt wurden.

Ankara befürchtet, daß diese Teilerfolge die Kurden selbstsicherer machen könnten. Auf die Dauer muß das türkische Militär ein Übergreifen dieser Aktionen auch auf ostanatolisches Territorium vermuten, wo schätzungsweise knapp sechs Millionen Kurden zu Hause sind. Bisher konnte Ankara mit Teheran – anders als mit Bagdad – eine Einigung über gemeinsame Maßnahmen gegen die Kurden im Grenzbereich nicht erzielen.

Zum Golf-Krieg heißt es im türkischen Außenministerium ganz offen, daß die Türkei keinen eindeutigen Sieger haben möchte, vor allem dann nicht, wenn er Iran heißen sollte. Mit Recht befürchten die Türken, daß ein Sieg der Iraner den Sturz Saddam Husseins zur Folge haben und der Beginn von möglicherweise weitreichenden politischen Umwälzungen in Irak sein könnte. Die in diesem Fall wahrscheinliche Etablierung eines islamisch-fundamentalistischen Regimes nach iranischem Vorbild würde eine Einkreisung der laizistischen Türkei bedeuten. Eine solche Eventualität beunruhigt Ankaras Spitzenpolitiker. Denn dann wäre die gesamte Ostgrenze der Türkei unsicher, zumal auch die Beziehungen der Türkei zu Syrien alles andere als gut sind. Diese Gegebenheiten zwingen die Türkei zum Handeln. (SAD)

Labour boykottiert einen BBC-Moderator

Streit um David Dimblebys Sendung am „Budget Day“

FRITZ WIRTH, **London**

Können Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre bestimmen, von welchen Journalisten sie sich im Fernsehen interviewen lassen und von welchem nicht? Um diese Frage hat sich in den letzten Wochen in Großbritannien eine Affäre zusammengebraut, die am Samstag sogar ein britisches Hochgericht beschäftigte. Die BBC forderte und erreichte von diesen Richtern eine einstweilige Verfügung. Sie sah ihre redaktionelle Unabhängigkeit in Gefahr.

Im Mittelpunkt dieser Affäre steht der britische Fernseh-Journalist David Dimbleby. Der Name Dimbleby ist seit dem Beginn des britischen Fernsehens eine Legende. Der Vater des David Dimbleby war mehr als ein Fernseh-Journalist, er war eine Institution. Bis zu seinem Krebstod war er der Reporter der großen Ereignisse dieser Welt.

Im Schatten des Vaters

David Dimbleby hat stets im Schatten seines Vaters gestanden. Er ist kein außergewöhnlicher, aber dennoch ein angesehener Fernsehmann. Die BBC, bei der er nicht fest angestellt ist, beschäftigt ihn als freien Mitarbeiter bei großen politischen Ereignissen wie Unterhauswahlen und Parteitagen, und am „Budget Day“, dem Tag, an dem die Briten erfahren, ob sie im kommenden Jahr mehr oder weniger Steuern bezahlen müssen und ob Bier, Benzin und Zigaretten teurer werden.

Für's Fernsehen ist es ein ebenfalls bedeutendes Ereignis. Es holt sich an diesem Tag eine ganze Riege von Politikern, Gewerkschaftern und Industriellen vor die Kameras, um sie zu befragen. Morgen ist wieder „Budget Day“. Und als Moderator für ihre Budget-Sendung hatte die BBC wie stets in den letzten Jahren David Dimbleby vorgesehen.

Die britischen Gewerkschaften jedoch empfanden dies als unzumutbar. Zuerst weigerte sich Gewerkschaftschef Len Murray, sich von Dimbleby befragen zu lassen. Es folgte die Labour Party, die allen ihren Schattenministern die Anweisung gab, der Dimbleby-Sendung der BBC fernzubleiben. In der letzten Woche schließlich gab die Gewerkschaft der Journalisten (NUJ) ihren Mitgliedern bei der BBC, die die Budgetsendung des David Dimbleby mitproduzieren, Anweisung, die Sendung zu boykottieren.

Das Ganze ist ein in der britischen Fernsehgeschichte bisher einmaliger Vorgang. Der Hintergrund: Der umstrittene David Dimbleby ist nicht nur Fernseh-Journalist, sondern auch Zeitungsverleger, der in einigen Londoner Vororten einige Wochenzeitungen mit einer Gesamtauflage von 25 000 Exemplaren herausgibt. Dimbleby hatte im letzten Jahr einen Disput mit seiner Druckergewerkschaft. Die Auseinandersetzung veranlaßte ihn, den Druckauftrag für seine Zeitungen an eine Druckerei in Nottingham zu vergeben. Diese Druckerei aber liegt seit Jahren in einem Streit mit der britischen Journalisten-Gewerkschaft. Aus Protest gegen den Druck ihrer Zeitung bei einer angeblich gewerkschaftsfeindlichen Druckerei traten 13 Redakteure der Dimbleby-Zeitungen in Streik. Der Ausstand hatte jedoch bisher wenig Folgen. Die Dimbleby-Zeitungen erschienen ungestört weiter.

Einstweilige Verfügung

Die Budget-Fernseh-Sendung mit Dimbleby als Moderator sahen die Gewerkschaften und die Labour Party nun als günstige Chance, den Kampf gegen Dimbleby auf anderer und wirksamerer Ebene fortzusetzen. Sie boykottierten schlicht die BBC. Und obwohl die gewerkschaftlich organisierten Journalisten der BBC sich mit Mehrheit dafür ausgesprochen hatten, morgen mit Dimbleby zusammenzuarbeiten, erreichte sie von ihrer Gewerkschaftsführung der Ukas, sich an der Produktion der Sendung nicht zu beteiligen.

Die BBC ging daraufhin am Samstag vor Gericht und argumentierte, daß sie hier das Opfer eines Arbeitskonfliktes werde, mit dem sie selbst nicht das geringste zu tun habe. Sie erreichte eine einstweilige Verfügung, die den BBC-Journalisten untersagt, die Sendung zu boykottieren. Der Interview-Boykott der Labour Party und der Gewerkschaftsfunktionäre gegen Dimbleby aber soll aufrecht erhalten bleiben.

„Kreuzzug“ von Schülern zur Schwarzen Madonna

AP/dpa/AFP, **Warschau**

Mehrere hundert polnische Schüler sind am Wochenende von Garwolin südlich von Warschau per Bus, Auto und Bahn zu einem „Kreuzzug“ nach dem 210 Kilometer entfernten Nationalheiligtum der Schwarzen Madonna im Kloster Jasna Gora bei Tschenstochau aufgebrochen. Ihre Schule war geschlossen worden, nachdem es zu Sitzstreiks der Schüler gegen die Entfernung von Kruzifixen aus den Unterrichtsräumen gekommen war.

Vor Tausenden junger Leute, die sich in der Kapelle der Schwarzen Madonna versammelt hatten, brachte der Bischof von Tschenstochau, Franciszek Musiel, die Betroffenheit der polnischen Kirche über den von den Behörden erklärten „Krieg gegen das Kreuz“ zum Ausdruck. Das Kreuz sei für die Gläubigen das teuerste Symbol, sagte der Bischof. Die aus allen Teilen Polens gekommenen Jugendlichen erklärten sich mit den Schülern von Garwolin solidarisch.

Der polnische Primas, Jozef Kardinal Glemp, hat in Rom die verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ mit einem „Sack, in den alle hineingeschlüpft sind“, verglichen. Bei der Rückkehr von einer Südamerika-Reise dementierte er Berichte, wonach er die „Solidarität“ als eine von Trotzkisten und Marxisten unterwanderte Organisation bezeichnet habe. Glemp verneinte die Frage, ob er sich nach seiner für heute geplanten Rückkehr nach Polen bald mit dem Arbeiterführer Lech Walesa treffen wolle. Sein Verhältnis zu Walesa sei jedoch weiterhin gut. Walesa sei jetzt eine „Privatperson, die unter Polizeikontrolle steht“.

Der Kardinal verneinte auch die Frage nach einer Einladung der Russisch-Orthodoxen Kirche zu einer Moskau-Reise. Zu den Verhandlungen zwischen dem Vatikan und Warschau über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sagte er, sie kämen gut voran.

Kohl dringt erneut auf Gipfeltreffen

hey, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl und SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel haben sich übereinstimmend für ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen ausgesprochen. Eine derartige Begegnung wäre nach Ansicht des Kanzlers „nützlich“, weil eine Vereisung des weltpolitischen Klimas „unweigerlich Wirkung für das Miteinander in Deutschland hätte“.

Im Zweiten Deutschen Fernsehen wies Kohl darauf hin, daß jede Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses „sofort wirksam“ für die deutsche Situation würde. Zum innerdeutschen Verhältnis meinte Kohl, daß es „in den wirklich entscheidenden prinzipiellen Fragen“ keine Übereinstimmung gebe. Gewachsen sei die Erkenntnis, so begrüßte er, daß versucht werde, bei den „praktischen Alltagsdingen“ weiterzukommen. Ziel seiner Politik sei es, alles zu unternehmen, „die Menschen in Deutschland zueinander zu bringen, mehr Miteinander zu ermöglichen“. Im wesentlichen solle jedoch die Formel: keine Leistung ohne Gegenleistung gelten. Dabei wandte er sich gegen eine „Einbahnstraße“.

Der Kanzler betonte, daß man in dem zurückliegenden Jahr habe „etwas tun können für die Menschen in Deutschland“. Dies sei zu einem Zeitpunkt geschehen, „in dem das weltpolitische Klima ja so schien, als sei so etwas gar nicht möglich“.

Ebenfalls im ZDF bewertete Vogel die seit 1969 entwickelte Deutschlandpolitik positiv. Diese Politik habe auch bei der gegenwärtigen Belastungsprobe „bis zur Stunde“ Bestand. Vogel hob hervor, daß die Bundestagsparteien eine gemeinsame Grundlage für die Deutschlandpolitik geschaffen hätten. Nach seinen Worten führe die Union diese Politik „in allen wichtigen Punkten“ fort. Die SPD sei bereit, „die notwendige Voraussetzung“ dafür zu leisten, daß es eine von allen Parteien zu tragende Deutschlandpolitik gebe.

RCDS-Leitlinien zu Deutschland

dpa, **Würzburg**

Für den Aufbau und die Stärkung einer „gesamtdeutschen Solidarität und eines demokratischen Patriotismus jenseits von nationalem Chauvinismus“ hat sich der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) ausgesprochen.

Wie der in seinem Amt bestätigte RCDS-Vorsitzende Franz Dormann (Aachen) zum Abschluß der dreitägigen Bundesversammlung der Organisation in Würzburg mitteilte, fordern die Delegierten die Bundesregierung mit am Sonntag verabschiedeten „Leitlinien für eine aktivere Deutschlandpolitik“ außerdem auf, Bemühungen zum Abschluß eines Kulturabkommens oder die Förderung von Klassen- und Jugendfahrten in die „DDR“ zu verstärken. Außerdem sollten Patenschaften zwischen Städten und Gemeinden gebildet werden.

Costa Rica fürchtet Sog der Mittelamerika-Krise

Aufstellung einer Armee soll es dennoch nicht geben

WERNER THOMAS, San José

Der Besucher-Strom in Costa Rica nimmt kein Ende. Präsident Luis Alberto Monge muß in seinem modernen Amtssitz im Stadtteil Zapote ständig Delegationen aus den USA oder Westeuropa empfangen. Letzte Woche saß er auch wieder einer Bundestagsabordnung gegenüber, geführt von Werner Marx, dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses.

Die Gäste wollen herausfinden, wie weit die Krisensituation der Region bereits Costa Rica erfaßt hat. Ob dem demokratischen System Gefahren drohen. Ob die einzige lateinamerikanische Nation ohne Armee tatsächlich von der Reagan-Regierung unter einen Aufrüstungsdruck gesetzt wird – wie die sandinistischen Comandantes behaupten.

Die ersten Eindrücke sind positiv. Im Vergleich zu El Salvador oder Nicaragua bietet Costa Rica ein Kontrastprogramm. Das Land wirkt wie eine friedliche Insel in einem bewegten Meer. Keine Panzer und Kanonen. Keine waffenstarrenden Soldaten. Kein nächtliches Maschinengewehr-Stakkato. Keine Angst vor Todesschwadronen. „La Nacion", die größte Zeitung, veröffentlicht weder Propagandaparolen noch Leichenfotos. Touristen flanieren gutgelaunt durch die Straßen oder sonnen sich in dem gemütlichen Freiluftcafé des Gran Hotels Costa Rica.

Hinter der friedlichen Fassade verbirgt sich jedoch Nervosität. Langsam gerät auch diese kleine Musternation (2,3 Millionen Menschen) in den Strudel der Unruhe.

Fast alle Gesprächspartner berichten über eine Gefahr aus dem Norden. Bernd Niehaus, der ehemalige Außenminister, dessen Vorfahren aus Bremen stammen, erläutert: „Der Marxismus-Leninismus ist expansiv. Er kennt keine Grenzen." Er meint, daß die sandinistischen Nachbarn auch einmal Costa Rica für ihren Einflußbereich erobern wollen.

Konspirative Pläne der Kommunistischen Partei

Es hat zwar seit mehr als einem Jahr keine terroristischen Anschläge mehr gegeben. Durch die erbitterten Flügelkämpfe innerhalb der kommunistischen Partei der Vorhut des Volkes (PVP) wurden jedoch konspirative Pläne bekannt. Der PVP-Führer Manuel Mora (74) informierte Ende Februar die Öffentlichkeit, seine radikalen Rivalen wollten die Regierung durch Streiks, Landbesetzungen und gewalttätige Aktionen destabilisieren und schließlich zu Fall bringen. Wenige Tage zuvor war es zu einem alarmierenden Grenzzwischenfall gekommen: Sandinistische Soldaten beschossen eine Patrouille der „Guardia Rural" (Landgarde), eines Polizeiverbandes. Die Monge-Regierung sprach von einer „ungerechtfertigten Aggression" und verließ vorübergehend die bilaterale Kommission, die Wege zur Verbesserung der gespannten Beziehungen suchen soll.

Rafael Angel Calderon (36), der die Christlich-Soziale Einheitspartei (PUSC) führt und dem gute Chancen eingeräumt werden, die Präsidentschaftswahlen in zwei Jahren zu gewinnen, sagt: „1979 waren 90 Prozent der Costarikaner gegen Somoza. Heute sind 90 Prozent der Costarikaner gegen die Sandinisten." Ein radikaler Stimmungsumschwung, der nach Ansicht Calderons „auf die allgemeine Enttäuschung über die marxistische Richtung der Revolution" zurückzuführen ist.

Das Thema Nicaragua spaltet die regierende Partei der Nationalen Befreiung, eine sozialdemokratische Bewegung mit engen Bindungen zur SPD und Friedrich-Ebert-Stiftung. Präsident Monge übt in privatem Kreis scharfe Kritik an den Comandantes und bezeichnet Managua als Unruheherd der Region. In der Öffentlichkeit formuliert er seine Meinung über die Comandantes vorsichtiger. Er steht unter dem Druck des einflußreichen linken Flügels.

Polizeiverbände werden besser ausgerüstet

In einem Punkt scheinen sich Regierung und Opposition einig zu sein: Costa Rica soll auf das Comandante-Regime anders reagieren als Honduras, nicht durch eine massive Aufrüstung. Niemand wünscht sich wieder die Rückkehr der 1948 aufgelösten Armee. Man glaubt, eine bessere Ausrüstung der beiden Polizeiverbände – neben der Landgarde existiert noch die Zivilgarde – könne die Sicherheitsprobleme bereits lösen. Die Polizeiverbände umfassen etwa 12 000 Mann. Wahrscheinlich wird Costa Rica aber auch bald ein Sonderkommando zur Bekämpfung des Terrorismus erhalten – vielleicht 1000 gründlich ausgebildete Beamte. „Wir sind gezwungen, etwas aufzurüsten, wenn wir die Demokratie erhalten wollen", meinte Bernd Niehaus. Fast alle Politiker verlassen sich auf das interamerikanische Verteidigungsabkommen, das dem Land Schutz gegen äußere Angriffe biete. Aufgrund dieses Vertrages kann Costa Rica auch jederzeit die USA zu Hilfe rufen.

Die Sandinisten geben wiederum ihrem prominentesten Deserteur, Eden Pastora, und den Aktivitäten der konterrevolutionären Brigaden die Schuld. Die „Demokratische Revolutionsallianz" (ARDE) benützt Costa Rica zumindest als politische und logistische Operationsbasis. Alfonso Robelo, einst Mitglied der ersten sandinistischen Junta und heute Führer des politischen Arms von ARDE, betont in seinem Hauptquartier in San José: „Wir kämpfen von nicaraguanischem Boden aus." Robelo schätzt die Zahl der Kämpfer auf 6000 bis 7000 und vergleicht das militärische Wachstum der Guerrilla-Bewegung mit einer „Lawinendynamik".

In San José, einer zwischen grünen Bergen eingebetteten Stadt mit 350 000 Einwohnern, wird in diesen Tagen oft die Frage diskutiert, ob die desolate Wirtschaft nicht eine ähnliche Gefahr für die politische Stabilität bedeutete wie der sandinistische Expansionsdrang. Costa Rica ist äußerst teuer geworden, eine Folge der Inflation, die während der Amtszeit Monges gelegentlich eine Jahresrate von 125 Prozent erreichte. Einige Dienstleistungstarife stiegen gar um 200 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen liegt nach inoffiziellen Schätzungen bei 15 Prozent. (SAD)

Shamir gegen übereilten Abzug aus Südlibanon

Politbüromitglied Alijew in Damaskus: Hilfe für Syrien

SAD/dpa/rtr, Jerusalem/Beirut

Der israelische Premierminister Shamir hat den Vorschlag des Generalstabs abgelehnt, in den allernächsten Tagen einen weiteren Teilrückzug aus Libanon zu vollziehen. Der erste Rückzug im September 1983 hatte lawinenartig die militärischen Entwicklungen ausgelöst, die zur jetzigen Lage und zur Entmachtung der Regierung des Präsidenten Amin Gemayel führten.

Shamir und Verteidigungsminister Arens wollen erst alle Aspekte eines Rückzuges prüfen, insbesondere dessen Auswirkungen auf die westliche Position in Libanon. Beide sind zu der Überzeugung gelangt, daß der vorige Teilrückzug, der noch unter Begin erfolgte, voreilig war und großen Schaden verursachte: Er endete mit der Rückkehr der PLO nach Beirut, von wo sie ein Jahr vorher vertrieben worden war.

Ein israelischer Diplomat gab gestern bekannt, infolge des Widerrufs des israelisch-libanesischen Vertrages durch Gemayel sei jetzt Israel aller Beschränkungen entbunden, die ihm der Vertrag aufbürdete. Israel könne jetzt an Regelungen in Südlibanon denken, die ihm unter dem Vertrag verwehrt gewesen waren. Israel fühle sich jetzt frei, in Südlibanon „alle Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, die es von seinem Standpunkt aus für notwendig erachtet".

In Damaskus hat der syrische Außenminister Khaddam Ägypten aufgefordert, dem Beispiel „des kleinen Landes Libanon" zu folgen und den nach dem Abkommen von Camp David mit Israel geschlossenen Friedensvertrag nun ebenfalls aufzukündigen.

Khaddam sprach bei einem Essen für den sowjetischen Vizepremier Geidar Alijew, der auch dem Politbüro der KPdSU angehört. Alijew beschuldigte die USA, im Nahen Osten einen Brückenkopf „für ihre imperialistischen Aggressionen gegen die Freiheit der arabischen Staaten" bilden zu wollen. Ihre „Intervention" in Libanon sowie die Drohungen gegen Syrien seien Bestandteil der „terroristischen Taktik" Washingtons. Die Bemühungen der USA würden am „Fels der syrischen Entschlossenheit" scheitern, die von der Sowjetunion unterstützt werde. Alijews Visite ist der erste Syrien-Besuch eines hochrangigen sowjetischen Parteifunktionärs seit 1980.

Während die Führer der libanesischen Bürgerkriegsparteien zur zweiten Runde der libanesischen Versöhnungskonferenz nach Lausanne abgereist sind, kam es in Beirut erneut zu schweren Gefechten zwischen moslemischen und christlichen Milizen. Sie forderten allein am Samstag mindestens 18 Tote und 84 Verletzte. In Lausanne stehen die Konferenzteilnehmer vor der Wahl zwischen politischen Reformen, Teilung Libanons oder dem Chaos des Bürgerkriegs. Bei ihrer Ankunft in Genf zeigten die Hauptgegner Gemayels, der Drusenführer Dschumblatt und der Chef der schiitischen Amal-Milizen, Berri, wenig Optimismus über die Erfolgsaussichten der Konferenz. Gemayel traf mit einem Privatflugzeug in Nizza ein und reiste von dort auf dem Landwege weiter.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Arbeitszeit nach Maß?

Die Forderung der Gewerkschaft auf Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich erfüllt mich als Unternehmer – mitverantwortlich für zwei Eisengießereien mit 600 Mitarbeitern – mit großer Sorge. Was da verlangt wird, ist finanziell einfach nicht machbar.

Die durch Verwirklichung der Forderung eintretende massive Erhöhung unserer Herstellkosten könnten wir nur durch entsprechend höhere Verkaufspreise verkraften. Ausländische Lieferanten würden uns dann sofort hier wie auf den internationalen Märkten unterbieten, was zum Verlust vieler Aufträge und zwangsläufig in Deutschland zum Verlust von Arbeitsplätzen führen muß, denn jeder dritte bis vierte Beschäftigte in der deutschen Metallindustrie arbeitet direkt oder indirekt für den Export. Dabei liegen unsere Löhne schon heute mit an der Spitze der Industrieländer.

Die Befolgung der Forderung auf die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich erfordert die Verteilung der Lohnkosten auf 35 Wochenstunden statt auf 40 Wochenstunden. Das sind 14,2 Prozent mehr allein auf dem Lohnsektor. Auch andere Kosten steigen aus denselben Gründen, allerdings verschieden, je nach Betrieb. Dazu kommt die Forderung auf generelle Gehalts- und Lohnerhöhung von 6,5 Prozent. Wie soll eine solche Kostensteigerung verkraftet werden? Die deutsche Metallindustrie erzielt nur noch 1 – 1,5 Prozent Gewinn an der verkauften Ware; die Gießereien erzielen noch weniger – oder gar nichts mehr.

Da ist man ja gleich in den roten Zahlen – und rote Zahlen in der mittelständischen Industrie bedeuten früher oder später Konkurs und damit Verlust von Arbeitsplätzen. Die immer knapper werdende Gewinnsituation führte in der deutschen Industrie schon zur Aufzehrung von Eigenkapital, das in den letzten 10 Jahren von ca. 30 Prozent auf ca. 20 Prozent zurückgegangen ist. Gewinne aber sind auf die Dauer nötig, denn z. B. die Mehrkosten für Erneuerungs- und Rationalisierungsinvestitionen gegenüber den Anschaffungskosten der Altanlagen müssen über den Gewinn erwirtschaftet werden, von dem vorweg ca. 70 Prozent an Gewinnsteuern abzuführen sind.

Die Gewerkschaften behaupten, die 35-Stunden-Woche würde durch Verteilung der Arbeit auf mehr Schultern zu Einstellung von Arbeitskräften und zu Verminderung der Arbeitslosigkeit führen. Wir rechnen heute mit 45 000 – 50 000 DM einschließlich aller Lohnzusatzkosten an Jahreskosten pro Lohnempfänger. Für die Einstellung neuer Arbeitskräfte benötigen die Unternehmer wieder mehr Geld, das zusätzlich verdient werden muß, denn die bisher für 40 Stunden kalkulierte Lohnsumme wird ja für die 35 Stunden aufgebraucht, also wieder eine Kostensteigerung. Das ist doch alles nicht finanzierbar!

Die Vorstände der Gewerkschaft und der SPD, die die Forderung neuerdings unterstützt, wissen doch um die finanzielle Situation und um die Gefährdung der Auslandsaufträge durch Kostensteigerung. Warum wird da die Arbeiterschaft nicht über diese Situation aufgeklärt? Will man mit diesen nicht erfüllbaren Forderungen es unbedingt zum Streik kommen lassen? Dieser schadet uns allen. Oder stehen politische Gründe dahinter?

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat man in der jüngeren Zeit den entgegengesetzten Weg eingeschlagen: nämlich den der Kostenentlastung. Es wurden in wichtigen Wirtschaftsbereichen, wie dem Automobilbau, der Stahlindustrie und dem Luftverkehr bei vielen Großunternehmern Lohn- und Gehaltsreduzierungen von 10 – 20 Prozent vereinbart, um auf diese Weise wettbewerbsfähig zu bleiben bzw. überhaupt wieder wettbewerbsfähig zu werden. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Einige Großunternehmen haben so den sicheren Konkurs vermieden.

Warum gehen die Gewerkschaften nicht auf den Vorschlag der Unternehmer auf Flexibilisierung der Arbeitszeit ein? Hier sind noch viele Möglichkeiten zur Veränderung verkrusteter alter Gewohnheiten drin, die beiden Seiten dienen können: den Arbeitnehmern und den Unternehmern. Solche Arbeitszeitverkürzungen wären maßgeschneidert und würden die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft nicht gefährden. Die damit wahrscheinlich verbundene Notwendigkeit vieler neuer Einzelverträge würde allerdings den Gewerkschaften in der Betreuungsarbeit mehr Mühe machen, was sie sicher zu übernehmen bereit sind. Kollektive Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich ist für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der falsche Weg.

Ulrich Freiherr von Gienanth
Dipl.-Ing. Dipl.-Volksw.
Eisenberg/Pfalz

Menschenwürde

„Galinski dringt auf neues Gesetz"; WELT vom 29. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren der Redaktion,

die Verbreitung der sogenannten „Auschwitzlüge" stellt kein Kavaliersdelikt dar, sondern eindeutig die Verletzung des Artikel 29(3) UN-Menschenrechts-Charta!

Nach Artikel 1(1+2)GG steht Internationales Menschenrecht im absoluten Verfassungsrang der Bundesrepublik Deutschland und verpflichtet die – staatliche Gewalt – von Amts wegen, die Menschenwürde und Menschenrechte als unmittelbar geltendes Grundrecht zu achten und zu schützen.

Wenn die Bundesregierung es seit Jahrzehnten geduldet hat, daß die „Nationalzeitung" ungehindert verbreiten durfte, daß die Ermordung von Millionen Menschen jüdischen Glaubens in dem Vernichtungslager Auschwitz durch das Nazi-Regime eine sogenannte „Auschwitzlüge" sei, dann stellt diese Duldung eine – jahrzehntelange – Verletzung der verfassungsmäßigen Verpflichtung aus Artikel 1(1+2)GG dar, in Verbindung mit Artikel 29(3)AllgErkl-MenschenR – Unterlassung eines Verfassungsorgans gegen den klaren und eindeutigen Verfassungsauftrag aus Artikel 1(1+2)GG dar!

Mit freundlichen Grüßen
Joachim Rector,
Isny/Allgäu

Radikalkur

„Dem Amtsschimmel soll das Wiehern vergehen"; WELT vom 1. März

Die Bemühungen einiger Bundes- und Landesministerien, den Gesetzes- und Verordnungswald zu durchforsten und auf ein für den Bürger erträgliches Maß zurückzuschneiden, können nur zum Erfolg führen, wenn sich alle Behörden bis zu den Kommunen in gleicher Weise nachdrücklich bemühen, dabei Partei-Denken durch Sach-Denken, Quantität durch Qualität zu ersetzen. Dazu gehören auch Stellenstreichungen. Und es gehören dazu Parlamente, die die weitere Gesetzesflut eindämmen und, mit Hilfe eines wirklich sachkundigen Beamtenkörpers, dabei praktikable und (möglichst) lückenfreie Gesetze produzieren.

Dem löblichen Unterfangen zur „Entbürokratisierung", übrigens nicht zum ersten Mal versucht, stand bisher immer das Parkinson'sche Gesetz der „wundersamen Stellenvermehrung" entgegen, wonach (fast) jeder Stelleninhaber seine Überlastung und Unentbehrlichkeit zu begründen weiß, abgesehen von dem Bestreben, durch vergrößerte Untergebenenzahl auch die eigene Rangerhöhung zu bewirken. Und jeder versierte Stelleninhaber kann das dem laienhaften Politiker oder Kontrolleur plausibel machen!

All das wäre nicht nötig, wenn auch nur ein Hauch vom Geist des preußischen Beamtentums wieder lebendig würde. Aber der ist nur noch bei wenigen Beamten vorhanden, denen ich nicht zu nahe treten möchte. Beim heutigen Zustand aber bleibt die Entbürokratisierung eine Sisyphus-Arbeit, die nur von herausragenden Insidern einer Behörde – am ehesten von parteifernen, pensionierten und unbestechlichen – gelöst werden kann.

Dr. Hans Preute
Essen 15

Wort des Tages

„Wo immer der Mensch sich zum einzigen Sinn und Zweck der Welt gesetzt hat, dort hat er sich selbst zerstört. Wo der Mensch seine innere Beziehung zum Welthintergrunde zerstört, beginnt er das Werk der Selbstvernichtung. Der Mensch bedarf, um Mensch zu sein, der Vorstellung einer übermenschlichen Kraft."

August Winnig, dt. Politiker (1878–1956)

Gleichheit?

„Wenn die Zahnärzte mal den Mund aufmachen ..."; WELT vom 25. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Zahnärzte sollten „den Mund" lieber nicht „aufmachen". Abgesehen davon, daß die von der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung geforderte Senkung der Zahl der Ausbildungsplätze an den Universitäten die gesunde Konkurrenz abbauen würde, sind sie bisher vom Gesetzgeber unverdientermaßen geschont worden.

Während ihre Arztkollegen nach der neuen GOÄ 82, in Kraft seit dem 1. 1. 83, bei Privatpatienten grundsätzlich nur noch bis zum 2,3fachen Satz der Gebührenordnung liquidieren dürfen, können die Zahnärzte nach der unverändert geltenden BUGO von 1965 noch bis zum 6fachen Satz ausschreiten. Wo bleibt da die Gleichbehandlung?

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. jur. Heinrich Mauritz,
Düsseldorf 31

Im Kronland

„Leserbrief: Häufiger Name"; WELT vom 1. März

Es gab auch außerhalb der vom Großen Deutschen Ortsbuch von 1938 erfaßten Orte des Deutschen Reiches deutsche Gebiete. Eines davon war der nach den Schlesischen Kriegen bei Österreich verbliebene Teil Schlesiens, eben das „Kronland Schlesien". Dort gab es mehrere Orte des Namens Heinzendorf, in einem davon, dem bei Troppau, ist zweifelsfrei Johann Mendel 1822 geboren. Das kann man in jedem Lexikon und zahlreichen Büchern, z. B. in „Die Großen der Welt" nachlesen.

Mit freundlichen Grüßen
Heinrich Seidel,
Schwäbisch-Gmünd

Personalien

ERNENNUNG

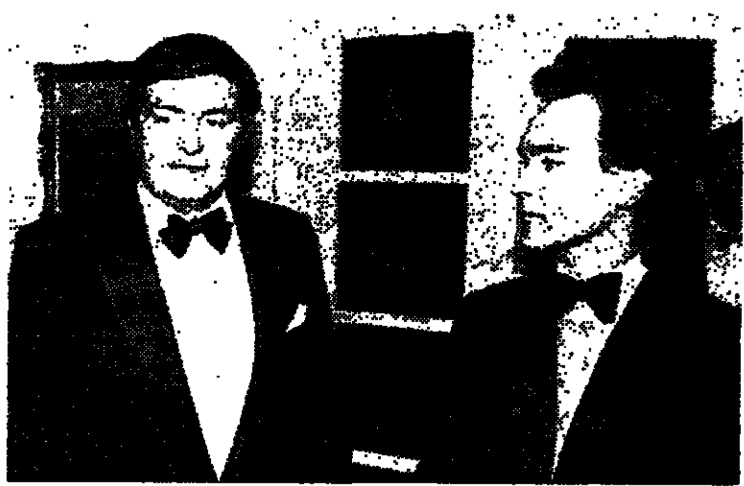
Neuer deutscher Botschafter in Schweden wird Dr. **Gerhard Ritzel**. Er erhielt jetzt sein Agrément. Der Karrierediplomat, 1923 in Michelstadt geboren, Volkswirt, war 1951 in den Auswärtigen Dienst eingetreten. Erste Stationen im Ausland waren die Generalkonsulate in Bombay, New York und Los Angeles und die Botschaft in Colombo. Es folgte eine weitere Verwendung in der Botschaft in Luxemburg. 1966 wurde Gerhard Ritzel von dem damaligen Außenminister **Willy Brandt** in dessen Arbeitsstab übernommen. 1968 übernahm Ritzel die Leitung des Ministerbüros von Brandt. Als Willy Brandt 1969 Bundeskanzler wurde, ging Ritzel mit in die Bonner Regierungszentrale. 1970 wurde er zum Botschafter in Oslo ernannt. In den Jahren 1974 bis 1977 war er Botschafter in Prag und anschließend bis 1981 Botschafter in Teheran. Dort hat Ritzel, wie es später hieß, durch diskrete diplomatische Kontakte zur iranischen Revolutionsregierung nicht unwesentlich mit zur Freilassung der amerikanischen Geiseln beigetragen. 1981, im Februar, ging Gerhard Ritzel in das Bundeskanzleramt zurück. Er übernahm die Leitung der Abteilung VI und war damit für die Koordinierung der Nachrichtendienste des Bundes zuständig. Im September letzten Jahrens war Ritzel von diesem Amt abgelöst worden.

VERANSTALTUNGEN

Bach auf der Gitarre präsentierte ein Meister dieses Instrumentes, **Josep Henriquez**. Der spanische Gitarrist war Gast des königlich spanischen Botschafters **Eduardo Foncillas** und seiner Frau **Beatrix Gräfin von Sponeck de Foncillas** in der Residenz in Bad Godesberg. Mit klassischen Klängen erfreute Henriquez einen illustren Gästekreis aus Diplomatie und Adel. Der Künstler arbeitet als Professor für Gitarre am Konservatorium bei Granollers in der Nähe von Barcelona. 1982 hatte er einen Lehrauftrag am „Music and Arts Institute" in San Francisco, Kalifornien. Konzertreisen führten ihn durch alle Kontinente, in west- und osteuropäische Staaten. Gäste des Botschafterehepaares, das sich in Bonn besonders gesellschaftlich engagiert, waren unter anderem der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, **Andreas Meyer-Landrut** und Ministerialdirektor **Per Fischer**. Außerdem kamen Algeriens Botschafter **Chaieb Taleb-Bendiab**, Dänemarks Botschafter Dr. **Paul Henning Fischer**, der Botschafter von Ecuador, Dr. **Miguel Santiago Coello**, Griechenlands Botschafter **Constantin J. Tsamados**, der kubanische Botschafter **Luis Garcia Peraza**, der niederländische Botschafter Dr. **Kaspar Reinink**, der Mexikaner **Cesar Sepulveda** und der tschechoslowakische Botschafter Dr. **Dusan Spacil**.



Damenplausch: Beatrix Gräfin Sponeck, links, und die Frau des griechischen Botschafters, Toula Tsamados.



Musentreff: Spaniens Botschafter Eduardo Foncillas, links, und der Gitarrist Josep Henriquez. FOTOS: KEIL

*

Mit einem Festbankett feierten die Chefportiers führender europäischer Hotels am Wochenende in Hamburg das 50jährige Dienstjubiläum von **Oskar Schweser** im Hotel „Atlantic". Schweser, heute 64 Jahre alt, ist dienstältester Mitarbeiter der weißen Nobelherberge an der Außenalster. Mit ihm feierte ein halbes Hundert Mitglieder des „Goldenen Schlüssels", Chefportiers exklusiver Hotels in Europa. Unter den Gästen, die „Atlantic"-Chef **Karl Th. Walterspiel** begrüßte, sah man **Walter Henninger** vom Hotel „Erbprinz", Ettlingen, **Alfred Andersen** vom „Royal" in Kopenhagen, **Erich Benisch** vom Hotel „Imperial", Wien, **Gustav Treu** von „Brenners Park-Hotel" in Baden-Baden, **Christopher Boshelle** vom „Inn-on-the-Park-Hotel", London, **H. Cruanes** vom Hotel „Prince de Galles", Paris, **Arthur Baumann**, Ehrenpräsident des „Goldenen Schlüssels", sowie Chefportiers bedeutender Häuser in München, Frankfurt, Oslo, Helsinki und Amsterdam.

GEBURTSTAG

Pastor **Alex Funke**, langjähriger Leiter der Bodelschwinghschen Anstalten in Bielefeld-Bethel, feierte am Samstag seinen 70. Geburtstag. Der als Sohn eines Missionars im westafrikanischen Togo in Lomé Geborene kam mit seinen Eltern und sieben Geschwistern nach Ende des Ersten Weltkrieges erst nach Deutschland. Er studierte Theologie. Stationen seines Studiums waren Halle, Berlin, Jena und Tübingen. Sein erstes theologisches Examen legte er während der Zeit des Kirchenkampfes 1939 beim Bruderrat der Bekennenden Kirche ab. 1942, nach einer Verwundung, das zweite theologische Examen. Das Kriegsende erlebte er in einem Gefangenenlager in Amerika. Dort wurden von ihm 5000 Kriegsgefangene seelsorgerisch betreut. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Funke Reisepfarrer für die Evangelische Studentengemeinde in Deutschland, Gemeindepfarrer in Witten, in Volksmission in Westfalen und Leiter des Predigerseminars in Soest. 1968 wurde er als sechster Leiter der Anstalten von Bethel berufen. Dieses Amt übte er bis zu seiner Pensionierung 1979 aus. Seit dieser Zeit lebt er „im tätigen Ruhestand" in Bielefeld.

Die Medienzukunft und die Künstler - Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung

Schamoni setzt auf Leistungsdruck

„Wir leben in einem Rekordland der Symposien, Tagungen und Akademien über die neuen Medien, aber wir halten auch das Weltchampionat in Handlungsdefiziten." So charakterisierte Dieter Weirich, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, deutsche Vorlieben bei einer Podiumsdiskussion zum Abschluß einer Fachtagung, zu der die Hanns-Seidel-Stiftung nach München eingeladen hatte. Es ging um die Frage: „Die Medienzukunft – eine Zukunft für Künstler?"

Dazu hatte man einiges an Prominenz aufgeboten. Den Chef des Bundeskanzleramtes in Bonn, Waldemar Schreckenberger, und den Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber. Margot Werner und August Everding, Münchens Generalintendant, kamen zu Wort. Und unter der Leitung von Carlheinz Hollmann, im Springer-Verlag inzwischen mit den neuen Medien beschäftigt, diskutierten neben Weirich auch Helmut Thoma von Radiotele Luxemburg, der Regisseur Ulrich Schamoni und Andreas Johannes Wiesand vom Zentrum für Kulturforschung in Bonn.

Everding rückte der Frage des Titels als agiler Skeptiker zu Leibe: „Den Künstlern gehört immer die Zukunft – aber leider nicht immer die Gegenwart. Hoffentlich hat die Zukunft der Medien nicht noch mehr Gegenwart für die Mediokren." Trotzdem unterschied sich die Veranstaltung entscheidend vom meisten, was sonst auf diesem Felde üblich und modisch ist. Sie stimmte nicht in die Klagen über die neuen Medien als televisionären Triumph des – mit intellektuellem Hochmut gern als billig bezeichneten – Publikumsgeschmacks ein. Im Gegenteil, Optimismus herrschte vor. Und eine spürbare Erleichterung, weil die SPD inzwischen eingesehen hat, daß sie die neuen Medien nicht verhindern kann und deshalb zu einer gewissen Zusammenarbeit bereit ist.

Margot Werner hatte zur Aufmunterung ein ganzes Bündel von Beispielen parat, mit welchem Ingrimm einst dem Fernsehen eine trübe Zukunft vorausgesagt wurde. So meinten seinerzeit, als die ersten Sendungen begannen, rund 86 Prozent eines repräsentativen Querschnitts, das Fernsehen sei unnötig und man werde sich kaum einen solchen Apparat ins Zimmer stellen. Nicht anders war es übrigens, als das Telefon begann. Das Verzeichnis der ersten 84 Teilnehmer wurde als „Buch der Narren" apostrophiert. Zugleich tat die Kaufmannschaft kund, daß das vorzüglich funktionierende Botensystem solche technischen Spielereien unnötig mache.

Mit solchen Beispielen sollte in München jedoch keine blinde Medieneuphorie illustriert, sondern lediglich ein realistischer Optimismus begründet werden. Er hoffe, meinte etwa Schamoni, auf neue Freiräume, die sich durch die neuen Medien auch in den öffentlich-rechtlichen Anstalten ergeben könnten. Zugleich begrüßte der Regisseur, daß damit ein gesunder Leistungsdruck entstehe, der bei schmaleren Budgets absoluten Professionalismus erfordere. Gerade daran mangele es den alten Medien, die verkrustet, beamtenähnlich und – was die Kunst, nicht was die Verwalterei betrifft – nur zu oft unprofessionell seien.

Die Unprofessionalität zeige sich nicht zuletzt darin, auf wie sträfliche Weise sie den Nachwuchs vernachlässigt hätten. Wiesand nannte es einen Skandal, daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten ein vorzügliches System der Fortbildung entwickelt hätten – jedoch nur für die Festangestellten. Auch die Gewerkschaften wurden in die Kritik einbezogen, weil sie sich zu einem Trotzbund zur Wahrung der Privilegien derer, die in den Anstalten sind, entwickelt hätten.

Helmut Thoma warnte, gestützt auf seine Luxemburger Erfahrungen (und Einnahmen), vor einem zu rosigen Blick in die Medienzukunft. „Goldene Nasen", darüber war man sich einig, werde man mit den neuen Medien nicht verdienen können. Aber Luxemburg exerziert ja schon seit langem vor, wie ein attraktives, sparsames Programm zu machen ist. Sechs Stunden Fernsehen täglich werden dort mit nur 23 Angestellten realisiert! Und mehr als 30 sollen es in den nächsten zwei Jahren auch nicht werden. Zwar hätten von den derzeit möglichen 1,5 Millionen Zuschauern des deutschen Programms 600 000 zumindest einmal den Sender eingeschaltet und 300 000 täten es regelmäßig. Aber Rentabilität sei eigentlich erst zu erreichen, wenn es gelänge, einen Marktanteil von 25 Prozent bei einer möglichen Zuschauerschaft von drei Millionen zu erreichen.

Den Pessimismus von Wiesand („Die Künstler werden ihre Chance bei den neuen Medien haben – als Zuschauer") setzten andere Gesprächsteilnehmer die Prognos-Studie entgegen, die von einer Verdoppelung der Beschäftigungsmöglichkeiten des künstlerischen Personals ausgeht – wenn dafür die politischen Voraussetzungen geschaffen werden. Bislang ist jedoch noch keines der notwendigen Mediengesetze verabschiedet. Denn mit der Kodifizierung der politischen Wunschvorstellungen haben auch die CDU- oder CSU-regierten Bundesländer ihre Schwierigkeiten. Soll man nun einen ordnungspolitischen Rahmen schaffen, der den privaten Veranstaltern einen ausreichenden Freiraum bietet und zugleich gewährleistet, daß sich die neuen Medien rentieren? Oder sind weitergehende Regelungen notwendig, bis hin zu Vorgaben für die Programminhalte? Auch wenn die neuen Schlagworte von der „inneren" und „äußeren Pluralität" nicht fielen, besteht die Neigung zu solchen Einschränkungen.

Stoiber merkte jedenfalls – abweichend von dem vorbereiteten Redetext – an, daß den neuen Medien nicht die Freiheit, die die Printmedien genießen, zugebilligt werden könne. Auch war bei ihm die Neigung zu erkennen, das Mediengesetz zu stark unter den Aspekt der Wirtschaftsförderung im eigenen Land zu stellen. Nicht zufällig zogen mehrere Redner (Schreckenberger, Stoiber, Werner, Weirich) als eine Art Sozialklausel mit wirtschaftsfördernder Komponente ein Quotensystem in Erwägung, das einheimische Künstler und einheimische Produzenten bevorrechtigt.

Wiesand wies allerdings darauf hin, daß ein solches System in keinem der Länder, in dem es das gibt (und das sind fast alle unsere Nachbarn), wirklich funktioniert. Er setzte statt dessen auf die Selbstverpflichtung des Lizenznehmers, möglichst viele einheimische Kräfte zu beschäftigen. Als Beispiel nannte er Kanada, wo der Antragsteller die Sendelizenz erhielt, der diese Verpflichtung einginge. Worauf Weirich nur anmerkte, daß diese Firma pleite gegangen sei.

Die neuen Medien sind kein Paradies und kein Schlaraffenland, darüber war man sich einig. Trotzdem herrschte die Meinung vor, daß das Fragezeichen des Titels durch ein Ausrufungszeichen ersetzt werden könne, die Medienzukunft also eine Zukunft für Künstler sei.

PETER DITTMAR

KRITIK

Verwirrspiel in Barcelona

Der französische Spielfilm **Mord in Barcelona** wurde 1978 von Jacques Deray nach einem Drehbuch von Jean Claude Carrière gedreht, erlebt aber erst jetzt im ZDF seine deutsche Erstaufführung. Das verwundert zunächst, denn der Star des Films ist der bullige Lino Ventura – einer der sichersten Trümpfe im Krimi-Geschäft. Und Barcelona bietet bekanntlich eine der schönsten Filmkulissen Europas.

Wo also steckt der Wurm in diesem Film? Ventura spielt einen Franzosen, der zur See fährt und ein paar Tage zwischen zwei Hochseefahrten in Barcelona verbringen will. Zufällig gerät er in eine mysteriöse Geschichte mit furchtbar vielen Toten (teils ermordete, teils im Kampf gegeneinander gefallene).

Unbekannte wollen Ventura einreden, daß die Leichen Produkte seiner Phantasie seien. Obwohl die Kämpfe auf offener Straße, wenn auch nachts, stattfinden, weiß auch die spanische Polizei von nichts, und die Beamten im französischen Konsulat raten ihrem Landsmann dringlich, alles zu vergessen. Man ahnt, daß es sich um eine Affäre mit Geheimdiensten handeln könnte.

In der letzten Minute des Filmes wird auch Ventura selbst noch erschossen, aber das Publikum weiß auch jetzt noch nicht, worum es eigentlich geht. Das ist glatter Betrug, denn das Publikum hat das Recht auf Spiel – und zum Spiel gehört die Lösung am Schluß. Da jedoch der Drehbuchverfasser Carrière einst Mitarbeiter des surrealistischen Starregisseurs Buñuel war, wird sich nun gewiß ein Schmock finden, der uns das ganze Spektakel als eine „Parabel" erklärt, in der wir unsere Hilflosigkeit vor irgendwelchen „Mächten" erkennen sollen.

Mit solchem Stuß lassen wir uns aber nicht mal einen Buñuel verkaufen – und schon gar nicht, wie hier, ein Produkt von Buñuel-Epigonen. Der Film war ein unnötiger Aufwand an Geheimnistuerei und seelischem Sadismus; er hatte weder Unterhaltungswert noch vermittelte er uns auch nur ein Spürchen von Läuterung und Katharsis. Hoffentlich sind die Filme, die das ZDF in Milliardenhöhe für das nächste Jahrtausend eingekauft hat, besser.

ANTON MADLER





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.23 Der Mann, der keine Autos mochte
10.50 So lebten sie alle Tage
12.25 Gott und die Welt
Schwerter zu Pflugscharen
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Ich wollt' ich wär ...
Was sich Zeitgenossen wünschen
Ins dritte und zugleich auch ins letzte Jahr startet Susanne Offenbach heute mit ihrem Wunschmagazin, dem 1984 noch sechs weitere Beiträge folgen sollen. Diesmal präsentiert die Moderatorin einen jungen Mann, der gern Titelboy wäre, einen Dudelsackspieler, der mit einer Rockband auftritt sowie ein Original-Playmate des Jahres.
17.20 Die Besucher
11. Es geschah morgen
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Glücksritter
3. Die Suche nach wichtigen Papieren
Anschließend: Ein Platz an der Sonne
21.15 Die leeren Netze von Vigo
Spanien hat, nach der Sowjetunion und Japan, die drittgrößte Fischerei-Flotte der Welt. Vigo, eine der schönsten Städte Galiciens im äußersten Nordwesten der Iberischen Halbinsel, ist der bedeutendste spanische Fischereihafen. Von hier werden Fische und Muscheln, Langusten und Austern in viele europäische Länder verkauft. Aber die Erträge der Küstenfischerei gehen Jahr für Jahr zurück, weil die Gewässer fast leergefischt sind.
22.00 Freitags Abend (3)
Medienkunde für Anfänger
Mit Thomas Freitag u. a.
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Liebenden
Franz. Spielfilm, 1958
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Erbrecht
11. Wegen Todesfall geschlossen – Die Haftung für die Nachlaßschulden
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Vagabund
Der Tierdieb
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Das Ende der Guillotine
Bessere Strafvollzugsbedingungen, nützlichere Beschäftigungen für Häftlinge, verstärkte Resozialisierungsmaßnahmen – das sind die Ziele, für deren Durchführung sich Frankreichs Justizminister Robert Badinter verstärkt einsetzt. Georg Stefan Troller porträtiert diesen Mann, dessen humanitäre Vorstellungen zum Protest der Bevölkerung führten.
20.15 Herkules, der Held von Karthago
Italienischer Spielfilm, 1961
Regie: Luigi Capuano
21.34 Jagdszenen in Hollywood
Mit Tom und Jerry
21.45 heute-journal
22.05 betrifft: Fernsehen
Wir können nicht Nr. 1 bleiben
Fernsehen in Kanada beobachtet von Helmut Greulich
22.50 Die Herde
Türkischer Spielfilm, 1978 / 79
Der Film von Zeki Ötken ist seit Jahren weltweit einer der großen Kinoerfolge. Auch hierzulande ist er nach wie vor vor allem auf den Spielplänen der Programmkinos oder kommunalen Spielstellen zu finden.
0.45 heute



Jeanne Moreau und José-Luis de Villalonga in Louis Malles Spielfilm „Die Liebenden" aus dem Jahr 1958 (ARD, 23.00 Uhr). FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – Gefunden
21.45 Immer auf Achse
Tourneetheater in Westfalen
22.25 Hilferufe
Die Ängste, die sitzen tief drin
Regie: Bruno Jantoss
Ein Paar versucht, seine gefährdete Ehe durch eine Therapie zu retten.
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik
19.15 Schrebers Erben (1)
Die Scholle am Stadtrand
20.00 Tagesschau
20.15 Das Haus der unbeliebten Nachbarn
21.00 Vor- und Nachteile der Berlin-Förderung
22.00 Buck Rogers
Das Gruselkabinett
US-Spielfilm, 1979
23.25 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Die kleine Fußball-Elf und ihre Nöte (4)
18.55 Das Rätseltier von Ingolstadt
19.00 Unter uns gesagt
Gewaltfreier Widerstand
20.00 Weißer Fleck
20.45 Die Sprechstunde
Fasten
21.30 Drei aktuell
21.45 Task Force Police
22.35 Einführung in die zeitgenössische Musik (6)

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Chemie (12)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Amigo
20.20 Näher betrachtet:
Ein Tag in der schönen neuen Welt der Heimcomputer
21.20 Mad Movies – oder: Als die Bilder laufen lernten
21.45 Jazz am Montagabend

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.40 Z. E. N.
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Das Wagnis mit der Phantasie (1)
Neue Wege der Architektur in den USA
22.45 Mit Schirm, Charme und Melone
Das dreckige Dutzend
23.30 Rundschau



Themen der WELT

am Samstag, dem 17. März 1984

Auf 200 Männer eine Frau

Das Leben auf den Falklands nach dem argentinisch-britischen Krieg: Viele Inselbewohner fürchten, daß kommende Verhandlungen schließlich zur Aufgabe der britischen Souveränität führen könnten. Ganz aktuell sind Sorgen des Alltags – so der traditionelle Männerüberschuß, der durch die Präsenz des britischen Militärs noch dramatischer in die Höhe geschnellt ist. (GEISTIGE WELT)

Schwarze Löcher in der Genetik

Was „genetisch programmiert" bedeutet, weiß heute nahezu jeder Schüler. Was aber die Lehrbücher und die Genetiker selbst verschweigen, das sind die „schwarzen Löcher", die Leerstellen unseres Wissens über den angeblich entschlüsselten Code des Lebens. Die WELT beschreibt, was als gesichert gilt und wo die Wissenschaft noch im dunkeln tappt. (GEISTIGE WELT)

Der Mensch – der größte Datenspeicher

Informationen im Umfang von 62,5 Millionen Schreibmaschinenseiten kann das menschliche Durchschnittsgehirn speichern. Das haben Wissenschaftler durch komplizierte Messungen herausgefunden. In der Datenverarbeitung eingesetzte Magnetplatten bringen es dagegen nur auf 45 000 Seiten. Das Einspeichern freilich geht in der Technik ungleich schneller. (WISSENSCHAFT)

Neue Autos einfahren oder nicht?

Früher war das behutsame Einfahren von neuen Autos eine Selbstverständlichkeit. Heute gehen die Meinungen darüber weit auseinander. Viele Techniker glauben, daß bei modernen Motoren eine Langsamfahrphase eher schädlich als nützlich ist. Entwicklungschefs nehmen Stellung. (AUTO WELT)

„Ost-Berlin bleibt bei Ausreisepraxis“

▲ Fortsetzung von Seite 1

trat: „Ich darf mich vorstellen – Franz Josef von Bayern!“.

Während seines Rundgangs auf der Messe waren dem Gast aus München mindestens zwei Briefe mit Hilfeersuchen zugesteckt worden. Vor dem Ring-Messehaus in der Innenstadt drängten Stasi-Mitarbeiter einen jungen Mann beiseite, der Strauß ein Schreiben überreichen wollte. Dabei zerschlugen die Sicherheitsbeamten das Blitzgerät eines Fotografen aus der Bundesrepublik. Auf der Technischen Messe kam es zu chaotischen Szenen um Strauß, als die Messegäste ihn umdrängten, ihm applaudierten und „Franz Josef!“ riefen.

Auf Fragen von Journalisten bekräftigte Strauß, daß er – wie in der Vergangenheit, jedem Einzelfall eines Hilfeersuchens an ihn nachgehen werde. „Ich bin für meine Hartnäkkigkeit und Penetranz in diesen Einzelfällen bekannt.“

Strauß war in Leipzig anlässlich der Eröffnung der Frühjahrsmesse mit dem SED-Chef zusammengetroffen. An der Messe beteiligen sich rund 9000 Aussteller aus nahezu 100 Ländern. Mit rund 800 Firmen stellt die Bundesrepublik Deutschland (mit West-Berlin) das größte Aussteller-Kontingent aus dem Westen. Der CSU-Chef war nach einem Direktflug über die innerdeutsche Grenze am Sonntagmorgen in Leipzig gelandet. Dort wurde er vom „Einfädler“ des ersten Milliarden-Kredits, dem „DDR“-Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski, nahezu familiär begrüßt. Für den Abend war ein Zusammentreffen zwischen Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff und Honecker geplant. Dazu hatte Lambsdorff, der eigentlich erst am Montag nach Leipzig hatte reisen wollen, seine Pläne kurzfristig geändert.

Seite 11: Neue Chancen

Klammert Honecker Bonn aus?

● Fortsetzung von Seite 1

Mit Leitartikeln, so Kohl, sei dies so eine Sache, wobei er auf die im SED-Organ „Neues Deutschland“ anspielte. Honecker ließ sich darauf ein; auch er denkt offensichtlich in erster Linie an pragmatische Lösungen. Es sei sinnlos, so hat Kohl gesagt, mit ihm über die Frage der Stastsbürgerschaft zu diskutieren. Hier werde sich aus Bonner Sicht nichts bewegen. Auch bei allen Kontakten und Reisen solle man zudem nicht eine Sekunde den Charakter des SED-Regimes vergessen. Richtig sei allerdings auch, daß heute auf 17 verschiedenen Gebieten zwischen Bonn und Ost-Berlin Gespräche geführt würden. Dies wird in Regierungskreisen als „ungewöhnliches Spektrum“ bezeichnet. Alle Prognosen zum Beispiel der SPD, ein Regierungswechsel würde zu einer innerdeutschen „Eiszeit“ führen, seien damit klar widerlegt. Trotz des NATO-Nachrüstungsbeschlusses gebe es Fortschritte, über die von früheren Regierungen, hätten sie sie bewirken können, „gejubelt“ worden wäre, heißt es im Kanzleramt. Dies gelte zum Beispiel für die unerwartet große Zahl von Ausreisegenehmigungen.

IG Metall bereitet Warnstreiks vor

Lambsdorff: Forderung als Kampfmittel

dpa/AP/rtr, Bonn

In der Metallindustrie der Bundesrepublik stehen die Zeichen auf Sturm. Heute muß nach Angaben der IG Metall mit bundesweiten Warnstreiks gerechnet werden, mit denen die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich durchgesetzt werden soll. In Gelsenkirchen wollen heute rund 2500 Metaller aus 13 Betrieben für diese Forderung auf die Straße gehen.

Der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr sagte auf einer Funktionärskonferenz in Troisdorf, ein Streik in der Metallindustrie werde immer wahrscheinlicher. Die Arbeitgeber seien der Gewerkschaft in den bislang 54 regionalen Verhandlungen nicht einen Millimeter entgegengekommen. Mayr unterstrich: „Damit ist die Wahrscheinlichkeit gewachsen, daß der Machtkampf der Metallindustriellen einen Arbeitskampf in der Metallindustrie erzwingt.“

Der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Otto Esser, kritisierte in einem Zeitungsinterview, daß die IG Metall jetzt „das Druckpotential sogenannter Warnstreiks“ einsetze. Diese seien nicht nur rechtwidrig, sondern verschärften auch die Tarifauseinandersetzungen. Zugleich äußerte Esser die Hoffnung, daß die Gewerkschaft von einem allgemeinen Streik abgehalten werde, der zu „unübersehbar großen Schäden“ führen müßte. Die Regelarbeitszeit von 40 Stunden pro Woche müsse erhalten bleiben, meinte Esser. Er sehe ein weites Feld für Kompromisse bei der Vorruhestandsregelung, bei Löhnen, Gehältern und flexiblerer Arbeitsgestaltung.

Esser erklärte sich zwar zu einem Gespräch mit dem DGB-Vorsitzenden Ernst Breit bereit, nannte aber als Voraussetzung dafür, daß die Möglichkeit bestehe, „den Schaden eines Konflikts zu begrenzen“. Sollte es zu Arbeitskämpfen kommen, würden sich die Arbeitgeber mit den zur Verfügung stehenden Mitteln wehren. „Die Aussperrung ist das letzte Mittel.“

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß warfen auf der Internationalen Handwerksmesse in München den Gewerkschaften vor, ihre Forderung nach der 35-Stunden-Woche als Kampfmittel gegen die Bundesregierung zu benutzen. Beide Politiker nannten die Vorruhestandsregelung als Alternative zu der Gewerkschaftsforderung. Dagegen lehnte Handwerkspräsident Paul Schnitker auch eine Vorruhestandsregelung als „neue Form von Lohnfortzahlung“ ab und sprach sich gegen jede Arbeitszeitsverkürzung aus. Strauß nannte die Gewerkschaftsforderung einen Versuch, einen „Brechhebel für die Regierung“ daraus zu machen. Diese Forderung sei „Rache für den 6. Oktober 1982“.

Der SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel beschuldigte die Bundesregierung, mit einer Verteufelung der Wochenarbeitszeitverkürzung den sozialen Frieden aufs Spiel zu setzen. Vogel sagte, die Bundesregierung bilde eine „unheilige Allianz“ mit den Arbeitgebern, um die Arbeitnehmer zu „entsolidarisieren“. Wer behaupte, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit ruiniere die Wirtschaft, diffamiere das Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften.

Strauß: Schießbefehl kaum noch angewandt

Elektronische Warnzäune sollen Flüchtlinge abhalten

rtr, Bonn

In der „DDR“ wird nach Einschätzung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß der Schießbefehl gegen Flüchtlinge „kaum mehr angewandt“. In einem Interview mit Radio Luxemburg (RTL) nannte Strauß am Sonntag als einen Beleg dafür einen Vorfall, in dem ein Lastzug alle vorhandenen Sperren durchbrochen habe, ohne daß geschossen worden sei. Er wisse nicht, ob nicht in einer ähnlichen Situation an der italienisch-französischen oder an der österreichisch-schweizerischen Grenze die Polizei geschossen hätte.

Strauß äußerte sich überzeugt, daß die weiter abgebauten Selbstschußanlagen der „DDR“ nicht durch andere Systeme abgelöst würden. Ihm habe man fest zugesichert, daß diese Anlagen ersatzlos beseitigt würden, ohne daß man Minenfelder oder andere Einrichtungen anlege. Nicht abgebaut würden „die noch vorhandenen wenigen Minenfelder“. Daß die „DDR“ im Hinterland „elektronische Warnzäune“ aufstelle, um Republikflüchtlinge an ihren Absichten zu hindern, sei zwar bedauerlich: „Aber niemand hat uns zugesichert, daß man nicht auf unblutigem Weg versucht, Republikflüchtlinge von ihrem Tun abzuhalten.“

Strauß sagte, um den Druck abzubauen, lasse die „DDR“ ja jetzt „zehnmal oder fünzehnmal soviel Leute raus, als man früher rausgelassen hat“. Auf die Frage, ob diese Ausreisewelle ein Ergebnis der von ihm in der „DDR“ geführten Gespräche sei, sagte Strauß: „Aber natürlich.“ Flankierend zu dem Bankenvertrag über den der „DDR“ eingeräumten Kredit über eine Milliarde Mark habe es Gespräche gegeben, in denen „unsere Wünsche“ geäußert worden seien. Seine erste Bedingung sei gewesen, „das unfreundliche, barsche und zum Teil rücksichtslose Verhalten der Grenzorgane der DDR zu ändern“. Dies sei innerhalb weniger Tage geschehen und halte bis heute an.

In einem weiteren Gespräch im September letzten Jahres habe ihm sein „Gesprächspartner“ in der „DDR“ – über dessen Identität sich Strauß nicht näher äußerte – den Fahnenabzug einer gesetzlichen Regelung von Ausreisebewilligungen gezeigt, bevor das Gesetz veröffentlicht worden sei.

Ost-Berlin will Fluchtweg über Bonner Botschaften abschneiden

Genscher und Jenninger warnen vor überzogenen Hoffnungen bei Ausreisemöglichkeiten

DW. Berlin

Die „DDR“ will offensichtlich die Ausreise sogenannter „Botschafts-Flüchtlinge“ nicht mehr zulassen. Ein westlicher Diplomat erklärte in der CSSR nach der spektakulären Flucht der Nichte des „DDR“-Ministerpräsidenten Willi Stoph in die Prager Botschaft: „Dies ist das Ende der Fahnenstange.“ Dieser Hinweis korrespondiert mit der Warnung des Staatsministers im Bundeskanzleramt Philip Jenninger, „DDR“-Bürger hätten kaum eine Chance, über die Vertretung Bonns in der „DDR“ oder über Botschaften der Bundesrepublik in anderen sozialistischen Staaten eine Ausreise in den Westen erzwingen zu können.

Unterdessen warnte Bundesaußenminister Genscher vor zuviel Publizität um die derzeit gestiegene Zahl von Ausreisen: „Wir werden dieses Problem um so leichter lösen können, je weniger darüber gesprochen wird.“ Genscher wie Jenninger äußerten sich vorsichtig darüber, ob die hohe Zahl der Ausreisen über das ganze Jahr hinweg eingehalten werde. Sie dämpften damit Erwartungen, die der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß mit dem Hinweis geweckt hatte, daß möglicherweise 1984 bis 40 000 Menschen aus der „DDR“ in die Bundesrepublik kommen könnten.

Ungeachtet der derzeitigen Ausreisepraxis der „DDR“ hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) am Wochenende scharfe Kritik an der Deutschlandpolitik der Bundesregierung und des Bundestags geübt. Rund 400 der auf einer Tagung in Frankfurt anwesenden insgesamt 2500 Mitglieder verabschiedeten eine Resolution, in der der Bundesregierung vorgeworfen wird, sie ermögliche „großzügige Kredite, gewährt wirtschaftliche Vergünstigungen und pflegt einen weit über Übliches hinausgehenden Kontakt mit den Machthabern der DDR“. Auf der anderen Seite schweige die Bundesregierung über Verletzungen der Menschenrechte in der „DDR“. Sie schweige vor den Vereinten Nationen, im Plenum der KSZE-Konferenzen, in europäischen Gremien, in den deutschen Auslandsvertretungen und in der Bundesrepublik selbst. Als Gegenleistung entlasse die „DDR“ unliebsame Kritiker für „bare Münze in den Westen“. Sicher komme auch eine Reihe von Umsiedlern in die Freiheit, aber auch hierfür kassierten die SED-Machthaber in harter Währung.

Dazu wiederum sagte Staatsminister Jenninger, die Deutschlandpolitik der Bundesregierung diene vor allem der Verstärkung von Begegnungen zwischen jungen Menschen und der Verbesserung der Reisemöglichkeiten für „DDR“-Bürger insgesamt.

Flügelkämpfe bei Berliner Liberalen

Ohrfeige für die Rechten: Oxfort verpaßte die „Fahrkarte“ zum Bundesparteitag

F. DIEDERICHS, Berlin

Die harsche Kritik des Berliner FDP-Landesvorsitzenden Walter Rasch am Koalitionspartner aus vergangenen Zeiten, den Berliner Sozialdemokraten, erinnerte so manchen Liberalen im Berliner Congress Centrum an ähnliche Turbulenzen in den eigenen Reihen. „Die SPD zeigt sich kopflos und läuft hilflos auseinander“, hatte Rasch die derzeitige Situation nach dem überraschenden Abtritt Harry Ristocks umschrieben.

Als es jedoch am Wochenende auf dem FDP-Landesparteitag um die Nominierung der elf Delegierten für den im Juni angesetzten Bundesparteitag ging, offenbarten sich tiefgreifende Differenzen auch zwischen rechtem und linkem Parteiflügel der Liberalen. Der zum Spitzentrio für den Wahlkampf 1985 zählende amtierende Justizsenator Hermann Oxfort verpaßte mit nur 87 von 250 Delegierten-Stimmen die Fahrkarte zum Bundesparteitag. Auf den Zug aufspringen konnten dagegen Vertreter der linken Minderheit wie der frühere Wirtschaftssenator Wolfgang Lüder (152 Stimmen), der das beste Ergebnis überhaupt für sich beanspruchen konnte. Selbst die wenig populäre Vertreterin der „Jungen Liberalen“, Elisabeth Korte, erhielt von den Delegierten, die rund 2200 Berliner FDP-Mitglieder repräsentieren, eine Stimme mehr als der zum rechten Mehrheitslager gerechnete Justizsenator.

Ein Ergebnis, das nicht nur den auf derartigen innerparteilichen Zwist nicht vorbereiteten Landeschef Walter Rasch überraschte. Er änderte seine vorformulierte Parteitagsrede, um wenig später den Delegierten vorzuhalten, die Grundsätze der Geschlossenheit und Fairneß „gröblichst verletzt“ zu haben. Die rechte Mehrheit, so Rasch, habe ebenso versagt wie die linke Minderheit, von der er „mehr Solidarität“ erwartet habe. Die von Rasch als „Eskapaden“ verurteilte Niederlage Oxforts änderte sich auch nicht durch einen ohnehin umstrittenen zweiten Wahlgang, der vom Parteitags-Präsidium für ungültig erklärt wurde.

Die offenkundige Ohrfeige für den rechten Parteiflügel regte die Delegierten ebenso zum Nachdenken über ihre Position zum Koalitionspartner CDU an wie leise, aber unüberhörbar kritische Töne ihres Landeschefs, der es als Aufgabe der FDP auch ansieht, „den größeren Koalitionspartner in fairer Partnerschaft zu korrigieren, zu ergänzen und voranzutreiben“. Rasch warnte: „Wenn Solidarität nicht vorhanden ist, braucht die FDP 1985 erst gar nicht zu den Wahlen anzutreten.“

Ostendorff neuer FDP-Chef in Bremen

„Meine wichtigste Aufgabe ist es, die Partei wieder in die Bürgerschaft zu führen“

dpa/AP, Bremen

Der 65jährige Kaufmann Walter Ostendorff ist am Wochenende zum neuen Vorsitzenden des FDP-Landesverbandes Bremen gewählt worden. In einer Kampfabstimmung auf dem Landesparteitag der Liberalen des kleinsten Bundeslandes siegte Ostendorff mit 42 gegen 38 Stimmen über den Geschichtsprofessor Dr. Karl Holl (52). Ostendorff ist damit Nachfolger des linksliberalen Horst-Jürgen Lahmann (48), der nach zehnjähriger Amtszeit nicht mehr kandidierte. Er wird im Herbst Präsident der Oberfinanzdirektion Bremen.

Ostendorff bezeichnete es als seine wichtigste Aufgabe, die FDP in dreieinhalb Jahren wieder in die Bremische Bürgerschaft zu führen. Die Freien Demokraten hatten bei der Wahl im September vergangenen Jahres nur 4,59 Prozent der Stimmen erhalten und waren damit an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert. Ostendorff erreichte den FDP-Landesvorsitz genau zehn Jahre nach seiner ersten Kandidatur. 1974 war er Lahmann unterlegen.

Der neue Bremer FDP-Chef Ostendorff, Vater von drei Kindern, wurde am 9. Dezember 1918 in Königsberg geboren. Er gehört der FDP seit 1947 an. Nach dem Krieg arbeitete er in Bremen unter anderem als Leiter der Lehrwerkstätten der Inneren Mission für körperbehinderte Jugendliche.

Lahmann, der auch aus dem FDP-Bundespräsidium ausscheiden, aber im Bundesvorstand der Freien Demokraten bleiben will, forderte in seiner Abschiedsrede eine allgemeine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Nur dann könne die soziale und politische Stabilität der Demokratie gesichert werden. Es müsse mit der weitverbreiteten Meinung aufgeräumt werden, Mikroprozessoren und Roboter seien Job-Killer. Die neuen Technologien müßten eindeutig bejaht werden.

Die Abwesenheit des Liberalismus in Bremen sei eine Verarmung, meinte Lahmann. Die Probleme der Zukunft seien nur mit Leistung, Verantwortungsbereitschaft und Toleranz, vor allem aber mit der Bereitschaft zu lebenslangem Lernen zu bewältigen. Das viel kritisierte bremische Schulwesen könne dies nicht erfüllen.

Die Freien Demokraten hätten mit ihren Wahlkampf-Argumenten auf Grund der jetzigen Entwicklung recht behalten, aber nicht recht bekommen durch die Bürger, führte Lahmann weiter aus. Zur Rolle von Regierungschef Hans Koschnick (SPD) erklärte er, der Bremer Senat sei gekennzeichnet durch mehr Last als Lust am Regieren. Die Freien Demokraten müßten jetzt nach dem Motto verfahren: „Hilf dir selbst, dann hilft auch Bonn.“

Haig: Neue NATO-Strategie nicht nötig

■ Fortsetzung von Seite 1

Strategie mit entsprechender militärischer Stärke auszufüllen. „Dennoch funktioniert diese Abschrekkung unverändert in ihrem ganzen Spektrum, so wie sie in den vergangenen 35 Jahren funktioniert hat“, betonte Haig.

Tatsächlich sei die Abschreckung seit der Stationierung der neuen Raketen in Europa noch stärker geworden. Sie würde weiter wachsen, wenn die NATO-Staaten die schon seit Jahren beschlossenen Pläne zur Verbesserung ihrer Streitkräfte verwirklichen würden. An die Kritiker der NATO und Befürworter neuer Strategien richtete Haig den Satz: „Es macht keinen Sinn, eine existierende Strategie aufzugeben, nur weil man nicht die Mittel gefunden hat, sie auszufüllen. Wer in dieser Situation amerikanische Truppen (aus Europa) verlegen will, verschlimmert die Lage.“

Punkt drei: Die Teilung von Lasten müsse mehr bedeuten als die Teilung finanzieller Lasten. Die Partner auf beiden Seiten des Atlantik müßten auch die Risiken miteinander teilen. Wer in dieser Lage davon spreche, daß man Verantwortlichkeiten bei der konventionellen und der nuklearen Verteidigung aufteilen müsse, spreche tatsächlich von einer Teilung der Risiken. Davon werde Europa benachteiligt, das Risiko für die Vereinigten Staaten aber werde verringert. Das widerspreche dem Prinzip der Einheit der Nordatlantischen Allianz. Beobachtern wollte es scheinen, als wolle Haig vor einer zu starken Betonung einer neuen, konventionellen Rolle der Europäer warnen, wie sie andeutungsweise in Äußerungen von Bundeskanzler Kohl im Hinblick auf eine noch engere militärische Zusammenarbeit mit Frankreich erkennbar wurden.

Punkt vier: Gemeinsame Sicherheit sei das Interesse der USA und Europas. Amerikaner und Europäer sollten sich des Erfolges bewußt sein, den sie gemeinsam mit der Stationierung der neuen US-Mittelstreckenwaffen in Europa erzielt hätten. Darauf sollten sie gemeinsam aufbauen. Wenn das Bündnis diesen nach einer dreijährigen Kampagne der Sowjetunion verbuchten Erfolg untersuchen würde, ergebe sich Stärke statt Schwäche, Übereinstimmung statt Differenzen. „Es gab keinen heißen Herbst, es gab keine Revolutionen, die Mehrheiten in den demokratisch regierten Ländern haben obsiegt“, sagte Haig.

In deutlicher Anspielung auf Kissinger fügte er hinzu: „Was wir jetzt nicht brauchen, sind Spekulationen über die Nationalität des NATO-Oberbefehlshabers oder des NATO-Generalsekretärs. Erste Priorität sollten unsere Wirtschaftsprobleme haben, die Europa und die Vereinigten Staaten zu trennen drohen.“

Staatsmännische Eigenschaften seien heute von Amerikanern und Europäern gefordert. Er könne nicht, sagte Haig, mit Leuten übereinstimmen, die jeden Punkt der transatlantischen Beziehung mit einem Fragezeichen versähen. Die Gelegenheiten zur Verbreiterung der amerikanisch-europäischen Bindungen seien da. „Die politisch Verantwortlichen müssen nur die Vision und die Kraft besitzen, sie zu sehen und zu ergreifen.“

Jeder ein Kapitalist

fu (London) – „Jedermann ein Kapitalist." Dieser lang gehegten Vision will Premierministerin Margaret Thatcher morgen mit der Verbesserung der erforderlichen Voraussetzungen ein deutliches Stück näherrücken. Obwohl der Inhalt des für die Zeremonie der Budget-Vorlage vor dem Unterhaus benutzten Köfferchens streng vertraulich sein sollte, fällt es auch in diesem Frühjahr nicht schwer, präzise Voraussagen zu machen.

Die Devise, unter die Schatzkanzler Lawson seine Haushaltsrede vor dem Parlament stellen wird, kann nur lauten: Steuerliche Anreize für private Investitionen, verbesserte Voraussetzungen für Eigeninitiativen. Dieses Motto kann angesichts der besten konjunkturellen Voraussetzungen seit dem Amtsantritt der Thatcher-Administration im Jahre 1979 endlich in die Tat umgesetzt werden.

Mehr Eigeninitiative auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet und stärkere Investitionsbereitschaft sind nach Auffassung der Premierministerin Grundvoraussetzungen dafür, den gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwung in ein dauerhaftes Wachstum überzuleiten. Trotz einer unverändert hohen Arbeitslosenzahl von mehr als drei Millionen hält Frau Thatcher nichts von immer wieder geforderten Arbeitsbeschaffungsprogrammen.

Recht hat sie. Denn weit ehrlicher als solche fragwürdigen, nämlich inflationsfördernden und damit auf lange Sicht noch mehr Arbeitsplätze gefährdenden Programme sind finanzierbare Konzessionen im Steuerbereich. Ohnehin ist die Besteuerung von Kapitalanlagen und Investitionen noch zu stark mit ehemaligen Labour-Doktrinen belastet.

31 Stunden

HH – 35-Stunden-Woche in der Bundesrepublik? So lange will doch niemand mehr arbeiten. Der FDP-Abgeordnete Grünbeck hat es sich jetzt vom Arbeitsministerium schriftlich geben lassen: Die Netto-Jahresarbeitszeit in der Bundesrepublik 1982 hat 1685 Stunden betragen, also 32 Wochenstunden. Im Freistaat Bayern, dem Rekordland für Feiertage, seien es nur mehr rund 31 Stunden. Die beiden wichtigsten Konkurrenzländer Japan und USA lagen mit 2100 und 1900 Stunden um rund ein Viertel beziehungsweise 13 Prozent darüber. „Zum Ausgleich" sind dort die Arbeitskosten um zehn und fünf Mark billiger in der Stunde. Wer in dieser Situation eine Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich durchsetzt, wird sie gleich in doppelter Hinsicht erreichen: Die nachlassende internationale Wettbewerbsfähigkeit wird zu einer Verringerung der Auslandsnachfrage führen, und die steigenden Löhne sorgen für einen beschleunigten Marsch in die Schattenwirtschaft.

LEIPZIGER MESSE / Honecker besucht Gemeinschaftsstand des Saarlandes

Mittelständische Firmen suchen neue Chancen im „DDR"-Geschäft

HANS-J. MAHNKE, Leipzig

Das Interesse, auf das der Besuch der zahlreichen Politiker aus der Bundesrepublik gestoßen ist, überlagerte auch bei den Ausstellern den Auftakt der Leipziger Frühjahrsmesse. Dabei spiegelt sich die Stimmung in den Geschäftserwartungen noch nicht wider. Ob es schon jetzt zu größeren Abschlüssen kommt, ist offen.

Ein gewisser Optimismus wird auf dem Gemeinschaftsstand von 28 Unternehmen aus dem Saarland verbreitet, der von SED-Chef Erich Honekker bei seinem traditionellen Rundgang zur Messe-Eröffnung besucht wurde. Der neue saarländische Wirtschaftsminister Rehberger gab sich zuversichtlich, daß die Firmen mit der „DDR" ins Geschäft kommen werden.

Die bisherigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der „DDR" und dem Saarland wurden von der Schwerindustrie dominiert. Arbed Saarstahl, das Edelstahl seit langem in die „DDR" liefert, konnte im vergangenen Jahr auch die Verkäufe von Massenstahl auf 100 000 Tonnen kräftig steigern.

Einen gewissen Ausgleich will die „Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Saar" dadurch erreichen, daß sie den Firmen den Gemeinschaftsstand zur Verfügung gestellt hat; dabei handelt es sich zum Teil um Unternehmen, die bisher keinen Kontakt zur „DDR" hatten. Erich Honecker wies bei seinem Besuch darauf hin, daß die ersten Verhandlungen zu Ergebnissen geführt hätten.

Solche Gemeinschaftsstände, die es bisher nicht gab, wurden auch in Leipzig für Firmen aus Hagen und Krefeld organisiert. Dadurch soll auch der Abwanderung von mittelständischen Firmen aus Leipzig entgegengewirkt werden, wofür neben den geringen Abschlüssen in den letzten Jahren auch die hohen Kosten für den Besuch der Messe eine Rolle gespielt haben.

Verhandelt wird über Walzaufträge im Warmbreitband-Bereich mit Salzgitter und Thyssen, weil die „DDR" hier Engpässe hat. Im Gespräch ist auch eine Chemieanlage im Werte von rund 140 Millionen Mark, für deren Bau Salzgitter und der österreichischen Tochter von Lurgi gute Chancen eingeräumt werden.

Der Krupp-Vorstandsvorsitzende Wilhelm Scheider bezeichnete die Beziehung seines Konzerns zur „DDR" als „ausgesprochen gut". Mit rund 370 Millionen Mark konnte Krupp 1983 den bisher höchsten Umsatz erzielen, 1982 waren es 64 Millionen. Dabei spielt allerdings eine Rolle, daß im vergangenen Jahr zwei größere Aufträge abgewickelt wurden – einmal eine schlüsselfertige Dampferzeugungsanlage für das Heizkraftwerk in Jena-Süd im Werte von 190 Millionen, zum anderen die Intensivierung des Schmelzbetriebes Wilhelm Florin in Henningsdorf über 35 Millionen Mark. Entsprechende Anschlußaufträge sind noch nicht vorhanden. Es laufen Gespräche, wobei es jedoch um kleinere Einheiten geht.

Auch die Gute-Hoffnungs-Hütte Aktienverein GHH, der im Durchschnitt der letzten fünf Jahre Aufträge über 65 Millionen Mark aus der „DDR" erhielt, spricht davon, daß sich das Volumen in den letzten drei Jahren deutlich abgeschwächt hat. Verhandlungen im hüttentechnischen und Chemie-Bereich lassen für GHH mittelfristig eine Belebung des Geschäfts erwarten. Damit rechnen auch andere Hersteller von Investitionsgütern. Solche Aufträge dürften daher noch nicht in diesem Jahr, sondern erst in den nächsten beiden Jahren zur Lieferung führen.

Überhaupt gehen die Firmen aus der Bundesrepublik von einer entgegengesetzten Entwicklung im innerdeutschen Handel 1984 aus, verglichen mit dem Vorjahr. Damals stiegen die Lieferungen aus der Bundesrepublik im ersten Halbjahr kräftig um 33 Prozent an. Wegen der Schwäche im zweiten Halbjahr gab es im Jahresdurchschnitt nur ein Plus von acht Prozent auf 7,68 Milliarden Mark. Auch die Bezüge aus der „DDR" zogen übers Jahr um acht Prozent auf 7,56 Milliarden Mark an, wobei in den ersten sechs Monaten nur ein Plus von zwei Prozent registriert wurde. In diesem Jahr dürften die Lieferungen wieder anziehen.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street: Höhere Zinsen signalisieren mehr Inflation

H.-A. SIEBERT, Washington

Auch die US-Aktienmärkte haben sich in Sack und Asche gehüllt; mehr als ausgelöscht worden sind die beiden bescheidenen Vorwochengewinne. Für den Rückmarsch verantwortlich waren die steigenden Zinsen und die neuen massiven Warnungen vor den Rekordhaushaltsdefiziten, die Paul Volcker, Martin Feldstein und David Stockman in die breite Öffentlichkeit trugen. Die Kampagne des Trios soll den Abbau-Druck auf Legislative und Exekutive verstärken; im Augenblick drohen die Verhandlungen am Streit über Kürzungen des Verteidigungsetats zu scheitern.

Negativ aufgenommen hat die Börse sogar die positiven Arbeitsmarktstatistiken für Februar. Danach ist Amerikas Arbeitslosenrate um weitere 0,2 auf 7,8 Prozent gesunken. Seit dem Ende der Rezession vor 15 Monaten betrug der Rückgang immerhin drei Prozent; geschaffen wurden 4,9 Millionen Jobs. Dieses Tempo – erst für Ende 1984 hatte die Administration eine Quote von 7,7 Prozent vorausgesagt – geht der Wall Street zu schnell.

Diese Furcht ist zweifellos übertrieben; denn die US-Arbeitslosenrate hat erst jetzt das Niveau erreicht, das Präsident Reagan bei seinem Amtsantritt im Januar 1981 vorfand. Im Februar machte die Arbeitslosenquote bei den Männern sieben, bei den Frauen 6,9, bei den Teenagern 19,3 (schwarze: 43,5) und in der schwarzen Bevölkerung generell 16,2 Prozent aus. Im Autostaat Michigan sind noch 11,4, in Pennsylvania 9,8 Prozent der arbeitswilligen US-Bürger ohne Job. Nur geringfügig zugenommen hat zudem die Beschäftigung im Maschinenbau und in der Metallverarbeitung, während die Stahlindustrie bisher leer ausgegangen ist.

Als Dämpfer wertete die Wall Street auch die neueste Umfrage, wonach der demokratische Senator Gary Hart in der Wählergunst vor Präsident Reagan liegen soll. Gulf Oil sackte auf 65⅛ Dollar, weil ein Verbot der Fusion mit Socal immer noch für möglich gehalten wird. Diese Furcht zog auch andere Ölwerte in die Tiefe. Gerüchte, daß Argentinien seinen Schuldendienst nicht bedienen kann, drückten überdies viele Bankaktien. Aber der wichtigste Faktor bleiben die Zinsen. Am Freitag notierten Tagesgeld 9,70 (Vorjahr: 8,40), dreimonatige Treasury Bills 9,34 (8,27), siebenjährige Treasury Notes 12,16 (10,46) und 30jährige Treasury Bonds 12,35 (10,73) Prozent.

In diesem von Unsicherheit geschüttelten Klima sackte der Dow-Jones-Industrie-Index im Wochenverlauf um 31,72 (Freitag: minus 7,33) auf 1139,76, der breitere Nyse-Index um 2,73 (0,45) auf 88,94 Punkte. In Manhattan geht die Sorge um, daß die US-Notenbank die Kreditschraube bald anzieht; nicht ausgeschlossen wird eine Diskonterhöhung. Feldstein sieht dagegen keinen Grund für eine Geldverknappung.

Leipziger Allerlei

Von Hans-Jürgen Mahnke

Selten hat eine Leipziger Messe eine solche Beachtung gefunden wie in diesem Jahr, vor allem bei Politikern. Aber auch von der Wirtschaft werden Signale erwartet, wie es weitergehen wird. Schränkt die „DDR" ihre Bezüge wie in den vergangenen Monaten weiter ein oder handelt es sich dabei nur um einen Reflex auf die stark gestiegenen Käufe im ersten Halbjahr 1983, kombiniert mit einigen Sondereinflüssen? Und: Trägt der Optimismus, den manche Politiker nach ihren jüngsten Gesprächen mit Repräsentanten der „DDR" verbreiten oder den die „Arbeitsgemeinschaft Handel mit der DDR" aus einer Umfrage bei im innerdeutschen Handel etablierten Firmen herausdeutet?

Der deutsch-deutsche Warenaustausch wird vor allem von der „DDR" geprägt. Die Einkäufe werden mehr oder weniger zentral geplant. Das gilt auch für die Lieferungen. Allerdings kann aus dem Umstand, daß vieles in der „DDR" fehlt, noch nicht auf Absatzchancen geschlossen werden, was sich in manchen Äußerungen der jüngsten Zeit nicht widerspiegelt. Und das, obwohl der innerdeutsche Handel gerade in den vergangenen beiden Jahren von ganz anderen Gesichtspunkten bestimmt wurde, in erster Linie von der Verschuldung der „DDR" in anderen westlichen Industriestaaten.

Nur so lassen sich die erheblichen Getreide- und Fleischkäufe in der Bundesrepublik 1982 erklären. Obwohl es im innerdeutschen Handel keine Exporterstattungen gibt, also erheblich mehr gezahlt werden muß, hat die „DDR" geordert. Denn im innerdeutschen Handel mußte sie keine Devisen einsetzen. Im vergangenen Jahr hat sie 62 Prozent mehr Eisen und Stahl aus der Bundesrepublik bezogen. Ein Teil davon soll mit Preisabschlägen weiterverkauft worden sein, um Devisen zu erhalten. Das dürfte auch für die Bezüge von NE-Metallen gelten, die zum Teil reexportiert wurden.

Da jedoch in den vergangenen Monaten der Druck, der von der Verschuldung ausgegangen ist, abgenommen hat, wurden die Käufe in der Bundesrepublik zurückgefahren, wurde wieder verstärkt dort geordert, wo die Preise günstiger sind. Eine Tendenz, die anhalten dürfte. Betroffen sind davon in erster Linie die Lieferungen von Vor- und Zwischenprodukten aus der Bundesrepublik für die laufende „DDR"-Produktion. Bei chemischen Erzeugnissen wird mit keinen gravierenden Veränderungen gerechnet.

Das Problem ist, ob von der Normalisierung des innerdeutschen Handels, von dem jetzt manche Beobachter sprechen, auch die Investitionsgüter erfaßt werden. Ihr Anteil an den Lieferungen aus der Bundesrepublik ist seit 1980 von 25 auf 16 Prozent gesunken. Die „DDR" hatte bis Mitte 1983 ihre Investitionstätigkeit gedrosselt, um besser exportieren zu können. Jetzt soll wieder mehr für die Rationalisierung und Steigerung der Effektivität getan werden. Hier rechnen sich Firmen aus der Bundesrepublik Möglichkeiten aus. Ob dadurch der Rückgang in anderen Bereichen ausgeglichen werden kann, muß sich zeigen.

Viel hängt von den Bezügen aus der „DDR" ab. Wenn sich der Absatz von Kraftstoffen in Berlin im Zuge der konjunkturellen Erholung stabilisiert, könnte das Minus von 1983 bei größten Lieferposten der „DDR" wieder wettgemacht werden. Bei einigen Fertigwaren kommt der „DDR" neben Qualitätsverbesserungen und dem Aufschwung in der Bundesrepublik auch der Umstand zugute, daß in einer Reihe von fernöstlichen Ländern die Preise wegen verstärkter Käufe durch amerikanische Unternehmen gestiegen sind.

Es bleiben die Dienstleistungen. Mehr als die Hälfte der Zunahme der Bezüge von acht Prozent oder 563,3 Milliarden Mark 1983 entfiel auf diesen Bereich; 300 Millionen allein auf die Postpauschale, die jetzt in das Verrechnungssystem einbezogen ist. Dadurch nehmen auch die Möglichkeiten der „DDR" zu, im innerdeutschen Handel zu kaufen. Wenn dieses als Beispiel für künftige Absprachen genommen würde, ergeben sich neue Chancen. Soweit ist es noch nicht. Allerdings bemüht sich die „DDR" auch, den Export von Patenten und Lizenzen zu forcieren. Dieses ist ein langfristiges Geschäft. Daher deutet sehr vieles auf eine eher moderate Entwicklung hin.

AUF EIN WORT

» Bei den jetzt in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anstehenden Überschußproblemen sollte sich jeder darüber im klaren sein, daß politisch tragbare Lösungen nicht durch die Schaffung neuer Steuern gefunden werden können. Die bestehenden Schwierigkeiten werden sich dauerhaft vielmehr nur durch Regelungen beheben lassen, die an den bewährten Prinzipien unserer sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet sind. «

Walter Rau, Präsident des Verbandes der Deutschen Margarineindustrie e. V., Bonn. FOTO: DIE WELT

Die Fördermengen ändern sich nicht

dpa/VWD, Wien

Der Marktüberwachungsausschuß der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) hat empfohlen, die derzeitige Opec-Gesamtfördermenge von 17,5 Mill. Barrel (zu 159 Liter) pro Tag aufrechtzuerhalten. Wie der Ausschußvorsitzende und Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Mana Said Oteiba, nach der Sitzung bekanntgab, werde dem Opec-Ministerrat auch keine Anhebung der gegenwärtigen Richtpreise empfohlen.

EG-AGRARPOLITIK

Frankreich legte in Brüssel einen neuen Kompromiß vor

WILHELM HADLER, Brüssel

Frankreich hat gestern einen ersten Versuch unternommen, die unterschiedlichen Vorstellungen der EG-Partner über die Reform der Agrarpolitik einander anzunähern. Zu Beginn der um einen Tag vorgezogenen neuen Runde der Brüsseler Agrarverhandlungen präsentierte Landwirtschaftsminister Michel Rocard ein Bündel von Vorschlägen, die vor allem einen Kompromiß über die geplante Begrenzung der Milcherzeugung erleichtern sollen.

Nach dem Präsidentschaftspapier soll die Garantiemenge für Milch in den Jahren 1984 und 1985 auf jeweils 98,8 Mill. Tonnen festgelegt werden, statt – wie von der Kommission vorgesehen – auf 97,2 Mill. Tonnen. In den drei folgenden Jahren soll die Höchstmenge dann auf 97,8 Mill. Tonnen reduziert werden.

Als Ausgleich für diese Verwässerung des ursprünglichen Reformkonzepts schlägt Paris vor, die gegenwärtige „Mitverantwortungsabgabe" der Milcherzeuger von zwei auf drei Prozent des Richtpreises anzuheben und die Preise für eine Reihe von anderen landwirtschaftlichen Produkten zu senken oder einzufrieren. Um ein Prozent gesenkt werden sollen z. B. (in Ecu) die Preise für Weichweizen, Gerste, Roggen, Mais, Zucker und Olivenöl, während die Kommission den Bauern wenigstens ihre bisherigen Garantiepreise lassen wollte.

Mit in dem Kompromißvorschlag ist auch die umstrittene Fettsteuer und ein Beschluß über Verhandlungen zur Einfuhrbegrenzung für Getreidesubstitute, dagegen blieb der Währungsausgleich vorerst ausgeklammert. Erste Reaktionen ließen auf harten Widerstand schließen.

LUXUSAUTOS

US-Senatsausschuß lehnt ein Abschreibungslimit ab

H.-A. SIEBERT, Washington

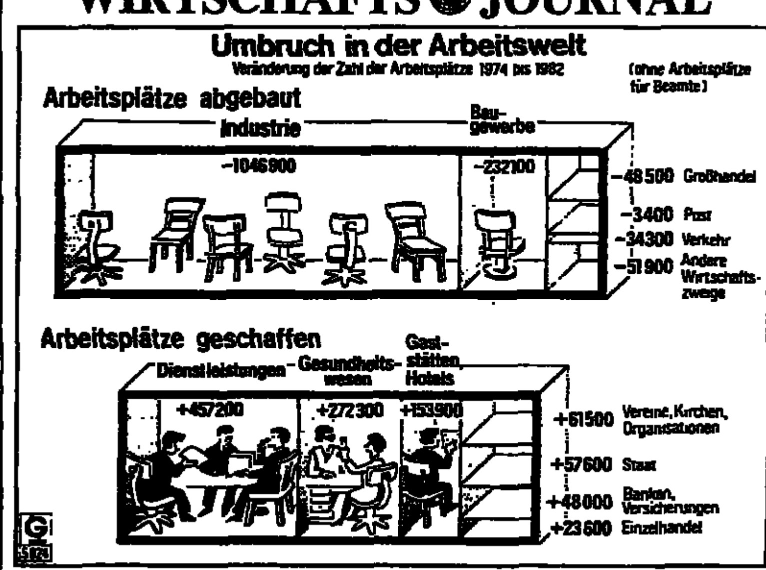
Im zweiten Durchgang haben die Hersteller von Luxusautos im Finanzkomitee des US-Senats einen beachtlichen Sieg errungen: Die Mehrheit vollzog eine Wende um 180 Grad und lehnte die geplante Begrenzung des Abschreibungssatzes für Firmenwagen ab. Durch die Limitierung auf 15 000 Dollar (nahezu 39 000 Mark) sollten im Haushaltsjahr 1985 rund 500 Millionen Dollar eingespart werden.

Offen zugegeben wird auf dem Kapitol, daß die Proteste von Bundeskanzler Kohl bei seinem jüngsten Besuch in Washington „ihre Wirkung nicht verfehlt haben". Kohl hatte die USA gewarnt, den freien Handel nicht als Einbahnstraße zu betrachten und in einem Gespräch mit Finanzminister Regan Gegenmaßnahmen nicht ausgeschlossen. 1983 lieferte die Bundesrepublik 212 000 Luxuswagen, gemessen am Senatspreis, nach Amerika.

Abgeblockt worden ist der Vorstoß des demokratischen Senators Moynihan mit dem Argument, daß sich ein Abschreibungslimit nicht allein gegen Fahrzeuge richten dürfe. Das sei Diskriminierung. Wenn überhaupt müsse sich solch ein Eingriff auch gegen Firmenflugzeuge, Jachten und sogar Hypotheken richten.

Noch haben die Autokonzerne aber nicht gewonnen, da der Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses ein Abschreibungslimit von 21 000 Dollar festgesetzt hat. Was nun beginnt, nennt man am Potomac „Pferdehandel". „Die letzte Schlacht wird im Plenum beider Häuser geschlagen", betonte der Anwalt der Volkswagen of America Inc., Philip Hutchinson, gegenüber der WELT.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Seit 1974 ist die Zahl der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik um 343 000 zurückgegangen. Vor allem in der Industrie nahmen die Arbeitsmöglichkeiten rapide ab. Die Zahl der Beschäftigten ging um über eine Million zurück. Dem stand ein wachsender Bedarf an Arbeitskräften in Dienstleistungsunternehmen, im Gesundheitswesen und im Gaststätten- und Hotelgewerbe gegenüber. QUELLE: GLOBUS

Langmann neuer BDI-Präsident?

Eschborn (dpa/VWD) – Der Chef des Pharmakonzerns F. Merck, Darmstadt, Hans Joachim Langmann (59), soll Nachfolger des Ende 1984 aus dem Amt scheidenden Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Prof. Rolf Rodenstock, werden. Wie aus Kreisen der Industrie verlautete, wird das Vizepräsidium des BDI Anfang der Woche einen entsprechenden Vorschlag für die Mitgliederversammlung im Mai bekanntgeben. Danach soll die Besetzung der neuen Amtsperiode des BDI-Präsidenten wie folgt aufgeteilt werden: Langmann präsidiert vom 1. Januar 1985 bis zum 31. Dezember 1986. Vom 1. Januar 1987 an übt der Präsident des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagebau (VDMA), Tyll Necker, das Amt für weitere zwei Jahre aus.

Arbeitslosenrate gesunken

Washington (rtr) – Die Arbeitslosigkeit in den USA ist nach Angaben des Arbeitsministeriums im Februar weiter gesunken. Die Arbeitslosenrate, die seit Januar 1983 zurückgeht, fiel im Februar auf saisonbereinigt 7,8 Prozent von acht Prozent im Januar und 10,4 Prozent im Februar vergangenen Jahres. Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich damit auf 8,8 Millionen.

Hohe Vorsorgeausgaben

Frankfurt (dpa/VWD) – Im Jahr 1984 werden die Bundesbürger zum ersten Mal die Rekordsumme von über 100 Mrd. DM – das sind statistisch gesehen etwa 1600 DM je Einwohner – an Beiträgen für die individuelle private Vorsorge ausgeben. Damit konnten sich in den letzten zehn Jahren nach der Feststellung der Volkswirte der Effectenbank-Warburg AG (Frankfurt) die Prämieneinnahmen der Individualversicherer, die die längste und schärfste Rezession der Nachkriegszeit „ohne große Blessuren" überstanden hätten, etwa verdoppeln.

Steuer ohne Umweltschutz

Bonn (HH) – Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, die Bemessung der Kraftfahrzeugsteuer künftig an Umweltkriterien zu orientieren. Finanz-Staatssekretär Voss (CSU) erklärte jetzt auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Göhner, die Bundesregierung halte es nicht für „praktikabel", bei der Bemessung der Kfz-Steuer an die Schadstoffe im Autoabgas und die Lärmentwicklung anzuknüpfen. Dazu müßte der Bestand von über 24 Millionen Pkw überprüft werden. Die Abgase setzten sich zudem aus vielfältigen Schadstoffen zusammen, so daß die Ermittlung einer Bemessungsgrundlage, die alle Schadstoffe entsprechend ihrer Umweltbelastung berücksichtige, „außerordentlich schwierig" wäre.

Weg der Kurse

	9.3.	2.3.
Boeing	39,375	42,625
Chrysler	26	28,25
Citicorp	35,875	37
Coca-Cola	52	53,625
Exxon	38,75	39
Ford Motors	37,375	39,125
IBM	108,125	111,875
PanAm	6,75	7
US Steel	28,875	27,75
Woolworth	31,125	32

Verhandlungen behindert

Manila (rtr) – In den für Mai geplanten Parlamentswahlen auf den mit 25 Mrd. Dollar auslandverschuldeten Philippinen sehen internationale Banker einen unbekannten Faktor in den festgefahrenen Verhandlungen über einen neuen Beistandskredit des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Regierung werde möglicherweise einige harte steuer- und geldpolitische Entscheidungen als notwendige Bedingung des IWF für den 650-Mill.-Dollar-Kredit fällen müssen. Doch scheine es unwahrscheinlich, daß es vor den Wahlen politisch unpopuläre Beschlüsse geben werde.

Londoner Kassapreise

	9.3.	2.3.
Kupfer(£/t)	1011,5	984,75
Blei(£/t)	309,5	284,75
Zink(£/t)	727,5	682,50
Zinn(£/t)	8620	8447,50
Gold($/Unze)	401,75	399,25
Silber(p/Unze)	675,70	652,65
Kakao[1](£/t)	1718,50	1736,50
Kaffee[1](£/t)	1933,50	1982
Zucker(£/t)	108	112
Kautschuk(p/kg)	80	81
Wolle(p/kg)	465	464
Baumwolle[2](cts/lb)	88	87,95

[1]) Abladung Mai;
[2]) A-Index-Preis Liverpool

ARBEITSMARKT

Hochschulen produzieren Akademiker auf Halde

HEINZ HECK, Bonn

Ein abgeschlossenes Hochschulstudium zahlt sich im Erwerbsleben zwar nach wie vor finanziell aus. Wegen des Überangebots an Akademikern schrumpft der Einkommensvorsprung der Hochschulabsolventen vor Nichtakademikern allerdings zusammen. Zugleich steigt die Zahl arbeitsloser Akademiker. Zu diesem Ergebnis kommt das unternehmernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer Analyse.

In der Bundesrepublik ist danach die Zahl der erwerbstätigen Hochschulabsolventen von 1970 bis 1980 um über 60 Prozent auf 2,3 Millionen gestiegen, der Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten von 5,3 auf 8,3 Prozent. Im öffentlichen Dienst ist heute fast jeder fünfte Erwerbstätige (19,2 gegenüber 12,2 Prozent 1961) Akademiker, in der Privatwirtschaft liegt der Akademisierungsgrad bei 2,3 (1961: 1,3) Prozent.

Von 1975 bis 1982 ist die Zahl arbeitsloser Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen um 252 Prozent auf 54 494, die der Fachhochschulabsolventen um 55 Prozent auf 23 108 gestiegen. Denn immer mehr Teilarbeitsmärkte seien an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit für Akademiker angelangt (vor allem Lehrer). „Der 'Ausstoß' der Hochschulen entspricht nicht der Markt-Nachfrage; die Hochschulen produzieren mithin tendenziell 'auf Halde'."

Dennoch gebe es Marktnischen, so in Technik und Organisation. Startgehälter von Nachwuchs-Ökonomen in der Privatwirtschaft lägen heute bei jährlich 36 000 bis 65 000 (Berufsdurchschnitt 42 000) Mark, für Maschinenbau- und Elektroingenieure noch höher.

HANDWERKSMESSE / Lambsdorff lehnt 35-Stunden-Woche strikt ab

Schnitker will Investitionsrücklage

DANKWART SEITZ, München

Mit einem eindringlichen Appell an Gewerkschaften und Arbeitgeber, in der bevorstehenden Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche wirtschaftliche Vernunft walten zu lassen, hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff am Samstagmorgen die 36. Internationale Handwerksmesse in München (10.–18. März) eröffnet. Aus Sorge um den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung nahmen Überlegungen zur Arbeitszeitverkürzung den wesentlichsten Raum in allen Reden ein.

Die Tarifparteien, so Lambsdorff, hätten in den vergangenen Jahrzehnten doch bewiesen, daß sie gesamtwirtschaftliche Vernunft zu tragen bereit seien. Auch bei den Gewerkschaften gebe es in der aktuellen Diskussion um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich inzwischen Einsichtige.

An den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Paul Schnitker gewandt, forderte der Bundeswirtschaftsminister das Handwerk auf, bei Fragen der Vorruhestandsregelung der Flexibilität Vorrang vor absoluter Ablehnung zu geben. Schnitker hatte in seiner Rede zuvor für das Handwerk, dem zweitgrößten deutschen Wirtschaftsbereich, jede Form der Arbeitszeitverkürzung strikt abgelehnt. Lambsdorff räumte ein, daß die vorgesehene Regelung „zwar als ordnungspolitisch nicht ideal, aber doch die bessere Alternative zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" sei. Zudem solle man bedenken, daß die Vorruhestandsregelung nur für fünf Jahrgänge gelte.

Weniger zu leisten und zugleich mehr haben zu wollen – das ist immer ein Schritt in die falsche Richtung, so Schnitker. Auch im Ausland seien alle Versuche, mit diesen Mitteln die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, spektakulär fehlgeschlagen. Nur mehr Anstrengung und Leistung könne uns aus allen Schwierigkeiten herausführen. „Wer sich jetzt auf seinen Lorbeeren ausruhen will, trägt sie an der falschen Stelle."

Die Bundesregierung forderte Schnitker auf, die längst fällige Korrektur des Einkommensteuertarifs in Angriff zu nehmen. Längst überfällig sei auch eine vorgezogene Abschreibung im Sinne einer steuerstundenden Investitionsrücklage oder auch eines Investitionsfreibetrages, was von Lambsdorff später allerdings als „so etwas wie das bekannte Ungeheuer von Loch Ness der Handwerksmesse" bezeichnet wurde. Schnitker: „Maßnahmen dieser Art wären der richtige Weg zur Lösung anstehender strukturpolitischer Probleme beizutragen."

ITALIEN / Konjunkturimpulse von der Ausfuhr

Wirtschaft wächst wieder

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Das staatliche italienische Konjunktur-Institut ISCO und die Zentralbank erwarten im laufenden Jahr übereinstimmend eine Steigerung des Bruttosozialprodukts um zwei Prozent nach einer Abnahme von 0,8 Prozent im Jahre 1983.

Alle Prognosen stimmen darin überein, daß es auch der italienischen Wirtschaft gelungen ist Anschluß an den internationalen Konjunkturaufschwung zu finden. Starke Impulse gehen dabei vor allem von der Ausfuhr in die westeuropäischen Länder und in die USA aus, in denen die italienische Industrie ihre Positionen trotz des weiter hohen Inflationsgefälles zu Lasten Italiens und den damit verbundenen Wettbewerbsproblemen beständig weiter ausbaut.

Offiziellen Prognosen zufolge wird der italienische Export im Laufe dieses Jahres real um mindestens fünf Prozent zunehmen. Das heißt, daß die Steigerung auch 1984 höher ausfallen wird als das durchschnittliche Wachstum des Welthandels. Stärkste Stütze der italienischen Ausfuhr sind der Maschinenbau, der im vergangenen Jahr seinen Anteil am Export von 25,6 auf 26,3 Prozent ausdehnen konnte, die Textil- und Bekleidungsindustrie 17 (16,6) Prozent und der Fahrzeugbau mit 10,9 (10,6) Prozent.

Unterstützt wird diese Leistung durch den erwarteten starken Abbau der Lohnstückkosten, der seinerseits durch weitere Produktivitätsfortschritte und eine Verminderung der Lohndynamik verursacht wird. Begleitet wird diese Entwicklung allerdings auch von der Fortdauer der schon seit Jahren andauernden Arbeitsplatzreduzierung in den großen Unternehmen (mit über 500 Beschäftigten). Im vergangenen Jahr sank die Zahl der Industrie-Arbeitsplätze um beinahe 0,2 Millionen. Im laufenden Jahr dürfte den Prognosen zufolge diese Abnahme etwas schwächer verlaufen und dabei auf die drei Hauptkrisenbereiche (Stahl, Chemie, Werften) konzentriert sein, die vor den ersten Sanierungseingriffen stehen.

Die Investitionen werden nach übereinstimmender Auffassung der Experten im Laufe dieses Jahres real wieder zunehmen. In allen Produktionszweigen werden dabei Rationalisierungsinvestitionen im Vordergrund stehen: Entscheidende Zinssenkungen stehen jedoch noch nicht bevor, da die Zentralbank entschlossen ist, die Realzinsen am Kapitalmarkt unverändert zu lassen; daher dürfte das Zinsniveau auch am Geldmarkt um nicht viel mehr als die drei Punkte zurückgehen um die die Inflationsrate sinken soll.

Was die Währung anbelangt, so rechnet die Zentralbank mit keinen einschneidenden Veränderungen des Wechselkursverhältnisses der Lira gegenüber den EWS-Hartwährungen, wenn der Abbau der Inflationsrate verläuft wie geplant: Das heißt am Jahresende die acht bis neun Prozent erreicht sind, die als Sprungbrett für das nächste Ziel – eine Inflationsrate von höchstens sechs bis sieben Prozent im Jahre 1985 – gelten. Gegenwärtig liegt die Inflationsrate noch bei etwa zwölf Prozent.

EG / Finanzminister halten Ausgestaltung des Währungssystems für verfrüht

Stärkung des Ecu besitzt Priorität

WILHELM HADLER, Brüssel

Mehr zu einer Geburtstagsfeier als zu Überlegungen über die Zukunft des Europäischen Währungssystems (EWS) treffen sich die Finanzminister der EG heute in Brüssel. Die Mehrzahl der Regierungen hält den Zeitpunkt für eine Ausgestaltung der vor fünf Jahren vereinbarten Regeln über die monetäre Zusammenarbeit noch nicht für gekommen. Zu groß sind die Probleme der Gemeinschaft, um die Mitgliedsstaaten zu einem Verzicht auf angestammte Souveränitätsrechte bewegen zu können.

Über Erfolge und Unzulänglichkeiten des EWS gehen die Meinungen inzwischen kaum noch auseinander. Ebensowenig umstritten ist, daß als nächstes weniger der Ausbau des Wechselkurs- und Beistandsmechanismus in Betracht kommt, als vielmehr Maßnahmen zur Stärkung der Europäischen Währungseinheit Ecu. Die Ecu, die auf einem „Korb" der am Wechselkurs teilnehmenden Währungen (alle EG-Währungen außer £ Sterling und Drachme) beruht, hat sich bereits in den letzten Jahren zu einer der wichtigsten Anleihewährungen entwickelt. Eine weitere Stärkung – vor allem durch die Förderung ihrer privaten Verwendung – würde nach Meinung vieler Experten die Notwendigkeit von Leitkurs für Anpassungen innerhalb des System verringern.

Die EG-Kommission hat in einer Mitteilung an die Finanzminister den gegenwärtigen Markt für kurzfristige Ecu (Interbankmarkt und kurzfristige Geschäfte) auf 10 Mrd. Ecu (rund 22,5 Mrd. Mark) geschätzt. Das Volumen der langfristigen Emissionen beläuft sich auf 3,3 Mrd. Ecu (7,4 Mrd. Mark), das der mittelfristigen Konsortialkredite dürfte zwei Mrd. Ecu (4,5 Mrd. Mark) erreichen.

Bisher hat sich nach dem Bericht die Rolle der Ecu allerdings nur „mit diskreter und uneinheitlicher Billigung der Mitgliedsstaaten" entwikkelt. Die Kommission spielt damit auf die Weigerung der Bundesbank an, den Ecu als Reservewährung anzuerkennen. Bislang können deutsche Banken keine Ecu-Guthaben halten. Im Hintergrund der Entwicklung in anderen EG-Ländern scheint sich allerdings in der Einstellung der Frankfurter Währungshüter eine Veränderung anzubahnen.

In dem Komissionsbericht heißt es, eine ungehinderte Verwendung der Ecu bei Handels- und Finanzgeschäften in Europa könnte die Konvergenz sowohl bei den Zinsen als auch bei der finanziellen Integration fördern. „Eine breitere Verwendung der Ecu als internationales Fakturierungs-, Zahlungs-, Anleihe- und Anlageinstrument wäre dazu angetan, die Rückwirkungen der von außen kommenden Schocks teilweise abzufangen und auf sämtliche europäischen Währungen zu verteilen".

Trotz der siebenmaligen Anpassung der Leitkurse hat das EWS nach Ansicht der Europabehörde positiv zur Wechselkursstabilität beigetragen. Von 1979 bis 1983 machten die durchschnittlichen Schwankungen der Wechselkurse der übrigen Währungen gegenüber der D-Mark im Monatsvergleich 0,5 Prozent bis 0,8 Prozent aus. Das ist etwa dreimal weniger als die Schwankungen zwischen den nicht am System teilnehmenden großen Währungen. Dagegen waren die Erfolge bei der Verringerung der Inflation in den letzten fünf Jahr insgesamt bescheiden. Auch das Inflationsgefälle zwischen den am Wechselkurs verbundenen Teilnehmerstaaten blieb praktisch gleich.

Die Kommission glaubt nichtsdestoweniger, daß die systeminternen Spannungen im EWS disziplinierend gewirkt haben. Die Konzertierung der Wirtschaftspolitik innerhalb der Gemeinschaftsgremien sei zu einer ständigen und systematischen Praxis geworden. Allerdings sind die (vor allem in den beiden letzten Jahren erzielten) Fortschritte in Richtung auf Konvergenz nach Brüsseler Meinung noch immer unzureichend und unsicher.

„Zwar hat das EWS die Teilnehmer veranlaßt, ihre Zusammenarbeit in ganz bestimmten Bereichen der Währungspolitik zu verstärken, doch genießen die Staaten nach wie vor nahezu völlige Freiheit und können sich aus internen Überlegungen veranlaßt sehen, von der Wiege abzuweichen, die am ehesten der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele entspräche".

Vatikan hüllt sich weiter in Schweigen

dpa/VWD, Vatikanstadt

Der Vatikan hüllt sich in der Frage der umfangreichen Finanztransaktion zur Begleichung eines Teils der Schulden der Vatikan-Bank IOR aus dem Zusammenbruch der Mailänder Privatbank Ambrosiano weiterhin in Schweigen. In Kirchenkreisen hieß es, daß eine entsprechende Bankenvereinbarung am 8. März unterzeichnet werden sollte. Ob das bereits geschehen oder zu einem anderen Zeitpunkt geplant ist, sagten offizielle vatikanische Quellen bisher nicht. Nach den indirekt bestätigten Informationen hatte sich das „Institut für die Religiösen Werke" bereit erklärt, 250 Millionen Dollar an internationale Bnken zu zahlen.

Justizministerium lehnt Fusion ab

AP, Pittsburgh

Die U.S. Steel Corp. und die National Intergroup Inc., zwei der bedeutendsten amerikanischen Stahlhersteller haben Pläne zur Zusammenlegung ihrer Stahlproduktion aufgegeben. Nach einem Gespräch mit dem Leiter der Antitrustabteilung des Ministeriums, Paul McGrath, war der Vorstandsvorsitzende von U.S. Steel, David Roderick, zu der Überzeugung gekommen, daß keine Möglichkeit mehr besteht, eine Vereinbarung mit National Intergroup auszuhandeln. U.S. Steel hatte am 1. Februar mitgeteilt, man werde 575 Mill. Dollar zahlen und rund 400 Mill. Dollar der langfristigen Verbindlichkeiten von National übernehmen.

Auskunftei prüft Wagnisfinanzierung

INGE ADHAM, Frankfurt

Eine „Evidenzzentrale" zur Überwachung von Venture-Capital-Unternehmungen hat jetzt die Schimmelpfeng GmbH, Frankfurt, gegründet. Dort können Anleger Wagnis-Angebote des „freien" Kapitalmarktes überprüfen lassen, einschließlich des persönlichen, beruflichen und finanziellen Hintergrundes der Initiatoren. Die Auskunftei befürchtet, daß „die volkswirtschaftlich bedeutsame Innovationsfinanzierung durch Venture Capital" am zweifelhaften Ruf einiger Fonds-Anbieter Schaden nehmen könnte, heißt es.

Hintergrund: Schimmelpfeng hat bei seiner „intensiven Beobachtung" der Venture-Capital-Fonds und deren Beteiligungsprojekten „alte Bekannte" ausgemacht. Sie wittern nach dem Austrocknen der bisher üblichen Beteiligungsformen wie Explorationsfonds, Warenterminvermittlung oder Bauherrenprojekten neue Pfründe, argwöhnt die Auskunftei. Man wolle durch Aufklärung verhindern, daß Anleger auf „Luftprojekte" hereinfallen.

Die potentiellen Anleger sollten sich darüber im klaren sein, daß auch bei der neuen Anlageform Venture-Capital-Fonds die „Bäume nicht in den Himmel wachsen". Verwertbare innovative Techniken seien rar. Derzeit hätten die Fonds-Initiatoren weniger Probleme, die benötigten Finanzmittel bei zahlungskräftigen Anlegern einzusammeln, als Unternehmer mit geeigneten Projekten zu finden. Dies könnte sich nach Ansicht von Schimmelpfeng-Geschäftsführer Wolfgang Spannagel aber rasch ändern, da auch die Politiker ihr Interesse für Venture Capital entdeckt haben und laut darüber nachgedacht wird, ob diese Form der Innovationsfinanzierung nicht durch steuerliche Anreize oder eine Erleichterung der Börseneinführung neuer Papiere gefördert werden sollte.

FRANKREICH / Auslandsverschuldung nimmt zu

Währungsreserven gestärkt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französischen Kreditaufnahmen im Ausland, die seit Mitte letzten Jahres dank der zurückgehenden Leistungsbilanzdefizite und wegen der festen Haltung des Franc erheblich reduziert worden waren, nehmen wieder zu. Im Februar beanspruchte Frankreich die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte mit 1,1 Mrd. Dollar, nach 0,68 Mrd. Dollar im Januar. Dies ergibt sich aus den jüngsten Statistiken der OECD.

Noch stärker traten zwar Japan und Großbritannien an die Märkte. Aber Frankreich ist von allen westlichen Industriestaaten am höchsten im Ausland verschuldet. Unter Einschluß der von der OECD nicht erfaßten kurzfristigen Devisenkredite schätzt man diese Verschuldung auf inzwischen mindestens 500 Mrd. Franc.

Darauf müssen in diesem Jahr allein an Zinsen etwa 40 Mrd. Franc in Devisen bezahlt werden, was die Aufnahme neuer Auslandskredite erfordert. Hinzu kommen die Tilgungszahlungen und die zur Bereinigung der weiteren Leistungsbilanzdefizite notwendigen Mittel.

Allerdings wurden in den letzten Monaten Auslandskredite nicht nur zum Defizitausgleich, sondern auch zur Verstärkung der amtlichen Währungsreserven aufgenommen. Die Notenbank wollte damit offensichtlich ihre Entschlossenheit zur Verteidigung der Franc-Parität im Europäischen Währungssystem (EWS) bekunden.

Wie weit sich von diesem Verfahren die Devisenmärkte beeindrucken lassen, bleibt abzuwarten. Zwar verfügt jetzt Frankreich über mehr Mittel für Interventionszwecke. Andererseits aber wird mit zunehmender Auslandsverschuldung der Spielraum für die Aufnahme neuer Währungskredite kleiner.

CITROEN / Arbeitsproduktivität soll gesteigert werden

Enormer Belegschaftsabbau

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Automobilindustrie kann ihren überhöhten Personalbestand nicht mehr ohne Entlassungen auf ein Niveau reduzieren, das sie international wettbewerbsfähiger macht. Während sich der staatliche Renault-Konzern vorerst noch mit Frühpensionierungen behilft, wurden in der privaten Peugeot-Gruppe schon rund 2000 Talbot-Arbeiter Anfang dieses Jahres entlassen. Diesem Beispiel will jetzt auch die zur gleichen Gruppe gehörende Gesellschaft Citroën folgen. Sie stößt damit auf heftigen Widerstand der Gewerkschaften.

Um wieder aus den roten Zahlen zu kommen, plant Citroën, wie die Verwaltung der Belegschaft jetzt mitgeteilt hat, die Aufgabe von 6000 der 43 000 Arbeitsplätze. Jedoch haben bisher nur 3144 Mitarbeiter die Frühpensionierung akzeptiert. Außerdem wollen lediglich 500 bis 600 Gastarbeiter gegen eine Prämie von 60 000 Franc (20 000 DM) in ihr Heimatland zurückkehren. Danach müßten etwa 2300 Arbeiter entlassen werden.

In der Weltrangliste der Arbeitsproduktivität steht die französische Automobilindustrie weit hinten. In der Peugeot-Gruppe werden im Jahr auf einen Mann belegschaftsbezogen 6,8 Autos produziert und bei Renault 7,4 , gegenüber elf bei Fiat, 13 bei Ford und General Motors, 16,5 bei Chrysler und 40,3 in Japan, wobei Toyota mit 54 Wagen den Rekord hält (Ziffern jeweils für 1982).

Dies ist die wichtigste Ursache für die hohen Verluste, die die französische Automobilindustrie trotz der weltweiten Konjunkturbelebung immer noch verbucht. Außerdem sind die Franzosen schlechte Exporteure. So haben sie den Preisvorteil der letzten Franc-Abwertung praktisch nicht an ihre ausländischen Kunden weitergegeben, um sie sich auf dem Inlandsmarkt besser zu verteidigen. Gleichwohl vergrößerten die ausländischen Wagen ihren Marktanteil in Frankreich von 30,7 Prozent 1982 auf 32,7 Prozent 1983.

Schließlich aber hat die Reputation der französischen Automarken unter den diversen Streiks stark gelitten. Mitte letzten Jahren war davon das Citroën-Werk Aulnay und Anfang dieses Jahres das Talbot-Werk von Poissy betroffen. Jetzt drohen die Gewerkschaften Citroën erneut Streiks an. Sie fordern, daß die ausländische Produktion nach Frankreich verlagert wird.

RENTENMARKT / Dollar-Erholung verunsicherte

Erstmals ein Rückschlag

Am Rentenmarkt kam es erstmals seit Wochen zu einem Rückschlag. In der ersten Wochenhälfte setzte sich der Zinssenkungsprozeß noch fort, so daß der Bund am Donnerstag die Renditen der Bundesschatzbriefe herabsetzen konnte. Die Bundesbank mußte für 50 Millionen Mark Material aus dem Markt nehmen. Die letzte 8-prozentige Bundesanleihe fiel wieder auf den Emissionskurs zurück. Die von der Börsen-Daten-Zentrale, Frankfurt, errechnete Durchschnittsrendite für Anleihen von Bund, Bahn und Post erhöhte sich leicht von 7,36 auf 7,37 Prozent. Für DM-Auslandsanleihen ermäßigte sich die Rendite von 7,65 auf 7,62 Prozent. (lf)

Emissionen	9.3. 84	2.3. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,37	7,36	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,44	7,45	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,46	7,50	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,93	8,07	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,42	7,49	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,12	7,19	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,97	8,02	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,43	7,49	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,62	7,65	8,08	8,45	10,32

VENEZUELA / Das neue Reformpaket schreibt den Banken die Höchstzinssätze vor

Kritik an gespaltenen Devisenkursen

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte einen drastischen Abbau der Angestellten und Beamten der venezolanischen Regierung verlangt, um des Staats Defizit zu reduzieren. Präsident Jaime Lusinchi entschloß sich, eine andere Richtung einzuschlagen. Bei 800 000 Arbeitslosen – Pessimisten sprechen sogar von über eine Million – sieht die Regierung des südamerikanischen Ölproduzenten andere Prioritäten. Die neuen Maßnahmen betreffen vor allem die venezolanische Währung. Die lautstark angekündigte Abwertung des Bolivar ist allerdings mehr der Erlaß neuer Ausfuhrbestimmungen; die Maßnahme rührt noch von der inzwischen abgelösten christdemokratischen Regierung Herrera Campins. Der alte Vorzugskurs von 4,30 Bolivar für einen Dollar ist erhalten geblieben. Zu diesem Kurs können der Staat und die Privatwirtschaft vor 1983 eingegangene Dollarschulden abtragen. Die Zinsen auf diese Schuld müssen zum Kurs von 7,50 bezahlt werden. Zum Vorzugskurs können auch Lebensmittel und Medikamente importiert werden. Eltern dürfen verbilligt Dollar kaufen, um sie ihren im Ausland studierenden Kindern zu schikken.

Ein zweiter Vorzugskurs von 6 Bolivar pro Dollar ist eher ein Verrechnungskurs der Regierung für die Einnahmen und Ausgaben der Erdölindustrie. Der dritte Kurs von 7,50 Bolivar pro Dollar gilt im allgemeinen für Im- und Export, während ein vierter, freier Kurs von 13 Bolivar für Reisende und Personen gilt, die es vorziehen, ihre Transaktionen der staatlichen Kontrolle zu entziehen. Da Banken und Wechselstuben über so wenige Dollar verfügen, daß sie im allgemeinen nicht mehr als 100 Dollar am Tag an einen Kunden abgeben können, könnte ein schwarzer Markt mit teureren Wechselkursen entstehen. Dazu trägt auch bei, daß Banken und Wechselstuben nicht mehr als 38 Dollarcent am Verkauf von 100 Dollar verdienen dürfen; ein wenig attraktives Geschäft.

Die Neuregelung sieht einfacher aus als sie ist. Am umstrittensten ist der Vorzugskurs von 4,30 Bolivar für die Rückzahlung von Auslandsschulden des Privatsektors. Der von Lusinchi abgesetzte Präsident der Zentralbank, Leopoldo Diaz Bruzual, hatte sich gegen die bereits von Herrera Campins verfügte Begünstigung gewehrt. Er sagt, ein erheblicher Teil der acht Mrd. Dollar betragenden Auslandsschuld des Privatsektors sei simuliert: Unternehmer hätten Dollar ins Ausland transferiert und sich dann wieder welche geliehen, um weitere Überweisungen ins Ausland auf dem Weg von Zins- und Rückzahlungen zu legalisieren. Lusinchi ließ alles beim alten, forderte aber einen Preis für die Begünstigung: Der Privatsektor muß innerhalb von sechs Monaten die Zahl seiner 2,2 Millionen Angestellten um zehn Prozent erhöhen, wobei es keine Rolle spielt, ob die neu anzustellenden Arbeitnehmer gebraucht werden oder nicht. Diese Maßnahme forciert freilich die Inflation. In diesem Jahr rechnet Lusinchi mit einer Inflation von bis zu 25 Prozent (1983: sieben Prozent), aber der Privatsektor hält diese Schätzung für zu niedrig.

Das ist gravierend für eine andere Verordnung des neuen Reformpakets, die die Bankzinsen regelt. Finanzinstitute dürfen Einlegern bis zu acht Prozent Zinsen zahlen und für Kredite bis zu 14,5 Prozent Zinsen fordern. Mit Blick auf die attraktiven Zinsen in den USA lädt das zur Kapitalflucht ein.

Opfer muß das ganze Volk bringen: Die Preise für Autobenzin stiegen von 0,30 auf 0,80 Bolivar (von 13 auf 34 Pfennig) pro Liter. Das ist für andere Länder immer noch sehr billig, aber der Benzinpreis war immer innenpolitisch bedingt und galt als Tabu. Er führte zur Verschleuderung des Benzins. 1976 verbrauchte das Land zehn Prozent seiner Erdölproduktion, 1983 bereits 20 Prozent. Venezuelas Auslandsschuld beträgt 35 Mrd. Dollar, auf die während des letzten Jahres keine Rückzahlungen geleistet wurden, bei Devisen- und Goldreserven von 12 Mrd. Dollar. Internationale Banken sehen in den jüngsten Maßnahmen Schritte in der richtigen Richtung. Ob sie genügen, bleibt abzuwarten. (SAD)

THYSSEN / Mit Hoffnung zur Tokio-Leistungsschau

Die Fernost-Märkte locken

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Nur etwa 100 Mill. DM seines 28-Milliarden-Umsatzes macht der Thyssen-Konzern mit Lieferungen auf den japanischen Markt. Drei Viertel davon sind Kohlen- und sonstige Rohstofflieferungen seiner internationalen Handelsorganisation. Nur bei gut einer halben Milliarde DM liegt, das Japan-Geschäft inbegriffen, Thyssens Jahresumsatz mit allen Märkten des südostasiatischen Raumes. „In Japan kennt man Thyssen fast nur als Europas leistungsstärksten Stahlerzeuger", resümiert Konzernchef Dieter Spethmann die Lage.

Anlaß der Lageschilderung: Mit etwa 1 Mill. DM Gesamtaufwand, Präsenz der Spitzenmanager und einem 126 qm großen Stand beteiligt sich Thyssen an der „Deutschen Leistungsschau Japan '84" (23. April bis 5. Mai in Tokio). Zugleich weist Spethmann die Kritik zurück, die Unternehmen führen nur mit bunten Glanzfotos nach Tokio und Novitäten habe wohl niemand zu bieten.

Natürlich sei diese Leistungsschau kein Novitätenkabinett oder gar eine Erfindermesse. Wohl aber eine Drehscheibe für Produktinformationen mit voraussichtlich beträchtlicher „Fensterwirkung" sowohl für den japanischen Markt als auch für die gesamte und wachstumsträchtige Region Südostasien. Auf zahlreichen Gebieten sei Thyssen auch in Japan wettbewerbsfähig. „Wir sehen, wenn die Öffnung des japanischen Marktes hoffentlich weiter an Boden gewinnt, für unsere Produkte und Problemlösungen durchaus mehr Chancen in Japan als bisher." Bei Stahl beispielsweise mit hochqualifizierten Blechen für die Autoindustrie und Edelstahl-Spezialitäten.

Der Schwerpunkt der Thyssen-Präsentation in Tokio jedoch liegt bei Investitionsgütern und dem Handelsbereich. Herausragend ist auch die von Thyssen in Deutschland mitentwickelte Magnetschwebebahntechnik, bei der man den Japanern heute zehn Jahre voraus sei. Thyssens Handelsbereich wittert in Japan einen starken Partnermarkt für gemeinsame Anlagenprojekte in Südostasien. Ein erstes Kooperationsprojekt (Aromatenfabrik für Indonesien) wurde da bereits realisiert.

GROSSBRITANNIEN / Die vier größten Clearingbanken mußten 1983 rund fünf Milliarden Mark wertberichtigen

Vorsteuer-Gewinn sank nur bei Midland

WILHELM FURLER, London

Die „top four" im britischen Bankgeschäft, die vier größten Clearing-Banken Barclays, National Westminster, Midland und Lloyds, haben im vergangenen Geschäftsjahr 1983 Wertberichtigungen für uneinbringliche und zweifelhafte Forderungen in der Rekordhöhe von zusammen 1,276 Mrd. Pfund (Vorjahr: 982 Mill. Pfund, 1981: 381 Mill. Pfund) vornehmen müssen; Ende 1983 entsprach dieser Betrag rund fünf Mrd. Mark. Dies ist das wesentlichste Merkmal der von den vier großen britischen Geschäftsbanken während der vergangenen Woche vorgelegten Jahresergebnisse.

Darüber hinaus haben sich zwei Banken in besonderer Weise herausgehoben: Lloyds Bank, die der Bilanzsumme nach kleinste Geschäftsbank unter den großen Vier, ist die einzige, die ihren Wertberichtigungsbedarf für uneinbringliche und zweifelhafte Forderungen gegenüber dem Vorjahr unverändert lassen konnte, nämlich bei 219 Mill. Pfund. Entsprechend gelang es Lloyds, den größten Gewinnsprung für sich zu verbuchen: Vor Steuern erhöhte sich der Gewinn gegenüber 1982 um stattliche 27 Prozent auf 419 (329) Mill. Pfund.

Die Midland Bank dagegen ist das einzige Clearing-Institut, das einen Rückgang des Vorsteuer-Gewinns hinnehmen mußte. Während Barclays vor Steuern um 12,5 Prozent auf 557 (495) Mill. Pfund und National Westminster um 15 Prozent auf 503 (439) Mill. Pfund zulegen konnten, fiel der Gewinn bei Midland vor Steuern um deftige zehn Prozent auf 225 (251) Mill. Pfund.

Die negative Entwicklung bei der Midland Bank geht ausschließlich auf das verheerende Abschneiden der kalifornischen Midland-Tochter Crokker National Bank zurück. Wegen extrem hoher Forderungsausfälle im vergangenen Jahr mußte Crocker zusätzliche Rückstellungen in Höhe von 107 Mill. Dollar (73 Mill. Pfund) vornehmen.

Für die Midland-Gruppe bedeutet dies, daß vom Vorsteuer-Gewinn immerhin 17 Mill. Pfund durch das Crocker-Desaster verlorengingen, nachdem die US-Tochter noch im Jahr zuvor 46 Mill. Pfund zum Ergebnis der Midland-Gruppe beigesteuert hatte. Die Schwierigkeiten traten in erster Linie bei kalifornischen Kreditnehmern in den Bereichen Landwirtschaft und Immobilien auf. Verstärkt wurden sie durch Kreditvergaben an Lateinamerika.

Aus „juristischen Gründen" schwieg die Midland-Führung gegenüber Fragen zur Crocker-Affäre. Lediglich der vom Mutterhaus vor zwei Monaten zu Crocker entsandte „Krisen-Manager" erklärte, daß er persönlich sehr enttäuscht wäre, wenn die Midland-Tochter bis zum Ende dieses Jahres nicht wieder in die schwarzen Zahlen zurückgekehrt sein werde. Ohne die Crocker-Affäre hätte die Midland-Gruppe mit einem Anstieg ihres Vorsteuer-Gewinns um dann etwa 18 Prozent sogar ein besseres Ergebnis vorgelegt als Barclays und NatWest.

Nicht nur bei Midland kletterte der gesamte Wertberichtigungsbedarf für uneinbringliche und zweifelhafte Forderungen enorm gegenüber 1982 um 62 Prozent auf 318 (196) Mill. Pfund: Bei Barclays nahm er um 45 Prozent zu auf 475 (328) Mill. Pfund und bei NatWest immerhin noch um 15 Prozent auf 264 (229) Mill. Pfund.

Während Barclays für ihren sehr hohen Wertberichtigungsbedarf sowohl die Rekordzahl von Unternehmens-Zusammenbrüchen im eigenen Land, aber vor allem auch Schwierigkeiten im Ausland verantwortlich macht (wackelige Kredite an Länder der Dritten Welt, Probleme in den USA mit großen Kreditnehmern aus der Energiewirtschaft, gestürzte Immobilienpreise in Hongkong), wurde die NatWest-Gruppe, die weniger stark als alle anderen britischen Clearing-Banken an der Kreditvergabe an Problemländer beteiligt ist, insbesondere von den Problemen in der britischen Wirtschaft betroffen.

Sieht man einmal vom Sonderfall Crocker ab, dann haben die britischen Clearing-Banken auch im vergangenen Jahr angesichts der rezessionsbedingten Schwierigkeiten nicht nur im eigenen Land und der unverändert bedrohlichen Finanzlage der verschuldeten Länder durchaus beeindruckende Ergebnisse vorgelegt.

LUFTFAHRT

Ausstellung '84 schon ausgebucht

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Obwohl das Freigelände am hannoverschen Flughafen Langenhagen erweitert und eine vierte Ausstellungshalle einbezogen wurde, ist die vom 20. bis zum 27. Mai stattfindende Internationale Luftfahrt-Ausstellung ILA '84 ausgebucht. Sprecher des Bundesverbandes der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie und der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG verweisen auf die verbesserten Geschäftsbedingungen auf dem Markt für Geschäftsflugzeuge. Rund 350 Aussteller aus 17 Ländern sind in Hannover vertreten.

Schwerpunkt der alle zwei Jahre veranstalteten ILA ist neben der General Aviation, die Präsentation von Hubschraubern. Die weltweit führenden Hersteller von Drehflüglern zeigen in Hannover ihr neuestes Fluggerät. Parallel zur ILA findet das international bedeutsame Hubschrauberforum in Bückeburg statt. Das immer stärkere Vordringen der Drehflügler im zivilen Bereich unterstreicht eine Tagung zum Thema „Helikopter im Geschäftsreiseverkehr".

Für die General Aviation ist die ILA die führende Ausstellung in Europa. Rund 60 000 Geschäftsflugzeuge sind weltweit zugelassen, davon allein 50 000 in den USA. In der Bundesrepublik sind es etwa 120 Unternehmen, bei denen Geschäftsflugzeuge gechartert werden können. Über ein eigenes Flugzeug, so die Schätzungen, verfügen rund 500 Firmen. Nach der Stagnation des Absatzes in den letzten Jahren erhoffen sich die Aussteller und Veranstalter der ILA eine Tendenzwende für diese Flugzeuggattung. Verbesserte Marktchancen werden auch für Commuter-Flugzeuge, die speziell als Zubringer- und Kurzstreckenmaschinen entwikkelt wurden, gesehen.

Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie, die von rund 100 Unternehmen mit 72 000 Beschäftigten repräsentiert wird, rechnet für 1984 mit einer Belebung des Geschäfts. Der Umsatz, der 1983 bei 13 Mrd. DM lag, dürfte im laufenden Jahr weiter ansteigen.

PERIPHERE COMPUTER SYSTEME

Quandt beteiligt sich

DANKWARD SEITZ, München

Einen finanziell starken Venture-Capital-Partner zur Finanzierung ihres „weiteren, überdurchschnittlichen Wachstums" hat jetzt die PCS Periphere Computer Systeme GmbH, München, in der Vermögensverwaltung Harald Quandt Erben GmbH, Bad Homburg, gefunden. Wie PCS-Mitinhaber und Geschäftsführer Eberhard Färber mitteilte, hat sich die Quandt-Vermögensverwaltung im Rahmen einer Kapitalerhöhung um 9,5 Mill. auf 11,2 Mill. DM zu einem Kurs von 270 Prozent mit 25,1 Prozent an dem Unternehmen beteiligt. Der Rest des Stammkapitals wird von der Familie Färber und der Münchner Softlab GmbH gehalten.

Diese Kapitalerhöhung, so Färber, bedeutet für PCS die Wende von einem Hochtechnologie-Systemhaus zu einem Datenverarbeitungs-Hersteller. Bislang entwickelte und produzierte PCS mit seinen 190 Mitarbeitern (darunter 60 Entwickler) Mikroprozessorsysteme hauptsächlich für Großunternehmen wie beispielsweise Nixdorf, Siemens und AEG. Der bisher größte Erfolg der 1970 gegründeten Gesellschaft ist nach Färber ein 1982 entwickelter „Unix-Rechner" mit 32 Bit, der von vielen Fachleuten als der derzeit leistungsfähigste Mikrocomputer bezeichnet werde.

Dieser Rechner habe auch entscheidend dazu beigetragen, so Färber, daß PCS 1983 ein Umsatzplus von 33 Prozent auf 30,5 Mill. DM erzielen konnte. Für 1984 wird ein Umsatz von über 50 Mill. DM angepeilt. Etwa 30 Prozent davon soll das Auslandsgeschäft beisteuern, nachdem im vergangenen Jahr Vertretungen in 14 Ländern bis hin nach Australien und Japan aufgebaut worden sind.

Als außerordentlich erfolgreich bezeichnete Färber den Start der im Juli 1983 in der Nähe von Boston/USA gegründeten PCS-Tochter Cadmus Inc., die im Rahmen eines Lizenz- und Kooperationsvertrages den nordamerikanischen Markt beliefert. Ihr Erfolg sei so „beeindruckend" gewesen, daß sich im Januar 1984 unter der Führung der Citybank einige Venture-Capital-Gesellschaften mit 8,5 Mill. Dollar beteiligt hätten. Für das laufende Jahr könne Cadmus mit einem Umsatz von rund 45 Mill. DM rechnen.

Bekenntnis zum reinen Bier

HANS BAUMANN, Kassel

Ein klares Bekenntnis zum deutschen Reinheitsgebot für Bier legte der Ministerpräsident von Hessen, Holger Börner, vor rund tausend Gästen ab, die zum 125jährigen Firmenjubiläum der Privatbrauerei A. Kropf in Kassels Stadthalle gekommen waren. Das Präsidialmitglied des Deutschen Brauerbundes, Michael Dietzsch, unterstrich Börners Schwur auf das Reinheitsgebot mit der Feststellung, daß die deutsche Brauwirtschaft selbst dann daran festhalten werde, wenn der Europäische Gerichtshof es aufheben sollte.

Helmut Kropf, der mit seinem Bruder Erich die Brauerei in der vierten Generation leitet, umschrieb die wirtschaftliche Philosophie seines Hauses mit dem Satz: „Der Gewinn darf nicht die Grundlage unternehmerischer Tätigkeit sein, sondern das Ergebnis von Bemühungen." Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Kassel, Christian Decken, verwies auf das Beispiel der Gebrüder Kropf. Hier werde Mut praktiziert, „solche Vorbilder braucht unsere Wirtschaft".

Die Privatbrauerei A. Kropf ist von ihren beiden Inhabern in den letzten Jahren zu einem Getränkekonzern ausgebaut worden, der im letzten Jahr 1,2 Millionen Hektoliter verkaufte, davon gut 500 000 Hektoliter Bier mit der Spitzenmarke „Martini Pils". Beschäftigt werden rund 600 Mitarbeiter. Der Umsatz belief sich auf 120 Millionen DM.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Lizenz für China

Salzgitter (dos) – Die zur Salzgitter-Gruppe gehörende Hagenuk GmbH, Kiel, hat einen Lizenzvertrag über den Bau von Schiffsfunkgeräten in der VR China abgeschlossen. Der Vertrag sieht vor, daß Hagenuk an den chinesischen Lizenznehmer bis 1987 komplette Geräte und Baugruppen im Gesamtwert von rund 8 Mill. DM liefern und ihn bei der Fertigung beraten wird. Außerdem sollen chinesische Techniker in Kiel und Kanton ausgebildet werden.

Lebhafte Kreditnachfrage

München (sz.) – Aufgrund eines verbesserten Zins- und Provisionsüberschusses konnte die Bayerische Raiffeisen-Zentralbank AG, München, ihre Ertragskraft 1983 weiter verbessern. Das Gesamtergebnis wird allerdings beeinflußt durch gestiegene Wertpapierabschreibungen sowie durch Risikovorsorge-Maßnahmen. Die Bilanzsumme des Instituts erhöhte sich um 20,6 Prozent auf 16,3 Mrd. DM. Im Kundenkreditgeschäft ergab sich ein Plus von 19,4 Prozent auf 4,4 Mrd. DM, während die Kundeneinlagen nur um 13,7 Prozent auf 2,7 Mrd. DM zunahmen. An die 924 angeschlossenen Raiffeisenbanken wurden Kredite über 4,6 Mrd. DM (plus 37,3 Prozent) vergeben; ihre Einlagen stiegen dagegen um 3,5 Prozent auf 6,5 Mrd. DM.

Trennung von Papier

Gütersloh (dos) – Die Bertelsmann AG wird „in Raten" ihre Papierfabrik Cartiere del Garda, Riva (Italien), an den schwedischen Papier- und Energiekonzern Stora Kopparberg verkaufen. Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kartellbehörden sollen zunächst 25 Prozent der Anteile an Stora übertragen werden. Bis 1986 werde das schwedische Unternehmen weitere 50 Prozent übernehmen.

Bertelsmann-Vorstandsmitglied Manfred Lahnstein wollte nicht ausschließen, daß später auch die restlichen Anteile abgegeben werden. Die Papierfabrik arbeite „höchst rentabel". Für 1984 rechne er mit einer Produktion von 125 000 t gestrichener und Naturpapiere.

Technologie-Zentrum

Stuttgart (nl.) – Sechs Stuttgarter Kreditinstitute werden zusammen mit dem Land Baden-Württemberg und der Universität in Stuttgart-Pfaffenwald ein Technologie-Zentrum errichten helfen. Für den Betrieb dieses Zentrums werden insgesamt 8 Mill. DM bereitgestellt.

BADISCHE GENOSSENSCHAFTEN / Weinoffensive

Gegen Haftsummenzuschlag

WERNER NEITZEL, Stuttgart

„Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche, in der weiteren gesetzgeberischen Behandlung der KWG-Novelle den Haftsummenzuschlag zur Disposition zu stellen." Dies erklärte Egon Gushurst, Präsident des Badischen Genossenschaftsverbandes, in Offenburg. Der heute mit einem 60prozentigen Anteil von öffentlich-rechtlichen Geldinstituten beherrschte Bankenmarkt vertrage gerade keine Zurückdrängung einer privatwirtschaftlichen Bankengruppe wie die der Kreditgenossenschaften. Zwei Drittel aller selbständigen Unternehmer des Mittelstandes seien Mitglied einer Genossenschaftsbank.

Das zusammengefaßte Geschäftsvolumen der badischen genossenschaftlichen Kreditinstitutevergrößerte sich um über 9 Prozent auf 34,1 Milliarden DM. Die Einlagen beliefen sich auf 25,7 Mrd. DM (plus 7,2 Prozent), die Ausleihungen nahmen um 8 Prozent auf 20,6 Mrd. DM zu.

Die Genossenschaften mit ländlichem Warengeschäft verbuchten 1983 einen Umsatzrückgang um 2 Prozent auf 462 Mill. DM. Bei den sieben badischen Milchzentralen wurde mit insgesamt 840 Mill. DM 2,8 Prozent mehr als im Vorjahr umgesetzt. Die Molkereizentrale Südwest eG, Karlsruhe, steigerte den Umsatz sogar um 14,4 Prozent auf 903 Mill. DM. In der Vieh- und Fleischwirtschaft erzielten die Genossenschaften in Baden mit 416 Mill. DM einen um 4 Prozent geringeren Umsatz.

Die badischen Winzergenossenschaften und ihre Zentralkellerei in Breisach haben in 1982/83 (30. 6.) 86 Mill. Liter Wein im Werte von 421 Mill. DM (minus 5 Prozent) abgesetzt. Nach dem großen Herbt 1983 wollen die badischen Winzer stärker als bisher auch im Exportgeschäft neue Initiativen starten.

Australisches Engagement

dpa/VWD, Brüssel/München

Der australische Konzern CRA, eines der größten Rohstoffunternehmen der Welt, ist offenbar bei der bislang zum Klöckner-Konzern gehörenden Eisenwerks-Gesellschaft Maximilianshütte mbH, Sulzbach-Rosenberg, eingestiegen. Klöckner ist nach der Transaktion aber weiterhin mit einem Anteil von unter 50 Prozent größter Gesellschafter der Maxhütte. 15 Prozent der Anteile hatte im November 1983 die Eschweiler Bergwerks-Verein AG, Tochter der luxemburgischen Arbed, übernommen. Wie in Brüssel zu erfahren war, wird die EG-Behörde bis spätestens Anfang April diese Pläne genehmigen.

KELLOGG / Noch erhebliche Wachstumsreserven am deutschen Markt

Neue Zielgruppe sind Erwachsene

H. HILDEBRANDT, Bremen

Jeder dritte Bundesbürger verzichtet regelmäßig auf ein angemessenes Frühstück. Diese nicht nur nach Meinung von Ernährungswissenschaftlern betrübliche Feststellung erhält ihren besonderen Akzent durch die Tatsache, daß sie im gleichen Umfang auch für Kinder und Jugendliche gilt. Für einen bestimmten Kreis der Nahrungsmittelanbieter ergibt sich da allerdings ein Markt, der Wachstumsreserven verspricht, wie sie die Branche sonst kaum noch kennt.

Dies gilt vor allem für die Hersteller der Cerealien, der tischfertigen Getreidespeisen, von denen die Corn Flakes zweifellos das bekannteste Produkt sind. Der Pro-Kopf-Verbrauch dieser Flocken aus Mais, Reis, Weizen oder Hafer betrug 1982 in der Bundesrepublik erst ganze 354 Gramm und wird von dem anderer europäischer Länder weit übertroffen. Die US-Amerikaner und die Briten konsumieren mehr als die zehnfache Menge, den absoluten Rekord halten die Australier mit weit über fünf Kilogramm.

Daß dieses Traumziel hierzulande nicht zu erreichen ist, weiß auch die Kellogg (Deutschland) GmbH, Bremen, Tochtergesellschaft des gleichnamigen amerikanischen Lebensmittelkonzerns. Sie ist in der Bundesrepublik unbestrittener Marktführer auf dem Cerealienmarkt.

Das Leitprodukt Corn Flakes wurde erstmalig um die Jahrhundertwende von den Gebrüdern Kellogg entwickelt, ein Produkt aus entkeimtem, gekochtem, zu Flocken ausgewalztem und dann geröstetem Mais, das bald in der ganzen Welt bekannt wurde. Der Kellogg's-Konzern mit Sitz in Battle Creek, Michigan, produziert in etwa 45 Werken in 19 Ländern, eines der jüngsten ist das deutsche Werk in Bremen. Hier stieg Kellogg's, dessen Produkte in der Bundesrepublik zuvor schon von Importeuren vertrieben wurde, 1962 in die Reis- und Handels AG ein, wandelte diese in eine Tochtergesellschaft um und baute am Firmensitz im Bremer Hafengelände eine moderne Fertigungsstätte auf.

Dieses Werk produziert zwölf verschiedene Produkte der Kellogg's-Palette, neben Corn Flakes auch Rice Krispies, Smacks, Frosties und andere Marken in den bekannten bunten Faltschachteln. Rund 40 000 Tonnen beträgt die gegenwärtige Produktionskapazität pro Jahr, allerdings nicht nur für den deutschen Markt bestimmt, sondern auch für den der benachbarten europäischen Länder. Am Ausbau dieser deutschen Niederlassung, bei der einschließlich Außendienst rund 530 Mitarbeiter beschäftigt sind, hat die amerikanische Mutter kräftig mitgeholfen und das nicht nur mit Know-how.

Rund 200 Mill. DM betrug der Umsatz 1983, das ist eine Zuwachsrate von etwa 20 Prozent, und mit ähnlichem Wachstum wird auch für 1984 gerechnet. Allein das deutsche Marktvolumen wird gegenwärtig auf mehr als 300 Mill. DM geschätzt. „Kellogg's als Unternehmen und seine Produkte sind inzwischen gut drei Generationen alt, da wird es Zeit, erwachsen zu werden und sich auch an die Erwachsenen zu wenden", umreißt Günter E. Thiele, Vorsitzender der deutschen Kellogg-Geschäftsführung, die Marketing-Ziele der Zukunft. Man will weg vom Image, vorwiegend nur ein „Fun-Product" für Kinder zu sein, und sich verstärkt als gesunde und rationell zu servierende Nahrung für Erwachsene präsentieren.

Daß hierfür zweifellos Chancen bestehen, unterstreicht auch das Interesse, das andere Anbieter an diesem Markt bereits anmelden. Im verwandten Bereich der Müslis, der Mischungen von Getreideflocken mit Rosinen, Nüssen und anderen Früchten, wo Kellogg's bereits den Vorreiter machte, stieg erst vor wenigen Wochen der Bielefelder Markenartikel-Hersteller Dr. Oetker mit ersten Produkten ein.

ERGEBNISSE

Braunschweig – Nürnberg	1:0 (0:0)
Mannheim – München	0:0
Leverkusen – Uerdingen	3:1 (2:1)
Bielefeld – Dortmund	0:0
Düsseldorf – K'lautern	1:5 (0:2)
M'gladbach – Stuttgart	2:0 (0:0)
Bochum – Köln	2:3 (0:0)
Bremen – Frankfurt	2:3 (1:2)
Offenbach – Hamburg	0:4 (0:2)

DIE SPIELE

Mannheim – München 0:0

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Scholz, Tsionanis – Schlindwein, Quaisser, Hein, Dickgießer, Schön – Olaidotter (75. Remark), Walter (90. Knapp). – **München:** Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Beierlorzer – Kraus, Lerby, Nachtweih, Pflügler, Dürnberger – M. Rummenigge (46. Hoeneß), K.-H. Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Uhlig (Dortmund). – **Zuschauer:** 44 000 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** Scholz (3), Dickgießer (4/1), Augenthaler (7), Dürnberger (3).

Gladbach – Stuttgart 2:0 (0:0)

Gladbach: Sude – Bruns – Hannes (81. Fleer), Frontzeck – Krauss, Matthäus, Herlovsen (43. Borowka), Rahn, Schäfer – Mill, Lienen. – **Stuttgart:** Roleder – Makan – K. H. Förster, B. Förster – Buchwald, Kelsch (71. Müller), Allgöwer, Ohlicher (71. Zietsch), Sigurvinsson – Reichert, Corneliusson. – **Schiedsrichter:** Heitmann (Drentwede). – **Tore:** 1:0 Bruns (53.), 2:0 Mill (76.). – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karten:** Mill (4), Makan (3), K.-H. Förster (4/1), Buchwald.

Leverkusen – Uerdingen 3:1 (2:1)

Leverkusen: Vollborn – Bast – Posner, Gelsdorf – Winklhofer, Röber, Bittorf, Hörster (73. Geschlecht), Wjtowicz – Zechel (88. Holzgen), Tscha. – **Uerdingen:** Vollack – Klinger – van de Loo, Buttgereit – Jusufi (46. Sackewitz), Thomas, Funkel, Feilzer, Raschid – Kliemt (46. Hofmann), Loontiens. – **Schiedsrichter:** Walz (Waiblingen). – **Tore:** 1:0 Röber (9., Foulelfmeter), 1:1 Funkel (25., Foulelfmeter), 2:1 Röber (40.), 3:1 Winklhofer (47.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karte:** Posner (2).

Offenbach – Hamburg 0:4 (0:2)

Offenbach: Reck – Kutzop – Demuth, Thiel – Franusch, Michelberger (25. Sandner), Trapp, Bein, Martin – Krause, Hofeditz. – **Hamburg:** Stein – Hieronymus – Kaltz, Jakobs, Wehmeyer – Hartwig, Groh, Rolff, Magath – Wuttke, Milewski. – **Schiedsrichter:** Wahmann (Recklinghausen). – **Tore:** 0:1 Milewski (36.), 0:2 Magath (45.), 0:3 Rolff (56.), 0:4 Jakobs (86.). – **Zuschauer:** 18 000.

Bochum – Köln 2:3 (0:0)

Bochum: Zumdick – Lameck – Zugcic, Knüwe, Oswald – Bönighausen, Kühn (46. Benatelli), Schulz, Schreier – Krella (69. Zagorny), Pater. – **Köln:** Schumacher – Steiner – Hönerbach, Willmer – Prestin, Hartmann, Mennie, Haas (74. Gleichen) – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Schiedsrichter:** Wuttke (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Schreier (56., Handelfmeter), 1:1 Fischer (57.), 1:2 Hartmann (60.), 1:3 Willmer (87.). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karte:** Hönerbach (4).

Bremen – Frankfurt 2:3 (1:2)

Bremen: Burdenski – Fichtel (27. Neubarth) – Schaaf, Pezzey, Otten – Sidka, Möhlmann, Okudera – Reinders, Völler, Meier. – **Frankfurt:** Pahl – Fruck – Berthold, Körbel, Kraaz – Borchers, Kroth, Falkenmayer, Trieb – Svensson, Tobollik (83. Müller). – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 0:1 Falkenmayer (19.), 0:2 Tobollik (25.), 1:2 Reinders (35., Foulelfmeter), 2:2 Reinders (65.), 2:3 Falkenmayer (80.). – **Zuschauer:** 16 200. – **Gelbe Karten:** Fruck (3), Svensson (3).

Bielefeld – Dortmund 0:0

Bielefeld: Kneib – Wohlers – Geils, Hupe – Rautiainen, Büscher, Pagelsdorf (79. Okazaki), Pohl, Dronia – Grillemeier (68. Westerwinter), Schröder. – **Dortmund:** Immel – Zorc – Storck, Rüßmann – Koch, Konopka, Keser, Bittcher, Raducanu – Klotz (74. Dressel), Wegmann. – **Schiedsrichter:** Correll (Happenbach). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Keser (4/1), Konopka (2).

Braunschweig – Nürnberg 1:0 (0:0)

Braunschweig: Franke – Hollmann – Bruns, Ellmerich – Geiger, Pahl, Tripbacher, Kindermann (64. Studzizba), Lux – Zavisic (67. Keute), Worm. – **Nürnberg:** Kargus – Eder – Giske, Reinhardt – Grahammer, Brunner, Weyerich (75. Heck), Täuber, Burgsmüller – Abramczik (75. Hintermaier), Trunk. – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tor:** 1:0 Tripbacher (70.). – **Zuschauer:** 15 107. – **Gelbe Karten:** Weyerich (2), Brunner.

Düsseldorf – K'lautern 1:5 (0:2)

Düsseldorf: Kleff – Zewe – Fach, Theis – Bockenfeld, Bommer, Ormslev, Dusend, von Diericke (46. Wenzel) – Edvaldsson, Thiele. – **K'lautern:** Hellström – Dusek – Wolf, Briegel – Melzer, Moser, Geye, Allofs, Brehme – Nilsson, Hubner. – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 1:0 Brehme (22.), 0:2 Hübner (32.), 0:3 Hübner (57.), 1:3 Fach (71.), 1:4 Allofs (77.), 1:5 Nilsson (87.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karte:** Dusek (3).

VORSCHAU

Freitag, 16. März, 20 Uhr:

Stuttgart – Leverkusen	(1:1)
Kaiserslautern – Offenbach	(2:3)
Uerdingen – Bielefeld	(1:3)

Samstag, 17. März, 15.30 Uhr:

Frankfurt – Braunschweig	(3:4)
Dortmund – Dusseldorf	(0:7)
Köln – Mönchengladbach	(2:4)
Nürnberg – Mannheim	(0:1)
Hamburg – Bremen	(0:0)
München – Bochum	(1:3)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Schwerer Rückschlag für Fortuna Düsseldorf – Weises Arbeit beginnt in Frankfurt Früchte zu tragen

Zuschauer riefen höhnisch: „Ehrenrunde" Kremer: „Das hat mich zornig gemacht"

BERND WEBER, **Düsseldorf**

Als das Drama im Rheinstadion vorbei war, als Fortuna Düsseldorf gegen den 1. FC Kaiserslautern mit 1:5 eine der schlimmsten „Hinrichtungen" seit Jahren vor eigenem Publikum erlebt hatte, packte Fortunas Trainer Willibert Kremer derweil schweigend seine Sporttasche. Kremer setzte sich in sein Auto und fuhr „zwar innerlich aufgewühlt, aber doch ohne Aggressionen", so formulierte er es, in seinen Heimatort Köln zurück. Er habe in der Nacht danach sogar überraschend gut geschlafen, meinte Kremer. Mit Sicherheit könne er sagen, daß seine Mannschaft heute vor dem Morgentraining nicht nachgereicht bekäme, was er sich auch schon direkt nach dem Debakel „aus guten Gründen" verkniffen hätte: ein großes Donnerwetter. „Es wäre die schlechteste aller Möglichkeiten", zu dem Schluß ist der Trainer schnell gekommen, „wenn ich meine Jungs jetzt fertigmachen würde. Gerade weil wir in einer äußerst schwierigen Situation stehen nach vier Niederlagen hintereinander, müssen wir Ruhe bewahren. Und da bin selbstverständlich ich an erster Stelle gefordert, nicht auszuflippen.".

Freilich, so weit ging die Selbstbeherrschung von Kremer nun auch nicht, als daß er sich nicht doch ein Ventil für seine Enttäuschung über den Leisungungseinbruch gesucht hätte – er hat es in dem Verhalten eines Großteils der 13 000 Zuschauer bekundet. Der Trainer zur WELT: „Daß uns nach dem Abpfiff viele ‚Ehrenrunde, Ehrenrunde' nachgegröhlt haben, hat mich erst getroffen, und dann richtig zornig gemacht."

Womit denn nun bewiesen wäre, daß die fröhlichen Tage im Rheinstadion wohl endgültig vorüber sind. Vor einem Monat pilgerten über 60 000 dorthin und verließen die Arena begeistert, nachdem Fortuna den Münchner Bayern mit 4:1 eine deutliche Lektion erteilt hatte. Damals brüllten die Zuschauer auch „Ehrenrunde, Ehrenrunde", nur damals haben sie es nicht ironisch gemeint...

Düsseldorfs Manager Werner Faßbender sieht die Dinge klar. „Wir haben unsere Fans wochenlang mit Sekt bespritzt. Nun sind uns die Vorräte ausgegangen, aber jetzt will sich niemand mehr an das Selters, das es früher gab, gewöhnen." Die Aussage ist ebenso plastisch wie richtig – und sie läßt den Schluß zu, daß die Düsseldorfer die Situation, in der sie sich derzeit befinden, zumindest ein klein wenig mitverschuldet haben. Denn schließlich, wer allzu spendabel mit seinen Kostbarkeiten umgeht, darf sich nicht wundern, wenn er sehr bald mit leeren Händen dasteht.

Selbstverständlich, für den Sturzflug der Düsseldorfer gibt es Gründe. Für das weit über den Normalrahmen hinausgehende 1:5 gegen Kaiserslautern am Samstag besonders. Kremer: „Wir mußten mit Kuczinski, Löhr und Weikl drei Stammspieler ersetzen. Zewe und Edvalsson waren grippegeschwächt und konnten erst mit Hilfe von Spritzen fitgemacht werden. So viele Handicaps kann die Mannschaft einfach nicht verkraften."

Und auch das Argument des Trainers ist einzusehen: „Der durch die Nationalmannschaft durcheinandergebrachte Bundesliga-Terminkalender hat uns besonders hart getroffen. Wir mußten dreimal hintereinander auswärts antreten (in Köln, Nürnberg, beim HSV). Mir war von Anfang an klar, daß wir längst nicht die Klasse haben, um solch ein schweres Programm ohne Schaden zu überstehen."

Wie gesagt, daß kann man akzeptieren. Aber auch darüber sollte man reden: Hat die Vereinsführung ihren Spielern nicht zuviel zugemutet, als sie die kürzlich, für die vergleichsweise bescheidene Gage von 80 000 Mark, zu Freundschaftsspielen nach Südkorea schickte? Die Umstellung auf das Klima, auf die Ernährung dort, insgesamt 70 Stunden im Flugzeug – das alles hat gewiß nicht dazu beigetragen, daß die Spieler neue Kräfte auftanken konnten.

Und keineswegs auszuschließen ist, daß der eine oder andere Spieler zu viel Substanz an den Karnevalstagen verloren hat. Immerhin, acht Profis wurden beim Düsseldorfer Rosenmontagszug auf einem eigenen Fortuna-Wagen gesichtet. Ganz bestimmt haben sie dort oben nicht nur Selterswasser getrunken.

Daß die Reise in den Fernen Osten nicht gerade ein Geniestreich war, gibt Willibert Kremer zu. Daß der Karneval auslösender Faktor für die Blamage gegen Kaiserslautern gewesen sein könnte, will er hingegen nicht wahrhaben. Und mit Leidenschaft stemmt sich der Trainer gegen jede Art von Dramatisierung der Lage. Mit Recht stemmt er sich dagegen.

Tatsache ist: Die Düsseldorfer haben sich zu Beginn der Saison lediglich zwei Ziele gesetzt. Nämlich erstens nicht abzusteigen, und zweitens, den kalkulierten Zuschauerschnitt von 15 000 zu erreichen. Geschafft wurde bereits mehr. Der Abstieg aus der höchsten Klasse ist in dieser Meisterschaftsserie zu keinem Zeitpunkt ein Thema gewesen. Im Gegenteil, vor einem Monat glaubte Bayern-Trainer Udo Lattek: „Fortuna ist ein Meisterschafts-Anwärter". Was die Zuschauerzahlen betrifft, da liegt der Verein bei rund 24 000 pro Heimspiel, also noch nicht 9000 über dem geplanten Soll. Daß ZDF-Redakteur Michael Palme am Samstagabend im Aktuellen Sportstudio mit finsterer Mine resümierte, durch das 1:5 sei Fortuna Düsseldorf nun aus dem Kreis der Titelanwärter ausgeschieden, mag im Verein niemand akzeptieren und hat eher heiteres Kopfschütteln ausgelöst. „Wir selbst waren nie so vermessen, uns überhaupt so hoch oben anzusiedeln", sagt Kremer.

Seine Sachlichkeit bietet wohl die beste Gewähr dafür, daß Fortuna aus der bedrohlichen Situation herauskommen wird.

Rummenigge fand Nachfolger: Waas

Von ULRICH DOST

Dettmar Cramer (58) ist ein Mann, der es gewohnt ist, den Dingen auf den Grund zu gehen. In den Zeitungen konnte der Trainer von Bayer 04 Leverkusen zuletzt täglich lesen, daß sich **Karl-Heinz Rummenigge** (28) nun doch entschlossen habe, seine Karriere in Italien fortzusetzen. Was lag also näher für Cramer, als zum Telefonhörer zu greifen, um den Spieler anzurufen, als dessen Entdecker und väterlicher Freund er sich rühmt.

Am Freitag abend war es dann soweit, Cramer wollte sich bei Rummenigge die Bestätigung seiner Italien-Pläne holen. Mit einem aber hatte der frühere Trainer von Bayern München nicht gerechnet – daß Rummenigge nämlich inzwischen schon dabei ist, einen geeigneten Nachfolger für sich beim FC Bayern München zu suchen. Cramers Anruf kam dem Nationalspieler gerade recht, denn für ihn gibt es nur einen Spieler in der Bundesliga, der ihn ersetzen könnte. Und der spielt in Leverkusen bei Dettmar Cramer: **Herbert Waas** (21). Ob es denn möglich sei, so Rummenigge, daß Leverkusen seinen Mittelstürmer abgeben könne. Cramer war auf diese Abwerbung zwar nicht gefaßt, dennoch schaltete er schnell.

Da sei durchaus etwas zu machen, teilte er Rummenigge mit, auch wenn Waas erst im letzten Jahr einen Dreijahresvertrag bis 1987 in Leverkusen unterschrieben habe. Der Bayer Waas, er kommt aus Passau, fühlt sich in Leverkusen nicht ganz wohl. Er ist eher ein ruhiger Typ, der sich gerne absondert. Und er gilt als Musterschüler, der nie aufmuckt. So etwas haben die Mitspieler nicht so gerne.

So um die 2,5 Millionen Mark müßten die Bayern für den jungen Nationalspieler schon nach Leverkusen überweisen. Der Werksklub wäre dann zum ersten Mal in der Lage, bei einem Transfergeschäft richtig zu verdienen. Das Bayer-Werk brauchte dann endlich einmal nicht den Geldhahn aufzudrehen, um in neue Spieler zu investieren.

Das hatte sich Rummenigge auch nicht träumen lassen, daß er auf der Suche nach seinem Nachfolger so schnell fündig werden würde.

*

Einer, der zumindest schon mit seinem Herzen in München ist, ist **Lothar Matthäus** (22). Bis zum 15. März wollen die Mönchengladbacher ihr Angebot von rund 375 000 Mark im Jahr für Matthäus noch aufrechterhalten, ansonsten kann er nach München zu den Bayern wechseln. Wie aber heute schon beide Parteien miteinander umgehen, ist eine Trennung eher wahrscheinlich als eine Fortsetzung der Beziehungen. Der Spieler möchte zwar den Termin bis Ende März noch hinauszögern (vielleicht sieht man dann eher, ob Bayern oder Gladbach Meister wird), Manager **Helmut Grashoff** (54) zweifelt aber schon, ob ein Hinausschieben des Termins überhaupt sinnvoll sei. Wenn er sich bis zum 15. März nicht für Gladbach entschieden habe, so der Manager, wird er es danach auch nicht tun.

Derweil stand Lothar Matthäus im Klubhaus und sah sich das Spiel der Münchner auf dem Bildschirm an. Und er schwärmte in den höchsten Tönen vom Spiel der Bayern in Mannheim. „Nüchtern und clever spielen die Bayern, einfach risikolos. Wir spielen auswärts immer angriffslustig und verlieren." Redet so einer, der die Brücken noch nicht abgebrochen hat?

„Paß auf, was du den Journalisten sagst", meinte sein Trainer **Jupp Heynckes** (38). Die Antwort von Matthäus: „Da habe ich viel von Ihnen gelernt." Konterte Heynckes: „Das sieht aber manchmal nicht so aus."

Auch Heynckes weiß nicht, was Matthäus vorhat, wie er sich entscheiden wird. Doch aus der Art, wie er mit ihm redet, läßt sich unschwer herauslesen, daß auch er ihn bereits abgeschrieben hat. Ob denn der Weggang von Karl-Heinz Rummenigge seine Entscheidung beeinflussen würde, wurde Matthäus gefragt: „Ganz bestimmt nicht, ich würde auch dann gehen. Außerdem glaube ich nicht an den ganzen Zauber mit Italien." Es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, wann Matthäus ein Bayer ist.

Ein Kölner, das hat Hamburgs Manager **Günter Netzer** (38) am Samstag in Mönchengladbach gesagt, werde sein Mittelstürmer **Dieter Schatzschneider** (25) nicht, vorerst jedenfalls nicht. Schatzschneider müsse seinen Vertrag in Hamburg erfüllen, und allmählich habe er sich damit abzufinden, daß der HSV neben ihm mit **Jürgen Milewski** (26) und **Allan Hansen** (28) noch zwei weitere gute Stürmer besitzt. Beim 4:0 in Offenbach saß Schatzschneider auf der Reservebank. Netzer: „Ich weiß, daß er mit Kölns Schatzmeister Karl-Heinz Thielen über einen Wechsel gesprochen hat. Doch das Thema ist erledigt." Schließlich war es Netzer, der Schatzschneider nach Hamburg holte. Ließe er ihn schon nach einem Jahr ziehen, käme das dem Eingeständnis gleich, einen falschen Mann geholt zu haben.

*

Wenn ein Fußballspiel des 1. FC Köln in der näheren Umgebung ansteht, dann ist **Bernhard Worms** (55), Spitzenkandidat der CDU für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, nicht mehr zu halten. Am Samstagmittag sagte er zu seinem Parteifreund **Heiner Geißler** (54): „Du, Heiner, mit mir kannst du jetzt nicht mehr rechnen. Ich muß nach Bochum, da spielt der 1. FC Köln."

Vom Sieg der Kölner, zu dessen Verwaltungsrat Worms gehört, war er selbstverständlich erfreut. Abends im Kölner Klubheim „Zum Geißbock" wurde auf den Erfolg getrunken. Nur eine Sache gibt dem Politiker schwer zu denken – die Form von **Pierre Littbarski** (23). Worms wäre nicht Spitzenkandidat, hätte er nicht auch einen Rat zur Hand für den kleinen Rechtsaußen. Worms: „Den Pierre Littbarski müßte man am besten einmal ein halbes Jahr aus dem Verkehr nehmen und zur Kur schikken. So könnte man dem Jungen am besten helfen."



*

Den Torwarten wird nachgesagt, sie spielten auch noch, wenn sie längst den Kopf unter dem Arm hätten. Will sagen: Die Burschen graust es vor gar nix. Jetzt hat sich aber herausgestellt, daß es auch Angsthasen unter ihnen gibt. Einer war sogar einmal Nationaltorwart: **Norbert Nigbur** (35) verweigerte am Samstag seinen Einsatz beim Landesligaklub VfB Hüls, weil die Partie gegen TuS Velen (1:2) auf einem Aschenplatz ausgetragen wurde. Nigbur hatte es sich nämlich schriftlich geben lassen, daß er nur auf Rasenplätzen zu spielen brauche. In vier Spielen mußte Nigbur nur einen Treffer durch Elfmeter hinnehmen, jetzt gab es wieder eine Niederlage.

*

Mit dieser Logik werde fertig, wer will. Da wollen sich die Offenbacher die Dienste ihres Trainers **Lothar Buchmann** (47) noch unbedingt sichern, weil sie sich „sein unbestrittenes Know-how" erhalten wollen. So jedenfalls drückt es Schatzmeister **Volker Schüler** (43) aus. Verantwortlich aber soll ein „dynamischer, billiger Rohdiamant" sein, der Buchmann zum Saisonende ablösen soll. Buchmann wäre dann mit rund 20 000 Mark der bestbezahlte Assistenz-Trainer.

Daß sich ein Mensch alleine soviel Unfug ausdenken kann, muß schon überraschen. In der Bundesliga gibt es wirklich nichts, was es nicht gibt. Lothar Buchmann hat ja schon mit Ironie geantwortet: „Dann sollten sie am besten den Luis Menotti holen, von dem können die Spieler wenigstens Spanisch lernen." Ernst läßt sich die Sache nun wirklich nicht nehmen.

Körbel: „Wir zweitklassig? Das wäre doch ein Unding"

KLAUS BLUME, **Bonn**

Als das Spiel zu Ende war, als die Frankfurter Eintracht im Weserstadion 3:2 gewonnen hatte, applaudierten die Bremer Zuschauer auf den Rängen, und der Bremer Stadionsprecher sagte: „Wir gratulieren Eintracht Frankfurt zu dieser großartigen Leistung." Noch am Sonntag sagte Karl-Heinz Körbel (29), der Kapitän und dienstälteste Frankfurter Spieler mit 13 Jahren Vereinszugehörigkeit: „Ich habe ja schon einiges erlebt mit diesem Verein, aber das war wirklich sensationell. Wir waren auf einmal in einem Spielrausch, so wie einst zu den glanzvollen Zeiten der Eintracht." Trainer Dietrich Weise dämpft die Freude: „Nur nicht abheben, Jungs. Erst müssen wir am nächsten Samstag gegen Eintracht Braunschweig zu Hause gut aussehen."

Weises Vorsicht kommt nicht von ungefähr. Gleich 16mal hintereinander hatte die Frankfurter Eintracht in dieser Saison nicht gewonnen, und ein Aufwärtstrend läßt sich erst nach dem Sieg über die Offenbacher Kikkers vor vierzehn Tagen feststellen. Vor jenem Spiel hatte Eintracht-Präsident Gramlich den Spielern gesagt: „Man kann nicht immer nur versprechen, daß man sich richtig reinhängt, man muß das auch tun. Denn der Zuschauer läßt sich nicht mißbrauchen." Körbel sagt: „Das war ebenso notwendig wie der spätere Sieg. Denn gerade unsere jungen Spieler brauchten den Erfolg unbedingt für ihr Selbstbewußtsein."

Die jungen Leute: Ralf Falkenmayer – der in Bremen zwei Tore erzielte – ist 20 Jahre alt, Thomas Berthold 18, Armin Kraaz 19, Martin Trieb 22, der frühere polnische Junioren-Nationalspieler Cesar Tobollik ist auch erst 22. Früher, als noch die großen Stars bei der Eintracht spielten, standen draußen auf dem Stadion-Parkplatz immer deren schwere Karossen, wie zum Beispiel Jürgen Grabowskis Jaguar. Das hat sich geändert. Körbel sagt: „Einige unserer jungen Spieler haben gerade erst den Führerschein gemacht. Die können noch gar nicht richtig Auto fahren."

Der Umbau der Mannschaft, das war freilich schon einmal in den frühen siebziger Jahren das Konzept von Dietrich Weise bei dessen erstem Frankfurter Engagement. Weil er es damals nicht durchsetzen konnte, verließ er den Verein. Als Weise im letzten Oktober zurückkehrte, hatte erst einmal der Rotstift das Konzept geprägt, weil Stars wie Bruno Pezzey verkauft werden mußten, um den hohen Schuldenberg von rund sieben Millionen Mark abzutragen. Jetzt haben die Frankfurter noch rund drei Millionen Mark Schulden und den erstaunlichen Zuschauerschnitt von 24 000 pro Heimspiel. 20 000 sind nötig, um den Betrieb über die Runden zu bringen, jetzt wird also sogar Gewinn gemacht. Körbel sagt: „Die Zuschauer haben diese junge Mannschaft akzeptiert, das ist das eine. Das andere: Wir leben freilich auch davon, daß es drüben bei den Offenbacher Kickers nicht klappt. Für uns kommen deren Dauer-Querelen und Niederlagen gerade zur rechten Zeit. Uns kommt auch zugute, daß es beim nächsten Nachbarn, bei Darmstadt 98, in der zweiten Liga nicht vorangeht. Das alles bringt uns zusätzlich Publikum." Das war nicht immer so, und noch vor einem halben Jahr überwogen in den Frankfurter Zeitungen die negativen Schlagzeilen: „Eintracht vor Gericht" konnte man in der Abendpost/Nachtausgabe lesen, oder über „Branko Zebecs windiges Wechselspiel" in der Frankfurter Rundschau. Auch das hat sich geändert, obwohl die jungen Spieler noch nicht gelernt hatten zu siegen. Dietrich Weise, in Frankfurt seit eh und je hochgeachtet, „redet jedem Spieler ein, daß er keinesfalls so schlecht ist, wie er sich das selber immer glauben macht" (Körbel). Wer allerdings nicht mitzieht, darf den Platz auf dem Spielfeld, nach kurzer Vorwarnung, mit einem auf der Zuschauertribüne vertauschen. Körbel: „Präsidium und Verwaltungsrat lassen Weise völlig freie Hand."

Um den Abstieg kämpfen die Frankfurter, die einst – lang, lang ist es her – als eine Mannschaft von besonders hoher Spielkultur galten. Nun haben sie den 16. Platz angepeilt, „denn die Eintracht zweitklassig, das wäre im Grunde ein Unding", meint schließlich Körbel. Fünf Heimspiele haben die Frankfurter noch bis zum Saisonende zu bewältigen. „Die müssen wir alle gewinnen", sagt Körbel. Und Falkenmayer, der zweifache Torschütze von Bremen, weiß auch, wie: „Wir dürfen jetzt nur nicht in Euphorie verfallen."

Die Abwehrmauer – von vorne und von hinten . . .



Auch im Sport gibt es selbstverständlich Modewörter, besonders im Fußball. In letzter Zeit ist – vor allem im Fernsehen – von „Standardsituationen" die Rede. Ein Eckstoß gehört dazu. Sepp Herberger ließ ihn schon mit seinen Nationalspielern trainieren. Mal schlug Fritz Walter den Ball kurz auf den Kopf seines Bruders Ottmar, mal lang in die Mitte, wo sich dann Max Morlock herumtrieb. Die Abseitsfalle gehört heute leider auch zu diesen Situationen, die im Training geübt werden, bis jeder weiß, wann er nach vorne zu laufen hat. Freistöße kurz vor der Strafraumgrenze müssen doppelt geübt werden – ihre Abwehr und ihre Ausführung. Welchen Nutzen das hat, zeigen unsere Fotos: Neun Stuttgarter stellen sich auf und bilden vor Torwart Roleder eine Mauer: Bernd und Karlheinz Förster, Makan, Corneliusson, Buchwald, Reichert, Allgöwer, Kelsch, Sigurvinsson (oben, von links). Alle haben sie den konzentrierten Blick, sechs von ihnen schützen mit den Händen empfindliche Körperteile. Dann kommt der Schuß – hier vom Mönchengladbacher Bruns – alle drehen sich um, die Konzentration im Blick ist dem blanken Entsetzen gewichen (unten, Namen jetzt von rechts nach links). Bruns nämlich hat in dieser Standardsituation die Trainingsübungen der Stuttgarter zunichte gemacht und in der 53. Minute das 1:0 erzielt. Torwart Roleder, vorher von der Mauer seiner Kollegen verdeckt, kann nur noch dem Ball hinterherschauen. Standardsituation – vorher und nachher. Der Schluß, die Gladbacher hätten ihre Freistöße besser geübt, als die Stuttgarter ihre Mauer, liegt nahe. FOTOS: RZ

23. Spieltag in der Statistik: Hamburger SV erstmals seit November wieder Spitze

							Heim		Auswärts	
1. Hamburg	23	14	4	5	52:26	32:14	39:13	20:4	13:13	12:10
2. München	22	13	5	4	45:21	31:13	28:5	18:2	17:16	13:11
3. M'gladbach	23	13	5	5	52:33	31:15	37:12	23:1	15:21	8:14
4. Stuttgart	22	12	6	4	46:22	30:14	29:6	18:2	17:16	12:12
5. Bremen	23	12	5	6	50:26	29:17	36:7	21:3	14:19	8:14
6. Düsseldorf	23	10	5	8	51:37	25:21	37:14	18:6	14:23	7:15
7. Köln	23	11	3	9	42:34	25:21	25:12	16:6	17:22	9:15
8. Leverkusen	23	10	5	8	40:38	25:21	27:13	19:5	13:25	6:16
9. Uerdingen	22	8	6	8	40:44	22:22	21:16	15:7	19:28	7:15
10. K'lautern	23	9	3	11	51:47	21:25	29:16	15:9	22:31	6:16
11. Bielefeld	23	7	7	9	27:38	21:25	17:15	14:10	10:23	7:15
12. Braunschw.	23	9	2	12	37:55	20:26	27:15	17:5	10:40	3:21
13. Mannheim	23	5	9	9	26:40	19:27	17:15	12:10	9:25	7:17
14. Dortmund	23	7	5	11	30:45	19:27	18:11	16:8	12:34	3:19
15. Bochum	23	6	6	11	41:53	18:28	25:19	14:8	16:34	4:20
16. Frankfurt	23	3	10	10	29:45	16:30	16:14	12:12	13:31	4:18
17. Offenbach	22	5	3	14	30:65	13:31	21:23	12:10	9:42	1:21
18. Nürnberg	23	6	1	16	29:49	13:33	25:18	13:9	4:31	0:24

● Erstmals seit dem 13. November 1983 steht der Hamburger SV wieder an der Spitze der Fußball-Bundesliga. Nach zahlreichen Turbulenzen zum Jahresende entwickelte sich der amtierende Meister mit 10:2-Punkten zur besten Elf der Rückrunde. Die beste Heimserie der Bundesliga ging im Bremer Weserstadion zu Ende. Vor dem überraschenden 2:3 gegen die Frankfurter Eintracht, die ihren ersten Auswärtssieg feierte, war der SV Werder Bremen in 32 Heimspielen seit dem 3. April 1982 ohne Niederlage geblieben.

● Den besten Besuch des 23. Spieltages verzeichnete Aufsteiger Waldhof Mannheim. 43 000 wollten in Ludwigshafen die Münchner Bayern sehen. Nur 7 700 Zuschauer erschienen zum Spiel Leverkusen gegen Uerdingen. Insgesamt kamen 171 000 (Schnitt: 19 000) zu den neun Begegnungen. Die meisten Zuschauer in allen Heimspielen hatte in dieser Saison bisher der FC Bayern München mit 333 500, gefolgt vom VfB Stuttgart (299 009). Auf dem vierten Platz folgt bereits die abstiegsbedrohte Frankfurter Eintracht (290 147).

● Karl-Heinz Rummenigge hat die alleinige Führung in der Torschützenliste der Fußball-Bundesliga mit 14 Treffern behalten. Der Kapitän der Nationalelf, Torschützen-König von 1980 (26 Tore) und 1981 (29 Tore), erhielt aber zur 23. Runde noch mehr Konkurrenz, denn nun sitzt ihm ein Quartett im Nacken. Der Uerdinger Friedhelm Funkel, der Bochumer Christian Schreier und der Mönchengladbacher Frank Mill verbesserten sich auf 13 Treffer und schlossen damit zu dem Leverkusener Herbert Waas auf.

● Der Münchner Nationalspieler Klaus Augenthaler sah in Mannheim die siebte gelbe Karte und ist damit als vierter Spieler nach dem Bochumer Lothar Wölk, dem Offenbacher Gerd Paulus und dem Stuttgarter Bernd Förster in der laufenden Saison der Fußball-Bundesliga zum zweiten Mal gesperrt. Der Mönchengladbacher Frank Mill und der Kölner Matthias Hönerbach sind nach je vier Verwarnungen zum ersten Male für ein Spiel ausgeschlossen. Sieben Spieler haben bisher sechs Verwarnungen erhalten.

BERLIN / Olympischer Tag mit der Ehrung eines großen amerikanischen Athleten

Jesse-Owens-Allee am Olympiastadion von 1936
Willi Daume korrigierte eine alte Legende

DIETER DOSE, Berlin

Ein Hauch von Olympia rund um das Berliner Olympiastadion: Jesse Owens, der amerikanische Ausnahmeathlet, machte es 38 Jahre nach seinem viermaligen Triumph (Gold über 100, 200, 4 x 100 m und Weitsprung) bei den Olympischen Spielen von 1936 und drei Jahre nach seinem Tode möglich. Berlin ehrte ihn durch die Benennung einer Straße – rund 250 Meter von der einstigen Aschenbahn (heute Tartan) entfernt, auf der der Athlet Hunderttausende begeisterte.

Aus der Stadionallee, rund 600 Meter lang und nur zwei Anlieger (Landesverbände Reiten und Moderner Fünfkampf), wurde die „Jesse-Owens-Allee". Um diese Ehrung zu ermöglichen, sprang die Bürokratie sogar über den eigenen Schatten. Denn Berlins Straßengesetz sieht vor, daß solche Umbenennungen erst vier Jahre nach dem Tod des Betreffenden erfolgen dürfen. Für Owens gab es eine Ausnahmeregelung – genau wie vor Jahren für seinen Landsmann John F. Kennedy.

Senat und Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (NOK) riefen – und scharenweise kamen die Prominenten. An der Spitze die Familie Owens mit Witwe Ruth, den Töchtern Gloria, Beverly und Marlene. Juan Antonio Samaranch, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Willi Daume, Josef Neckermann, Berthold Beitz und Berlins Spitzenpolitiker waren da. Olympiasieger von einst wie die immer noch attraktive Wilma Rudolph (dreimal Sprinter-Gold 1960 in Rom) und von heute: Ed Moses, der Weltbeste über die 400 m Hürden.

Rund 90 Mitglieder der deutschen Kernmannschaft für Los Angeles kamen für 48 Stunden an die Spree. Das NOK verband ihre Teilnahme an der Owens-Ehrung mit Nützlichem: Es wurde Maß genommen für die Olympia-Kleidung.

Wer wollte, konnte zwischen Banketts und Empfängen auch trainieren. Sportstätten standen zur Verfügung. Manchen, zum Beispiel den Läufern Hans-Peter Ferner und Christoph Herle, genügten die Parkwege des Tiergartens.

„Auf diese Ehrung wäre Jesse sehr stolz gewesen", sagt Ruth Owens, als sie zu den Klängen der „Berliner Luft" das mit dem Sternenbanner verdeckte Straßenschild enthüllte. Jesse Owens, der am 25. Mai 1935 in Ann Arbor (Michigan) innerhalb von 150 Minuten vier Weltrekorde aufstellte (100 y in 9,4 Sek., 220 y in 20,3 Sek., Weitsprung mit 8,13 m und 220 y Hürden in 22,6 Sek.), war mit Berlin besonders verbunden. Dreimal nach 1936 besuchte er noch die Stadt. Auch heute, nach fast fünf Jahrzehnten, ist hierzulande wohl nur noch Max Schmeling so populär.

„Er ist ein Symbol, mehr noch ein Glücksfall für die deutsch-amerikanischen Beziehungen", würdigte Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen den Toten. „Jesse war die geniale Verbindung körperlicher und moralischer Eigenschaften", hob IOC-Präsident Samaranch hervor. „Einen der größten Sportler aller Zeiten und den größten Olympiasieger aller Zeiten", nannte ihn Willi Daume.

Zwischen Suppe und kaltem Büffet beim anschließenden Bankett korrigierte Willi Daume – auf Grund von eigenen Nachforschungen – auch die Legende, Adolf Hitler habe 1936 dem Olympiasieger Owens wegen seiner Hautfarbe den Händedruck verweigert.

Laut Daume hatte der damalige IOC-Präsident Graf de Baillet-Latour bei Hitler protestiert, weil dieser entgegen dem olympischen Protokoll die deutsche Speerwurf-Olympiasiegerin Tilly Fleischer zur Gratulation in seine Loge gebeten hatte. Hitler habe sich dafür entschuldigt und künftig darauf verzichtet, Olympiasiegern die Hand zu drücken. Ruth Owens dazu: „Mein Mann war nach Berlin gekommen, um zu laufen. Er hat sich immer gern an die Olympischen Spiele erinnert, sonst hätte er Berlin auch nicht noch mehrmals besucht."

Am Rande des Owens-Festivals standen aktuelle olympische Probleme zur Diskussion. Vergebens hoffte Erich Ribbeck, Trainer der deutschen Olympia-Fußballer, Neues zum Streit um die Teilnahme von Profis in Los Angeles zu erfahren. Samaranch ließ sich nur die Bemerkung entlocken: „Von 21 Sportarten haben wir nur mit einer Probleme." Er gab den Schwarzen Peter an Willi Daume weiter.

Der deutsche IOC-Chef, Vorsitzender der Zulassungs-Kommission, soll in den nächsten Wochen mit FIFA-Präsident Joao Havelange verhandeln. Für Daume ist das 138 Tage vor den Spielen noch immer ein „schwebendes Verfahren". Klärung erwartet er von dem angekündigten Besuch Havelanges in Europa. Dem Brasilianer wird nachgesagt, er plädierte dafür, es bei der jetzigen Lösung zu belassen oder Fußball für Los Angeles ganz zu streichen.

Ebenso enthielt sich Samaranch einer Stellungnahme zu der Zurückweisung des sowjetischen Olympia-Attachés Jermischkin durch die US-Behörden – für Amerikas NOK-Präsident Simon „kein außergewöhnlicher Vorgang".

Auch Berliner Bestrebungen, sich für 1992 als Olympiastadt ins Gespräch zu bringen, lockten Samaranch, der als Spanier Barcelona favorisiert, nicht aus der Reserve. „Das ist ihr Problem, ein Problem des deutschen Nationalen Olympischen Komitees", lautete seine Antwort. „Wir vom IOC sind glücklich, daß es für 1992 sowohl für die Winter- als auch die Sommerspiele mehrere Bewerber gibt."



Samaranch, Diepgen und Ruth Owens

Berlin verneigt sich vor dem größten Athleten der Olympischen Spiele 1936 und benannte eine Straße nach Jesse Owens. Unser Foto zeigt IOC-Präsident Juan-Antonio Samaranch, Berlins Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, Ruth Owens und Bezirksbürgermeister Eckard Lindemann (v. links) nach der Enthüllung des Straßenschildes in der Nähe des Olympiastadions, in dem Owens vor 48 Jahren vier Goldmedaillen gewann und zum Liebling der Berliner geworden war. FOTO: AP

SPRINGREITEN / Weltcup in Dortmund

Ausländer vorne, aber Schridde ist zufrieden

sid/dpa, Dortmund

Überaus großzügige Gastfreundschaft übten die deutschen Reiter beim Hallenturnier in Dortmund: Sie überließen den Ausländern die dikken Gewinngelder. So siegte im Großen Preis der Bundesrepublik Deutschland Großbritanniens Vize-Europameister John Whitaker auf Clonee Temple, im Weltcupspringen am Samstagabend setzte sich Irlands Weltmeisterschafts-Vierter Gerry Mullins auf Rock Barton im Stechen durch. Bester Deutscher war Peter Schmitz aus Aachen mit Diavolo als Vierter. Schmitz aber gehört nicht zu den Reitern, die eine Chance haben, bei den Olympischen Spielen in Los Angeles zu starten. Mullins und Whitaker kassierten jeweils eine Prämie von 10 000 Mark. 5000 Mark fielen außerdem an den Österreicher Hugo Simon, der auf Gräfin im dritten Stechen das Mächtigkeitsspringen für sich entschied und das Preisgeld seinen Eltern schenkte: „Sie waren unter den Zuschauern. Ihnen habe ich alles zu verdanken."

Die deutschen Elitereiter verpaßten gleich zwei Chancen: ein Vorrükken in der Rangliste der Weltcup-Europaliga und die Revanche für das ebenfalls bescheidene Abschneiden im Großen Preis der Bundesrepublik des letzten Jahres. Wie wenig die einst so sieggewohnten deutschen Springreiter derzeit in der internationalen Spitze mitzureden haben, untermauern Zahlen: Auf den ersten 16 Plätzen, die zum Start im lukrativen Weltcup-Finale berechtigen, stehen sechs englische Reiter, je zwei aus Österreich, Irland und der Schweiz. Die Bundesrepublik ist in diesem Kreis nur von Michael Rüping aus Itzehoe als Siebtem vertreten. Rüping gewann auch noch kein Weltcupspringen, ist jedoch mit zwei Pferden – Carletto und Silbersee – am besten beritten.

Für Bundestrainer Hermann Schridde läuft der Karren in Richtung Olympia dennoch wie geschmiert, auch wenn zwei Reiter seiner voraussichtlichen Equipe in Dortmund bis zum Schlußtag nicht gewannen. Der Aufbau sei richtig, meinte er, wichtig sei ein gutes Abschneiden bei den Olympischen Spielen und nicht in der Westfalen-Halle. Immerhin, es gibt einen Trost:

Fire, das Weltmeister-Roß von Norbert Koof aus Willich, Sieger im Preis von Nordrhein-Westfalen, springt fast wieder in gewohnter Manier nach einer Verletzungspause von fast sieben Monaten. Der beinahe ein Jahr nicht in einem schweren Springen eingesetzte Holsteiner Livius von Peter Luther (Wedel) nähert sich ebenfalls wieder der Bestform. Peter Luther, mit 45 Jahren so etwas wie ein Spätberufener im großen Springsport, sagt: „Das einzige Ziel für mich heißt nur noch Olympia."

Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen) läßt die Hallensaison sowieso aus, „denn mein Pferd Deister ist für die Halle ungeeignet. Da ich nur ein einziges Ausnahmepferd besitze, kann auch für mich nur Los Angeles im Mittelpunkt meiner Planung stehen." Solche Probleme kennen offenbar die Engländer nicht. Sie kamen fast alle mit zwei gleichwertigen Pferden nach Dortmund, waren so in allen Sätteln gerecht.

In der Dressur rückte für Deutschlands Reiter Einzelgold wieder in greifbare Nähe. Europameisterin Anne-Grethe Jensen (Dänemark) brachte ihren elfjährigen Wallach Marzog alles andere als in Topform ins Viereck. So wurde sie im Grand Prix nur Achte. Dressurrichter Heinz Schütte sagte später: „Marzog wirkte überaus müde, ihm fehlte die sonst an ihm gewohnte Frische." Um so mehr freute sich der aus Belgien nach Deutschland emigrierte Jean Bemelmans aus Krefeld, der auf Angelino gewann, jedoch als Berufsreiter („einmal möchte ich Deutscher Meister werden") keine olympische Starterlaubnis besitzt. Bemelmans sagt: „Reiner Klimke, der ja wegen einer fiebrigen Erkrankung in Dortmund nicht reiten konnte, ist für mich jetzt der große Goldmedaillen-Favorit in Los Angeles."

BERUFSBOXEN

Weller genoß den Triumph mit großen Worten

sid/dpa, Frankfurt

„Im Moment kann ich vom Boxen nichts mehr hören. Ich werde erst einmal eine Woche Urlaub in Kitzbühel machen." Als René Weller wieder Zeit zum Luftholen hatte, wirkte er erholungsbedürftig. Stunden vorher hatte er noch ganz anders getönt: „Cusma war ein würdiger Europameister, doch jetzt bin ich der wahre Champ. In Europa hätte ihn kaum ein anderer geschlagen." Oder: „Ich hätte auch die Kondition gehabt für 15 Runden. Ich fühle mich noch ganz frisch." Das war direkt nach dem Kampf gegen den Italiener Lucio Cusma. René Weller aus Pforzheim hatte ihn soeben vom Thron gestoßen, hatte sich selbst durch den einstimmigen Punktsieg zum Europameister im Leichtgewicht und das Berufsboxen in der Bundesrepublik wieder gesellschaftsfähig gemacht.

René Weller genoß die Stunde seines persönlich größten Triumphes im entsprechenden Rahmen. Mit kaltem Buffet, mit Champagner und frischen Austern im Kreis ausgewählter Gäste aus Industrie, Halb- und Unterwelt, Show und Politik.

Doch für diesen Auftritt hatte er kämpfen müssen. Weil er den angekündigten K. o.-Sieg nicht verwirklichen konnte, mußte René Weller über die volle 12-Runden-Distanz gehen. Dabei sah er lange Zeit wie ein Verlierer aus. Erst nach der Hälfte der Zeit fand er seinen Rhythmus. Bis dahin hatte Titelverteidiger Lucio Cusmo ihn mit unkontrollierten Schwingern an Kopf und Körper erheblich zugesetzt.

Weller schien von dieser Offensive überrascht, aber unbeeindruckt. Erst mit Beginn der sechsten Runde, als die Kräfte des kleinen Italieners nachließen, startete er seinen eigenen Angriff: Kämpferisch wie selten zuvor, unter weitgehendem Verzicht auf die sonst von ihm bevorzugte elegante Technik, zermürbte er ihn mit gezielten Körperhaken.

Zum Schluß hatten ihn alle vorn gesehen: Ringrichter Louis Michele (Frankreich) mit 118:112, die beiden Punktrichter Franz Marty (Schweiz) mit 116:114 und Fernando Paredos (Spanien) mit 118:117. Im zweiten Anlauf verwirklichte er damit seine Ankündigung vom Europameisterschaftsgewinn, nachdem er im vergangenen Jahr im Zirkuszelt von Brolo auf Sizilien gegen Cusma nur ein Unentschieden erreicht hatte.

7500 Zuschauer in der Frankfurter Festhalle hatten bis 300 Mark Eintritt gezahlt, um die Sternstunde im deutschen Berufsboxsport mitzuerleben. Erstmals seit Jörg Eipels Titel 1977 wurde ein deutscher Boxer wieder Europameister.

Und René Weller, als Sportler wie als Geschäftsmann eine schillernde Figur, weiß, was er diesem Publikum und seiner Kasse schuldig ist. Für 80 000 Mark wird er bereits in vier Wochen, am 13. April in Hagen, seinen Titel gegen den Österreicher Manfred Findenig verteidigen. Danach wartet der offizielle britische Herausforderer George Feeney auf seine Chance und im September will er den Weltmeister nach WBA-Version, Rocky Lockridge, zu einem Titelkampf herausfordern. Alle Kämpfe sollen auf deutschem Boden stattfinden, wo im Zuge von Wellers Erfolgen volle Häuser garantiert werden können.

Doch ans Geld mag Profi Weller, der nicht nur vom Boxen sondern auch vom Schmuck- und Lederhandel lebt, und der für seinen Titelkampf mit 50 000 Mark entlohnt wurde, nicht denken: „Ich boxe nur, wenn es mir Spaß macht, auch wenn man mir Millionen bieten sollte."

2. Liga

DIE ERGEBNISSE

Köln – Karlsruhe	1:3	(0:0)
Oberhausen – Osnabrück	1:1	(1:1)
SCC Berlin – Duisburg	0:0	(0:0)
Kassel – Ulm	5:1	(4:1)
Aachen – Wattenscheid	3:1	(1:0)
Schalke – Darmstadt	6:0	(2:0)
Lüttringh. – Hertha BSC	1:4	(1:1)
Saarbrücken – Solingen	1:1	(1:0)
Essen – Freiburg	1:1	(1:1)
Stuttgart – Hannover	ausgef.	

DIE TABELLE

1. Schalke	26	17	7	2	68:26	41:11
2. Karlsruhe	26	16	5	5	60:35	37:15
3. Kassel	25	14	5	6	53:28	33:17
4. Aachen	25	13	7	5	35:23	33:17
5. Duisburg	26	12	9	5	44:24	33:19
6. Solingen	26	11	8	7	47:35	30:22
7. Köln	26	11	8	7	50:43	30:22
8. Freiburg	26	9	11	6	34:37	29:23
9. Hertha	26	8	9	9	47:42	25:27
10. Saarbr.	26	9	7	10	44:44	25:27
11. Ulm 46	26	7	9	10	47:44	23:29
12. Darmst.	26	8	7	11	32:55	23:29
13. Wattensch.	25	8	6	11	37:48	22:28
14. Hannov. 96	23	6	9	8	29:39	21:25
15. SCC Berl.	26	7	7	12	28:44	21:31
16. Essen	26	6	8	12	36:44	20:32
17. Stuttgart	24	6	7	11	32:37	19:29
18. Osnabr.	26	6	5	15	28:49	17:35
19. Oberhaus.	26	4	8	14	28:47	16:36
20. Lüttringh.	26	5	4	17	22:56	14:38

DIE VORSCHAU

Freitag, 16. März, 20 Uhr: Osnabrück – Saarbrücken; **Samstag, 17. März,** 15.30 Uhr: Darmstadt – Aachen, Duisburg – Stuttgart, Hertha BSC – Oberhausen, Freiburg – SCC Berlin, Solingen – Kassel, Karlsruhe – Essen; **Sonntag, 18. März,** 15 Uhr: Hannover – Lüttringhausen, Wattenscheid – Köln, Ulm – Schalke.

Sport in Zahlen… Sport in Zahlen…

FUSSBALL

Erste englische Division, 30. Spieltag: Arsenal – Ipswich 4:1, Liverpool – Tottenham 3:1, Manchester United – Leicester 2:0, Queens Park – Coventry 2:1, Stoke – Aston 1:0, Westham – Wolverhampton 1:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 51:22 Tore/31 Spiele/63 Punkte, 2. Manchester United 59:31/31/61, 3. West Ham 50:32/31/54, 4. Nottingham 54:34/30/53.

„DDR"-Oberliga, 17. Spieltag: 1. Union Berlin – Erfurt 0:0, Magdeburg – Dresden 2:3, Jena – Halle 3:0, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) – Lok Leipzig 1:1, Chemie Leipzig – Aue 1:0, Frankfurt – Rostock 0:0, Riesa – Dynamo Berlin 2:3. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 44:21/28:8, 2. Dresden 37:16/24:10, 3. Lok Leipzig 31:20/22:12, 4. Karl-Marx-Stadt 26:17/22:12. – **Länderspiel in Muscat:** Vereinigte Arabische Emirate – Kuwait 2:0.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Endrunde, Herren, 2. Spieltag: Hamburg – Gießen 3:1, Paderborn – München 3:0. – Bundesliga, Damen, 16. Spieltag: Darmstadt – Berlin 3:0, Feuerbach – Vilsbiburg 3:2, Oythe – Stuttgart 3:0.

SKI NORDISCH

Skispiele am Holmenkollen: 3x 5-km-Staffel der Damen: 1. UdSSR 46:31 Min., 2. Norwegen 46:54, 3. Finnland 47:01. – 50 km, Herren: 1. Holte (Norwegen) 2:29:38,5, 2. Sacknow (UdSSR) 2:30:06,6, 3. Swan (Schweden) 2:31:02, 4. Aunli 2:31:04,8 5. Braa 2:31:19,2, 6. Eriksen (alle Norwegen) 2:31:21,5. – Biathlon-Staffel: 1. Norwegen I 1:50:08,4, 2. „DDR" 1:52:07,2, 3. Deutschland (Pichler/Fischer/Fritzenwenger/Angerer) 1:53:58,7.

Weltcup-Springen in Lillehammer, 90 m: 1. Ploc (CSSR) 210,5 Punkte, 2. Nykänen (Finnland) 200,9, 3. Vettori (Österreich) 188,0 … 17. Bauer 155,3 … 24. Waldvogel (beide Deutschland) 149,7.

SKI ALPIN

Weltcup-Slalom der Damen in Waterville Valley: 1. McKinney (USA) 1:37,78, 2. Gadient (Schweiz) 1:38,96, 3. Pelen (Frankreich) 1:38,96, 4. Oertli (Schweiz) 1:39,19, 5. E. Hess (Schweiz) 1:39,34, 6. Cooper (USA) 1:39,46 und D. Tlalka (Polen) 1:39,46. – Stand im Gesamt-Weltcup: 1. E. Hess 224, 2. Wenzel 217, 3. I. Epple (Deutschland) 178.

KUNSTTURNEN

Bundesliga, 4. Wettkampftag, Staffel Nord: Celle/Wolfsburg – Leverkusen 216,60:218,40, Bergisch Gladbach – Saar 223,20:224,55. – Staffel Süd: Stuttgart I – Herbolzheim 228,30:228,40, München – Heilbronn/Neckarsulm 222,40:219,05.

TISCHTENNIS

52. Deutsche Meisterschaften, Herren, Einzel: Wosik (Düsseldorf) – Stellwag (Reutlingen) 21:9, 15:21, 21:18, 21:16, Engel – G. Böhm (beide Saarbrücken) 15:21, 21:15, 10:21, 22:20, 22:20. Finale: Engel – Wosik 21:15, 9:21, 21:18, 21:18.

Herren-Doppel: Lieck/Nieswand (Altena) – Wosik/Borsos (Düsseldorf) 19:21, 22:20, 21:19, Böhm/Böhm – Engel/Lammers (alle Saarbrücken) 21:16, 21:17.

Damen-Einzel: Krüger (Kiel) – Olschewski (Frankfurt) 14:21, 21:17, 15:21, 21:16, 21:18, Wenzel (Kronshagen) – Reisinger (Donauwörth) 21:19, 21:19, 21:18. Finale: Wenzel – Krüger 21:7, 21:12, 21:17.

Damen-Doppel: Wenzel/Olschewski – Freiberg/Simon (Kaiserberg) 21:18, 21:15, Krüger/Greisinger (Kiel/Donauwörth) – Kneupstumpe/Bötcher (beide Kleve) 21:14, 21:12.

Mixed: Olschewski/Wosik – Mausolf/Krumtünger (Ahlem/Reutlingen) 21:12, 21:18, Mann/Borsos (Düsseldorf) – Freiberg/Nolte (Kaiserberg/Bremen) 19:21, 21:13, 21:17. – Finale: Mann/Borsos – Olschewski/Wosik 11:21, 21:17, 21:9.

FECHTEN

Sieben-Nationen-Turnier der Säbelfechter in Bonn, erster Tag: 1. Durchgang: Frankreich – Italien 8:8, UdSSR – Polen 9:5, Deutschland B – Deutschland A 5:9, USA – Bulgarien 4:9. – Zweiter Durchgang: UdSSR – Frankreich 9:5, Italien – Deutschland B 9:3, Polen – USA 9:3, Bulgarien – Deutschland A 9:4. – Dritter Durchgang: Deutschland B – UdSSR 1:9, Polen – Frankreich 8:8, Bulgarien – Italien 9:5, USA – Deutschland A 8:8. – 4. Durchgang: Deutschland B – Frankreich 6:9, Bulgarien – UdSSR 8:8, Deutschland A – Polen 8:8, Italien – USA 8:8.

REITEN

CHI in Dortmund, Weltcup-Springen: 1. Mullins (Irland) Rock Barton 0 Fehlerpunkte/28,83 Sek., 2. Macken (Irland) El Paso 0/29,60, 3. Pyrah (England) Towerlands Anglezarke 0/30,04, 4. Schmitz (Deutschland) Diavolo 0/31,91, 5. Alvarez-Cevera (Spanien) Feinschnitt 4/30,34, 6. Whitacker (England) Clonee Temple 4/30,50, 7. Mehlkopf (Aachen) Sahut 8/32,78. – Gesamtwertung nach sieben Konkurrenzen: 1. Skelton (England) 69 Punkte, 2. Broome (England) und Frühmann (Österreich) je 63, 4. Simon (Österreich) 59,5, 5. Whitacker 59, 6. Rüping (Deutschland) 52. – Großer Preis der Bundesrepublik Deutschland: 1. Whitacker, Clonee Temple 0/29,17, 2. Godignon (Frankreich) J'Tadore 0/30,48, 3. Snoek, Palma Nova 0/31,89, 4. Schulze-Hesselmann, Dublin 0/34,70, 5. Ligges (alle Deutschland) Ramzes 4/29,55, 6. Frühmann, Bandit 4/31,27.

GALOPP

Rennen in Gelsenkirchen: 1. R.: 1. Opus (L. Mäder), 2. Timalia, 3. Bibi, Toto: 13/10, 10, 10, ZW: 28, DW: 80, 2. R.: 1. Ostruf (P. Schiergen), 2. Meanna, 3. Ottilie, Toto: 19/13, 20, 19, ZW: 104, DW: 396, 3. R.: 1. August (D. K. Richardson), 2. Marito, 3. Surinam, Toto: 36/22, 210, 21, ZW: 1084, DW: 8452, 4. R.: 1. Doc Holiday (P. Alafi), 2. Whisky Pure, 3. Pankratius, Toto: 20/16, 70, 46, ZW: 824, DW: 7956, 5. R.: 1. Keegan (R. Brenner), 2. Leones, 3. Antrag, Toto: 32/15, 12, 22, ZW: 92, DW: 1384, 6. R.: 1. Star Spark (G. Bocskai), 2. Prins Hendrik, 3. Udschin, Toto: 100/42, 16, 22, ZW: 480, DW: 1720, 7. R.: 1. Tirintias (L. Mäder), 2. Gentleboy, 3. Dingo, Toto: 18/11, 15, 13, ZW: 136, DW: 352, 8. R.: 1. Old Surehand (R. Schaaf), 2. Jackpot, 3. Etoile Bernin, Toto: 68/26, 66, 30, ZW: 1160, DW: 7560, 9. R.: 1. Oscentia (K. Woodburn), 2. Ormelino, 3. Weinrebe, Toto: 36/17, 21, 34, ZW: 216, DW: 3488, 10. R.: 1. Sandokan (D. Ilic), 2. Oranje Manege, 3. Kronenliebe, Toto: 40/15, 21, 19, ZW: 144, DW: 512.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 9, 13, 28, 32, 42, 47, Zusatzzahl: 19. – **Spiel 77:** 4 3 7 6 0 5 4. – **Toto,** Elferwette: 1, 0, 2, 1, 0, 2, 1, 0, 2, 0, 0.

(Ohne Gewähr)

TISCHTENNIS / Engel erstmals Meister

38 Jahre alter Lieck fährt zur Europameisterschaft

sid/dpa, Hannover

Erstmals in seiner langen Karriere wurde der Saarbrücker Peter Engel deutscher Einzelmeister im Tischtennis. Der bereits 30 Jahre alte 40malige deutsche Nationalspieler bezwang bei den 52. Titelkämpfen den Düsseldorfer Wosik 21:15, 9:21, 21:18, 21:18. Bei den Damen schlug Susanne Wenzel (Kronshagen) die Kielerin Kirsten Krüger.

Im Deutschen Tischtennis-Bund (DTTB) ist fünf Wochen vor den Europameisterschaften in Moskau so etwas wie eine Renaissance angebrochen. Am Rande der 52. nationalen Titelkämpfe in der Stadion-Sporthalle von Hannover nominierte der DTTB-Sportausschuß für die Europameisterschaften den bereits 38 Jahre alten Wilfried Lieck aus Altena und überraschend auch den 30 Jahre alten Peter Engel (Saarbrücken), der sich nach glänzenden Leistungen erstmals bis in das Einzel-Finale einer deutschen Meisterschaft vorkämpfte. Engel hatte bereits 1983 seinen Rücktritt aus der Nationalmannschaft erklärt, weil er damals nicht für die Welt-Titelkämpfe in Tokio berücksichtigt worden war.

Unmittelbar nach seinem völlig überraschenden 15:21, 21:15, 10:21, 22:20, 22:20-Sieg im Halbfinale über seinen Saarbrückener Mannschaftskameraden Georg Böhm, den Meister der letzten beiden Jahre, revidierte Peter Engel seine Entscheidung aus dem Frühjahr 1983. Außer ihm und Lieck werden nach Moskau Georg Böhm, Peter Stellwag aus Reutlingen und der Düsseldorfer Ralf Wosik fahren.

Chef-Bundestrainer Charles Roesch begründete die Nominierung so: „Wir brauchen in Moskau eine erfahrene Mannschaft. Es wäre ein Fehler, wenn wir jetzt zu junge Spieler nominieren würden." Vor zwei Jahren in Budapest hatte die Herren-Mannschaft des DTTB den fünften Platz belegt.

Bei den Damen ist der Altersdurchschnitt wesentlich jünger. Im Team des amtierenden Vize-Europameisters werden die 17 Jahre alte Anette Greisinger (Donauwörth), die drei Jahre ältere Susanne Wenzel (Kronshagen) und die 22jährige Frankfurterin Anke Olschewski stehen. Mit 28 Jahren ist die nationale Ranglisten-Zweite Kirsten Krüger vom Pokalsieger TTK Kiel älteste und erfahrenste Starterin des DTTB.

Anette Greisinger, die erst im Halbfinale an der Ranglisten-Ersten Susanne Wenzel mit 19:21, 19:21, 18:21 scheiterte, hat bereits klare Vorstellungen von ihrer Tischtennis-Karriere. Ab 1985 wird die sechsmalige deutsche Schüler- und Jugendmeisterin Profi. „Geld", sagt sie dazu, „spielt nicht die wichtigste Rolle, aber ist natürlich ein schönes Beiwerk." Obwohl sie erst im Mai 1985 ihr Abitur macht, wird die Spitzenspielerin den VSC Donauwörth zum Saisonende verlassen. Beim ATSV Saarbrücken hat sie inzwischen einen Vertrag unterschrieben. „Eine Spielerin mit Perspektive", lobte Trainer Roesch.

NACHRICHTEN

Überzeugende Testfahrten

Le Castellet (sid) – Mit hervorragenden Ergebnissen begann Alain Prost (McLaren) seine Formel-1-Testfahrten auf dem neuen Porsche-Turbo MP 4. Auf dem Grand-PrixKurs vom Le Castellet blieb er nur um sieben Hundertstelsekunden über dem offiziellen Rundenrekord.

Sturz im Schlußspurt

Saint-Etienne (sid) – Im Schlußspurt der dritten Etappe beim Radrennen Paris-Nizza wurden einige Fahrer in einen Sturz verwickelt, bei dem der Franzose Jean-René Bernaudeau eine Gehirnerschütterung erlitt. Sieger dieser Etappe wurde Noël de Jonckheere (Belgien). In der Gesamtwertung führt Jos Lammertings (Holland).

Wimmer Dritter

Daytona (sid) – Mit einem dritten Platz beendete der Münchener Motorrad-Grand-Prix-Sieger Martin Wimmer im amerikanischen Daytona Beach das 100-Meilen-Rennen der Klasse bis 250 ccm. Den Sieg verpaßte er durch zwei Patzer, erzielte jedoch mit 2:11,3 Minuten für 6,2 km die schnellste Rundenzeit.

Niederlage für Weltmeister

Düsseldorf (sid) – Nach 30 Monaten und 59 Spielen in Folge erlitten die zweimaligen Radball-Weltmeister Thomas und Andreas Steinmeier wieder eine Niederlage. Am 2. Spieltag der Bundesliga unterlagen die Zwillingsbrüder aus Lieme mit 3:7 gegen Werner und Jürgen Kings (Lauterbach).

Campbell lief Landesrekord

Cosford (sid) – Der Amerikaner Tonie Campbell verbesserte beim Leichtathletik-Hallen-Länderkampf der Männer zwischen den USA und England den US-Rekord über 60 m Hürden um vier Hundertstelsekunden auf 7,58 Sekunden. Bei einem Hallen-Sportfest in Tokio lief US-Sprinter Ron Brown die 60 m in der Weltklassezeit von 6,64 Sekunden.

Rekordzeit von Pfeiffer

Köln (sid) – Zum Auftakt der Deutschen Langstrecken-Schwimm-Meisterschaften auf der 50-m-Bahn stellte der Hamburger Stefan Pfeiffer in 8:06,78 Minuten einen neuen deutschen Rekord über 800 m auf.

Heugabel auf Platz zwei

Budapest (sid) – Den zweiten Platz erreichte der Deutsche Meister Rainer Heugabel (Goldbach) beim internationalen Turnier der Freistilringer in Budapest. Heugabel startete in der 48-kg-Kategorie.

Remis nach erster Partie

Wilna (dpa) – Nach dem 34. Zug einigten sich die beiden sowjetischen Großmeister Gary Kasparow und Wassili Smyslow auf ein Remis. Damit wurde die erste von mindestens 16 Partien im Kandidaten-Finale zur Schach-Weltmeisterschaft beendet.

Rennen der Weltmeister

Nürburgring (dpa) – Bei der Eröffnungsfeier der neuen Nürburgring-Rennstrecke am 12. Mai sollen zwölf der 14 noch lebenden Formel-1-Weltmeister in identischen Mercedes 190 ein Rennen bestreiten. Verbindliche Zusagen liegen bereits vor von: Niki Lauda, Jody Scheckter, Emerson Fittipaldi, Alan Jones, James Hunt, Phil Hill, Denis Hulme und John Surtees.

Maree wird US-Bürger

Philadelphia (sid) – Der farbige Südafrikaner Sidney Maree, Weltklasseläufer über 1 500 m, wird am 1. Mai die Staatsbürgerschaft der USA erhalten und kann damit an den Olympischen Spielen in Los Angeles teilnehmen. Wegen der Apartheid-Politik wurde Marees Heimatland Südafrika 1970 aus dem IOC und damit von Olympischen Spielen ausgeschlossen.

PLO will nach Los Angeles

London (sid) – Die palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) will mit einer Mannschaft an den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles teilnehmen. Der Leiter der Sport- und Jugendorganisation der PLO erklärte der Londoner „Sunday Times", er hoffe auf Unterstützung durch die fünf Sportverbände (Handball, Volleyball, Gewichtheben, Ringen und Leichtathletik), die „Palästina" bereits anerkannt haben. Auch bei den Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki war eine palästinensische Mannschaft vertreten.

Fleschen vor Herle

Leverkusen (dpa) – Beim 10-km-Straßenlauf in Leverkusen siegte Karl Fleschen (Leverkusen) in 28:36,7 Minuten im Spurt vor dem Fürther Christoph Herle (28:43,0 Min.). – Bei den Frauen lag Christa Vahlensieck (Wuppertal) in 34:21,9 Minuten vor Petra Sander (Düsseldorf).

SKI NORDISCH / Auch am Holmenkollen versagten die deutschen Langläufer

Sportdirektor kritisiert: „Vielleicht gehen wir mit den Athleten zu human um"

WERNER JUNGE, Oslo

Für alle nordischen Skiläufer der Welt ist es eine besondere Ehre, bei den Holmenkollen-Skispielen in Oslo starten zu dürfen. Für viele von ihnen zählt ein Sieg am Holmenkollen mehr als olympisches Gold. Beim Festival dieses Jahres gab es für die Starter des Deutschen Skiverbandes (DSV) Licht und Schatten. Im Licht standen wie schon bei den Olympischen Spielen in Sarajevo die Biathleten. Nur sie konnten im Mekka des nordischen Skisports überzeugen.

Da war einmal Olympiasieger Peter Angerer. Er gewann das 20-km-Rennen vor Fritz Fischer (Ruhpolding) und belegte hinter 10-km-Olympiasieger Erik Kvallfoss über zehn Kilometer den zweiten Platz. Fritz Fischer wurde auf der kurzen Distanz Vierter. In der 4x7,5-km-Staffel reichte es Dank Peter Angerer hinter Norwegen und der „DDR" zum dritten Rang. Dazu kam im 15-km-Spezial-langlauf der dritte Platz des Münchner Stefan Dotzler. Dies waren aber dann auch schon die einzigen Glanzpunkte, die von den Teilnehmern des Deutschen Skiverbandes vor den Augen des norwegischen Königs Olav V. gesetzt wurden. Im Biathlon-Weltcup verfehlte Peter Angerer die erfolgreiche Verteidigung der begehrten Trophäe lediglich um einen Punkt. Neuer Weltcup-Gewinner wurde Frank-Peter Roetsch („DDR").

Im Lauf über 50 km erlebten die Läufer aus der Bundesrepublik einen Einbruch wie schon lange nicht mehr. Jochen Behle, der schon über 15 km nicht wie erwartet zum Zuge kam (er wurde lediglich 35.), trat wie Franz Schoebel (Sindesdorf) gar nicht erst an. Alle anderen Starter des Deutschen Skiverbandes (DSV), Peter Zipfel (Kirchzarten), gaben mit zum Teil verwachsten Ski das Rennen vorzeitig auf. Jochen Behle: „Ich will mich für die nächsten Rennen schonen. Mein Rücken machte mir wieder zu schaffen."

Jetzt dürfte eigentlich die Frage erlaubt sein, wo denn der Willinger nun tatsächlich die vor der Saison groß angekündigten Plätze inmitten der Weltelite tatsächlich einmal herauslaufen will? Für ihn wäre es bestimmt besser, die Saison abzubrechen und sich auszukurieren.

Was den DSV-Läufern fehlt, ist Härte gegen sich selbst. Nach seinem Erfolg auf der 15-km-Distanz konnten von Stefan Dotzler auch über 50 km gute Leistungen erwartet werden. Er aber sagt: „Ich laufe lieber die 15 km, noch lieber wäre es mir, wenn es auch ein Rennen über 10 km geben würde." Und die Wetterbedingungen waren auch wieder nicht richtig: In Sarajevo war den DSV-Läufern der Schnee zu weich, am Holmenkollen paßte ihnen die mit Eis durchsetzte Spur nicht...

In diesem 50-km-Rennen waren die Nordländer aus einem anderen Holz geschnitzt als die verwöhnten DSV-Langläufer. Die Norweger stellten vor über 30 000 Zuschauern nicht nur den Sieger (Holte), sie brachten auch fünf ihrer Läufer unter die ersten zehn. Dazu plazierten sich zwei Russen, ein Schwede und als bester Mitteleuropäer der Italiener de Zolt (7.) und der Schweizer Grünenfelder (9.) in der Spitzengruppe. Plätze, die sich eigentlich Behle und Co. noch im Dezember ausgerechnet hatten.

Offensichtlich fehlt es den DSV-Langläufern an der Bereitschaft oder am Mut, sich der Härte des Hochleistungssports zu stellen. Dazu kommt, daß der Trainer nicht immer das Sagen hat. Daß ein Jochen Behle Bundestrainer Detlef Nirschl sagt, wie und wann trainiert werden müsse, ist kein Gerücht. Der DSV wäre gut beraten, wenn er im Hinblick auf die Nordischen Skiweltmeisterschaften 1985 im Nachbarland Österreich (Seefeld) recht bald die Weichen stellen würde. So wie in dieser Saison darf es einfach nicht weitergehen.

„Da fehlt der Urinstinkt, der ganz große Wille, zu laufen bis nichts mehr geht", stellt Toni Reiter, der ehemalige Langlaufbundestrainer, fest. Schon vor Jahren hatte Sportdirektor Helmut Weinbuch kritisiert: „Vielleicht gehen wir zu human mit unseren Athleten um. Es fehlt die totale Ausschöpfung des Leistungsvermögens in Zusammenarbeit mit einem entsprechenden Ärzteteam."

Hinzu kommt ein anderer wichtiger Punkt. Deutschland ist nun einmal keine Skination wie etwa Schweden, Finnland oder Norwegen, wo durch einen ständigen Konkurrenzkampf die wirklich Besten in den Nationalmannschaften an den Start gehen.

Eindrucksvoll war beim Holmenkollen-Skifestival 1984 vor allem auch der Tag für die Kinder. Da fielen alle Sperren des traditionsreichen Wettkampfgeländes rund um die alles beherrschende Homenkollen-Schanze. 5000 Kinder – die jüngsten drei Jahre alt – legten, von vielen Helfern ermuntert, im Stadion ihre Runden zurück. Schon hier wird die Begeisterung für Höchstleistungen geweckt und der Grundstein für spätere Erfolge gelegt. Nachmittags wurden die Sperren wieder geschlossen. Die Loipenmaschinen legten wieder die Spuren für die Meister. Auch die Sieger am Holmenkollen dieses Jahres erinnerten sich an den Tag, an dem sie als Kinder hier angefangen hatten...

Irene Epple wird in den USA operiert

sid, Waterville Valley

Irene Epple entschloß sich endgültig zur Operation des linken Knies, ihre jüngere Schwester Maria schied im Weltcup-Slalom von Waterville Valley vorzeitig aus. Hingegen konnte erstmals in diesem Winter die Amerikanerin Tamara McKinney dominieren.

Zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der Schweizerin Erika Hess und Hanni Wenzel (Liechtenstein) hat sich der Kampf um den Gesamt-Weltcup zugespitzt. Hanni Wenzel, die im letzten Winter ihrer Laufbahn den Cup unbedingt gewinnen will, verbuchte als Achte weitere acht Punkte auf ihrem Konto. Irene Epple, die theoretisch aus dem Zwei- noch einen Dreikampf hätte machen können, hat die Saison durch ihren Entschluß zur Operation beendet.

Am Montag wird der amerikanische Mannschaftsarzt Dr. Rick Stattmann eine Kniespiegelung bei der 26jährigen Allgäuerin vornehmen. Falls es ihr Knie nach der Operation zuläßt, will die Abfahrts- und Riesenslalom-Spezialistin noch bis zu den Weltmeisterschaften 1985 in Bormio (Italien) weitermachen.

MOTORSPORT

Hannu Mikkola rettete Sieg für die Audis

dpa, Estoril

„Das war ein Kampf bis aufs Messer, mir stehen jetzt noch die Haare zu Berge", stöhnte Rallye-Weltmeister Hannu Mikkola nach seinem Sieg bei der Portugal-Rallye. Nach einem spannenden Finale lag der Finne mit seinem Audi Quattro nach 2387 Kilometern im Ziel in Estoril nur 27 Sekunden vor seinem Landsmann Markku Alen auf Lancia Rally.

Auf den letzten Sonderprüfungen am Samstag hatte Mikkolas Vorsprung auf den viermaligen Portugal-Sieger gar nur neun Sekunden betragen. Da hinter Alen noch zwei weitere Lancia Rally lagen, konnte Alen mit vollem Risiko angreifen. Aber der Weltmeister, der sich 1978 in fast derselben Situation noch einen Fehler leistete, und den Sieg verschenkte, zeigte diesmal Nervenstärke. Er fuhr konstant schnelle Sonderprüfungszeiten. Sein Kommentar im Ziel, mit einem Seitenblick auf Audi-Sportchef Roland Gumpert: „Ich wußte, der bringt mich um, wenn ich einen Fehler mache."

Hannu Mikkola, der diese Rallye auch im Vorjahr gewonnen hatte, war Audis letztes As im Poker um den Sieg. Der Schwede Stig Blomqvist war nach einem Überschlag ausgefallen, der Regensburger Walter Röhrl lag nach zwei Unfällen schon zu weit zurück, um seinem Teamkollegen im Finale noch den Rücken stärken zu können. Er wurde schließlich Sechster, war aber, abgesehen von seinen zwei Ausrutschern, mit sich und dem Audi Quattro recht zufrieden. „Es gab hier nicht eine Kurve, die nicht gepaßt hätte. In Monte Carlo es noch 150." Einen Platz hinter Röhrl und seinem Münchener Beifahrer Christian Geistdörfer landete das VW-Werksteam Kalle Grundel/Peter Diekmann (Schweden/Deutschland) auf Golf FGTI.

Der Sieg in Portugal war nach Monte Carlo (Röhrl) und Schweden (Blomqvist) Audis dritter WM-Erfolg hintereinander in der laufenden Saison. Die Ingolstädter bauten damit ihre Führung in der Markenweltmeisterschaft weiter aus und liegen mit 36 Punkten deutlich vor Lancia (26), Renault (22) und VW (21). In der Fahrer-Wertung führt trotz seines Ausfalls nach wie vor Blomqvist (35) vor seinem Teamkollegen Mikkola (32) und Röhrl (26).

SCHACH

Kasparow an seinen Nerven gescheitert

dpa, Moskau

Die sowjetischen Großmeister Wassili Smyslow (62) und Garry Kasparow (21), deren erste Partie im Kandidaten-Finale zur Schach-Weltmeisterschaft nach dem 34. Zug mit einem Remis endete, werden ihr Duell heute in Wilna (Litauen) fortsetzen. Der Sieger dieses auf mindestens 16 Partien angesetzten Finales fordert Weltmeister Anatoli Karpow (UdSSR) heraus.

In der Eröffnungspartie sah es für einige Zeit nach einem Erfolg des mit Weiß spielenden Kasparow aus, der erstmals in seiner Laufbahn die Schlechter-Eröffnungsvariante benutzte. Er lag im Vorteil, scheiterte aber an Smyslows brillanten Defensiv-Zügen. Nach Experten-Meinung scheiterte Kasparow lediglich an seiner übergroßen Nervosität. Er selbst bot seinem routinierten Gegner das Remis an, das dieser sofort annahm.

Der Leningrader Karpow sagte in einem Interview, das die Zeitung „Sozialistitscheskaja Industrija" gestern veröffentlichte, er werde seinem künftigen Rivalen um den WM-Titel „ein Höchstmaß an schweren Aufgaben stellen" und ihn damit zwingen, die ganze Spannbreite seines eigenen Schach-Repertoires einzusetzen.

Auf die Frage, ob er lieber gegen Kasparow oder gegen Smyslow um die Schachkrone kämpfen möchte, antwortete Karpow: „Nenne ich Kasparow, dann werden viele Schachliebhaber zu Recht denken, daß der Großmeister aus Baku schwächer als sein Gegner ist, aber das ist durchaus nicht so. Räumte ich Smyslow den Vorzug ein, dann werden die Anhänger unseres Schach-Patriarchen zum gleichen Schluß kommen." Smyslow sei für „keinen Rivalen ein Honiglekken".

Karpow sagte in dem Interview, daß er sich nach einem „eigenen Fahrplan" auf das Duell um die WM vorbereite. Um sich fit zu halten, spiele er Tennis und gehe schwimmen. Zum Kandidaten-Finale in Wilna meinte Karpow, daß Ex-Weltmeister Smyslow der erfahrenere Schachspieler sei. Aber auch Kasparow sei trotz seiner jungen Jahre „im großen Schach durchaus kein Neuling". Er und Kasparow hätten miteinander drei Begegnungen bestritten, von denen alle Remis endeten.

Pflichtblatt für Deutschland

Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzveröffentlichungen an allen acht deutschen Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart. W 3462

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39.
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 8 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Pankraz und Pistolen auf Brieftaubenzüchter

Die interessanteste Nachricht der letzten Tage aus Ost-Berlin ist wohl die, daß dort jetzt nicht nur mehr literarische „Rechtsabweichungen" vom Zensor geahndet werden, sondern auch hochprominente „Linksabweichungen". Die Absetzung eines Theaterstücks von Rainer Kerndl, in dem gegen den Ausverkauf heiligen sozialistischen Territoriums an westdeutsche Kapitalisten und einheimische Westmark-Besitzer gewettert wird, markierte offenbar nur die Spitze eines Eisberges. Kerndl ist immerhin offizieller Chefkritiker des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" und hatte sich bisher an Linientreue von niemand übertreffen lassen. Und außer ihm werden andere, nicht weniger linientreue Namen genannt, die mit neuen Sachen in die Bredouille geraten sein sollen. Man spricht von Sakowski, Wogatski, Neutsch, vom alten Gotsche.

Alle diese Schreiber wären ohne die Partei nichts. Ihr Talent reduziert sich auf ein gewisses Geschick, gängige Tagesparolen oder Grundkurse der Partei in Bühnendialoge oder schlichte Lesebuchgeschichten umzusetzen und auf öffentlichen Veranstaltungen ihre „unverbrüchliche, bedingungslose Treue" zur Partei zu bekunden. Nie würden sie unter Bedingungen der freien Konkurrenz auch nur den kleinsten Markt finden. Nie würden sie es deshalb wagen, je einen eigenen Gedanken zu fassen. Wenn sie jetzt dennoch mit ihrer Parolenseligkeit und ihrem Herumreiten auf Plenumsbeschlüssen plötzlich quer zur Zensur liegen, ist das ein sicheres Indiz dafür, daß die Partei selber nicht mehr weiß, was sie eigentlich will.

Die wirtschaftliche Misere und die daraus entspringende Gier nach Westgeld unterspülen jede Prinzipientreue. Ein eigenes Westkonto zu haben wird auch für Schriftsteller ehrenvoller als die bloße Zugehörigkeit zur privilegienträchtigen inneren Nomenklatura. Zähneknirschend müssen die auf exklusiven Hausgebrauch getrimmten Parteibarden mitansehen, daß „Klassenfeinde", die früher ohne Federlesens ins Zuchthaus gewandert wären, geschont und sogar umschmeichelt werden, nur weil man im Westen gut über sie redet und sie möglicherweise als Devisenbringer nützlich sind. Und wenn sie schon einmal hinter Gitter kommen, dann sind sie im Nu wieder frei, schicken aus dem Westen bunte Ansichtspostkarten und vergällen einem die eigene Westreise, indem sie bei DKP-Diskussionen, an denen man auch teilnimmt, aufkreuzen und provozierende Fragen stellen.

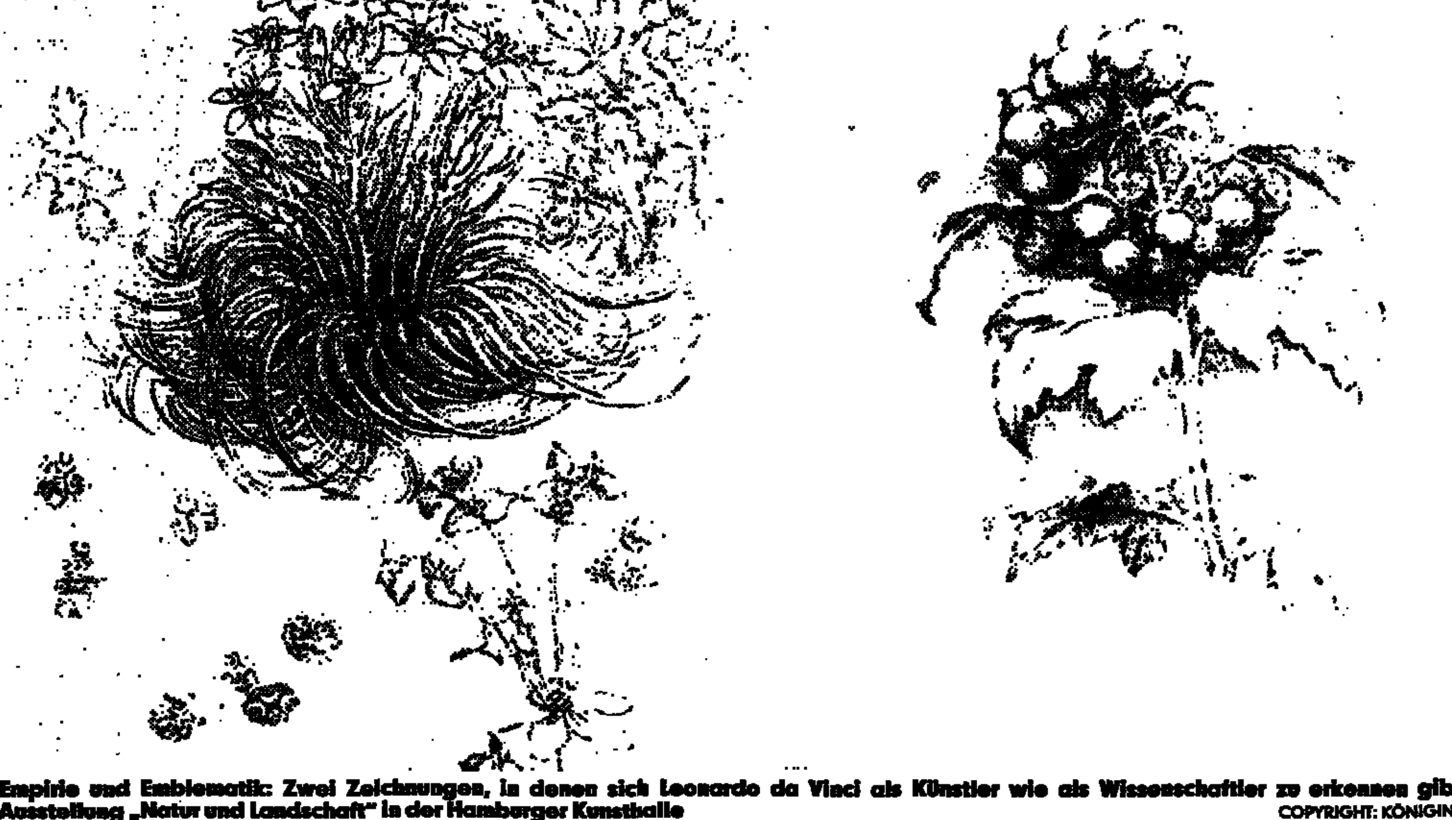
Auf dem letzten Schriftstellerkongreß der „DDR" voriges Jahr in Ost-Berlin konnte man es schon grummeln hören. Es kamen dort so gut wie ausschließlich schreibende Parteifunktionäre zu Wort, und obwohl sie immer wieder ihre Liebe und Treue zur SED und speziell zum Genossen Honecker unterstrichen, gaben sie doch auch zu verstehen, wie schwer es ihnen falle, die „gegenwärtig besonders schwierige Phase des Klassenkampfes" mitzutragen, die darauf hinauslaufe, den Klassenfeind aus ökonomischen Gründen ideologisch zu schonen und gute Miene zum bösen Devisen- und Valutaspiel zu machen. Inzwischen hat sich das Grummeln wohl in einige mißgelaunte Manuskripte umgesetzt, und der Konflikt mit dem geliebten Zensor ist da.

Seit Jahrzehnten hat es so etwas nicht mehr in der kommunistischen Literatur gegeben: Opposition von links. Die diversen „Proletkultgruppen", die in den zwanziger Jahren gegen das angeblich zu große Laissez-faire der „Neuen Ökonomischen Politik" zu Felde zogen, wurden auf dem Literaturkongreß von 1934 endgültig und blutig zum Schweigen gebracht. 1956, nach dem Chruschtschowschen Geheimreferat über die Verbrechen des „Personenkults", konnte der linksoppositionelle Fadejew seinen Protest nur noch anmelden, indem er zur Pistole griff und sich erschoß. Seitdem ist der Schriftstellerprotest gegen das Regime ins fast Unermeßliche gewachsen, aber er kam durchweg von rechts, artikulierte sich als „Sozialdemokratismus", „Dritter Weg", Freiheitsbegehren, Beharren auf den Menschenrechten. „Talent", konstatierte Georg Lukács schon in den fünfziger Jahren, „ist immer eine rechte Abweichung".

Die Talentlosigkeit der neuen literarischen Linksopposition in Ost-Berlin ist denn auch nur allzu offensichtlich. Sie haben nichts von der Geistesschärfe jener „Proletkünstler" der zwanziger Jahre, die partout mit dem Kopf durch die Wand wollten. Sie würden auch nicht aus persönlicher Betroffenheit zur Pistole greifen wie einst Fadejew. Es sind egoistische, opportunistische Spießer, die ihre Privilegienfelle wegschwimmen sehen und deshalb beim Zentralkomitee petzen gehen. Jede Zensur ist viel zu gut für sie. Es genügte, sie einmal ein bißchen dem frischen Wind wirklicher, unzensierter künstlerischer Konkurrenz auszusetzen – da würden sie schnell auf das ihnen zukommende Maß reduziert, auf das Maß von filzpantoffeligen Parteikassierern nämlich, die lieber Brieftauben züchten sollten als Geschichten zu schreiben.

Nicht Zensur nun auch gegen links, sondern Abschaffung der Zensur überhaupt und Rückkehr zur literarischen Normalität gehören auf Honeckers kulturpolitische Tagesordnung. Nur damit könnte er den gewaltigen Exodus literarischer Talente stoppen, der seinen Herrschaftsbereich künstlerisch austrocknet und den Nullen und Opportunisten immer wieder Oberwasser verschafft. Und nur so könnte er beweisen, daß es ihm und seiner SED mit der Auflockerung der innerdeutschen Verhältnisse ernst ist, daß er also nicht nur nackter Devisennot gehorcht. So wie die Dinge im Augenblick liegen, ist ein kalkuliertes Ende der „Neuen Ökonomischen Politik" leider sehr viel wahrscheinlicher. Genosse Kerndl braucht sich (noch) keine Sorgen zu machen.

Pankraz



Empirie und Emblematik: Zwei Zeichnungen, in denen sich Leonardo da Vinci als Künstler wie als Wissenschaftler zu erkennen gibt, aus der Ausstellung „Natur und Landschaft" in der Hamburger Kunsthalle COPYRIGHT: KÖNIGIN ELIZABETH II.

Leonardo: Die Natur ist ein Schmuckkästchen

Mit der Ausstellung von 50 Naturstudien aus der königlichen Bibliothek in Windsor Castle wird die Kunsthalle in Hamburg nun zum zweiten Mal auf ausdrücklichen Wunsch der britischen Königin Elizabeth II. mit einer Aufgabe betraut, die ebensoviel Gewissenhaftigkeit – angesichts der Empfindlichkeit des Materials – wie Subtilität in der Exposition verlangt. So werden die Zeichnungen von Leonardo da Vinci zum Thema „Natur und Landschaft" in der Bundesrepublik ausschließlich in Hamburg zu sehen sein, auf dem Kontinent außerdem noch in Zürich.

Schon Vasari berichtete davon, daß der italienische Meister vielerlei begonnen, aber am Ende nicht ausgeführt habe, fügt aber sogleich hinzu: „Doch so vielerlei Dinge er auch betrieb, vom Zeichnen und Modellieren ließ er niemals ab, da dies mehr als alles andere nach seinem Sinn war." In der Tat kennen wir nicht einmal 30 Bilder Leonardos. Dem stehen etwa 5000 erhaltene Zeichnungen gegenüber. Die englische Krone besitzt etwa 600 Blätter, von denen die anatomischen Zeichnungen bereits 1979 in Hamburg gezeigt wurden.

Leonardos Sicht der Landschaft, dies wird in Hamburg deutlich, ist die animistisch-mysthische Schau der Dinge, aber auch der analytisch-empirische Blick, mit dem er sie angeht: Er erweist sich als Philosoph und Naturforscher in einem. Solche Synthesis war eingeborenes Erbteil des toskanischen Genies. Man betrachte nur einmal die Zeichnung der gekringelten Blätter der Pflanze im „Stern von Bethlehem". Die Blätter sind in rhythmisierende Bewegung gesetzt, als sehe er in ihnen ein Ornament: Natur als geordnetes Schmuckkästchen – die griechische Idee des Kosmos. Aber zugleich eine sehr treue Wiedergabe der Natur: Empirie und Emblematik zugleich.

Seine Felsformationen haben strukturalen Charakter, in dem Blatt „Sturm über einem Tal in den Vorbergen der Alpen" weist er auf ihren dramatischen, prozeßhaften Sinn hin und verbindet die Details durch weiche Strichführung zu einem Ganzen. So wie in seinen Bildern die landschaftlichen Formationen durch sein eigenartiges Helldunkel, das „Sfumato", verbunden werden, das zugleich die empirisch ortbare Luftperspektive meint, wie als symbolisch-synthetisierendes Verfahren verstanden werden kann, das die Einheit der Naturprozesse aufweist. Viele seiner Landschaften, nicht nur die zum Thema „Sintflut" gehörenden, haben diesen symbolischen Charakter. Mit manchem griff er weit voraus: mit dem kleinen Blatt „Birkengehölz" in Rötel könnte man sich schon bei Corot fühlen und anderen Meistern der Schule von Barbizon.

Die Ausstellung ist ein Vergnügen und eine Anstrengung zugleich: Man wird sich Zeit lassen müssen, um bei stark gedämpftem Licht in die Einzelheiten der Blätter vorzudringen. (Bis 29. April) HERBERT ALBRECHT

Eine Übung in Grabpflege – Der Berliner Schleiermacher-Kongreß zum 150. Todestag des Theologen

Mit Trauermiene in den Slalomlauf

Der Kongreß begann an einem Aschermittwoch, und er verlief, als wollte er eine beklemmende Sequenz aus dem Aschermittwoch-Poem von T. S. Eliot in der Übersetzung von Rudolf Alexander Schröder aufführen: „Und weil ich weiß, Zeit ist allimmer Zeit und Ort ist Ort und anders nicht, was wirklich währt, währt nur für seine Zeit, an seinem Ort, sonst nicht . . ."

Hatte Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher, dessen Todestag sich am 6. März zum 150. Mal jährte, über seine Zeit und diese Stadt Berlin hinaus gewirkt, so ist sein Geist doch längst kein genius loci von Berlin mehr. Er mag sich bei seinen Knochen versammelt haben, die auf dem Kreuzberger Dreifaltigkeitskirchhof liegen – in der Nachbarschaft der Gebeine von Menzel, Tieck, Marheineke, Mommsen, Altenstein, Stöcker, neuerdings auch von Gropius.

Die verwilderte Grabstätte ist gerade erst wieder hergerichtet worden, und Restaurationsarbeit ist auch das beste, was man dem internationalen Kongreß nachsagen kann, den die Schleiermacher-Stiftung und die Freie Universität in der Staatsbibliothek, dem letzten Meisterwerk Hans Scharouns, veranstalteten.

Vor dem Hintergrund der Kritischen Gesamtausgabe unter Leitung von Hans Joachim Birkner, von der bis jetzt ein Band Jugendschriften und die Glaubenslehre vorliegen, stieg Friedrich Schleiermacher langsam wieder aus der Vergessenheit als der vierte Große neben Fichte, Hegel und Schelling empor. Gleichwohl tippte Eberhard Diepgen, als Regierender Bürgermeister durch die Finanzierung der Gesamtausgabe mit Schleiermacher befaßt, in seiner wohlgelaunten Ansprache zur Kongreßeröffnung, ohne es zu wollen, den antiquarischen Charakter der gegenwärtigen Schleiermacher-Forschung an, als er bedauerte, daß die Werke des Gefeierten nicht zu den Büchern gehörten, die zeitgeplagte Politiker heute noch lesen mögen – aus dem unausgesprochenen Empfinden heraus, Schleiermacher habe ihnen wohl doch nichts mehr zu sagen. Das mögen durchaus nicht nur Politiker empfinden.

Man konnte auch auf dem Kongreß durchweg den Eindruck haben, daß die Mehrzahl der zusammengekommenen Gelehrten Schleiermacher nur als ein Desiderat für akademische Glasperlenspiele betrachten, als ein Profilierungsgelände gar für Nachwuchsphilosophen, die selbst nichts Eigenes zu sagen haben. Die Sektion Hermeneutik, in der man neue Erkenntnis aus der Umdeutung alter destilliert, war überlaufen.

Dabei könnte Schleiermacher mit einer machtvollen Stimme zu uns sprechen. Er lebte in einer Zeit der Fremdbestimmung Deutschlands, unter einem erstarrten politischen Regiment, sah um sich die Sitten verwahrlosen, den Protestantismus in Agonie begriffen. Die Fragen, die er stellte, die Antworten, die er fand, würden uns sehr wohl ermutigen, ähnliche Wege in ähnlicher Zeit einzuschlagen.

Das Thema der Festrede, „Schleiermachers Stellung in der deutschen Bildungsgeschichte", hätte sogar eine Aktualität ohne Parallele entfesseln können: brauchbare Anregungen aus den Gründerjahren der Berliner Universität, die Schleiermacher viel mehr prägte als Wilhelm von Humboldt, für die Remedur der vergleichslosen Bildungsmisere unserer Tage. Der Göttinger Historiker Rudolf Vierhaus führte indessen einen koketten Slalomlauf vor, jeden Anstoß versiert meidend, aber ohne ein Ziel anzusteuern, das man auch nicht haben kann, wenn man pausenlos – wie differenziert auch immer – Unbehagen an der deutschen Geschichte empfindet.

In der Sektion 11 („Das Verständnis des Protestantismus – der Politiker, Kirchenpolitiker und Unionstheologe") wurde Vierhaus sogar messerscharf. Als nach dem Referat „Schleiermacher und der Beginn der nationalen Bewegung in Deutschland", das Otto Dann (Köln) mit hochnotpeinlicher Trauermiene vortrug, ein Teilnehmer die Frage nach dem Mißverhältnis des Protestantismus zur Nation heute stellte, würgte Vierhaus die weitere Debatte dieser Schleiermacherschen Aktualität mit der jakobinischen Geste ab, das wäre damals eben etwas anderes gewesen.

Heinz Kimmerle (Rotterdam) ersparte dem Publikum nichts. Nachdem er Schleiermacher modisch durch Bataille, Foucault und Maus ergänzt hatte, vollendete er seine Dialektik mit dem Potlatsch, jener indianischen Zeremonie, die Konflikte durch Geschenke beilegen soll, aber auch nicht immer beigelegt hat, die hier immerhin am Ende nicht unversöhnt ließ; weil sie das Rätsel der beängstigenden Freundlichkeit des Referenten auflöste: sein Vortrag war selbst eine Übung im Potlatsch.

Der vom Applaus her unbezweifelbare Höhepunkt der Tagung war das Hauptreferat, das Gerhard Ebeling (Zürich) über „Luther und Schleiermacher" hielt, ein Bravourstück strenger Dogmatik und geschichtlicher Begrifflichkeit, das am Ende in einer kaum verhüllten theologischen Konzession ausklang. Unvergeßlich auch die hohe Vortragskunst, mit der Ebeling einen Denkweg von Jahrzehnten in 90 Minuten zusammenraffte und dem Auditorium über jede schwierige Hürde half, indem er sie anschaulich darstellte und den jeweiligen Erkenntnissprung mit beispielhafter Pointierung vorführte. Aber auch Ebeling meinte, daß uns Schleiermacher heute fremd sei . . .

In der Abschlußdiskussion, die Karlfried Gründer (Berlin) mit einer Übersicht der geleisteten Sektionsarbeit einleitete, wurden nur technische, formale Angelegenheiten abgehandelt. Keine große Frage wurde gestellt.

Wenn man auch meinen kann, Schleiermacher konnte nur zu seiner Zeit an seinem Ort wirken, sonst nicht, auch heute nicht und morgen nicht, so dürfte sich seine Aktualität trotzdem unter dem Zwang der Dinge durchsetzen. Eine Wiederentdeckung ereignet sich nicht nur aus Gründen statistischer Vollständigkeit. Das klang auch in einem Hauptreferat an, das Hans Dierkes (Niederkassel) über „Die problematische Poesie" hielt, in der er am Beispiel der „Lucinde"-Differenz zwischen Schleiermacher und Schlegel ausführte, daß wahres Glück mit Ethik und Ethik mit Arbeit zu tun hat.

In diesem, aber nicht nur in diesem Sinne werden wir künftig ohne Frage im Banne Schleiermachers stehen.

HANS-DIETRICH SANDER

Horres' Abschied von Darmstadt: „Levins Mühle"

Chor der Erniedrigten

Kurt Horres, mit Beginn der nächsten Spielzeit Intendant der Hamburgischen Staatsoper, hat sich den Abschied von Darmstadt nicht leicht gemacht: „Levins Mühle", die dritte Oper des „DDR"-Komponisten Udo Zimmermann, inszenierte er noch einmal mit jener verantwortungsbewußten Professionalität, die traurig und glücklich zugleich machte: traurig, weil man nun ohne den konzessionslosen Theaterprinzipal auskommen muß, glücklich, weil zur gewohnten Ernsthaftigkeit die Entschlossenheit trat, auch „Levins Mühle" in bester Qualität anzubieten.

Die Oper, auf einem 1964 erschienenen Roman von Johannes Bobrowski basierend, spielt im ehemaligen Westpreußen, wo Deutsche, Polen, Juden und allerhand fahrendes Volk einander mit Haß und Mißtrauen begegnen. Die szenischen Abläufe werfen allesamt böse Schlaglichter nach dem deutschen Osten des Jahres 1870, wo der polnische Jude Levin einen aussichtlosen Kampf gegen die holzköpfige Sturheit und Niedertracht des reichen Mühlenbesitzers Johann führt. Doch der Aufschrei gegen Unrecht und soziale Ungerechtigkeit dynamisiert sich nicht (wie noch 1976 bei Harry Kupfer) zum Fanal des Klassenkampfes, sondern allenfalls zum Aufruf nach Solidarisierung für das Recht des einzelnen auf ein bißchen Glück. Horres ergründet die Gedanken, Sehnsüchte und Selbsttäuschungen der Erniedrigten und Beleidigten, treibt dann aber, vor allem in der Gerichtsverhandlung und der Prügelszene, wo der Chor (von Josef Beischer vorbildlich einstudiert) bare „Meistersinger"-Aufgaben zu bewältigen hat, das Geschehen bis an den Rand des Satirischen und Tragikomischen.

Aber Horres ist sich auch in „Levins Mühle" treu geblieben, hat wiederum zu einem pluralistischen Stil gefunden, der ihm den Rückzug in eine ideologische Nische nicht gestattet. Immer wieder sucht und findet er die künstlerische Distanz, selbst noch bei den filmischen Simultanwirkungen der Tauffeier im Hause des Johann, wo Udo Zimmermann in einer musikalischen Collage großen Stils die Festgesellschaft demaskiert, das selbstgefällige D-Dur eines Philistervereins, der formelhaft den „hellen deutschen Edelstein" besingt, durch das Cis-Dur einer Sabotka, sodann einen Rheinländer konterkariert und das Orchester aleatorische Fetzen dazwischen wirft. Hier, wo kremassierende und entlarvende Bilder betroffen machen, ist die ideale Konkurrenz zwischen Szene und Musik erreicht. Selten bot das Orchester unter Hans Drewanz so viel unaufdringliche Präzision, so viel instrumentales Können beim Abwägen der Klangfarben und -effekte.

Doch ging das Überbetonen der schönen Lyrismen und der leisen Wehmut doch ein wenig auf Kosten der insistierenden Motorik dieser hochkarätigen Musik. Auch auf der Szene, wo Francesch Chico-Bonet in der Titelrolle, Hubert Bischof in der Partie des Mühlenbesitzers und Horst Schäfer als Liedersänger Weiszmantel aus dem ebenso großen wie achtbaren Sängeraufgebot herausragten, wirkte das konstante Understatement doch ein wenig manieriert, zumal bei Zimmermann die Figuren gerade kantig und eckig charakterisiert werden. HEINZ LUDWIG



Starke Herzen: Donata Höffer als Candida und Günter König als Pastor in Bremen FOTO: KLAUS LEFEBVRE



Shaws wundersamste Frauengestalt – Wüstenhöfers „Candida" in Bremen

Pastor Morell braucht eher Hilfe

Das Jahrhundertende entdeckt den Jahrhundertanfang, nämlich das Fin de siècle. Ibsen, Hauptmann, Schnitzler, Shaw - was vor 20 Jahren „überhaupt nicht mehr spielbar" zu sein schien, entspricht heute durchaus wieder unserem Lebensgefühl. In Bremen etwa gibt man G. B. Shaws seltene, wundersame „Candida", die zart-ironische Komödie eines platonischen Dreiecksverhältnisses zwischen einem Pfarrer, seiner Frau Candida und einem jungen Dichter.

In den hohen lichten Räumen einer Londoner Stadtwohnung, am Rande eines Parks, herrscht Wohlhabenheit und Ruhe, nur das Kreuz auf dem Arbeitstisch und die Kleidung weisen auf den Beruf des beliebten und geachteten Geistlichen, der im Bewußtsein seiner eigenen Tüchtigkeit vergessen hat, daß auch seine Frau an seinem Erfolg teilhat, indem sie ihm in aufopfernder Liebe die Sorgen des Alltags fernhält, der sich guten Gewissens seines bürgerlichen Wohlstands erfreut und dabei moralisierende Reden über Sozialismus hält.

Seine Selbstsicherheit, aus der heraus er sich zum Richter seines Schwiegervaters macht, eines liebenswert komischen Parvenüs, gerät ins Wanken durch das Auftauchen eines schwärmerischen Anbeters seiner Frau, des jungen Dichters Eugen Marchbanks. Es kommt zur Auseinandersetzung, Candida muß sich entscheiden zwischen ihrem Mann und dem Dichter, der Jugend, Sensibilität und Wahrheit verkörpert. Als sie erklärt, sie werde den Schwächeren wählen, glaubt der Pfarrer, er sei der Verschmähte. Doch Candida erklärt ihm, sie habe sich für *ihn*, den nur *scheinbar* Stärkeren, der ihre Kraft brauche, entschieden; der junge Dichter habe die Kraft, auf bürgerliches Glück zu verzichten.

Die Titelfigur, Shaws erstaunlichste Frauengestalt, ist auf der Bühne in Bremen freilich leider kaum gegenwärtig. Candida (Donata Höffer), wenig ladyhaft und reizlos unelegant gekleidet, ist nicht kokett und charmant, sondern belehrend und hausbacken. Köstlich dagegen die Nebenrollen der frustrierten, in den Pfarrer verliebten Sekretärin (Daphne Moore) und Candidas Vater (Otto Mächtlinger). Respektabel auch die Leistung von Günter König in der Rolle des Pastors Morell.

Das ganze Interesse dieser Inszenierung (Arno Wüstenhöfer) gilt aber dem Dichter Eugen Marchbanks. Während man noch vor Lachen geschüttelt wird über all die kleinen, bösartig liebenswürdigen Bonmots Shaws, ist man plötzlich tief betroffen von der Ausdruckskraft dieser doch so heiklen, fast klischeehaften, hier aber in keinem Augenblick sentimentalen Rolle. Einsamkeit, Unbeholfenheit und Weltangst, aber auch menschliche Größe, Wahrheitssuche und Erschütterungsfähigkeit prägen diese Gestalt, und Metin Yenal holt all dies voll aus dem Text heraus. Eine bedeutende schauspielerische Begabung tritt hier hervor. Man begreift nicht recht, warum Candida sich nicht von diesem Mann bis zur Aufgabe der eigenen Existenz hat mitreißen lassen.

Die traurige Wahrheit Shaws wird schmerzlich bewußt: Das Leben ist nicht so. Was bleibt, ist das Bild der Verzweiflung und das traurige Gefühl ironischer Resignation.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

JOURNAL

Schriftsteller fordern Freilassung Nowakowskis

dpa, Warschau

Eine Reihe von Schriftstellern hat in einem Protesttelegramm an die polnische Regierung die sofortige Freilassung des verhafteten polnischen Autors Marek Nowakowski gefordert. In dem von Heinrich Böll initiierten Protest, der u. a. von Max Frisch, Günter Grass, Lew Kopelew, Siegfried Lenz und Hans Werner Richter unterzeichnet wurde, ist von fadenscheinigen Vorwänden bei der Verhaftung die Rede. Da die polnischen Intellektuellen im eigenen Land zum Schweigen verurteilt seien, „fordern wir auch in ihrem Namen eine Selbstverständlichkeit: die Freilassung Nowakowskis". Auch der Präsident des PEN-Zentrums der Bundesrepublik, Martin Gregor-Dellin, hat scharf gegen die Verhaftung protestiert.

Künstlerorganisationen verlassen den DGB

dpa, Hamburg

Die Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen (GDBA) und die Deutsche Orchestervereinigung (DOV), nach eigenen Angaben die größten Künstlerorganisationen des Bühnen- und Musikbereichs und Träger umfangreicher Tarif- und Sozialwerke, haben ihren sofortigen Austritt aus der DGB-Gewerkschaft Kunst erklärt. Sie ziehen damit nach einer in Hamburg verbreiteten gemeinsamen Mitteilung „die Konsequenz aus der Weigerung des DGB-Bundesvorstands, die Künstlerorganisationen weiterhin als selbständige Verbände im DGB zu belassen".

Internationale Leipziger Buchmesse eröffnet

dpa, Leipzig

Mehr als 50 000 Bücher aus 21 Ländern sind auf der Leipziger Buchmesse zu sehen, die gestern eröffnet wurde. Im Messehaus am Markt zeigen bis zum 17. März rund tausend Verlage ihre Produktionen. Aus der Bundesrepublik beteiligen sich 208 Verlage erstmals in einer Gemeinschaftsausstellung, die der Frankfurter Börsenverein organisiert hat.

Besucherrückgang im Züricher Schauspielhaus

C. R. Zürich

Das Schauspielhaus Zürich hat seinen Rechenschaftsbericht über die erste Spielzeit (1982/83) unter dem neuen Direktor Gerd Heinz vorgelegt. Danach betrug die Besucherfrequenz durchschnittlich 52,9 Prozent. Das kommt einem deutlichen Besucherschwund gleich, wenn man die vorangegangenen Spielzeiten zum Maßstab nimmt. Unter Harry Buckwitz beispielsweise lag die Platzausnutzung weit über 80 Prozent. In Zürich wurde in der vergangenen Saison ein Drittel der Abonnements gekündigt. Offenbar hat das Publikum damit seine deutlichen Einwände gegen den Spielplan dokumentiert.

Das Werk von S. Polke im Kunstmuseum Bonn

DW. Bonn

Noch bis zum 25. März sind im Städtischen Kunstmuseum Bonn Arbeiten des Hamburger Künstlers Sigmar Polke zu sehen, die zuvor in Rotterdam gezeigt wurden. Polke erweist sich in dem Querschnitt, der von frühen, noch aus den 60er Jahren stammenden Beispielen bis zu 1983 gemalten Bildern reicht, als ein fabulierfreudiger Eigenkopf. Ungehemmt experimentierend (mal abstrakt, mal figurativ, mal pop-artig, mal heftig-expressiv), ist über die Jahre ein Werk entstanden, das neben äußerst schwachen auch Arbeiten von bemerkenswerter künstlerischer Kraft aufweist. (Kat. 25 Mark)

Neue Theaterchefs in Bremen und Krefeld

WW/dpa, Bremen/Krefeld

Einstimmig hat der Aufsichtsrat der Städtischen Theaterbetriebe in Bremen den 30jährigen Tobias Richter zum neuen Generalintendanten bestimmt. Der Schweizer, zur Zeit als freier Regisseur tätig, übernimmt die Aufgaben von Arno Wüstenhöfer mit Beginn der Spielzeit 1985/86 für fünf Jahre. Im Zweistädtetheater Krefeld/Mönchengladbach ist, ebenfalls mit Wirkung ab 1985, Eike Gramss (42) als neuer Generalintendant bestimmt worden. Gramss, derzeit Oberspielleiter in Darmstadt, wird Nachfolger von Joachim Fontheim.

Baumgarten und Penck auf der Kunst-Biennale

dpa, Venedig

Die Künstler Lothar Baumgarten und A. R. Penck (Ralph Winkler) sind beauftragt worden, die Bundesrepublik auf der diesjährigen Kunst-Biennale in Venedig zu vertreten. Die Biennale beginnt am 10. Juni. Die Wahl traf der Mönchengladbacher Museumsdirektor Johannes Cladders, der als deutscher Kommissar schon die letzte Ausstellung vor zwei Jahren betreut hatte.

Befreiung des „Legionärs" gescheitert

dpa, Bordeaux

Mit einem Todesschuß auf einen Hubschrauber-Dieb hat ein französischer Polizist bei Bordeaux in Südwestfrankreich offenbar den Versuch zur Befreiung eines Häftlings verhindert. Möglicherweise sollte der als Frankreichs „erfolgreichster" Juwelenräuber geltende 38jährige Bruno Sulak aus dem Gefängnis von Gradignan bei Bordeaux geholt werden.

Der Mann wurde gestern morgen von einem Beamten einer Spezialeinheit der Polizei erschossen, als er in Merignac in der Nähe des Flughafens von Bordeaux einen Hubschrauber stehlen wollte. Zwei Komplizen, die in der Nähe in einem blauen Mercedes warteten, machten sich aus dem Staub. Bei dem Toten fanden die Beamten den nicht unterzeichneten Brief eines Häftlings aus dem Gefängnis von Gradignan mit Anweisungen für eine Flucht sowie einen Grundriß der Haftanstalt. Außerdem hatte der Mann eine Waffe, einen Ausweis auf den Namen eines 1953 in Mons in Belgien geborenen Gregory-Jacques Fanelli sowie einen schwedischen Paß für einen in Warschau geborenen Tabensz Turic bei sich.

Ein falscher schwedischer Paß auf den Namen Radisa Savik war der Polizei bereits am 9. Februar in die Hände gefallen, als es ihr durch Zufall gelang, den Juwelendieb und mehrfachen Ausbrecher Sulak festzunehmen. Er wurde an der spanischen Grenze in einem gestohlenen Wagen erwischt. Sulak soll in den letzten Jahren für rund 100 Millionen Franc (33 Millionen Mark) Schmuck geraubt haben. Der letzte Coup des Mannes, der seit der Flucht aus der Fremdenlegion der „Legionär" genannt wurde, war nach Angaben der Polizei im August vergangenen Jahres ein Juwelenraub in Cannes, bei dem er Schmuck im Wert von 40 Millionen Franc (13,2 Millionen Mark) erbeutete.



Längst bemächtigte sich eine Industrie des Tanzes aus dem Getto. Filme wie „Flashdance" (rechts) kurbeln das Geschäft an, während die Jungs auf der Straße darauf hoffen. FOTOS: UPI/DW.

Der Traum vom Ticket nach oben tanzt immer mit

Von HELLA STEINWEG

Sie schlängeln sich wie die Schlangen, sie hüpfen wie die Hasen, sie laufen auf den Händen und stehen auf dem Kopf. Doch was sich da in einigen Diskotheken tut und ein paar Mal über die Mattscheibe flimmerte, ist nur ein kleiner Vorgeschmack auf das, was durch deutsche Lande rollt, ist die Neue Welle aus den Vereinigten Staaten erst einmal ganz zu uns herübergeschwappt. Was Break-Dance wirklich ist, sieht man vorerst nur auf den belebten Straßen von Los Angeles und in den Parks von New York.

Von da allerdings kommen die halsbrecherischen Verrenkungen zu stampfenden Disco-Rhythmen nicht. Zumindest die Legende stellt die Wiege des Break-Dance in die South Bronx, dort wo man sich im besten Fall die Zeit mit Tanzen vertreibt, weil man Arbeit nicht hat. Der Name soll entstanden sein, weil die rivalisierenden Jugendbanden eigens einen Waffenstillstand schlossen, um den besten Straßentänzer zu ermitteln.

Es dauerte fast zehn Jahre, bevor der Tanz das Getto verließ. Dann aber eroberte er stürmisch, wie es seine Natur ist, auch die heile Welt. Von Boston bis San Francisco versuchen sich die jungen Leute massenhaft an der aufregenden Mischung aus Artistik, Ballett und Kampfsport. In Westwood Village nahe Los Angeles werden jedes Wochenende Aktive und Zuschauer wie magisch angezogen und so mußte vor kurzem die Polizei einschreiten, weil die Vorstellung auf offener Straße zum Verkehrshindernis wurde.

Schon sind die allfälligen Experten zur Stelle und bereit, Break-Dance von der Mode zum „Phänomen" hochzuloben. Bill Castellino, Impressario und Produzent eines Break-Dance-Theaterstücks in San José: „Wir haben es hier mit einem kulturellen Phänomen zu tun. Es ist weit mehr als eine Welle oder ein Trend. Es ist fast ein neuer Sport."

Es bleibt abzuwarten, ob dem Break-Dance nicht irgendwann das gleiche Schicksal zugedacht ist wie dem Rock 'n' Roll, dem Twist oder dem Jitterbug. Die jeweiligen Disco-Generationen verfielen in einen Rausch, aber irgendwann wurden auch sie eingereiht, ein Tanz von vielen. Ein entscheidender Unterschied allerdings existiert: Break-Dance ist kein herkömmliches gesellschaftliches Tanzvergnügen, sondern eine Vorstellung. Gruppen von sechs bis zehn Tänzern produzieren sich vor Publikum. Ein paar Cracks schafften gar den steinigen Soloweg.

Auch wenn inzwischen in den grünen gepflegten Vorstädten der Weißen die Breaker unterwegs sind, so bleibt der Tanz doch von Schwarzen und immer mehr auch von Hispanos besetzt. Für sie ist die Beschäftigung verbunden mit dem Traum von einem Ticket nach oben – so wie es ihre Vorbilder als Baseball-Spieler, Boxer oder Rockmusiker geschafft haben. Der 14jährige Omar Sonza ist bei jedem Wetter in Westwood Village auf der Straße. Er tanzt wie ein aufgezogener Spielzeugroboter, dessen Feder zu schnell abläuft. Wenn ihm seine schweißtreibende Nachmittagsbeschäftigung überhaupt Gelegenheit dazu läßt, denkt er an eine Rolle in einem Werbespot für Soft-Drinks. Der ganz große Wurf wäre natürlich ein „Job" in einem Film oder einem Theaterstück über die Breakers.

Wayne Oliver aus Atlanta hat es geschafft. Der 20jährige sucht schon eine Wohnung, weit ab von den Sozialwohnungs-Silos, wo er heute noch lebt. Er gewann vor einiger Zeit einen lokalen Tanzwettbewerb und praktisch von der Bühne weg heuerte ihn ein Zuschauer für eine abendliche Party an. Die Nachtarbeit wurde mit 200 Dollar honoriert, inzwischen hat er gut zu tun. Zu seiner Nummer gehören aber auch doppelte Saltos und ein „Spaziergang auf dem Kopf". Das Mekka aller Break-Dancer, in deren Reihen bis heute noch auffällig wenig Frauen auftauchen, ist und bleibt New York. Auch die Könner in anderen Städten geben ohne Zögern zu, daß, wer nicht in den Break-Dance Hochburgen „Fun House" oder „Roxy", Greenwich Village, vor der Pennsylvania Station, im Broadway Distrikt oder im Washington Square Park „aufgedreht" hat, auch noch nicht an der Spitze tanzt.

Abgesehen von der Ehre, läßt sich davon auch gut leben. „Wir machen so 80 Dollar vor jeder Vorstellung", erzählt der 13jährige Ross Ramseur, der mit acht Freunden tanzt. „Wir stellen einen großen Topf auf, bevor wir anfangen und der füllt sich im Nu..."

Tausende von falschen Ärzten in den USA?

AP, New York

Die staatliche Gesundheitsbehörde spricht von einem „landesweiten Skandal", der amerikanische Ärzteverband von einem „riesigen Durcheinander" – und viele Patienten gehen gegenwärtig mit gemischten Gefühlen zum Arzt. Ursache für den Aufruhr sind Berichte über einen Fälscherring, der gegen Gebühren zwischen 5000 und 50 000 Dollar interessierten Männern und Frauen den erfolgreichen Abschluß eines Medizinstudiums „bescheinigte". Viele dieser „Ärzte" haben inzwischen ihre Stellen wieder verloren, gegen mehrere Tausend weitere wird gegenwärtig ermittelt.

In vielen Krankenhäusern des Landes gehen die Verwaltungen mit Argusaugen noch einmal durch die Abschlußdokumente aller Mediziner. Und bei den geringsten Zweifeln werden Nachprüfungen angestellt. Und nicht wenige Amerikaner müssen sich fragen, ob ihr Hausarzt wirklich Mediziner oder ein geschickter Betrüger ist.

Der Fälscherring bezog seine „Dokumente" von medizinischen Fakultäten in der Dominikanischen Republik. Die ganze Sache flog im Januar auf, als ein in Alexandria im US-Staate Virginia wohnender Peruaner vor Gericht gestand, über einen längeren Zeitraum gefälschte Dokumente an Interessenten verschickt und dafür 1,5 Millionen Dollar kassiert zu haben.

Mysteriöser Doppelmord

dpa, Mainz

Mit mehreren Genickschüssen sind eine 58jährige Witwe und ihr 35jähriger Sohn in ihrem Haus in Mainz-Hechtsheim von bisher unbekannten Tätern getötet worden. Die Polizei steht vor einem Rätsel: Das Haus wurde nicht durchsucht, Wertgegenstände wurden nicht entwendet.

Kooperation im All

AFP, Rom

Italien und die Volksrepublik China wollen bei der Erforschung des Alls enger zusammenarbeiten. Die zuständigen Minister beider Länder schlossen am Wochenende ein Abkommen, das eine weitergehende industrielle Kooperation vorsieht.

Tödliches „Heroin"

dpa, Düsseldorf

Rauschgiftsüchtigen in Nordrhein-Westfalen droht der Tod durch ein auf dem illegalen Markt als Heroin angebotenes Pflanzenschutzmittel. Das LKA in Düsseldorf warnte vor der Substanz, die unter dem Namen „Cabaryl" als Schädlingsbekämpfungsmittel eingesetzt werde und bei Menschen, schon in geringer Dosis geschluckt oder gespritzt, tödlich wirke.

Feuer im Schutzgebiet

dpa, Konstanz

Ein Feuer hat erhebliche Teile des Wollmatinger Rieds am Bodensee bei Konstanz, eines der wertvollsten europäischen Naturschutzgebiete, zerstört. Fest steht, daß Brandstiftung im Spiel war – an 13 Stellen fand die Polizei präparierte Kaffeedosen. Das Wollmatinger Ried mit seinem Flachwasser- und Schilfgürtel dient als Brut- und Ruhestätte für zahlreiche, zum Teil seltene und bedrohte Vogelarten.

Herzempfänger tot

AP, Wien

Fünf Tage nach der ersten Herzverpflanzung in Österreich ist am Samstag der Empfänger in Wien an Lungenentzündung gestorben. Ein beteiligter Chirurg erklärte, bis Freitag sei das Befinden des Patienten erstaunlich gut gewesen.

Millionen verbrannt?

AFP, Amsterdam

Mehrere der insgesamt 32 Millionen Gulden, die für die Freilassung des niederländischen „Bierkönigs" Freddy Heineken gezahlt wurden, sollen nach dem Geständnis eines der Entführer an einem einsamen Strand in den Niederlanden verbrannt worden sein. Der 30jährige Frans Meyer erklärte, er habe die drei Millionen, seinen Anteil, in einem Augenblick der Verzweiflung verbrannt, ehe er sich am 28. Dezember der Polizei stellte. Ein Polizeisprecher erklärte, man habe die Aussage mit Skepsis zur Kenntnis genommen.

„Wunderwaffe" gegen gefährliche Gifte?

Professor aus Hannover will auch Dioxin-Rückstände durch neues Verfahren „entschärfen"

AP, Hannover

Eine wirksame Waffe gegen das gefährliche Seveso-Gift Dioxin glaubt der Professor der Technischen Universität Hannover, Friedrich Bölsing, entwickelt zu haben. Das Gift entsteht auch bei bisher üblichen Müllverbrennungsverfahren und ist bereits in der Muttermilch festgestellt worden. Mit einem von ihm entwikkelten und schon seit 1972 patentierten Verfahren, so Bölsing, könnten chemieverseuchte Industrieabfälle entschärft werden. Testreihen dazu habe das Bundesforschungsministerium in Bonn finanziert, im praktischen Einsatz sei das Mittel bereits bei der Bekämpfung von Ölverseuchungen erprobt.

Eigenschaften wie Beton

In diesen Tagen beginnt Bölsing nach eigenen Worten mit Versuchen zur Behandlung dioxinverseuchter Öle von der Hamburger Mülldeponie Georgswerder. Ein Großversuch zur Bekämpfung von Ölverschmutzungen der Nordsee stehe bevor. Damit soll insbesondere herausgefunden werden, ob das Verfahren für Fische unschädlich sei. Das sogenannte DCR-Verfahren (dispersing by chemical reaction – Verteilung durch chemische Reaktion) bedeute die Umwandlung von gefährlichen Stoffen in eine neutrale und wasserabweisende Substanz. Diese erhalte beim Pressen betonähnliche Eigenschaften. Öle und andere Stoffe würden in das auf Kalksteinbasis und durch Beschichtungsverfahren hergestellte Pulver unwiderruflich eingeschlossen.

Auf diese Weise ließen sich nicht nur Öle und Dioxinverbindungen unschädlich machen, sondern auch die wegen ihrer Gefährlichkeit gefürchteten PCB-Stoffe, die sich unter anderem in Kühlmitteln alter Transformatoren finden. Denkbar sei auch die wasserunlösliche Einschließung von radioaktiven Stoffen, die dann unterirdisch gelagert werden müßten.

Der technische Ablauf zur Entschärfung einer dioxinverseuchten Deponie ist nach den Worten von Bölsing relativ einfach. Sie müsse Schicht für Schicht mit dem DCR-Reaktionsmittel vermengt und nach unten versiegelt gelagert werden. In dem nach kurzer Zeit entstehenden Pulver könnten auch Fässer eingeschlossen werden, deren Inhalt nicht mehr nach außen gelangen könne.

Die Effektivität des Verfahrens sei 1977/78 bei Öl-Verseuchungen in Dollbergen bei Hannover unter Beweis gestellt worden, als die Mineralölgesellschaft Aral einen von der aufgekauften Firma Gasolin übernommenen See aus Ölabfällen beseitigt habe. Dabei sei der Ölsee einschließlich des verseuchten Bodens in einen 80 000 Kubikmeter umfassenden Feststoffblock umgewandelt worden, auf dem heute Gras wachse. Die Kosten seien von Aral mit 60 Mark pro Kubikmeter angegeben worden. Heute müßten etwa 100 Mark pro Kubikmeter veranschlagt werden, sagte Bölsing.

Billiger Straßenbelag

Eine weitere Bewährungsprobe habe das Verfahren 1978 bei Strandung des Öltankers „Amoco Cadiz" vor der bretonischen Küste bestanden, als das auf dem Wasser schwimmende Öl in kreideähnliches Pulver verwandelt worden sei. Auch die einst ölverseuchten Straßen im französischen Hafen Brest bestünden inzwischen aus dem billigen und elastischen Belag aus umgewandeltem Öl.

Santa Gilla wird wiedererweckt

Sensationelle Entdeckung bei Straßenarbeiten auf Sardinien: Eine mittelalterliche Stadt

KLAUS RÜHLE, Rom

Hätte man nicht mit dem Bau einer modernen Autostraße zwischen dem Hafen von Cagliari und dem sardischen Hinterland begonnen, wäre die mittelalterliche Stadt Santa Gilla, auch Santa Igia genannt, wohl für weitere Jahrhunderte unentdeckt geblieben. Man stieß während der Arbeiten auf dieses einzigartige architektonische Zeugnis aus dem 7. und 8. Jahrhundert, und es gelang der archäologischen Superintendanz von Cagliari, die Landesregierung Sardiniens von der Notwendigkeit eines sofortigen Baustopps zu überzeugen.

Bereits vor acht Jahren hatten Ausgrabungen darauf schließen lassen, daß im Boden an der Küste Cagliaris Ruinen aus dem Mittelalter ruhten, aber niemand interessierte sich damals ernsthaft dafür. Und so geriet die Entdeckung bald wieder in Vergessenheit. Wurde die Chance auch vor acht Jahren verpaßt, so zwingt der Straßenbau jetzt zu einer Entscheidung. Soll man mit einem gigantischen Zementviadukt die archäologische Zone überbrücken, oder soll man überhaupt ganz auf die Straße verzichten? Wie fotografische Untersuchungen mit Infrarotstrahlen erkennen lassen, handelt es sich um einen der sensationellsten Funde aus dem Mittelalter – die nach ihrer Zerstörung im Jahre 1254 volle sieben Jahrhunderte begrabene Stadt Santa Gilla oder Santa Igia. Und allem Anschein nach ist die mittelalterliche Stadt unter der Erde zu einem erheblichen Teil erhalten geblieben.

Professor Francesco Cesare Casula, Direktor des Instituts für Mittelalterliche Geschichte an der Universität von Cagliari, erklärt dazu: „In Europa ist es das erste Mal, daß wir uns mit Hilfe von Ausgrabungen das komplette Bild einer mittelalterlichen Hauptstadt verschaffen können. Die bisher nur bescheidenen Funde von Santa Gilla zeigen, daß mit dem Bau von Häusern und Befestigungsanlagen Steinblöcke von zwei Meter Durchmesser verwendet wurden. Alles spricht dafür, daß der königliche Palast, der Sitz des Erzbischofs und drei Kirchen ans Tageslicht gebracht werden können. Die Kosten sind nicht gering, aber unsere Landesregierung hat bereits einen Anfangsbetrag zur Verfügung gestellt."

Santa Gilla oder Santa Igia – beide Namen sind geschichtlich überliefert – war eine der vier sogenannten „Judikate", d. h. autonomen Kleinstaaten Sardiniens. Die Ansiedlung entstand, nachdem die altrömische Stadt Karalis von ihren Bewohnern wegen der fortgesetzten Piratenangriffe verlassen worden war. Die in der Nähe erbaute mittelalterliche Stadt gewann nach und nach an politischer und wirtschaftlicher Bedeutung, geriet jedoch durch die Konkurrenz der anderen drei sardischen Judikate Torres, Arborea und Gallura und das erbitterte Duell der beiden damaligen Seemächte Genua und Pisa ständig in bewaffnete Konflikte. Santa Gillas Bündnis mit Genua hatte zur Folge, daß die Pisaner, Erzfeinde der Genuesen, der wohlhabenden und für den Handelsverkehr im westlichen Mittelmeer wichtigen Hafenstadt den Krieg erklärten und sie mit Hilfe der anderen drei sardischen Judikate nach längerer Belagerung schließlich eroberten. Damit war das Schicksal Santa Gillas besiegelt. Die Bewohner wurden als Sklaven verkauft. Inwieweit die Stadt damals zerstört worden ist, werden die Ausgrabungen zeigen.

Professor Casula ist optimistisch. Er meint, daß noch genug erhalten ist und daß es sich auf alle Fälle lohnt, die Stadtreste freizulegen. Mit den Ausgrabungen soll denn auch noch in diesem Jahr begonnen werden.

WETTER: Überwiegend trocken

Wetterlage: Ein Hoch über Nordosteuropa bestimmt im größten Teil Deutschlands das Wetter. Nur in den Osten fließt etwas wolkenreichere Luft ein.

Deutscher Wetterdienst 11. März 1984, ...

Vorhersage für Montag:

Osthälfte Deutschlands und Raum Berlin: Meist stark bewölkt, aber nur gelegentlich leichter Schneefall. Tageshöchsttemperaturen bei 3 Grad, nächtliche Tiefstwerte bei minus 2 Grad.

Übriges Bundesgebiet: Teils heiter, teils wolkig und niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen um 5 Grad, in Bayern örtlich bis minus 10 Grad.

Weitere Aussichten:

Fortdauer des freundlichen Hochdruckwetters.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	22°
Bonn	6°	Kopenh.	2°
Dresden	–1°	Las Palmas	24°
Essen	3°	London	7°
Frankfurt	5°	Madrid	3°
Hamburg	2°	Mailand	7°
List/Sylt	–1°	Mallorca	7°
München	0°	Moskau	–3°
Stuttgart	1°	Nizza	11°
Algier	10°	Oslo	0°
Amsterdam	5°	Paris	6°
Athen	10°	Prag	0°
Barcelona	5°	Rom	8°
Brüssel	4°	Stockholm	2°
Budapest	5°	Tel Aviv	19°
Bukarest	2°	Tunis	11°
Helsinki	–1°	Wien	2°
Istanbul	3°	Zürich	0°

Sonnenaufgang* am **Dienstag:** 6.41 Uhr, Untergang: 18.23 Uhr, **Mondaufgang:** 12.44 Uhr, Untergang: 5.01 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel

Das „unmögliche Rennen" setzt ein neues Signal

Gebürtiger Berliner will im Rollstuhl zweimal durch Amerika / Von Washington zur Eröffnung der Olympischen Spiele

H. H. KANNENBERG, Frankfurt

1964 kämpfte der Holländer und gebürtige Berliner Peter Werner (43) als Ringer um olympisches Gold in Tokio. Eine Rückenmarkspunktion nach einem Sportunfall zwang den Sport- und Schwimmlehrer später querschnittsgelähmt in den Rollstuhl. 1981, im „Jahr der Behinderten", rüttelte der Ex-Spitzensportler, Inhaber zahlreicher Titel und Rekorde, am Käfig seiner Krankheit: Er fuhr mit dem Rollstuhl, dicht gefolgt von Fernsehkameras, von Tort Salou bei Barcelona via Paris und Amsterdam in seine holländische Heimat Noordwijk. Weitere spektakuläre Demonstrationen für die Leistungsfähigkeit eines Gelähmten folgten: 1982 eine Zweitauflage der Spanien-Holland-Tour, 1983 eine Luxemburg-Rallye und ein Rollstuhl-Marathon von Bremen nach München.

1984 nun will Peter Werner allen sportlichen Energieleistungen Behinderter die Krone aufsetzen. Am 2. April startet er mit dem Rollstuhl in Washington zu einer Atlantik-Pazifik-Tour. Am 28. Juli will er zur Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele ins Olympiastadion von Los Angeles einrollen. Danach kehrt er auf einer südlicheren Route an die Ostküste (New York) zurück. Gesamtdistanz: 12 600 Kilometer. Das beispiellose Rekordunternehmen trägt den Titel „The impossible race" – Das unmögliche Rennen.

Dem blonden Ex-Ringer geht es, wie er in Frankfurt erklärte, bei der bisher längsten Rollstuhl-Rallye der Welt nicht um eigenen Profit. Hauptmotiv sind jene Gedanken, die ihn 1981 auch zu seiner ersten Tour trieben. Werner: „Ich saß damals zu Hause in Noordwijk in meinem Rollstuhl und wurde mir darüber klar, daß ich entweder hinter den Vorhängen hervorkommen und etwas tun mußte oder fett werden würde".

Der gelähmte Olympionike weiter: „Wir hatten das Jahr der Behinderten, aber es wurde Sommer, und nichts geschah. Kein Signal, daß die gesunden Mitmenschen aus ihrer Gleichgültigkeit gegenüber den Krüppeln gerissen hätte. Das ‚Jahr der Behinderten' war eine Mahlzeit, die man der Öffentlichkeit vorgesetzt hatte. Doch niemand wollte einen Bissen davon haben!"

Peter Werner glaubt, daß nur eine spektakuläre Leistung, die sich auch als Show verkaufen läßt, die allgemeine Gleichgültigkeit überwindet. Er stieg in seinen Rollstuhl und fuhr an gegen das öffentliche Desinteresse am Schicksal der Behinderten. In Luxemburg und beim Marathon Bremen–München waren bereits mehr als hundert Schicksalsgefährten mit auf der Straße. Werners persönlicher Lohn für die Strapaze: „Plötzlich war meine achtjährige Tochter wieder stolz auf mich!"



Peter Werner rollt wieder – für sich und seine Leidensgenossen FOTO: DPA

Werner interessierte für seine US-Tour zahlreiche Sponsoren, die das riskante Unternehmen finanziell unterstützten. Der Holländer: „Anders geht das nicht, die Aufwendungen lassen sich nicht im Alleingang bestreiten!" Nur ein einziger Mensch ist vor ihm im Rollstuhl von Ost nach West durch Amerika gefahren. Doch Werner wird der erste Mensch sein, der per Rollstuhl auch wieder zurückkehrt – auf einer Route durch das mörderisch heiße Klima des Südwestens (Las Vegas, Albuquerque, Dallas, Kansas City und Indianapolis).

Wenn er die Strapaze übersteht, will Peter Werner 1985 mit dem Rollstuhl die Chinesische Mauer angehen – auf der Mauerkrone. Derzeit laufen Verhandlungen mit Peking. Der Rollstuhl-Champion: „Wenn mein Beispiel viele Schicksalsgenossen herauslockt aus ihrem Käfig, dann hat sich jeder Tropfen Schweiß gelohnt!"

ZU GUTER LETZT

„Die Bayern machen Aufsteiger Mannheim das Stadion voll" Überschrift aus „Welt am Sonntag"